Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Jugendstrategie
der Bundesregierung

In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend.

Die Jugendstrategie der Bundesregierung

bmfsfj.de

In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend.

Die Jugendstrategie der Bundesregierung

Jugendstrategie
der Bundesregierung

Jugendstrategie
der Bundesregierung

Inhalt

A. Jugend in Deutschland – Herausforderungen und Perspektiven 8

B. Die Jugendstrategie der Bundesregierung:
Jugend beteiligen, Jugend sichtbar machen, gemeinsam Verantwortung übernehmen 14

C. Handlungsfelder der Jugendstrategie der Bundesregierung 33

- Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder 34
- Beteiligung, Engagement & Demokratie 42
- Stadt & Land, Wohnen & Kultur 56
- Vielfalt & Teilhabe 68
- Bildung, Arbeit & Freiräume 76
- Mobilität & Digitales 96
- Umwelt 114
- Gesundheit 122
- Europa & die Welt 144

Endnoten 156

Literaturverzeichnis 160

Abkürzungsverzeichnis 166

In Deutschland leben 14 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen zwölf und 27 Jahren, das sind 17 % der Gesamtbevölkerung. Alle diese jungen Menschen befinden sich in einer prägenden Lebensphase mit besonderen Herausforderungen. Für ihre Entwicklung zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen sie bestmögliche Bedingungen. Diese Überzeugung liegt dem Konzept der „Eigenständigen Jugendpolitik" zugrunde, dem auch die vorliegende Jugendstrategie der Bundesregierung folgt. „Politik für, mit und von Jugend" bedeutet: Gute Politik für Jugend machen, gemeinsam mit Jugend Politik gestalten und offen sein für selbstbestimmte Politik von Jugend. Nicht zuletzt geht es mit Blick auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch darum, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Zukunft in allen Regionen Deutschlands mitzugestalten.

Die Bundesregierung nimmt die Belange der jungen Generation ernst und hat beschlossen, mit ihrer Jugendstrategie in gemeinsamer Verantwortung neue Wege zu beschreiten. Für ein ressortübergreifendes Denken und Handeln im Sinne der jungen Generation wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe Jugend eingesetzt. Zivilgesellschaft, Jugend-Interessenvertretungen, Länder und kommunale Spitzenverbände werden durch den Beirat des BMFSFJ zur Jugendstrategie einbezogen. Jugendliche und junge Erwachsene wirken als „Expertinnen und Experten in eigener Sache" mit.

Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder – Beteiligung, Engagement & Demokratie – Stadt & Land, Wohnen & Kultur – Vielfalt & Teilhabe – Bildung, Arbeit & Freiräume – Mobilität & Digitales – Umwelt – Gesundheit – Europa & die Welt. Diese neun Handlungsfelder decken ein breites Spektrum jugendrelevanter Politikbereiche ab. Ein gemeinsames ressortübergreifendes Verständnis der jeweiligen Ausgangslage und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe bilden die Grundlage für zahlreiche Maßnahmen in diesen Handlungsfeldern, die die Lebenslagen junger Menschen spürbar verbessern sollen. Mit ihrer wertschätzenden Haltung gegenüber jungen Menschen und ihrer partizipativen Ausrichtung leistet die Jugendstrategie zudem einen wichtigen Beitrag für ein partnerschaftliches Verhältnis von Jugend und Politik und damit zur Stärkung eines solidarischen Miteinanders in unserer demokratischen Gesellschaft.

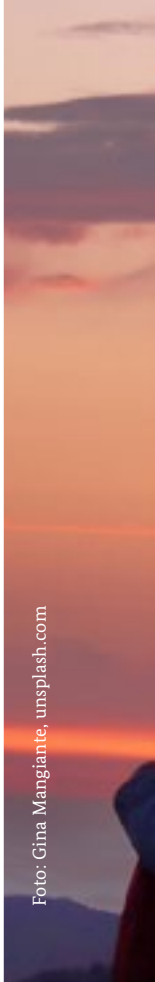


Foto: Gina Mangiante, unsplash.com

> 14 Millionen Jugendliche

und junge Erwachsene im Alter zwischen zwölf und 27 Jahren<<

A. Jugend in Deutschland – Herausforderungen und Perspektiven

Jugend – eine eigenständige Lebensphase im Blick

Ob Klimaschutz, Fachkräftesicherung oder Rentenpolitik: Vorhaben und politische Entscheidungen in allen Politikfeldern haben Auswirkungen auf Jugendliche und junge Erwachsene. Diese können sich von den Auswirkungen auf andere Altersgruppen unterscheiden. Deshalb ist es wichtig, Jugend verstärkt in den Blick zu nehmen. Jugendgerechtes Handeln darf nicht an getrennten Zuständigkeiten scheitern. Vielmehr braucht es ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein für die junge Generation und eine ressortübergreifende Jugendpolitik aus einem Guss. Diese Überzeugung bildet die Grundlage für die Jugendstrategie der Bundesregierung.

Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, die besonderer politischer Aufmerksamkeit bedarf. Das Jugendalter mit seinen spezifischen Herausforderungen ist nicht einfach eine „Übergangsphase" von der Kindheit zum Erwachsensein. In diesem Lebensabschnitt gehen junge Menschen wichtige Schritte in Richtung Selbstständigkeit, sie entwickeln eine eigene Identität und ein moralisches Bewusstsein, sie suchen nach einem Platz in der Gesellschaft und sehen sich mit einer Vielfalt an Lern- und Bildungserwartungen konfrontiert. In dieser Phase machen Jugendliche und junge Erwachsene prägende Erfahrungen, erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen Weichen für ihre Zukunft – Umwege und Kursänderungen gehören dazu.

Sich positionieren, qualifizieren und selbstständig werden

Die Kernherausforderungen des Jugendalters beschreibt der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit drei Begriffen: Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung. Es geht in der Lebensphase Jugend also darum, eine allgemeine, soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen sowie eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und den gesellschaftlichen Erwartungen zu finden. Diese Herausforderungen müssen alle jungen Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren in Deutschland gleichermaßen bewältigen, auch wenn sie selbst ganz individuelle Voraussetzungen dafür mitbringen. Entsprechend braucht es politische Konzepte und Angebote, die es allen jungen Menschen ermöglichen, die genannten Herausforderungen zu meistern. Dabei muss eine wirksame Jugendpolitik auch die unterschiedlichen Lebenslagen, ungleich verteilten Möglichkeiten und heterogenen Lebensentwürfe berücksichtigen.

Politik für, mit und von Jugend

Die Sichtweise, dass Jugend und das junge Erwachsenenalter ein eigenständiger und prägender Lebensabschnitt mit spezifischen Herausforderungen ist, liegt auch dem Ansatz der „Eigenständigen Jugendpolitik" zugrunde, den die Bundesregierung mit ihrer Jugendstrategie verfolgt. Ihr Fokus liegt auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen zwölf und 27 Jahren. Deren Anteil liegt in Deutschland aktuell bei 14 Millionen bzw. 17 % der Gesamtbevölkerung.[1] Laut statistischen Prognosen wird dieser Anteil bis 2030 auf 12,7 Millionen bzw. 15,3 % zurückgehen.[2] Unsere älter werdende Gesellschaft steht vor der Herausforderung, die jüngere Generation wirksam an Diskursen und Entscheidungen zu beteiligen sowie für einen fairen Ausgleich und bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen zu sorgen. Insbesondere angesichts drängender Herausforderungen durch den globalen Klimawandel sind die Frage der Generationengerechtigkeit und die Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe von Jugendlichen erneut auf die politische Agenda gesetzt worden. Vor diesem Hintergrund geht es sowohl um eine Politik, die die Belange und Bedarfe junger Menschen in den Fokus ihres Handelns rückt, als auch um das solidarische Miteinander in unserer demokratischen Gesellschaft. Das Ziel ist eine ressortübergreifende Politik, die, ausgehend von ihrer gemeinsamen Verantwortung für eine jugendgerechte Gesellschaft, die unterschiedlichen Lebenslagen und individuellen Voraussetzungen junger Menschen berücksichtigt.

Foto: Sven-Sebastian Sajak

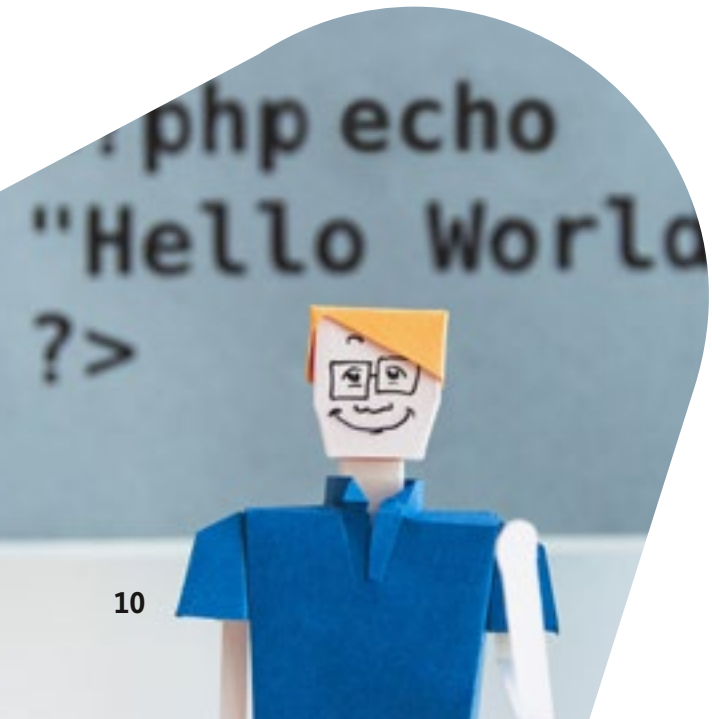
Aufwachsen in Deutschland

Die Jugend ist vielfältig

Die Jugend gibt es nicht. Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland bilden keine einheitliche Gruppe, vielmehr sind sie geprägt durch vielfältige soziale und kulturelle Lebenslagen, diverse Interessen und Bedürfnisse. Diese Pluralität der jugendlichen Lebenswelten spiegelt sich unter anderem in unterschiedlichen Zukunftserwartungen, Weltanschauungen, Bildungsambitionen, Geschlechterbildern und Vorstellungen von einem gelungenen Leben wider. Zugleich zeigen sich über diese Unterschiede hinweg aber auch wesentliche Gemeinsamkeiten und verbindende Faktoren.[3]

Gemeinsame Herausforderungen der Lebensphase Jugend

Jede junge Generation wächst unter spezifischen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen auf, die die Möglichkeiten und Grenzen ihrer sozialen Teilhabe bestimmen. Wie Jugendliche und junge Erwachsene die Herausforderungen der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung meistern, hängt nicht nur von ihren eigenen Einstellungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen ab. Es wird maßgeblich von politischen und gesellschaftlichen Strukturen und einem „institutionellen Gefüge des Aufwachsens“ aus Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Akteuren und sozialen Dienstleistungen beeinflusst. Daraus ergeben sich gesellschaftliche Erwartungen und Anforderungen an junge Menschen sowie Handlungsspielräume, ihre Jugend selbst zu gestalten.[4]



Was jungen Menschen wichtig ist

Für die junge Generation sind Vertrauen, Zugehörigkeit, Sicherheit und Selbstbestimmung die wichtigsten Orientierungspunkte in der eigenen Lebensführung.[5] Nach wie vor stehen Freunde, Partnerschaft und ein gutes Familienleben für eine überwältigende Mehrheit der jungen Menschen im Wertehorizont an höchster Stelle. Jugendliche und junge Erwachsene sehen sich dabei zum einen als Teil von Familien, sie haben aber auch – sehr unterschiedliche – Vorstellungen davon, wie sie ihr (späteres) eigenes Familienleben gestalten wollen. Sie wünschen sich gleichermaßen Stabilität im sozialen und beruflichen Umfeld sowie finanzielle Unabhängigkeit und möglichst große Freiräume für ein zufriedenes Leben.[6]

Daneben hat insbesondere das Umweltbewusstsein als eigenständiger Wert im persönlichen Bereich der Jugendlichen stark an Bedeutung gewonnen.[7] Diese Entwicklung geht einher mit einer zunehmenden Sorge um den Zustand von Umwelt und Klima. Mit 71 % ist die Angst vor Umweltverschmutzung heute die größte Angst der jungen Generation, gefolgt von der Angst vor Terroranschlägen und dem Klimawandel. Diese eher global ausgerichteten Ängste liegen weit vor persönlichen Zukunftsunsicherheiten wie beispielsweise der Angst vor Arbeitsplatzverlust.

Digitaler Alltag

Das gleichzeitige Bewegen in On- und Offline-Welten stellt für junge Menschen in Deutschland längst eine Normalität dar, die ihr Aufwachsen maßgeblich beeinflusst. Insbesondere in ihrer Freizeit, aber auch im Rahmen von Ausbildung und Beruf verbringen junge Menschen viel Zeit mit digitalen Medien. Sie nutzen diese, um zu kommunizieren, ihre Freizeit zu gestalten, aber auch um sich zu präsentieren, zu positionieren und sich weiterzubilden. Die Digitalisierung eröffnet jungen Menschen vielfältige und immer neue Möglichkeiten, gleichzeitig birgt sie Herausforderungen und Risiken. Vielfach sind sich junge Menschen der Notwendigkeit eines kritischen Umgangs mit der digitalen Welt durchaus bewusst, setzen dies jedoch nur bedingt in ein kritisches Nutzungsverhalten um.[8]

Foto: Kobu Agency, unsplash.com

Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen

Bildung und Qualifizierung sind Kernherausforderungen der Lebensphase Jugend. Ihr Bildungserfolg ist substanziell bedeutsam für die zukünftigen Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen junger Menschen. Er stellt die Weichen für ihre weitere Lebensplanung und ihre berufliche Laufbahn. Die Leistungs- und Qualifikationsanforderungen in Schule, Ausbildung und Studium sowie eine Verlängerung der Bildungsetappen prägen maßgeblich den Lebensalltag junger Menschen. 61 % aller Jugendlichen streben heute danach, die Schule mit dem Abitur abzuschließen.[9] Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen setzt sich somit fort. Dabei stehen junge Menschen vor der komplexen Herausforderung, effizient mit ihrer Zeit umgehen zu müssen, wenn sie allen Anforderungen gerecht werden wollen. Aufgrund von Verdichtung und Beschleunigung des Alltags, Leistungsdruck und Selbstoptimierung fordern Jugendliche und junge Erwachsene mehr Freiräume, also selbst gestaltete Experimentierräume, Gegenwelten und Rückzugsorte.[10]

Viele Chancen für junge Menschen, nur nicht überall und für alle

Grundsätzlich blickt die Mehrheit der jungen Menschen in Deutschland zuversichtlich in die Zukunft, nicht zuletzt aufgrund breiter Bildungsbeteiligung und guter Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. 59 % der Jugendlichen empfinden Deutschland alles in allem als gerecht.[11] Optimismus und Zuversicht gehen dabei jedoch mit unterschiedlichen Startchancen einher, unter anderem bestimmt durch den sozioökonomischen Status der Familie. Je prekärer die Verhältnisse sind, aus denen ein junger Mensch stammt, desto zögerlicher stimmt er der These von Deutschland als einem gerechten Land zu.[12] Auch der Wohnort und die Region des Aufwachsens können Einfluss darauf haben, wie junge Menschen ihre eigene Lage beurteilen. So gibt es auch knapp 30 Jahre nach der Deutschen Einheit bei der Generation, die den Mauerfall selbst gar nicht miterlebt hat, Unterschiede zwischen Ost und West. Demnach bewerten junge Menschen im Osten die Lebensqualität und beruflichen Perspektiven im Westen erheblich positiver.[13] Gleichzeitig deutet einiges darauf hin, dass sich noch bestehende Unterschiede sowohl in Ost und West als auch zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund insgesamt eher verringern.[14]

Foto: Paul Wischnowski, AGJ

Das Verhältnis von Jugend und Politik justiert sich neu

Nicht erst seit den Demonstrationen der „Fridays for Future"-Bewegung zeigen sich ein gestiegenes politisches Interesse sowie eine zunehmende Bedeutung von politischem Engagement bei jungen Menschen.[15] Die junge Generation fordert ihr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Gesellschaft nachdrücklich ein und formuliert unmissverständlich ihre Anliegen an politische Akteure. Insbesondere die Sorge um den „Zustand der Welt" treibt junge Menschen um. Das Bewusstsein, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen zu müssen, ist bei ihnen ausgesprochen ausgeprägt. Junge Menschen brauchen die Sicherheit, in eine lebenswerte Gesellschaft und Zukunft hineinzuwachsen, und möchten dabei mit ihren Perspektiven stärker berücksichtigt werden. Beispielhaft zu nennen sind hier insbesondere die Debatten um den Klimaschutz, aber auch um eine europäische Urheberrechtsreform oder über die Zukunft der Europäischen Union, in denen junge Menschen ihren Anliegen Gehör verschaffen.

Eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ein starkes Grundvertrauen in die Demokratie. Dieses Vertrauen hat seit der Jahrtausendwende erheblich zugenommen. Bundesweit geben 77 % der 12- bis 25-Jährigen an, mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden zu sein. Gleichzeitig begegnen junge Menschen Politikerinnen und Politikern sowie Parteien eher mit Skepsis.[16] Trotz dieser Distanz sind junge Menschen aber nicht unpolitisch oder politikverdrossen. Viele von ihnen engagieren sich ehrenamtlich für die Gesellschaft. Dabei tendieren sie verstärkt zu kurzfristigem Engagement mit einem konkreten Lebensweltbezug. Zugleich teilen sie aber das Grundgefühl, nicht repräsentiert zu sein und nicht ausreichend gehört und beteiligt zu werden.[17] Obwohl junge Menschen in großer Zahl demonstrieren, Petitionen unterschreiben und sich sozialen Bewegungen anschließen, sind sie letztlich eine Minderheit, wenn es um demokratische Entscheidungen geht. Der Anteil junger Erwachsener zwischen 18 und 27 Jahren an den Wahlberechtigten in Deutschland liegt bei nur 8 %.[18]

Foto: Annkathrin Weis, Jugendpresse Deutschland

Einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung folgend, stimmt etwa ein Drittel der Jugendlichen auch populistischen Parolen zu[19], wobei diese Neigung deutlich mit einem niedrigeren Bildungsgrad korreliert. 9 % der jungen Menschen nehmen gar eine klar nationalpopulistische Haltung ein.[20] Zugleich ist der Großteil der jungen Menschen ganz überwiegend offen und liberal gegenüber einer vielfältiger werdenden Gesellschaft. So ist etwa Europa für viele in Deutschland lebende junge Menschen ein wichtiger Teil ihrer Identität. Junge Menschen neigen seltener zu menschenfeindlichen Einstellungen und gelten somit zu Recht als Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger, um Spaltungstendenzen entgegenzuwirken.[21]

B. Die Jugendstrategie der Bundesregierung: Jugend beteiligen, Jugend sichtbar machen, gemeinsam Verantwortung übernehmen

Unsere Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Gleichzeitig braucht die junge Generation die passenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern, ihre Potenziale selbstbestimmt zu entfalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können.
Der Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode sieht vor, eine „gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung" zu entwickeln:

Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der es darum geht, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Dazu wollen wir die eigenständige Jugendpolitik weiterführen und eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickeln.

Ziel soll es sein, bei politischen Maßnahmen für jugendpolitische Belange zu sensibilisieren. Die Teilhabe von jungen Menschen wollen wir auf allen Ebenen stärken und weitere Beteiligungsformate unterstützen. Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken.[22]

Ein derartiges Vorhaben im Bereich der Jugendpolitik unter Beteiligung aller Bundesministerien hat es in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gegeben. Dieser ressortübergreifende Ansatz ist die konsequente Umsetzung der Grundsätze der Eigenständigen Jugendpolitik, die von den Belangen junger Menschen ausgeht und dabei ressortspezifische Fachkompetenz mit einem ganzheitlichen Blick auf die Lebensphase Jugend verbindet. Der Politikansatz der Eigenständigen Jugendpolitik ist in einem breiten jugendpolitischen Diskurs zwischen Zivilgesellschaft und Politik entstanden und wird bereits seit einigen Jahren vom Bundesjugendministerium verfolgt und weiterentwickelt. Mit der Jugendstrategie bekennt sich die gesamte Bundesregierung zu ihrer Verantwortung für die Jugend und setzt sich dafür ein, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die notwendigen Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen.

Ausgehend von den Erkenntnissen zu den aktuellen Herausforderungen und Perspektiven junger Menschen und der eigenständigen Lebensphase Jugend wird folgendes Ziel für die Jugendstrategie formuliert:

„Wir wollen eine Gesellschaft, die die junge Generation an Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestmögliche Bedingungen bietet, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern. Dazu gehören gute Chancen, umfassende Teilhabemöglichkeiten und attraktive Perspektiven.

Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen die jeweils notwendige Förderung und Unterstützung erhalten, die sie für ihre Entwicklung zu möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen. Die Bundesregierung denkt die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation verantwortungsvoll mit."[23]

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Verwirklichung dieses Ziels basiert auf den Prinzipien Jugend beteiligen, Jugend sichtbar machen und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Es geht darum, junge Menschen ernst zu nehmen und ihnen wirksame Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen. Es geht darum, Jugend sichtbar zu machen, damit ihre Belange ressortübergreifend im Blick bleiben. Kurzum: Es geht um das Handeln in gemeinsamer Verantwortung für und mit der jungen Generation.

Foto: Kurt Saue, Jugendpresse Deutschland

Die Entwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung

Die Jugendstrategie wurde thematisch entlang neun jugendrelevanter Handlungsfelder entwickelt, die das breite Spektrum der Belange junger Menschen abdecken. Diese Themenbereiche werden sowohl in der Jugendforschung als auch von jungen Menschen selbst immer wieder als besonders jugendrelevant eingeschätzt. Für diese Handlungsfelder wurden jeweils aus der Lebensperspektive junger Menschen die Ausgangslage analysiert und entsprechende Handlungsbedarfe identifiziert, die schließlich mit konkreten Maßnahmen angegangen werden.

Insgesamt gehören bereits 163 Maßnahmen zur Jugendstrategie. Diese richten sich entweder direkt an junge Menschen oder sie verbessern die Rahmenbedingungen für eine jugendgerechte Gesellschaft. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine bloße Zusammenstellung dessen, was bisher ohnehin erfolgt. Vielmehr handelt es sich um Maßnahmen mit einem Jugendbezug, die in dieser Legislaturperiode entweder neu ergriffen oder jugendspezifisch weiterentwickelt werden. Zudem sollen in der Umsetzung weitere Maßnahmen entstehen. Die Maßnahmen werden von jedem Ressort im Rahmen seiner Zuständigkeit umgesetzt und in seinem Einzelplan gegenfinanziert.

Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) Jugend

Um die gemeinsame Jugendstrategie zu entwickeln und anschließend deren Umsetzung zu begleiten, kommen seit der Konstituierung im Oktober 2018 Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien und Beauftragten der Bundesregierung regelmäßig in der IMA Jugend zusammen. Die Federführung hat das Bundesjugendministerium. Im Rahmen der IMA sowie in thematisch fokussierten Unterarbeitsgruppen wurden zu jedem der neun Handlungsfelder die Ausgangslage, Handlungsbedarfe und Maßnahmen abgestimmt. Diese bilden die Grundlage für die Umsetzung der Jugendstrategie der Bundesregierung.

Der Beirat des BMFSFJ zur Jugendstrategie

Zur Einbindung von Jugend-Interessenvertretungen, Zivilgesellschaft sowie Ländern und kommunalen Spitzenverbänden bei der Entwicklung und Umsetzung der Jugendstrategie wurde der Beirat des BMFSFJ berufen. Den Vorsitz hat die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, inne. Co-Vorsitzende ist Prof. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Gemeinsam beraten die Vertreterinnen und Vertreter des Beirats das Bundesjugendministerium und bringen eigene Impulse und Denkanstöße ein. Der Beirat dient als wichtiges Forum zur Vernetzung von Staat und Zivilgesellschaft.

Die Beteiligung von Jugend an der Jugendstrategie

Ein zentrales Anliegen der Jugendstrategie der Bundesregierung ist eine direkte, sichtbare und wirkungsvolle Beteiligung junger Menschen an „ihrer" Jugendstrategie. Jugendbeteiligung darf dabei niemals Selbstzweck sein, sondern muss stets konkrete Mitsprache und Mitwirkung gewährleisten. Für eine möglichst breite und fundierte Beteiligung an der Entwicklung der Jugendstrategie sorgen unterschiedliche wiederkehrende Formate, in denen junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache agieren. Die Ergebnisse fließen über die IMA in die Entwicklung und Umsetzung der Jugendstrategie ein. Die einzelnen Formate unterscheiden sich dabei hinsichtlich ihrer Größe, Zielgruppe und Wirkdimension:

Um die Lebensweltperspektive junger Menschen in die Arbeit der IMA einfließen zu lassen, werden themenspezifische Jugend-Audits zu einzelnen Handlungsfeldern der Jugendstrategie durchgeführt. In den Audits erarbeiten jeweils 15 bis 30 junge Menschen in einem Werkstatt-Format einen Impuls, den sie auch in der IMA präsentieren.

Die **JugendPolitikTage** bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie den Ressorts der Bundesregierung ein Forum zum Austausch über jugendrelevante Handlungsfelder und mögliche Maßnahmen. Bei den JugendPolitikTagen im Mai 2019 (Gestaltungspartner: Jugendpresse Deutschland e. V.) haben sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Ressorts der Bundesregierung in den direkten Dialog mit den jungen Teilnehmenden begeben. Mit den Empfehlungen der JugendPolitikTage hat sich die IMA intensiv auseinandergesetzt, sie werden auch künftig Gegenstand der Beratungen bzw. Umsetzung sein. Eine geplante Bundesjugendkonferenz 2020 sowie die JugendPolitikTage 2021 bilden weitere beteiligungsbasierte Meilensteine bei der Umsetzung der Jugendstrategie der Bundesregierung.

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten bietet ein **Online-Beteiligungstool** die Möglichkeit für ein breites Feedback zum Stand der Entwicklung und Umsetzung der Jugendstrategie. Für die Praxis digitaler Partizipation dient das Projekt „jugend.beteiligen.jetzt" als Unterstützung.[24] So hat beispielsweise im Anschluss an die JugendPolitikTage 2019 eine erste Online-Konsultation stattgefunden. Mit dem „Jugendverstärker" konnten junge Menschen die Ergebnisse und Empfehlungen diskutieren, gewichten und weiterentwickeln.

Foto: Antje Techen, SPI

Die europäische Dimension – EU-Jugendstrategie

Viele in Deutschland lebende junge Menschen wachsen nahezu selbstverständlich als Europäerin und Europäer auf. Gleichzeitig sind die Lebensbedingungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark von europäischen und globalen Entwicklungen abhängig und werden von politischen Entscheidungen beeinflusst, die auf EU-Ebene oder auch in anderen Ländern getroffen werden. Eine rein nationalstaatliche Ausrichtung Eigenständiger Jugendpolitik kann deshalb keine zukunftsfähigen Lösungen bieten. Somit bezieht die Jugendstrategie der Bundesregierung im Sinne einer kohärenten Jugendpolitik die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland als integralen Bestandteil mit ein.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben mit der EU-Jugendstrategie 2019 bis 2027 einen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa geschaffen. Er bietet verschiedene Möglichkeiten, um Politik für junge Menschen auf europäischer Ebene und in den einzelnen Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. Dabei stehen die drei Schwerpunktthemen ***Beteiligung, Begegnung und Befähigung*** im Mittelpunkt. Diese werden auch die jugendpolitischen Schwerpunkte in der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft bilden.

Foto: Antje Techen, SPI

Die Jugendstrategie der Bundesregierung bezieht neben diesem europäischen auch den internationalen Kontext ein: Dies bedeutet auf der einen Seite, auch auf internationaler Ebene – soweit möglich – Impulse im Sinne junger Menschen zu setzen und Mitverantwortung für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen weltweit zu übernehmen. Andererseits sollten internationale Entwicklungen und Erfahrungen mit Jugendbezug aufgegriffen und an passender Stelle in Politik, Fachpraxis und Forschung in Deutschland berücksichtigt werden. Damit einher geht das Ziel, jungen Menschen grenzüberschreitende Begegnungs- und Lernerfahrungen zu ermöglichen, sodass sie die mit der Europäisierung und Globalisierung verbundenen Chancen leichter wahrnehmen und Herausforderungen besser meistern können.

Zentrale Schlussfolgerungen aus den Handlungsfeldern

Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder

- Die Jugendphase ist ein eigenständiger Lebensabschnitt neben Kindheit, Erwachsenenphase und Alter.
- Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels und des damit weiter zurückgehenden Anteils junger Menschen an der Gesamtbevölkerung ist es notwendig, mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch mehr ins Gespräch zu kommen, um gegenwärtige sowie zukünftige Bedürfnisse und Interessen der jungen Generation stärker zu berücksichtigen.
- Es braucht einen realistischen Blick auf Jugend und ihre vielfältigen Lebenswelten. Jugendliche sollen weder auf Probleme noch auf ihr zukünftiges Potenzial reduziert werden. Für einen realistischen Blick auf Jugendliche und ihre vielfältigen Lebenswelten müssen die Sichtweisen junger Menschen auch in Diskurse über Jugend einbezogen werden. Bei der Darstellung von Jugendbildern kommt insbesondere Politik, Medien und Wissenschaft eine große Verantwortung zu.
- Maßnahmen in allen Politikfeldern können spezifische Auswirkungen auf junge Menschen haben. Es braucht daher eine ressortübergreifende Sensibilität für die mögliche Betroffenheit junger Menschen, um deren Belange bei politischen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen.

Beispiel-Maßnahmen:

„Wie ticken Jugendliche?“ 2020, Beteiligung an der Sinus-Jugendstudie | BMI

Das SINUS-Institut erforscht seit vielen Jahren jugendliche Lebenswelten, unter anderem im Rahmen der Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche?“ (2008, 2012, 2016). Die Studie soll die soziokulturelle Unterschiedlichkeit von Jugend einfangen und verdichtet sie modellhaft. Der Ansatz gruppiert Jugendliche, die sich in Werten, grundsätzlichen Lebenseinstellungen und Lebensweisen sowie in ihrer sozialen Lage ähnlich sind, in den Sinus-Milieu-Modellen. Die Untersuchung zeichnet sich durch eine dichte qualitative Beschreibung der soziokulturellen Vielfalt der Jugend in Deutschland aus und gewährt durch Zitate und kreative Selbstzeugnisse der Befragten Einblicke in Lebensalltag, Wertehorizont und Alltagsästhetik verschiedener jugendlicher Lebenswelten. Die Studie kann als praxisnahe Entscheidungsgrundlage für die strategische, praktische Zielgruppenarbeit herangezogen werden.

Jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik | BMFSFJ

Das Projekt in Trägerschaft der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ sorgt für die fachliche Weiterentwicklung und Kommunikation der Eigenständigen Jugendpolitik. Die Arbeitsstelle informiert über Inhalte und Themen der Eigenständigen Jugendpolitik und befördert jugendpolitische Diskussionen. Sie bezieht sich auf die bestehenden Grundsätze, Leitlinien und Ziele der Eigenständigen Jugendpolitik und entwickelt diesen Ansatz im engen Austausch mit Expertinnen und Experten der Jugendhilfe, der Jugendpolitik und der Wissenschaft weiter.

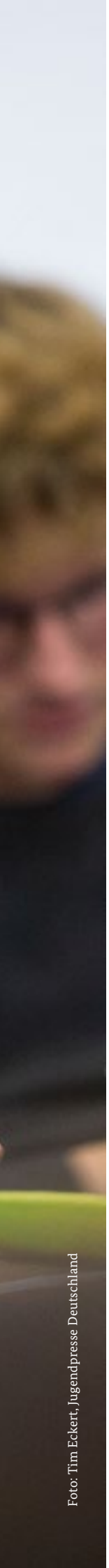


Foto: Tim Eckert, Jugendpresse Deutschland

Beteiligung, Engagement & Demokratie

- Jugendliche und junge Erwachsene zeichnet eine besonders hohe Engagementbereitschaft aus. Es gilt, dieses vielfältige gesellschaftliche und politische Engagement junger Menschen als wichtigen Beitrag zu einer aktiven, demokratischen Zivilgesellschaft zu unterstützen.

- Junge Menschen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Das Einbringen ihrer Sichtweisen und Erfahrungen sowie ihre Mitgestaltung der gesellschaftlichen Realität und der Zukunft lassen sich durch keine andere Perspektive ersetzen. Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und positive Demokratieerlebnisse tragen dazu bei, junge Menschen für Politik zu begeistern. Beteiligungsstrukturen, die von Jugendlichen mitentworfen werden, sind dafür besonders wichtig. In diesem Sinne ist wirksame Beteiligung junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen ein wesentliches Element einer lebendigen Demokratie, das es auf allen politischen Ebenen anzuerkennen und zu stärken gilt.

- Politische Bildung im Jugendalter ist ein wichtiger Baustein, um Demokratie und demokratisches Bewusstsein angesichts zunehmender Komplexität und Kontroversen sicherzustellen. Demokratiebildung muss dabei mehr sein als das Erlernen politischer Strukturen und ihrer Wirkungszusammenhänge. Demokratische Werte und Prozesse müssen mithilfe unterschiedlicher zielgruppen- wie kontextspezifischer Ansätze konkret erfahrbar werden.

Beispiel-Maßnahmen:

Fortführung der BMU-Jugendstudie | BMU

Im Gegensatz zu traditionellen Erhebungen wird die repräsentative BMU-Jugendstudie durchgängig von der Zielgruppe selbst begleitet und aktiv mitgestaltet. Forschungsdesign und Forschungsfragen werden im Rahmen von Workshops mit jungen Menschen entwickelt, die Untersuchungsergebnisse in verschiedenen Formaten diskutiert und interpretiert. Darüber hinaus wurde für die Studie ein eigener Jugendbeirat eingerichtet.

Starke Kinder- und Jugendparlamente | BMFSFJ

Zentrales Ziel des Projekts in Trägerschaft des Deutschen Kinderhilfswerkes (DKHW) ist die Förderung und Stärkung kommunaler Beteiligungslandschaften mit besonderem Fokus auf die rund 500 Kinder- und Jugendparlamente und 300 Jugendforen. Diese werden durch Sichtbarmachung, Wertschätzung sowie durch konkrete Unterstützungsangebote (z. B. Webinare) gestärkt. Kommunen werden zur Einrichtung von neuen Kinder- und Jugendparlamenten motiviert und bei Bedarf unterstützt. Jugendliche aus Kinder- und Jugendparlamenten werden über einen Jugendbeirat aktiv und von Anfang an in das Projekt einbezogen.

Foto: Emma Frances Logan, unsplash.com

Stadt & Land, Wohnen & Kultur

- In gemeinsamer Verantwortung für alle jungen Menschen wird angestrebt, gleichwertige Lebensverhältnisse und Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe für junge Menschen unabhängig vom Ort ihres Aufwachsens zu schaffen.

- Das Vorhandensein jugendgerechter Entfaltungs- und Gestaltungsräume ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit von ländlichen Regionen und Städten. Auch Jugendliche und junge Erwachsene benötigen Zugang zu bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum. Darüber hinaus sollten alternative Wohnformen, beispielsweise generationenübergreifendes oder genossenschaftliches Wohnen, stärker gefördert werden.

- Zu einer jugendgerechten Infrastruktur gehören insbesondere flächendeckende und bedarfsorientierte Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, der Kultur, des Sports und der Schulsozialarbeit.

Beispiel-Maßnahmen:

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) | BMEL

Ziel des BULE ist es, ländliche Räume als attraktive Lebensräume zu erhalten und weiterzuentwickeln und damit gute Bleibe- und Rückkehrperspektiven auch für junge Menschen zu bieten. Beispielhafte Ansätze in der ländlichen Entwicklung sollen mithilfe der BULE-Förderung erprobt werden, um Erkenntnisse, insbesondere für die Regelförderung, zu gewinnen. Die Förderaufrufe des Bundesprogramms sind jeweils themenorientiert und einmalig. Sie spiegeln die Bandbreite relevanter Handlungsfelder wider – vom zivilgesellschaftlichen Engagement bis hin zur Daseinsvorsorge und Digitalisierung. So ermöglicht beispielsweise das Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ die Erprobung auch neuer Instrumente der Regionalförderung in Form eines Regionalbudgets. Im BULE werden daher auch regionale und lokale Projekte gefördert, die die Lebensbedingungen von Jugendlichen verbessern und Jugendbeteiligung stärken.

Urbane Liga – Plattform junger Stadtmacher | BMI

Die Urbane Liga ist ein Bündnis junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen. Als Projektschmiede, Ideenlabor und Netzwerkplattform zielt die Urbane Liga darauf ab, das Wirken junger Erwachsener in Deutschland zu stärken. Sie fördert ihre Mitsprache im öffentlichen Diskurs, entwickelt jugendgerechte Stadtvisionen und erweitert die Handlungsmöglichkeiten Jugendlicher und junger Erwachsener.

Vielfalt & Teilhabe

- Pluralität und vielfältige Lebenswelten kennzeichnen moderne demokratische Gesellschaften. Die Diversität in unserer Gesellschaft spiegelt sich auch in den Lebenslagen der gut 14 Millionen jungen Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren wider. Eine durch Migration geprägte Gesellschaft ist für die meisten jungen Menschen Normalität. Weitere Dimensionen von Vielfalt, die für Jugendliche eine wichtige Rolle bei der Selbstfindung spielen, sind etwa neben der ethnischen auch die soziale Herkunft, die eigene Religion oder Weltanschauung, Leben mit Behinderungen oder die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität.

- Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft. Um Teilhabe für alle jungen Menschen zu ermöglichen und der Diversität ihrer Lebenslagen gerecht zu werden, gilt es, strukturelle Diskriminierung zu thematisieren und der Verfestigung unterschiedlicher Benachteiligungen und Belastungen wirksame Strategien entgegenzusetzen.

- Besondere Unterstützung brauchen junge Menschen, die individuell beeinträchtigt sind (beispielsweise aufgrund von Behinderung oder gesundheitlicher Belastung) und/oder die unter erschwerten bzw. prekären Bedingungen leben. Eine ressortübergreifende Jugendpolitik soll vorbeugend und ausgleichend wirken, um allen jungen Menschen gerechte Chancen zu ermöglichen, indem sie inklusive Angebote der Begleitung und Förderung bereithält.

Beispiel-Maßnahmen:

www.regenbogenportal.de – Das Wissensnetz zu gleichgeschlechtlicher Lebensweise und geschlechtlicher Vielfalt | BMFSFJ

Das Online-Informationsportal ist Informationsquelle, Datenbank und Wissensnetzwerk in einem. Es liefert Aufklärung, passende Beratung und sachlich fundierte Informationen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, für trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen und ihre Familien und Angehörige, aber auch für Lehrerinnen und Lehrer sowie weitere Fachkräfte. Dies ist insbesondere für Jugendliche bei einem Coming-out eine wichtige Unterstützung, vor allem in ländlichen Gegenden mit geringer queerer Infrastruktur.

Kunstwelten | BKM

Das kulturelle Vermittlungsprogramm in Kooperation mit der Akademie der Künste Berlin und weiteren zivilgesellschaftlichen Gestaltungspartnerinnen und Gestaltungspartnern wendet sich zuallererst an junge Menschen und schöpft aus der Vielfalt und dem Zusammenspiel der Werke und Erfahrungen der Mitglieder und Stipendiaten, der Künstlerarchive und Sammlungen der Akademie. Künstlerinnen und Künstler aller Sektionen der Akademie treffen junge Menschen in Kulturhäusern und Schulen, stellen ihnen ihre Werke vor und arbeiten gemeinsam in Kunstwerkstätten. Sie begegnen ihnen mit Empathie, wecken ihre Neugier und Begeisterung.

Bildung, Arbeit & Freiräume

- Eine ressortübergreifende Jugendpolitik muss auf das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Leistungs- und Qualifikationsanforderungen und der individuellen Entwicklung junger Menschen Einfluss nehmen und die Balance herstellen. Dabei gilt es, den jungen Menschen Freiräume zu geben, damit sie ihre Persönlichkeit entwickeln können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Umwege zu gehen, Sprünge zu wagen und neu anzufangen. Jeder junge Mensch soll die Chance erhalten, den Beruf zu wählen, der zu ihm passt. Denn Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel dafür, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln. Dazu gehören eine an den Interessen junger Menschen ausgerichtete, klischeefreie Berufsorientierung, die Unterstützung beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung sowie transparente Perspektiven für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

- Lern- und Bildungsorte sollten auch auf die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen hin ausgestaltet werden. Um Selbstorganisation sowie non-formales Lernen zu ermöglichen, sollen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden.

- Jugendarmut sowie unsichere Beschäftigungsverhältnisse für junge Erwachsene gilt es zu verhindern. Dies schließt eine umfangreiche Berufsorientierung, attraktive (Aus-)Bildungsbedingungen, quantitativ ausreichende Arbeitsplätze, erfolgreiche Übergange von der Schule in eine Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium und sichere Perspektiven für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt ein.

Beispiel-Maßnahmen:

Weiterentwicklung des Berufsorientierungsprogramms | BMBF

Seit der Etablierung des Berufsorientierungsprogramms im Jahr 2008 konnten rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler in über 3.000 Schulen überwiegend der Sekundarstufen I von den Bundesmaßnahmen zur Berufsorientierung profitieren. Das Programm soll weiter ausgebaut werden. Künftig sollen auch gymnasiale Schulen davon profitieren.

Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen | BMAS

Durch die rechtskreisübergreifende, abgestimmte Kooperation, insbesondere von Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Jugendämtern in Jugendberufsagenturen (JBA), kann jungen Menschen die Angebotsvielfalt der Berufswelt besser veranschaulicht, ausbildungsfördernde Instrumente zielgerichteter angeboten und Unterstützung im Rahmen der beruflichen und sozialen Teilhabe geleistet werden. Ziel der Bundesregierung ist es, die bereits sehr erfolgreiche Arbeit der JBA am Übergang von der Schule in den Beruf weiter zu unterstützen und auszubauen.

Mindestausbildungsvergütung; Novelle zum Berufsbildungsgesetz | BMBF

Vorgesehen ist entsprechend den Vorschlägen der Sozialpartner eine Mindestausbildungsvergütung von 515 Euro im ersten Ausbildungsjahr (ab 2020), die sich mit Fortschreiten der Ausbildung sowie in der „Einphasungszeit“ bis 2023 jährlich erhöhen soll. Ab dem Jahr 2024 soll die Mindestausbildungsvergütung jährlich entsprechend der Entwicklung der Ausbildungsvergütungen insgesamt (tariflich und außertariflich) angepasst werden.

Mobilität & Digitales

- Jugendliche und junge Erwachsene sind auf einen Mobilitätsmix angewiesen. Jugendgerechte Mobilitätsangebote vor allem im ÖPNV sollten flächendeckend und bedarfsgerecht ausgebaut werden, flexibel gestaltet sein und den finanziellen Möglichkeiten junger Menschen entsprechen.

- Jugendliche und junge Erwachsene trennen kaum zwischen analoger und digitaler Welt. Beide Sphären sind für sie bedeutsam und müssen im Diskurs über das Digitale und das Aufwachsen in einer digitalen Welt zusammen betrachtet werden.

- Die Chancen digitaler Technologien sind zentral für die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe Jugendlicher und junger Erwachsener und sollten allen jungen Menschen offenstehen. Sowohl die Zugangswege zu digitalen Medien als auch die Vermittlung von Medienkompetenz sollten für alle Jugendlichen sichergestellt werden. Für den Erwerb und die Förderung von Medienkompetenz bedarf es lebensweltorientierter medienpädagogischer Angebote, die einen kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien fördern. Zugleich gilt es, mit einem zeitgemäßen Jugendschutz die (Persönlichkeits-)Rechte von Jugendlichen im Internet zu stärken und gegen Interaktionsrisiken wie Hate Speech und Mobbing im Internet anzugehen. Für einen sicheren und selbstbestimmten Umgang mit den eigenen Daten bedarf es auch jugendgerechter Informationen zum Datenschutz.

Beispiel-Maßnahmen:

„WebDays – Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft“ | BMJV

Das Projekt möchte junge Menschen motivieren, sich mit den Themen Digitalisierung, Verbraucherschutz, Medienbildung und Netzpolitik aktiv auseinanderzusetzen, eigene Ideen zu formulieren und in den politischen Diskurs einzuspeisen. Mit den „WebDays“ soll eine neue Form der Partizipation von jungen Verbraucherinnen und Verbrauchern geschaffen werden, die ihnen ermöglicht, die technologischen Veränderungen in der Gesellschaft zu verstehen, zu begleiten und aktiv mitzugestalten.

Safe Bike – Entwicklung eines Verkehrssicherheitsprogramms für Radfahrende zwischen elf und 14 Jahren | BMVI

Ziel des Projekts ist die Reduktion der Fahrradunfälle in der besonders auffälligen Zielgruppe der 11- bis 14-Jährigen. Um dies zu erreichen, wird ein Verkehrssicherheitsprogramm für die Zielgruppe entwickelt, das auf Beobachtungsverfahren, Selbstreflexion und Eigenverantwortung basiert. Das Verkehrssicherheitsprogramm wird anschließend in einem Pilotversuch an zwei kooperierenden Schulen durchgeführt und bezüglich seiner Wirkungen evaluiert. Es wird so gestaltet, dass es schließlich an allen Schulen in Deutschland eingesetzt und unter Leitung einer Lehrkraft selbstständig durchgeführt werden kann.

Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 zwischen Bund und Ländern | BMBF

Im DigitalPakt Schule hat sich der Bund verpflichtet, fünf Milliarden Euro für Finanzhilfen für Investitionen der Länder und Gemeinden in die digitale Bildungsinfrastruktur bereitzustellen. Die Länder/Gemeinden ergänzen die Bundesmittel um einen Eigenanteil in Höhe von mindestens zehn %. Förderfähig sind an allgemeinbildenden, beruflichen und Förderschulen die Vernetzung von Schulgebäuden, die WLAN-Ausstattung, Anzeige-Geräte, wie z. B. elektronische Whiteboards und Beamer, sowie digitale Arbeitsgeräte für den Unterricht. Mobile Endgeräte zum Verbleib in der Schule können in besonderen Fällen bis zu bestimmen Obergrenzen förderfähig sein. Förderfähig sind auch länderübergreifende, landesweite und regionale Entwicklungsprojekte, z. B. für Lehr-/Lernplattformen und für die professionelle Administration und Wartung.

Umwelt

- Die Bundesregierung erkennt die Dringlichkeit der mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen, insbesondere für die jüngere Generation, an. Mit dem Klimaschutzgesetz und den darin festgelegten Emissionsminderungszielen wird ein verbindlicher und überprüfbarer Rahmen geschaffen.

- Junge Menschen wollen bei der Gestaltung einer ökologisch-nachhaltigen Gesellschaft berücksichtigt werden. Politische Akteure sollten den Dialog mit und die Beteiligung von jungen Menschen und ihren Interessenvertretungen bei der Ausgestaltung umweltpolitischer Maßnahmen weiter stärken.

- Wirksamer Klimaschutz bedarf der Mitwirkung jedes und jeder Einzelnen. Aus diesem Grund müssen Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch die Transparenz hinsichtlich der Umwelteffekte von Konsumgütern und Dienstleistungen gestärkt werden.

Beispiel-Maßnahmen:

Innovationsfonds Klimaschutz als Jugendpolitik | BMU

Der Innovationsfonds „Klimaschutz als Jugendpolitik“ soll niedrigschwellig und unkompliziert Mikrofinanzierungen für Projekte und Initiativen der außerschulischen Klimaschutzbildung und des Klimaschutzengagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereitstellen. Neben der Mikroprojektförderung sollen Klimaschutzstipendien vergeben werden, die außerordentliches Engagement von jungen Menschen für den Klimaschutz auszeichnen. Ein besonderes Augenmerk wird in beiden Komponenten auf Vernetzung und zusätzliches Empowerment gelegt. Der Innovationsfonds verfolgt den Anspruch, junge Menschen aus Stadt und Land sowie aus allen sozioökonomischen Schichten gleichermaßen zu erreichen. Jugendliche und junge Erwachsene werden aktiv in die Konzeption und Umsetzung der Maßnahme eingebunden.

Beteiligung am Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 | BMU

Das Bundesumweltministerium verstetigt seit mehreren Jahren systematisch den Ansatz, junge Menschen konsequent an den Programmen und Initiativen des Hauses zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund werden im Aktionsbündnis Klimaschutz, dem zentralen Dialogforum zur kontinuierlichen Diskussion klimaschutzpolitischer Positionen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und der Bundesregierung, auch Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden beteiligt. Ziel ist, einen breiten fachlichen und generationsübergreifenden Dialog zu initiieren und die Perspektive junger Menschen im Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 zu berücksichtigen.

Gesundheit

- Der weit überwiegende Teil junger Menschen verbringt die Lebensphase Jugend bei guter Gesundheit. Gleichzeitig neigen einzelne Gruppen junger Menschen zu einem höheren Risikoverhalten, das sich in gesundheitsschädigendem Verhalten niederschlagen kann.

- Die Förderung der Gesundheitskompetenz junger Menschen leistet einen grundlegenden Beitrag zu einem gesunden Aufwachsen und sollte als politische Querschnitts- und gesamtgesellschaftliche Bildungsaufgabe verstanden werden. Dabei sollte das individuelle Verhalten ebenso in den Blick genommen werden wie die jeweiligen Rahmenbedingungen und Lebenslagen. Eine frühe und wirksame Förderung des gesundheitsorientierten Handelns trägt zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit bei.

- Wesentliche gesundheitsrelevante Aspekte für junge Menschen sind unter anderem ausreichende Bewegung, gesunde Ernährung, Suchtprävention, Unfallvermeidung, die Stärkung der Gesundheitskompetenz, die Prävention sexualisierter Gewalt und eine Reduzierung von psychischen Belastungen. Diese Handlungsfelder haben große Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden in dieser Lebensphase und können zur Vermeidung von teilweise erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis ins spätere Erwachsenenalter beitragen. Es gilt, junge Menschen mit angemessenen und wirksamen Angeboten zur Förderung der Gesundheit aktiv zu unterstützen.

Beispiel-Maßnahmen:

Nationaler Aktionsplan IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht | BMEL (BMG)

Im Rahmen des Aktionsplans setzen sich BMEL und BMG für die Verbesserung des Bewegungs- und Ernährungsverhaltens ein, zum Beispiel durch Maßnahmen zur Intensivierung der Ernährungsbildung und Stärkung der Ernährungskompetenzen in allen Altersklassen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Konkrete Beispiele sind: Entwicklung des DGE-Qualitätsstandards für Schulverpflegung, Einrichtung von Schulvernetzungsstellen mit den Ländern zur Unterstützung von Schulträgern und Schulen bei der Umsetzung eines ausgewogenen Verpflegungsangebotes, Entwicklung von Ernährungsbildungsmaterialen und die Förderung von Modellprojekten, um Lehrkräfte in Schulen bei der Ernährungsbildung zu unterstützen. Außerdem werden Bürgerinnen und Bürger für Bewegungsförderung sensibilisiert. Für Jugendliche ist die Lebenswelt Schule auch für die Bewegungsförderung von Bedeutung. Diese wird durch das Schulfach Sport formal abgedeckt, braucht aber ergänzende Angebote in der Pause und im Unterricht. Die „Nationalen Empfehlungen für Bewegung und Bewegungsförderung“ geben allen Akteuren einen Orientierungsrahmen und zeigen Möglichkeiten, wie Menschen in verschiedenen Settings zu mehr Bewegung animiert werden können.

Fachdialog zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung bei Heranwachsenden | BMG (BMAS, BMBF, BMEL, BMFSFJ)

Der Dialog dient der alters-, zielgruppen- und themenübergreifenden Zusammenarbeit von Akteuren aus Wissenschaft, Praxis und Politik, die sich gemeinsam für die Gesundheit von jungen Menschen einsetzen. Ein wichtiger Meilenstein der Vernetzung ist der „Wegeweiser zum gemeinsamen Verständnis von Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland“, der von den beteiligten Organisationen und Vertretenden der beteiligten Gremien gemeinsam verabschiedet wurde. Der Wegeweiser formuliert die inhaltlichen Eckpunkte und benennt Aufgaben des Fachdialogs im Rahmen des Prozesses.

Foto: Emma Simpson, unsplash.com

Europa & die Welt

- Es gilt, die Anliegen und Themen junger Menschen im europäischen und internationalen Kontext ernst zu nehmen und in die Politikgestaltung einzubeziehen. Insbesondere müssen bestehende Maßnahmen zur Mitwirkung junger Menschen und ihrer Vertretungen an der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gestärkt und neue Wege und Formate erprobt werden.

- Alle jungen Menschen müssen Europa und seine Vielfalt aktiv erleben können. Sie brauchen Möglichkeiten, sich mit europäischen Entwicklungen kritisch auseinanderzusetzen, sich mit Engagement für Europa, die europäische Solidarität und das europäische Zusammenwachsen einzusetzen sowie Europa aktiv mitzugestalten. Die Vorteile eines vereinten Europas müssen für alle jungen Menschen auch vor Ort stärker erlebbar werden.

- Durch das Überschreiten nationalstaatlicher Grenzen eröffnen sich jungen Menschen neue Erfahrungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Dies fördert Toleranz und trägt zu interkultureller Verständigung bei. Grenzüberschreitende Mobilität sollte deshalb von einer Chance für wenige zu einem Angebot für alle jungen Menschen werden und bedarf einer stärkeren Anerkennung und Würdigung, sowohl in der formalen als auch non-formalen Bildung.

Beispiel-Maßnahmen:

Jugend erinnert | AA, (BMFSFJ), BKM

Mit dem Programm „Jugend erinnert“ soll außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus unterstützt und ausgebaut werden. Dies beinhaltet die Förderung von 500 außerschulischen Gedenkstättenfahrten für über 10.000 Jugendliche in den Jahren 2019 und 2020, den Wettbewerb „Erinnern für die Gegenwart“ an deutschen Auslandsschulen sowie das deutsch-polnische Schüleraustauschprojekt „menschen gedenken – jugend macht zukunft“, in dem Einzelschicksale von Opfern deutscher Kriegsverbrechen in Polen und von Opfern der Shoa in Deutschland aufgearbeitet werden. Darüber hinaus werden bi- und trilaterale Jugendbegegnungen und Projekte von Jugendlichen aus Deutschland, Israel und Europa in Gedenkstätten gefördert.
Ein davon unabhängiges, bei der BKM ressortierendes Förderprogramm „Jugend erinnert“ soll in Deutschland gelegene NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren als maßgebliche Akteure der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit dabei unterstützen, für ihre pädagogische Arbeit neue Ansätze und Methoden auszubilden. Vor allem durch die Vernetzung mit neuen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sollen nachhaltig wirkende Bildungsformate für junge Menschen gestärkt und weiterentwickelt werden. Auch die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – so zum Beispiel Lehramtsstudierende – steht im Mittelpunkt.

Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 | BMFSFJ

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 erfolgt in Deutschland als integraler Bestandteil der Jugendstrategie der Bundesregierung. Dies bedeutet, dass europäische Themen und Entwicklungen in die Diskussionen zur Jugendstrategie der Bundesregierung und darüber hinausgehende (jugend-) politische Diskurse einfließen. Umgekehrt werden Ergebnisse und Erfahrungen aus Deutschland in die jugendpolitischen Diskussionen auf EU-Ebene eingebracht. Junge Menschen werden an der Umsetzung unter anderem über den EU-Jugenddialog beteiligt.

Jugendpolitischer Ausblick

Die Entwicklungsphase der Jugendstrategie ist mit dem vorliegenden Kabinettbeschluss erfolgreich abgeschlossen. Nun gilt es, die ermittelten Handlungsbedarfe mit konkreten Maßnahmen anzugehen und damit in die Umsetzungsphase einzutreten. Denn nur durch die Umsetzung der Vorhaben kann die Jugendstrategie wirksam werden und einen Beitrag dazu leisten, die Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland konkret zu verbessern. Auch in der Umsetzungsphase können neue Bedarfe identifiziert und mit entsprechenden Maßnahmen angegangen werden. Festgestellte Handlungsbedarfe können sich außerdem verändern und bei bereits laufenden Maßnahmen Anpassungen erforderlich machen.

Um die aktuellen Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dauerhaft im Blick zu behalten, gilt es darüber hinaus, mit Akteuren auf Ebene der Länder und Kommunen, aus Zivilgesellschaft, Fachpraxis, Wissenschaft – und vor allem mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen – im Austausch zu bleiben. Als konkrete Möglichkeiten für die Beteiligung junger Menschen in der Umsetzungsphase der Jugendstrategie sind eine Bundesjugendkonferenz 2020 sowie die JugendPolitikTage 2021 als Bilanzveranstaltung geplant. Auch innerhalb der Bundesregierung bleibt der ressortübergreifende Ansatz zentraler Baustein einer wirksamen und zielgerichteten Eigenständigen Jugendpolitik. So ist auch in den Schlussfolgerungen der Vorsitzenden der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ („Unser Plan für Deutschland“) als eines der zentralen Handlungsfelder festgehalten, Jugendliche und junge Erwachsene zu stärken. Dies alles trägt dazu bei, das Verständnis von Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe für alle Akteure auf allen Ebenen weiter zu befördern.

Auch die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa sowie europäische Fachdebatten bereichern die nationale Politik und Praxis, wobei Deutschland einen starken Beitrag für die Entwicklung einer europäischen Jugendpolitik leisten kann, mit der die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen gemeinsam gestaltet werden.

Die Jugendstrategie der Bundesregierung ist ein fortlaufender Prozess. Dieser wird sicherlich zum Ende der Legislaturperiode nicht abgeschlossen sein. Entsprechend der Überzeugung, dass ein ressortübergreifendes jugendpolitisches Bewusstsein für die Lebensphase Jugend dauerhaft von Bedeutung ist, weisen die identifizierten Handlungsbedarfe darüber hinaus. Sie eröffnen damit mögliche Perspektiven für die zukünftige Gestaltung der Jugendpolitik auf Bundesebene.

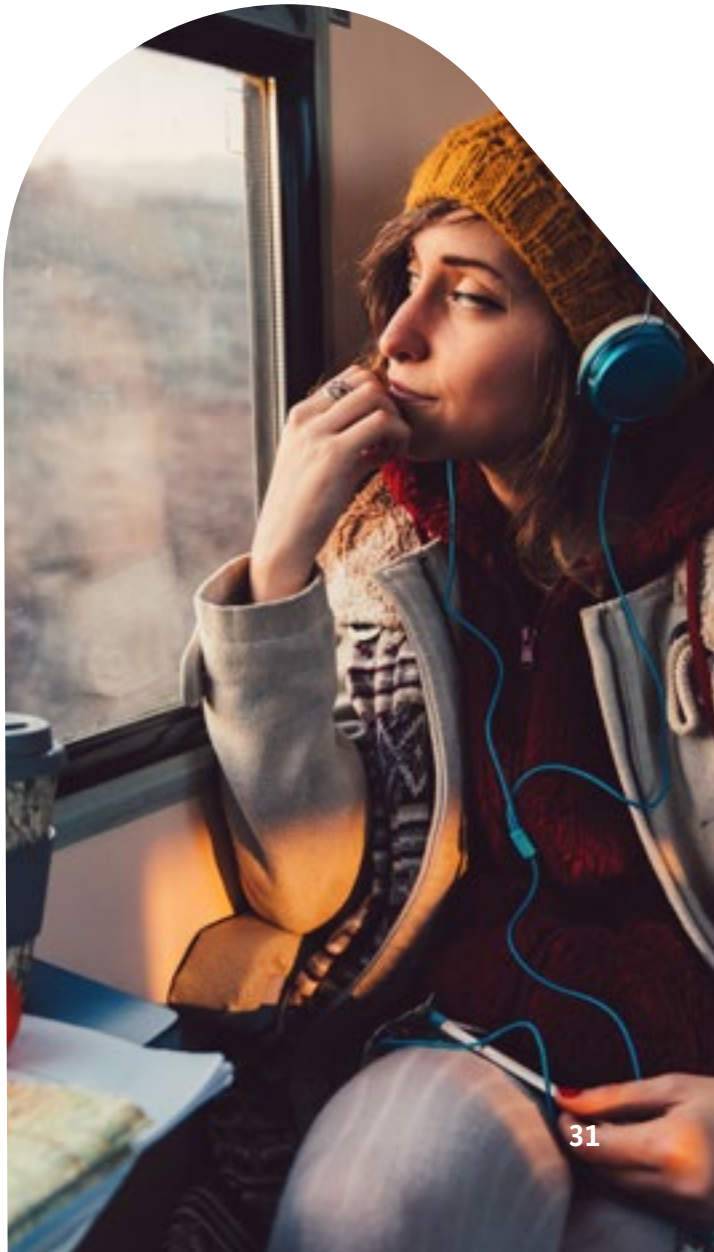


Foto: iStock

56

42

34

68

76

C. Handlungsfelder der Jugendstrategie der Bundesregierung

Die Jugendstrategie der Bundesregierung wurde ressortübergreifend entlang neun jugendrelevanter Handlungsfelder entwickelt. Diese Handlungsfelder decken ein breites Spektrum der Belange junger Menschen ab:

- Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder
- Beteiligung, Engagement & Demokratie
- Stadt & Land, Wohnen & Kultur
- Vielfalt & Teilhabe
- Bildung, Arbeit & Freiräume
- Mobilität & Digitales
- Umwelt
- Gesundheit
- Europa & die Welt

96

Für die Handlungsfelder wurden jeweils aus der Perspektive der Lebenswelt junger Menschen eine Analyse der Ausgangslage durchgeführt und entsprechende Handlungsbedarfe identifiziert, die im weiteren Verlauf der Jugendstrategie mit konkreten Maßnahmen angegangen werden. Die den Handlungsfeldern zugeordneten Maßnahmen greifen die ermittelten Handlungsbedarfe auf, indem sie sich entweder direkt an junge Menschen richten oder die Rahmenbedingungen für eine jugendgerechte Gesellschaft verbessern.

114

144

122

ZUKUNFT, GENERATIONENDIALOG & JUGENDBILDER

Jugend gestaltet Zukunft – schon heute

AUSGANGSLAGE

Zukunft und Generationendialog

Der demografische Wandel, Globalisierung und Digitalisierung sowie die damit einhergehenden Entwicklungen beeinflussen die Lebenswelten aller Menschen in Deutschland. Für Jugendliche und junge Erwachsene sind sie jedoch von besonderer Bedeutung, da sie die Bedingungen für ihr Aufwachsen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten wesentlich beeinflussen. Im Jahr 2018 machten Jugendliche und junge Erwachsene nur etwa 17 % der Bevölkerung aus. Der Altenquotient übersteigt bereits seit dem Jahr 2006 den Jugendquotienten.[25] Die Bevölkerung im Alter von zwölf bis einschließlich 27 Jahren wird laut aktuellen statistischen Berechnungen in Deutschland auch bei stärkerer Zuwanderung bis 2030 auf 12,7 Millionen bzw. 15,3 % zurückgehen (2015: 14,3 Millionen bzw. 17,4 %).[26] Menschen über 60 Jahre werden über ein Drittel der Gesellschaft ausmachen (2030: 28 Millionen bzw. 34 %) und entsprechend Prioritäten setzen. Anders der weltweite Trend in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo Menschen unter 25 Jahren den Großteil der Bevölkerung darstellen.

Eine Wahlberechtigung für den Deutschen Bundestag besteht erst ab Vollendung des 18. Lebensjahres. Der Anteil junger Erwachsener (18–27 Jahre) an den Wahlberechtigten in Deutschland liegt bei nur 8 %. Mehr als viermal so viele sind über 60 Jahre alt.[27] Mit der prognostizierten weiteren Verschiebung dieses Verhältnisses zu Ungunsten der jüngeren Bevölkerungsgruppe könnte auch eine weitere Verschiebung von Aufmerksamkeit und politischen Einflussmöglichkeiten einhergehen. Dies könnte dazu führen, dass Entscheidungen zukünftig tendenziell eher von älteren Menschen oder mit ihnen als größte Wählerinnen- und Wählergruppe im Blick getroffen werden.

So wird bereits heute in politischen Debatten häufig der Blick auf ältere Menschen und Kinder gelegt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Diskussionen und Vorhaben zum demografischen Wandel. Die Schaffung und Sicherstellung einer seniorengerechten Infrastruktur und Versorgung älterer Menschen sowie (früh-)kindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote stehen dabei oft im Vordergrund. Die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielen bisher eher eine untergeordnete Rolle bzw. werden sie häufig auf die Rolle der späteren „Rentenverdienerinnen und Rentenverdiener“ und „Pflegenden“ reduziert. Dabei haben Jugendliche ganz eigene Bedürfnisse im Hier und Jetzt, aber auch Ideen und Wünsche für ihre Zukunft. Wirksame Lösungen für eine echte Generationengerechtigkeit können nur gefunden werden, wenn die unterschiedlichen Interessen aller Bevölkerungsgruppen offen benannt und sachgerecht gewichtet werden.

Gefragt nach ihren eigenen Interessen haben Jugendliche und junge Erwachsene konkrete Vorstellungen, welche Themen mit Blick auf ihre aktuellen Bedürfnisse und ihre Zukunftsgestaltung besonders berücksichtigt werden sollen. Im Kern sind das: Mobilität und Internet, Freizeitgestaltung und Freiräume, Engagement, Beteiligung und Mitwirkung, Schule, Übergang und Beruf sowie Vielfalt und gesellschaftliches Zusammenleben.[28] Es geht um adäquate Bildungs- und Ausbildungsangebote, Investitionen in die Jugendarbeit, Eröffnung von Freiräumen, attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch eine Perspektive auf eine auskömmliche Alterssicherung. In diesem Zusammenhang ist der hohe Stellenwert zu berücksichtigen, den soziale Beziehungen wie Freundschaften, Partnerschaften und Familie bei Jugendlichen in Deutschland einnehmen. Jugendliche sehen sich in der Regel als Teil einer Generation, die auch über den innerfamiliären Zusammenhalt eng mit Kindern und der Eltern- sowie Großelterngeneration verbunden ist. Junge Menschen suchen auch den Austausch mit Älteren, wollen an deren Erfahrungen teilhaben und denken ihre Bedürfnisse mit. Solidarität mit ihrer Generation nehmen junge Menschen jedoch auch in Anspruch: So fordern sie eine Renten- und Klimapolitik, die nicht zu Lasten ihrer Zukunftsperspektiven geht.

Um Generationengerechtigkeit herzustellen, müssen, insbesondere im Interesse der jungen Generation, die ökologischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen erhalten werden. Die dazu von den Vereinten Nationen vereinbarten

Foto: Annkathrin Weis, Jugendpresse Deutschland

17 globalen Ziele (SDGs) sowie eine entsprechende Agenda für eine breit angelegte Nachhaltigkeitspolitik und eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) definieren hierfür den Rahmen und die Handlungsverpflichtung.

Das gesamtgesellschaftliche Ziel muss es sein, jungen Menschen gute Chancen für die Vorbereitung auf das Erwachsenenleben zu bieten. Nur so können die Zukunftschancen junger Menschen, aber auch die Zukunftschancen Deutschlands gesichert werden.

Jugendbilder

Das beschriebene Generationenverhältnis hat häufig auch einen Einfluss auf die Bilder, die über Jugend oder Jugendliche bestehen. Ältere haben Vorstellungen von Jugend und selbst Erfahrungen damit, jung zu sein. Gleichzeitig kommen viele in ihrem persönlichen Umfeld häufig unmittelbar mit Jugendlichen in Kontakt. Aus diesen individuellen Erfahrungswerten und dem privaten Erfahrungsraum entwickeln sie Annahmen darüber, wie „die Jugend von heute" ist bzw. sein sollte, wobei die entsprechenden Bewertungen positiv wie auch negativ ausfallen können. Verbunden mit einer oft selektiven Wahrnehmung jugendlichen Auftretens und Verhaltens kann dabei ein Abbild einer Teil-Realität entstehen, das der komplexen Wirklichkeit junger Menschen nicht entspricht.

Auch sogenannte „Generationenmetaphern" (zum Beispiel „68er-Generation" oder „Generation Y") haben nur eine geringe Aussagekraft und spiegeln Jugendbilder aus der Sicht von älteren Erwachsenen wider.[29] Zudem findet ein nicht unerheblicher Teil des jugendlichen Lebens zunehmend im virtuellen Raum statt. Das Internet ist ein bedeutender Lebens- und Gestaltungsraum für Jugendliche und birgt nicht nur Risiken, sondern auch große Chancen – insbesondere im Hinblick auf Teilhabe, Mitwirkung, Begegnung und Austausch. Diese zentrale Lebenswelt junger Menschen ist Älteren nicht in gleicher Weise präsent, manchen gar suspekt. Dies alles kann zu nicht erfüllbaren Erwartungen an die junge Generation führen. So fühlt sich knapp ein Drittel der Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren wegen ihres Alters diskriminiert. Das Lebensalter ist nach der Nationalität die häufigste Diskriminierungskategorie, die junge Menschen mit Migrationshintergrund wahrnehmen (siehe hierzu auch Handlungsfeld Vielfalt und Teilhabe).[30]

„Die Jugend von heute" ist häufig auch Thema von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Dem Bild „die Jugend von heute" liegen teilweise Verallgemeinerungen zugrunde, die zu verzerrten Jugendbildern führen können. In den produzierten Bildern sind Jugendliche nicht selten diejenigen, die Probleme haben oder die Probleme machen. An der Seite dieser Wahrnehmung steht das Bild einer pragmatischen, konformistischen, fast schon überangepassten Jugend.[31] Erst in jüngster Zeit wird die junge Generation wieder als – zumindest teilweise – politisch wahrgenommen.[32] Die Problematisierung von Einzel- bzw. Randthemen kann zur Verstärkung von Phänomenen und zu verallgemeinernden Annahmen führen. Für Prävention zuständige Institutionen (unter anderem die Politik) können diese als Handlungsfelder wahrnehmen und Themen auf ihre Agenda setzen, die wiederum von wissenschaftlichen Einrichtungen begleitet werden. Wissenschaftliche Studien und Jugendberichte werden von Politik herangezogen, um die Lebenslagen Jugendlicher zu berücksichtigen. Somit gibt Politik Anlass für Jugendforschung, deren Ergebnisse wiederum in politische Entscheidungen einfließen. Häufig hat Forschung den Auftrag, Risikofaktoren des Aufwachsens zu benennen. Eine ausschließliche Erforschung von problematischen Phänomenen kann allerdings das Risiko von Stigmatisierungs- und Stereotypisierungsprozessen verstärken. Eine Weitung des Blickwinkels könnte hierbei auch eine partizipative Jugendforschung leisten. So hat zum Beispiel die Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) einen ersten Versuch unternommen, die Sicht junger Menschen – als Expertinnen und Experten in eigener Sache – als wesentlichen Bezugspunkt in den Bericht einfließen zu lassen.

Festzuhalten bleibt, dass pauschalisierende Jugendbilder die tatsächliche Vielfalt von jugendlichen Wirklichkeiten vernachlässigen. Unterschiedlichste Jugendkulturen machen diese Vielfalt eindrucksvoll deutlich. Jugend ist ebenso heterogen wie die Gesellschaft, deren Teil sie ist. ***Die*** Jugend gibt es nicht.

Für eine realistische Darstellung von Jugendlichen und ihren vielfältigen Lebenswelten kommt Politik, Medien und Wissenschaft eine große Verantwortung zu. Sie prägen die Wahrnehmung von Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Zudem beeinflussen sich die von diesen zentralen Akteurinnen und Akteuren produzierten Jugendbilder wechselseitig und haben dabei unmittelbare Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen jugendlicher Lebenswelten.

Der 15. KJB stellt allerdings fest, dass in allen existierenden Jugendbildern die Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen, die jeweils ihr Leben und ihre Biografie selbst in die Hand nehmen können, sollen und müssen, um erfolgreich einen Platz in der Gesellschaft zu finden, betont werde. Junge Menschen würden danach vor allem nach ihren Qualifikationen bewertet, auf ihre politische Haltung hin befragt, in ihrer sozialen Zugehörigkeit analysiert und an ihrer sozialen Integration gemessen. Vor allem der gesellschaftlich-politische Fokus sei hierbei sehr einseitig auf den Qualifizierungsprozess junger Menschen ausgerichtet.[33] Die damit verbundene Betonung von Eigenverantwortlichkeit gestehe Jugendlichen zwar einerseits zu, dass sie sich individuell positionieren, erzeuge andererseits jedoch vielfach Druck auf Jugendliche zur biografischen Selbstoptimierung.[34] Akteurinnen und Akteure aus Politik und Wirtschaft weisen in diesem Zusammenhang meist dem Individuum Verantwortung für seine soziale Teilhabe sowie Mitwirkung zu.

Nahezu vollständig verschwunden seien dagegen Bilder, die „die Jugend“ als eigenständige Lebensphase einer Generation mit ganz spezifischen gesellschaftlichen Herausforderungen beschreiben. Diese Herausforderungen müssen (und können nur) von der jeweils jungen Generation bewältigt werden. Der 15. KJB benennt diese zentralen Herausforderungen des Jugendalters: Es gehe darum, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Diese zentralen Herausforderungen stünden als gesellschaftliche Erwartungen im Raum, wobei häufig außer Acht gelassen würde, dass die Jugendlichen es nicht selbst in der Hand haben, unter welchen Bedingungen sie diese Herausforderungen meistern müssen.

Als Teil der Selbstpositionierung in der Lebensphase Jugend spielt Studien zufolge der realisierte Konsum eine immer wichtigere Rolle und wird als Gradmesser für das Eingebundensein in die Gesellschaft wahrgenommen. Die Kommerzialisierung des Jugendalltags beginnt bereits im Kindesalter, ist umfassend und führt durch die Vielfalt der Konsumoptionen zu einem Orientierungsdilemma.[35] Eine Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beansprucht für sich Autonomie und Reflexion in den Konsumentscheidungen. Ein ostentativer Konsum hat unter dieser Gruppe deutlich weniger Anhängerinnen und Anhänger als vor 20 Jahren. Die Tendenz zur „Aneignung von Gegenständen auf Zeit“ nimmt zu.[36] Der Zeichenwert von Produkten (Lifestyle-Potenzial) wird allerdings nach wie vor von vielen jungen Erwachsenen und Jugendlichen als wichtiger angesehen als der Gebrauchswert (Ästhetisierung des Konsums).[37]

HANDLUNGSBEDARFE

- Jugendliche wollen, können und sollen mit ihren vielfältigen Interessen und Bedürfnissen als selbstständige Individuen wahrgenommen werden und die Gesellschaft mitgestalten.

- Die Jugendphase als eigenständiger und gleichberechtigter Lebensabschnitt neben Kindheit, Erwachsenenphase und Alter muss anerkannt werden.

- Die junge Bevölkerungsgruppe ist stärker an politischen Entscheidungsprozessen und der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, insbesondere bei Fragen zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Für eine zielgerichtete (Jugend-)Politik sollten daher auch Jugendliche in Diskurse über Jugend immer mit einbezogen werden.

- Deshalb ist bei den Diskussionen zu den Folgen des demografischen Wandels auch die Perspektive junger Menschen einzubeziehen. Die Gestaltung einer alternden Gesellschaft muss auch die Bedürfnisse der jungen Generation und eine jugendgerechte Infrastruktur in den Blick nehmen – in Zukunft und Gegenwart. Jugendliche sollen in diesem Zusammenhang weder auf Probleme noch auf ihr Potenzial als Zukunftsträger reduziert werden. Da Jugendliche selten selbst in Produktionsprozesse von Bildern über sich eingebunden sind, müssen sie im Sinne einer wirkungsvollen Jugendbeteiligung, die Jugendliche wertschätzt und ernst nimmt, auch in Diskurse über Jugend einbezogen werden. Ohne Jugendliche befragt und als Sachverständige hinzugezogen zu haben, ist eine realistische Darstellung und Wahrnehmung von Jugendlichen nicht möglich. Bilderproduzentinnen und -produzenten wie die Medien können wichtige Unterstützer sein bei

Foto: Annkathrin Weis, Jugendpresse Deutschland

einer realitätsangemessenen Darstellung der Lebenswelten, der Herausforderungen und Leistungen junger Menschen. Auch die Politik ist gefordert, sich der Vielfalt jugendlicher Lebenslagen bewusst zu werden und selbst mit realistischen Bildern von Jugendlichen zu arbeiten – auch weil sie die Lebenslagen Jugendlicher mit ihren Entscheidungen maßgeblich beeinflusst.

- Jugendforschung leistet einen wichtigen Beitrag für realistische Jugendbilder. Jugendliche und junge Erwachsene sollten – im Sinne einer partizipativen Jugendforschung – bei Betroffenheit und im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten in die Konzeption und Durchführung von Forschungsvorhaben einbezogen werden. Dies gilt auch für Vorhaben im Rahmen von Ressortforschung. Vorliegende Jugendstudien sollten darüber hinaus wieder stärker auch dahingehend analysiert werden, wie sich Jugend als eigenständige Lebensphase insgesamt beschreiben lässt.

- Zielgruppengerechte Angebote zur Verbraucheraufklärung sollten es Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen, selbstbestimmt und reflektiert am wirtschaftlichen Leben teilhaben zu können. Dabei ist ein besonderer Schwerpunkt auf digitale Angebote zu legen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Gruppe der 12- bis 27-Jährigen zwar heterogen ist, jedoch wegen des jungen Alters über geringe Erfahrungen bei weitreichenden Konsumentscheidungen (wie Vertragsabschlüssen etc.) verfügt.

„Jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik“ | BMFSFJ

Das Projekt jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik in Trägerschaft der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ sorgt für die fachliche Weiterentwicklung und Kommunikation der Eigenständigen Jugendpolitik. Die Arbeitsstelle informiert über Inhalte und Themen der Eigenständigen Jugendpolitik und befördert jugendpolitische Diskussionen.
Jugendgerecht.de bezieht sich auf die bestehenden Grundsätze, Leitlinien und Ziele der Eigenständigen Jugendpolitik und entwickelt diesen Ansatz im engen Austausch mit Expertinnen und Experten der Jugendhilfe, der Jugendpolitik und der Wissenschaft weiter. Dabei werden die Erfahrungen mit der Umsetzung Eigenständiger Jugendpolitik aus den Kommunen, den Ländern und dem Bund berücksichtigt sowie europäische Impulse aufgenommen.

„Wie ticken Jugendliche?“ 2020, Beteiligung an der Sinus-Jugendstudie | BMI

Das SINUS-Institut erforscht seit vielen Jahren jugendliche Lebenswelten, unter anderem im Rahmen der Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche?“ (2008, 2012, 2016). Die Studie soll die soziokulturelle Unterschiedlichkeit von Jugend einfangen und verdichtet sie modellhaft. Der Ansatz gruppiert Jugendliche, die sich in Werten, grundsätzlichen Lebenseinstellungen und Lebensweisen sowie in ihrer sozialen Lage ähnlich sind, in den Sinus-Milieu-Modellen. Die Untersuchung zeichnet sich durch eine dichte qualitative Beschreibung der soziokulturellen Vielfalt der Jugend in Deutschland aus und gewährt durch Zitate und kreative Selbstzeugnisse der Befragten Einblicke in Lebensalltag, Wertehorizont und Alltagsästhetik verschiedener jugendlicher Lebenswelten. Die Studie kann als praxisnahe Entscheidungsgrundlage für die strategische, praktische Zielgruppenarbeit herangezogen werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat den Thementeil „Welt der Politik“ bei der diesjährigen Studie beauftragt (weitere Themen sind Demokratiebildung, Extremismus, Vielfalt, Sport, Freizeit, berufliche Lebenswege, Lernsettings unter anderem). Die Befragungen für die Studie 2020 erfolgten in der ersten Jahreshälfte 2019, die Veröffentlichung findet im Frühjahr 2020 statt.

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung; Einzelprojekt: „Mehr als Brot und Wein – Intergenerationelles Lernen und kulturelle Bildung am Beispiel der antiken Essenskultur“ | BMEL

Die Universität Jena erprobt in Zusammenarbeit mit vier Regionalmuseen in den ländlichen Räumen Thüringens und Sachsens neue Methoden des intergenerationellen Lernens in der ehrenamtlichen Kulturarbeit.

Kinder, Jugendliche und Seniorinnen bzw. Senioren werden im Rahmen eines museumspädagogischen Konzepts aktiv in die Vermittlung kulturhistorischen Wissens eingebunden. Projektwochen dienen der Vorbereitung der Zielgruppen auf das selbstständige Durchführen museumspädagogischer Angebote. In Kooperation mit der Universität konzipierte Sonderausstellungen zur antiken Esskultur bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, die erlernten Fähigkeiten in den beteiligten Museen anzuwenden. Das Projekt wird im Rahmen universitärer Lehrveranstaltungen konzipiert und ausgewertet. Zur Präsentation der Ergebnisse ist eine Sonderausstellung in den Räumen des Instituts für Altertumswissenschaften vorgesehen. Die Universität erhofft sich nicht nur neue Erkenntnisse über generationenübergreifendes Lernen, sondern möchte auch einen Beitrag leisten, das Ehrenamt in der Kulturarbeit langfristig zu stärken.

Jugend-Check | BMFSFJ

Der Jugend-Check überprüft Gesetzentwürfe der Bundesregierung anhand einer standardisierten Methodik auf mögliche Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren. Er wird durchgeführt und kontinuierlich weiterentwickelt durch das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC). Durch den Jugend-Check werden beabsichtigte Wirkungen und nicht beabsichtigte Nebenwirkungen der Vorhaben sichtbar, um die politische Aufmerksamkeit für die Lebenslagen und Belange junger Menschen zu steigern. Die Erkenntnisse des Jugend-Checks machen darauf aufmerksam, wo und wie Gesetze aus unterschiedlichen Bereichen junge Menschen betreffen können. Das KomJC wird in seinen Aufgaben von einem Fachbeirat aus jugendpolitischen sowie wissenschaftlichen Expertinnen und Experten begleitet und beraten. Als freiwilliges Beratungs- und Unterstützungsangebot kann der Jugend-Check auch von den anderen Ressorts genutzt werden.

Projektförderung der 16 Verbraucherzentralen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes (WVS) | BMJV

Der Themenbereich „Verbraucherschutz für junge Leute“ bildet einen Schwerpunkt der aktuellen Projektförderung der Verbraucherzentralen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Adressiert werden junge Verbraucherinnen und Verbraucher (ca. 14 bis 24 Jahre), um sie niedrigschwellig und zielgruppenorientiert in einem Maßnahmen- und Medien-Mix, insbesondere zum Umgang mit dem ersten eigenen Geld sowie zu Rechten und Pflichten beim Erwachsenwerden, zu informieren bzw. zu sensibilisieren. Ein Format bildet etwa die „Banktour“ zur Stärkung von Finanzkompetenzen junger Verbraucherinnen und Verbraucher in den Schulen. Die Förderung der Verbraucherzentralen im wirtschaftlichen Verbraucherschutz erfolgt seit dem Jahr 2004 mit auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichteten wechselnden Projektinhalten, wobei Jugendliche und junge Erwachsene eine der Zielgruppen der Maßnahmen bilden.

BETEILIGUNG, ENGAGEMENT & DEMOKRATIE

Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung, gesellschaftliches Engagement und gelebte Demokratie

AUSGANGSLAGE

Die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung verfolgt das Ziel, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestmögliche Bedingungen zu bieten, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern und dabei die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation angemessen zu berücksichtigen. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten der Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in sie betreffenden Belangen zu stärken.

Junge Menschen wollen unsere Gesellschaft mitgestalten und sie tun dies auch in vielfacher Hinsicht. Dafür stehen diverse Formen des ehrenamtlichen und gesellschaftspolitischen Engagements. Junge Menschen haben das Recht, bei den Weichenstellungen für ihre Zukunft gefragt zu werden, und sie haben das berechtigte Interesse, das Hier und Jetzt wirksam zu beeinflussen. Die Mitgestaltung der gesellschaftlichen Realität und der Zukunft durch junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache lässt sich durch keine andere Perspektive ersetzen.

Wirkungsvolle Beteiligungsmöglichkeiten bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtige Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und können entscheidend zu ihrer Entwicklung zu eigenständigen und mündigen Persönlichkeiten beitragen. Gute Jugendbeteiligung sorgt zudem für einen Austausch zwischen den Generationen und bringt innovative wie lösungsorientierte Ideen und Entscheidungen hervor. In diesem Sinne ist wirksame Beteiligung junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen ein wesentliches Element einer lebendigen Demokratie, das es auf allen politischen Ebenen anzuerkennen und zu stärken gilt.

Mit Blick auf die Bedeutsamkeit des freiwilligen Engagements für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist gerade das Engagement junger Menschen wichtig. Seitens der Wissenschaft wird darauf hingewiesen, dass Menschen, die sich frühzeitig in ihrem Leben engagieren, häufiger auch im späteren Lebensverlauf engagiert sind und bleiben.[38]

Politische Jugendbeteiligung

Häufig wird das politische Handeln Jugendlicher und junger Erwachsener an der Wahlbeteiligung oder Mitgliedschaft in Parteien und politischen Organisationen gemessen. Dabei wird für junge Menschen im Vergleich zu anderen Altersgruppen ein eher geringes politisches Interesse festgestellt. So ist etwa die Bereitschaft, in Institutionen oder Parteien mitzuwirken oder Ämter zu übernehmen, unter anderem aufgrund nicht jugendgerecht wirkender Strukturen und Prozesse nur bei wenigen vorhanden.[39] Außer Acht gelassen werden darf dabei nicht, dass junge Menschen – insbesondere Minderjährige – auch nur über eingeschränkte Mitbestimmungsrechte verfügen (zum Beispiel aufgrund des Wahlalters). Vermehrt werden auf allen politischen Ebenen Jugendbeteiligungsprozesse durchgeführt. Dabei ist der jeweilige Gestaltungsrahmen allerdings häufig begrenzt.

Trotz dieser Distanz zu politisch-parlamentarischen Strukturen sind junge Menschen nicht unpolitisch. Im Gegenteil: Jugendliche und junge Erwachsene sind mit der Demokratie als Staatsform weitgehend zufrieden und wollen mitgestalten. Sie tendieren aber verstärkt zu kurzfristigem Engagement für spezifische Themen mit einem direkten Lebensweltbezug. Dafür nutzen sie ein breites Spektrum analoger und digitaler Formen zur öffentlichen Meinungsäußerung und politischen Beteiligung.[40] Dazu gehören etwa die Mitarbeit in sozialen Bewegungen, die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Petitionen oder mediale Protestformen.

Dieses Engagement ist anzuerkennen und wertzuschätzen. Gleichwohl bedarf es auch Maßnahmen, um die Stimme der Jugend innerhalb der politisch-parlamentarischen Strukturen zu stärken. Daher sind zum einen Politik und Verwaltung für die Belange junger Menschen besser zu sensibilisieren. Zum anderen brauchen unsere Gesellschaft und unsere Demokratie nachhaltige und verbindliche Formate und Strukturen zur Jugendbeteiligung. Dabei sind sowohl die sozialen Unterschiede und unterschiedlichen Voraussetzungen im Hinblick auf Wissen und Verständnis

Foto: Ragnar Hüneke, Jugendpresse Deutschland

über demokratische Strukturen und Praktiken zwischen jungen Menschen selbst zu beachten als auch die unterschiedlichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Dafür braucht es geeignete analoge und digitale Verfahren, um die Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wirkungsvoll einzubeziehen und in die bestehenden Systeme der politischen Teilhabe einfließen zu lassen. Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und positive Demokratieerlebnisse tragen dazu bei, junge Menschen für Politik zu begeistern. Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse junger Menschen – etwa in der Jugendverbandsarbeit – sowie Beteiligungsstrukturen, die von Jugendlichen mitentworfen werden, sind dafür besonders wichtig.

Gesellschaftliches Engagement junger Menschen

Politisches und ehrenamtliches Engagement gehen oftmals ineinander über, sind aber nicht immer deckungsgleich. Beide Formen dienen dem sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, können Gemeinsinn fördern und Beteiligungsstrukturen stärken. Junge Menschen zeichnet eine besonders hohe Engagementbereitschaft aus. Ein Großteil der 14- bis 19-jährigen Jugendlichen ist ehrenamtlich engagiert und aktiv.[41] Die Orte und Formen für jugendliches Engagement sind dabei vielfältig: in Organisationen oder Gruppen, in der Schule oder Hochschule, im Verband oder Verein oder auch über eigenständige Aktivitäten. Jugendarbeit, Sportvereine und der Sektor Schule/Hochschule sind die wichtigsten Orte, in denen sich junge Menschen freiwillig engagieren und aktiv werden. Ganz oben steht dabei der Einsatz für die Interessen und die Freizeitgestaltung von Jugendlichen, die unmittelbar an ihre lebensweltbezogenen Erfahrungen anknüpfen. Exemplarisch ist auch die Hilfe für Geflüchtete als ein Bereich mit bemerkenswertem Engagement junger Menschen hervorzuheben. Auch die Nachfrage nach Jugendfreiwilligendiensten ist unvermindert hoch.

Auch wenn sich bei Aktivitäten in Schulen, Hochschulen und Jugendorganisationen ein leichter Rückgang feststellen lässt, ist dies nicht mit einem geringeren Interesse an gesellschaftspolitischen Fragen oder Themen zu erklären. Vielmehr scheint es auch bei diesen gesellschaftlichen Engagementformen für viele junge Menschen wichtiger zu werden, nicht dauerhaft festgelegt zu sein.[42] Ein Grund dafür sind gestiegene Anforderungen an räumliche Mobilität (etwa durch häufigere Wohnortswechsel für Studium, Ausbildung oder Beruf) und geringere zeitliche Freiräume als entscheidende Hürden für die Aufnahme oder Ausweitung des persönlichen Engagements. Gleichwohl ist das Engagement junger Menschen essenziell für eine aktive Zivilgesellschaft und oftmals Ausgangspunkt für politische Sozialisationsprozesse.[43]

Demokratie und politische Bildung

Demokratie braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten und muss von jeder Generation neu gelernt werden. Angesichts zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen wie zunehmendem Extremismus und Populismus, insbesondere Rechtspopulismus, der damit zusammenhängenden Verschärfung des politischen Diskurses und der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie einer auch bei jungen Menschen ausgeprägten Skepsis gegenüber politischen Institutionen und Prozessen kommt der politischen Bildung eine enorme Bedeutung zu. Es geht darum, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen, ihr demokratisches Bewusstsein zu stärken, sie zur demokratischen Teilhabe und zum Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befähigen sowie menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen präventiv zu begegnen.

Demokratiebildung muss dabei mehr sein als das Erlernen politischer Strukturen und ihrer Wirkungszusammenhänge. Mithilfe unterschiedlicher, zielgruppen- wie kontextspezifischer Ansätze müssen demokratische Werte vermittelt und demokratische Prozesse konkret erfahrbar gemacht werden. Dazu gehört es, sich eine eigene Meinung bilden zu können und diese zu begründen. Dazu gehört auch, eine offene Diskussionskultur zu erlernen, in der andere Meinungen und Lebensformen respektiert, Kompromisse gefunden und mehrheitliche Entscheidungen ebenso akzeptiert werden wie die unveräußerliche Bedeutung von Minderheitenrechten. Zur Demokratiebildung gehört auch, jungen Menschen bewusst zu machen, dass eine freiheitliche Demokratie rechtsstaatlicher Ausgestaltung und Begrenzung bedarf. Die Voraussetzungen dafür, dass sich Mehrheitsverhältnisse ändern können und demokratische Herrschaft – wie freie und gleiche Wahlen, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Schutz der parlamentarischen Opposition und vieles mehr – zeitlich begrenzt ist, lassen sich nur über das Recht absichern. Auch individuelle Freiheit und dadurch ermöglichte Vielfalt in der Gesellschaft müssen rechtsstaatlich abgesichert werden, und zwar insbesondere durch die Anerkennung der Grundrechte, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und des Individualrechtsschutzes durch unabhängige Gerichte. In diesem Sinne ist Demokratiebildung nicht die exklusive Aufgabe einzelner Institutionen, sondern aller Lebensbereiche.[44]

Junge Menschen erlernen zum Beispiel in der Jugendarbeit Selbstwirksamkeit und die gesellschaftliche Relevanz ihres Engagements. In Jugendverbänden, Jugendgruppen und offenen Einrichtungen organisieren sie sich selbst und übernehmen Verantwortung für sich und andere. Dabei werden zentrale persönliche Entwicklungsprozesse gefördert. Im besten Fall wirken junge Menschen und ihre Interessenvertretungen damit auch direkt an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens mit und nehmen Einfluss auf die Lebenslagen ihrer Generation.

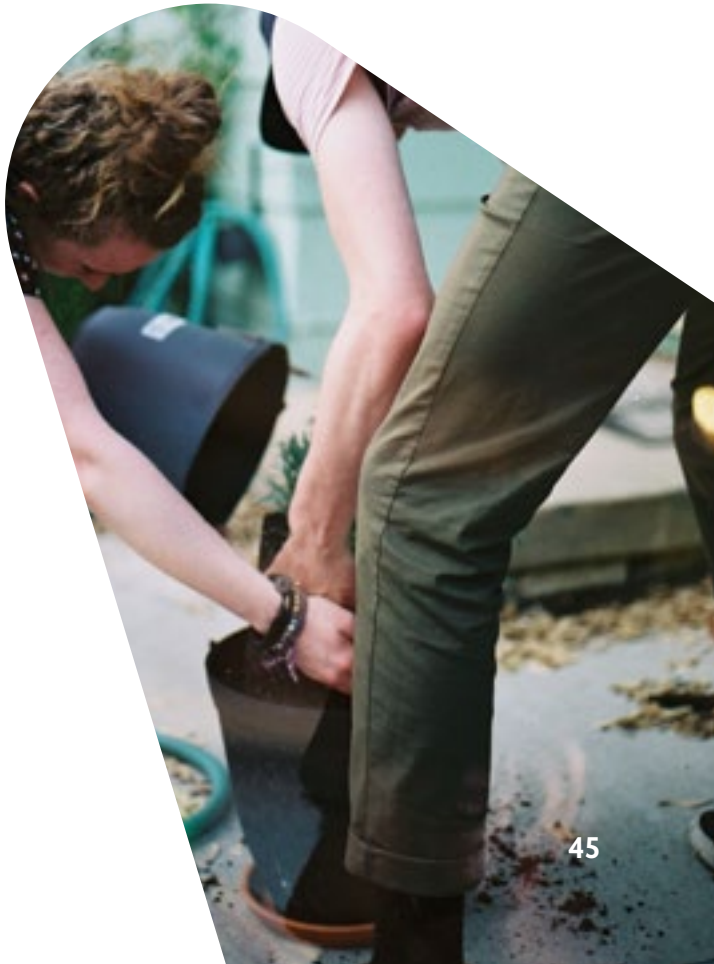


Foto: Morgan, unsplash.com

HANDLUNGSBEDARFE

- Politik und Verwaltung sind für jugendpolitische Belange zu sensibilisieren.

- Um Jugendliche und junge Erwachsene auch innerhalb der etablierten demokratischen Strukturen stärker zu beteiligen, sind bestehende Regelungen daraufhin zu überprüfen, ob die Mitbestimmung von Jugendlichen verbessert werden kann.

- Politische Jugendbeteiligung und jugendgerechte Beteiligungsformate sollen gestärkt werden, um möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene für eine aktive gesellschaftspolitische Teilhabe am demokratischen Zusammenleben zu begeistern und zu befähigen.

- Das vielfältige gesellschaftliche und politische Engagement junger Menschen im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Ordnung gilt es als politische Ausdrucksform anzuerkennen sowie als wichtigen Beitrag für eine lebendige Demokratie wertzuschätzen und zu unterstützen (etwa in Fragen der Vereinbarkeit mit Schule, Ausbildung, Beruf durch Möglichkeiten zu Freistellung und Anerkennung).

- Zivilgesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement gerade auch junger Menschen braucht verlässliche Rahmenbedingungen sowie gute und möglichst unbürokratische und leicht zugängliche Förderstrukturen.

- In Vereinen und Verbänden erleben junge Menschen demokratische Beteiligung und die Übernahme von Verantwortung für eine Gemeinschaft. Daher sind ihre Strukturen, insbesondere auch in vom demografischen Wandel besonders betroffenen und strukturschwachen Regionen, in ihren Bemühungen zu unterstützen, Nachwuchs – auch für die Übernahme von Ämtern – zu gewinnen und für junge Menschen attraktive Angebote zu entwickeln. Hier spielt die Digitalisierung im Ehrenamt eine wichtige Rolle.

- Traditionelle Geschlechterrollen der Gesellschaft bilden sich auch in den Engagementbereichen ab. Daher ist es wichtig, Frauen und Mädchen im Engagement zu stärken, zielgruppengerechte Maßnahmen und Zugänge zu erweitern und ihr Potenzial noch stärker zu nutzen.[45]

- Politische Bildung im Jugendalter ist ein wichtiger Baustein, um Demokratie und Demokratiebildung angesichts zunehmender Komplexität und Kontroversen sicherzustellen. Dabei müssen auch bewusst innovative Angebote und Formen entwickelt und ausgebaut werden, die junge Menschen ansprechen, die sich bislang kaum für Politik interessieren und bisher nicht aktiv sind, ebenso wie für junge Menschen, die mit fremden- oder demokratiefeindlichem Gedankengut sympathisieren. Die Erfahrbarkeit von demokratischen Prozessen ist dabei ein wichtiges Element. Zur Stärkung politischer Bildung sind die Potentiale formaler wie non-formaler Bildung – etwa in Angeboten der Jugendarbeit – zu nutzen.

- Die Angebote der politischen Bildung sollen mit ihren inhaltlichen, methodischen und räumlichen Zugängen inklusiv und intergenerativ gestaltet werden. Die Forschung und Lehre im Bereich der nicht-schulischen Jugend- und Erwachsenenbildung muss intensiviert werden.[46]

- Beim Ausbau und der Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD u27) und der Jugendfreiwilligendienste sollen junge Menschen unmittelbar am Diskurs über die Neuausrichtung und Stärkung von Engagement, Ehrenamt und Freiwilligendiensten beteiligt werden.

Foto: Anna Earl, unsplash.com

24
HOURS TO LOVE OUR CITY

16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ | BMFSFJ

Gemäß § 84 SGB VIII legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen „Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“ vor. Die Bundesregierung beauftragt jeweils eine unabhängige Sachverständigenkommission mit der Ausarbeitung des Berichtes und fügt eine Stellungnahme bei. Dem Deutschen Jugendinstitut obliegen die Geschäftsführung der Kommission und inhaltliche Zuarbeiten. Der 16. Kinder- und Jugendbericht zum Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ soll 2020 vorgelegt werden. Mit diesem Bericht soll eine Grundlage geschaffen werden, um Institutionen und Konzepte der demokratischen Bildung für die Altersgruppe der bis 27-Jährigen zu bilanzieren und weiterzuentwickeln. Der Bericht soll auch dazu beitragen, das Thema stärker in der Öffentlichkeit und in der Kinder- und Jugendhilfe zu profilieren. Die Kommission zum 16. Kinder- und Jugendbericht führt Workshops mit Kindern und Jugendlichen durch, um ihre Perspektiven zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist eine Jugendbroschüre geplant, in der ein junges Redaktionsteam die Kerninhalte des Berichtes kompakt und verständlich aufbereitet.

Big Data für die Kinder- und Jugendbildung: Konzepte, Methoden, Materialien, Spielideen für alle Altersgruppen und Bildungsformen | BMI

Um die Grundprinzipien der digitalen Welt zu verstehen, hat die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) mit mehreren Partnerinnen und Partnern aus der Jugendarbeit Materialien und Methoden für die Kinder- und Jugendbildung zum Themenfeld „Big Data, Datenschutz und Algorithmen“ entwickelt. Alle Materialien sind mit den Zielgruppen getestet, bewährt, selbsterklärend und sofort einsetzbar. Das Angebot umfasst Lernmaterialien, Spiele, Arbeitshilfen für die Jugendarbeit und Erklärvideos.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ | BMFSFJ

„Demokratie leben!“ fördert Projekte, die sich der Demokratieförderung in unterschiedlichen Lebensphasen widmen: Dies beginnt bei Projekten für Kinder im Kitaalter, geht über Projekte an der Schnittstelle zwischen Schule und Sozialraum und schließt auch Projekte zur Demokratieförderung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz ein. Demokratieförderung im Bildungsbereich bleibt auch in der zweiten Förderperiode eine wichtige Säule des Bundesprogramms. Zum einen sollen bundesweit wirkende Kompetenzzentren oder Kompetenznetzwerke für Demokratieförderung in folgenden Themenfeldern gefördert werden: Frühkindliche Bildung und Bildung in der Primarstufe; Schulische und außerschulische Bildung im Jugendalter; Berufliche Bildung, Ausbildung (inkl. Übergangssystem). Zum anderen wird das BMFSFJ weiterhin Modellprojekte für Demokratieförderung im Bildungsbereich fördern, die neue Ansätze im Bereich erproben. Auch die 300 „Partnerschaften für Demokratie“ (PfDs) sollen weitergefördert werden. In den meisten PfDs existieren „Jugendforen“, die Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich untereinander zu vernetzen, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, eigene Projektideen mit eigenem Budget zu entwickeln und umzusetzen.

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung; Einzelprojekt: „Jugend.ernst.nehmen – Modellprojekt zur Jugendbeteiligung: Junge Menschen im Gemeinwesen verwurzeln als Standortfaktor im ländlichen Raum“ | BMEL

Um einer späteren Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken, möchte der Markt Postbauer-Heng die Identifikation der Zielgruppe mit ihrer Heimatgemeinde langfristig stärken. Die Gemeinde gibt daher jungen Leuten die Möglichkeit, bereits heute auf richtungsweisende Entscheidungen der Kommunalpolitik einzuwirken. Verschiedene Veranstaltungsformate sollen das Verständnis der jungen Menschen für politische Strukturen fördern und ein Forum zur politischen Meinungsbildung bieten. Außerdem unterstützt der Markt die Jugendlichen bei der Formulierung ihrer politischen Anliegen gegenüber Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik. Neben der politischen Dimension des Projekts spielt die Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Vorhaben des Marktes Postbauer-Heng eine bedeutende Rolle. Da die Vereine im Gemeindegebiet zunehmend Schwierigkeiten haben, den für ihren Fortbestand notwendigen Nachwuchs zu finden, unterstützt der Markt den Ausbau der Jugendarbeit im ehrenamtlichen Bereich. Die Gemeinde setzt sich auf diese Weise nicht nur für den langfristigen Erhalt der Vereine ein, sondern erhofft sich auch, junge Menschen durch die Förderung ihres Engagements langfristig in der Region zu verwurzeln.

Bündnis für Demokratie und Toleranz – Jugendkongress und Festakt | BMI

Jedes Jahr veranstaltet das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) vom 20. bis 24. Mai den Jugendkongress mit bis zu 400 Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren aus ganz Deutschland. Die Jugendlichen verbringen vier Tage gemeinsam in Berlin, besuchen Workshops und Außenforen, lernen verschiedene Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements kennen und können sich mit anderen Ehrenamtlichen vernetzen. Über 40 Workshops plus Außenforen bieten viel Input, um sich über die verschiedensten Themen von Demokratie- und Toleranzförderung bis hin zum Umgang mit antidemokratischen Tendenzen auseinanderzusetzen oder sich zum Beispiel in Sachen Öffentlichkeitsarbeit oder Fundraising fit zu machen. Feierlicher Abschluss ist jedes Jahr seit 2001 der Festakt zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai mit der Auszeichnung der BfDT-Botschafterinnen und -Botschafter für Demokratie und Toleranz. Bei der Konzeptionierung und Umsetzung neuer jugendrelevanter Inhalte werden in der Geschäftsstelle BfDT-tätige Praktikantinnen und Praktikanten aktiv beteiligt. 2019 übernahmen diese gemeinsam mit JETZT e. V. die Moderation des Jugendkongresses und boten einen neuen Workshop „Open Space für Eure Ideen“ an.

Entwicklung und Fortführung informeller Jugendbeteiligungsprozesse bei Programmen und Regelwerken des BMU | BMU

Das BMU führt auf der Basis seiner Leitlinien für eine gute Bürgerbeteiligung zentrale nationale und internationale Beteiligungsprozesse informeller Art gezielt auch für Jugendliche und junge Erwachsene fort. Hinzu kommen neue Beteiligungsprozesse bei relevanten Entscheidungen und Regelwerken des BMU.

Förderung des Projekts „Jugendkulturelle Antworten auf islamistischen Extremismus“ im Rahmen des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus | BKM

Das Projekt ist ein Modellvorhaben zur Prävention von islamistischem Extremismus, in dem ein demokratisches Werteverständnis von Jugendlichen durch aktive Medienarbeit gefördert wird. Es macht sich zur Aufgabe, junge Menschen in ihren Meinungsbildungsprozessen zu stärken, ihre Argumentationsfähigkeit zu fördern, Reflexionsprozesse anzustoßen und sie kritisch im Umgang mit extremistischen Botschaften zu machen.
Die praktische Durchführung erfolgt durch eine individuelle Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen bei der Produktion von Medienbeiträgen zur Thematik „Religiöser Extremismus, Heimat und Zukunft“. Die entstandenen Medienprodukte werden mit Materialien und Einsatzmöglichkeiten für die pädagogische Arbeit aufbereitet und zusammen mit bestehendem didaktischen Material auf einer Plattform Fachkräften der schulischen und außerschulischen Bildung zur Verfügung gestellt. Das Gesamtvorhaben wird wissenschaftlich begleitet.

Fortführung der BMU-Jugendstudie | BMU

Im Gegensatz zu traditionellen Erhebungen wird die repräsentative BMU-Jugendstudie zu Umwelt- und Klimathemen durchgängig von der Zielgruppe selbst begleitet und aktiv mitgestaltet. Forschungsdesign und Forschungsfragen werden im Rahmen von Workshops mit jungen Menschen entwickelt, die Untersuchungsergebnisse in verschiedenen Formaten diskutiert und interpretiert. Darüber hinaus wurde für die Studie ein eigener Jugendbeirat eingerichtet.
Die zweite BMU-Jugendstudie erscheint Anfang 2020 und soll danach weiterentwickelt und verstetigt werden.

Fortsetzung und Verstetigung des beteiligungsorientierten Umweltbildungsangebotes | BMU

Das Bildungsangebot des BMU folgt den Prinzipien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Sinne einer handlungs- und beteiligungsorientierten politischen Bildung. Die BNE-Grundsätze beziehen sich dabei auf Studien, Forschungsvorhaben, Materialien, Konzepte und BMU-geförderte Bildungsprojekte. Die Förderung von Gestaltungskompetenz und die partizipative Einbindung von jungen Menschen sind hierbei Kriterien für eine Förderung.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

Fortsetzung und Verstetigung explorativer Beteiligungs- und Empowermentformate | BMU

Das BMU verstetigt seit mehreren Jahren systematisch den Ansatz, junge Menschen mit vielfältigen und innovativen Formaten konsequent an den Programmen und Initiativen des Hauses zu beteiligen. Beispielhaft hierfür stehen die BMU-Planspiele und Jugendkongresse, die eine Beteiligung von jungen Menschen auf Augenhöhe zum Ziel haben. Die mittlerweile regelmäßig stattfindenden Planspiele ermöglichen es Jugendlichen, zwei Tage in die Rolle von BMU-Mitarbeitenden zu schlüpfen und den Arbeitsalltag inklusive aller Abstimmungsprozesse in einem Ministerium kennenzulernen.
Die BMU-Jugendkongresse werden seit Jahren von jungen Menschen selbst geplant und durchgeführt. Methodisch und inhaltlich haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei freie Hand. Themen und Inhalte werden durch die jungen Menschen selbst festgelegt und unter Einbezug der Kongressteilnehmenden weiterentwickelt.

jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis der digitalen Partizipation | BMFSFJ

Das Projekt bietet Hilfe für die Praxis digitaler Jugendbeteiligung, stellt Know-how zu Prozessen und Tools bereit und bietet Qualifizierungsmöglichkeiten an. Auf der Plattform www.jugend.beteiligen.jetzt werden aktuell und gebündelt Arbeitsmaterialien, Argumentationshilfen und Instrumente für die Beteiligungspraxis angeboten, gute Beispiele gezeigt und ausgewählte Jugendbeteiligungsprojekte verlinkt.

Kampagne: „Pack mit an! Für dich. Für uns alle.“ | BMI

Die Kampagne hat das Ziel, um mehr Beteiligung im Ehrenamt zu werben und Lust auf ehrenamtliches Engagement zu wecken. Sie sendet zugleich ein starkes Zeichen der Anerkennung an die mehr als 30 Millionen Menschen in Deutschland, die bereits ehrenamtlich tätig sind. Durch einen Kampagnenfilm, Plakatmotive und eine Kampagnenwebsite sollen insbesondere junge Menschen angesprochen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Peernetzwerk „JETZT – jung, engagiert, vernetzt“ e. V., Berlin | BMI

JETZT e. V. ist ein Zusammenschluss ehrenamtlich engagierter Jugendlicher zwischen 16 und 27 Jahren aus ganz Deutschland, die in verschiedensten Institutionen und Vereinen aktiv sind. Dort haben sie unterschiedliche Erfahrungen sammeln können und vielfältige Kompetenzen erworben. Ins Leben gerufen wurde JETZT zum Jugendkongress 2012 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. (NDC) als ein Peernetzwerk für ehemalige Teilnehmende des jährlichen BfDT-Jugendkongresses. „Aktiv-vor-Ort“-Workshops beschreiben das Kerngeschäft von JETZT: Hier werden interessierten und engagierten Jugendlichen Kompetenzen bedarfsgerecht auf einer Peer-to-Peer-Ebene vermittelt. Inhaltlich wird vor allem ein methodischer Schwerpunkt gesetzt. Dies inkludiert insbesondere Projektmanagement, Moderation von Gruppenprozessen, Rhetorik, Visualisierung und Zukunftswerkstatt bzw. Design-Thinking. Das Peernetzwerk ist seit 2018 ein selbstständiger Verein und führt die Workshops bundesweit eigenständig durch.

Qualitätsstandards für gute Kinder- und Jugendbeteiligung | BMFSFJ

Für eine wirksame Jugendbeteiligung braucht es transparente und möglichst einheitliche Qualitätsstandards. Dafür sollen die Qualitätsstandards für gute Kinder- und Jugendbeteiligung, die im Rahmen des NAP „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ für unterschiedliche Praxisfelder entwickelt wurden, im gemeinsamen Dialog mit den jeweiligen zivilgesellschaftlichen Gestaltungspartnerinnen und Gestaltungspartnern aktualisiert und gegebenenfalls ergänzt werden. Dabei sind insbesondere auch neue Formen und Möglichkeiten der Beteiligung zu beachten, die sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung eröffnen.

Starke Kinder- und Jugendparlamente | BMFSFJ

Zentrales Ziel ist die Förderung und Stärkung von Beteiligungslandschaften auf kommunalpolitischer Ebene in Deutschland mit besonderem Fokus auf die rund 500 Kinder- und Jugendparlamente und 300 Jugendforen, die in Deutschland seit Ende der 1980er-Jahre entstanden sind. Diese werden gestärkt durch Sichtbarmachung/öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung (Internetauftritt/Portal, Vernetzung, Kurzfilme/Videobotschaften für soziale Medien, interaktive Landkarte, KiJuPa-Logo). Bei Problemen in bereits bestehenden Gremien wird konkrete Hilfestellung angeboten (z. B. Webinare). Kommunen werden zur Einrichtung von neuen Kinder- und Jugendparlamenten motiviert („Gründungsbroschüre“, Methodenheft) und bei Bedarf unterstützt (Peer-to-Peer-Beratung). Jugendliche aus Kinder- und Jugendparlamenten werden über den „Jugendbeirat“ aktiv und von Anfang an in das Projekt einbezogen. Der Wissenstransfer aus den vorangegangenen Untersuchungen erfolgt durch eine wissenschaftliche Begleitung.

Verstärker Aktionsformate | BMI

Mit den Aktionsformaten/Workshops werden durch das Netzwerk Verstärker gezielt Jugendliche und junge Erwachsene aus schwer erreichbaren, partizipationsfernen Zielgruppen mit politischen Bildungsformaten angesprochen. Die zweitägigen Workshops unterstützen Jugendliche dabei, ihre Interessen zu artikulieren, einen Zugang zum Politischen zu finden und Selbstwirksamkeitserfahrungen machen zu können. Die Workshops werden auf Anfrage von qualifizierten Teamenden mit Jugendlichen aus verschiedenen Institutionen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Für die Besetzung der Teamenden greift das Netzwerk auf einen eigens dafür ausgebildeten Pool an qualifizierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zurück.
Ziel ist, dass Jugendliche sich ihrer Anliegen bewusst werden, dass sie lernen, ihre Interessen zu artikulieren und auch anderen zu vermitteln. So können sie handlungsfähig werden und die Spanne zwischen Selbst- und Fremdausschluss kann sich verringern.

Sicherheitspolitische Rolle von Jugendoffizieren | BMVg

Jugendoffiziere sind als Referentinnen und Referenten für Sicherheitspolitik ein wesentliches Element der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Mit dem Einsatz von Jugendoffizieren soll der Dialog über Grundfragen von Sicherheitspolitik angeregt werden. Die Jugendoffiziere kommen nicht nur an Schulen zum Einsatz, sondern arbeiten auch mit politischen Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Institutionen zusammen. Auch im Rahmen von sicherheitspolitischen Konferenzen (z. B. „Studierendenkonferenz“) kommt ihre (methodische) Beratung zum Einsatz.

Wettbewerbsprogramme Generation Kplus und Generation 14plus, Berlinale Schulprojekt, Kinder- und Jugendjury Generation | BKM

Die Berlinale-Sektion Generation präsentiert in den zwei Wettbewerbsprogrammen Generation Kplus und Generation 14plus zeitgenössische Filme des internationalen Kinos, die sich mit den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen. Als einzige Sektion der Berlinale bietet Generation Zuschauerinnen und Zuschauern unter 18 Jahren die Möglichkeit zur Teilnahme am Festival. Die Sektion richtet sich mit dem Programm 14plus gezielt an ein engagiertes jugendliches sowie aufgeschlossenes erwachsenes Publikum.
Neben den Kinovorführungen beruft Generation jedes Jahr 18 junge Menschen (elf bis 18 Jahre) in die Kinder- und Jugendjury, die sich während ihres Besuches der vorausgegangenen Festivalausgabe über Filmfragebögen beworben haben. Mit dem Berlinale Schulprojekt, in Kooperation mit Vision Kino, engagiert sich Generation für die Einbindung von Generation-Filmen in den Schulunterricht (Regel- und Willkommensklassen (seit 2017)) und leistet damit einen Beitrag zur Filmbildung und -vermittlung.

Jugend erinnert | BKM

Das BKM-Förderprogramm „Jugend erinnert“ soll in Deutschland gelegene NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren als maßgebliche Akteure der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit im Bereich der Aufarbeitung des Nationalsozialismus dabei unterstützen, für ihre pädagogische Arbeit neue Ansätze und Methoden auszubilden.
Vor allem durch die Vernetzung mit neuen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sollen nachhaltig wirkende Bildungsformate für junge Menschen gestärkt und weiterentwickelt werden. Auch die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wie zum Beispiel Lehramtsstudierender, steht im Mittelpunkt.
Ein davon unabhängiger, beim AA (und BMFSFJ) ressortierender Förderstrang von „Jugend erinnert“ richtet sich auf grenzüberschreitende Jugendbegegnung und Projekte im Ausland und mit ausländischen Partnerinnen und Partnern .

YOU:KO Jugendkongress 2019 – VERNETZT?! | BMI

“VERNETZT?!” lautete das Motto des sechsten Jugendkongresses der Bundeszentrale für politische Bildung, der Ende 2019 in Bochum stattfand. Etwa 300 junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren kamen zusammen, um miteinander über spannende Vernetzungsthemen zu diskutieren. Diese reichten von digitaler Kommunikation über Globalisierung und Klima bis hin zu Politik, Industrie 4.0 oder Psychologie.
Das Ziel der von Jugendlichen für Jugendliche organisierten Veranstaltung: junge Menschen für Engagement für sich und andere zu begeistern! Der Jugendkongress wurde partizipativ von den Jugendnetzwerken teamGLOBAL und den Young European Professionals sowie der Jugendjury des Jugenddemokratiepreises geplant und vorbereitet mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Teamenden der Netzwerke beschäftigten sich intensiv mit ihren Themen, verstanden sich jedoch nicht als Expertinnen und Experten, sondern als Mitlernende.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

Digitale Arbeitsgesellschaft: Austausch mit jungen Menschen | BMAS

Das BMAS plant ein Austauschformat mit jungen Menschen innerhalb der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft. Im Rahmen des Formats haben engagierte Jugendliche die Möglichkeit, sich mit der Leitung des BMAS zu aktuellen Fragen wie der Zukunft der Arbeit und des Sozialstaats sowie Digitalisierung und Zusammenhalt auszutauschen und ihren spezifischen Blick auf diese Fragen einzubringen.

Internationaler Jugendworkshop: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Entwicklungszusammenarbeit | BMZ

Am 28. November 2019 organisiert das BMZ die Abendveranstaltung „Wir stoppen Kinderarbeit – 30 Jahre VN- Kinderrechtskonvention“. Im Vorfeld wird ein zweitägiger Workshop für und mit Kindern und Jugendlichen organisiert. Teilnehmen werden Jugendliche aus einigen Partnerländern des BMZ sowie die Task-Force von Jugendlichen, die das BMZ aktuell bei der Einrichtung eines Jugendbeirats unterstützen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten über die kinderrechtliche Lage ihrer Heimatländer und diskutieren über Maßnahmen und Herausforderungen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen. Ziel ist es, das Konzept für einen BMZ-Jugendbeirat voranzubringen.

Foto: Annkathrin Weis, Jugendpresse Deutschland

weltwärts Begegnungen – Außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030 | BMZ

weltwärts Begegnungen ermöglicht Jugendgruppen aus Deutschland und Ländern des Globalen Südens, gemeinsam Projekte umzusetzen, die sich inhaltlich mit einem der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beschäftigen. Förderfähig sind Gemeinschaftsprojekte zwischen gemeinnützigen Trägern aus Deutschland und ihren Partnerinnen und Partnern aus sogenannten DAC-Ländern. Die Laufzeit der Projekte umfasst bis zu zwei Jahre. Sie beinhalten eine Hin- und eine Rückbegegnung von jeweils 14 bis maximal 30 Tagen sowie vor- und nachbereitende Arbeitsphasen vor Ort. Jeweils eine der beiden Begegnungen findet in Deutschland statt, die andere in einem Land des Globalen Südens.

STADT & LAND, WOHNEN & KULTUR

Städte und Dörfer: Jugendgerechte Zugänge und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

AUSGANGSLAGE

Stadt, Land und Wohnen

Jugendliche und junge Erwachsene in urbanen und in ländlichen Räumen haben ähnliche Bedürfnisse, stehen aber oft vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen.[47] In der Entwicklung ländlicher wie auch urbaner Räume zeigen sich dabei erhebliche Disparitäten. Neben ländlichen Gebieten, die wirtschaftlich prosperieren, gibt es Regionen und Orte, die durch Abwanderung und Alterung der Bevölkerung sowie fehlende attraktive Arbeitsplätze und eine mangelhafte bzw. wegbrechende Infrastruktur gekennzeichnet sind. Aber auch innerhalb von und zwischen Städten können unterschiedliche Voraussetzungen und Entwicklungen das Leben und die Perspektiven Jugendlicher und junger Erwachsener beeinflussen.

Gemäß der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung von derzeit 83 Millionen trotz hoher Zuwanderung spätestens ab 2040 zurückgehen. Der Anteil junger Menschen im Alter von zwölf bis einschließlich 27 Jahren ist seit 2000 von 18,1 % bis 2018 auf 16,6 % gesunken; in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang ist dieser Anteil nochmals deutlich geringer. Die regionalen Unterschiede sind aber groß: Einer immer größer werdenden Gruppe von schrumpfenden Kommunen steht eine kleiner werdende Gruppe wachsender Städte gegenüber. Sowohl sich dezimierende als auch wachsende Kommunen sind gefordert, ihre Infrastruktur an die Bedarfe ihrer Bewohnerinnen und Bewohner anzupassen.[48]

Gerade junge Erwachsene wandern häufig zu Ausbildungs- und Erwerbszwecken aus strukturschwachen Regionen und Kommunen ab; nur selten ist eine Rück- oder Zuwanderung zu verzeichnen.[49] Diese Entwicklung verschärft in den genannten Räumen den Fachkräftemangel, der bereits heute vielerorts spürbar ist. Da in stärkerem Maße junge Frauen abwandern, leben in einigen ländlichen Kreisen im Altersbereich von 20 bis 40 Jahren bis zu 20 % weniger Frauen als Männer. In der Folge geht die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere in vielen ländlichen Regionen, teils seit Jahrzehnten zurück.[50]

Viele junge Menschen können sich grundsätzlich vorstellen, nach der Ausbildung wieder in ihren Heimatort zurückzukehren. Sie machen diese Entscheidung jedoch abhängig von der Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen, Wohnraum, Infrastrukturen und Angeboten vor Ort. Diese Faktoren sind auch für junge Familien wesentlich bei der Entscheidung, aus den Ballungsräumen in ländliche Regionen zu ziehen.[51]

In ländlichen Räumen können Jugendliche und junge Erwachsene zumeist von niedrigeren Wohnungsmieten und Immobilienpreisen profitieren.[52] Gerade junge Erwachsene zieht es auf der Suche nach einer Ausbildung oder einem Studium jedoch in Großstädte, weil sie sich dort bessere Chancen für den weiteren Bildungs- und Berufsweg bzw. ein interessanteres Lebensumfeld erhoffen. Sie sind deshalb auch die Bevölkerungsgruppe, welche die derzeitigen Urbanisierungstendenzen maßgeblich prägt.[53] Wachsende Städte und Regionen erleben durch hohe Wanderungsgewinne aus dem In- und Ausland eine weiter zunehmende Nachfrage einhergehend mit Wohnungsengpässen sowie steigenden Mieten und Preisen. Dadurch haben insbesondere einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen, zu denen auch Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und Studium sowie Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger zählen, Schwierigkeiten, bezahlbare Wohnungen zu finden.

Foto: Ragnar Hüneke, Jugendpresse Deutschland

Insgesamt zeigt sich, dass sich Formen des Wohnens im Jugendalter in den vergangenen zwei Jahrzehnten diversifiziert haben.[54] Dies betrifft auch den Auszug aus dem Elternhaus, der mit der Gründung eines eigenen Haushalts in vielerlei Hinsicht den Abschluss der Verselbstständigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen markiert. Die räumliche Verselbstständigung Jugendlicher und junger Erwachsener steht dabei in einem Zusammenhang mit dem erreichten schulischen Bildungsniveau sowie den eingeschlagenen Ausbildungswegen. So ist die Aufnahme eines Hochschulstudiums häufig mit einem Wohnortwechsel und einer frühen Haushaltsgründung verbunden, während eine Berufsausbildung und eine niedrigere schulische Qualifikation eher mit einem späteren Auszug zusammenhängen. Zudem verlassen im Durchschnitt junge Frauen (mit 21 Jahren) zwei Jahre früher als junge Männer (mit 23 Jahren) ihr Elternhaus.[55]

Gerade in dieser Lebens- und Orientierungsphase ist es wichtig, dass Jugendliche und junge Erwachsene ein Wohn- und Lebensumfeld vorfinden, das ihnen Unterstützung, Begleitung und Teilhabe bietet. Allerdings sind alternative Wohnangebote, wie beispielsweise generationenübergreifende Wohnformen, die eine solche Unterstützung bieten könnten, begrenzt.

Kultur und Freizeit

Kultur stiftet Identität und schafft Gemeinschaft. Teilhabe an Kultur befördert gesellschaftliche Teilhabe. Wo Vereinzelung droht, bietet Kultur Schnittstellen des Dialogs und der Zusammenarbeit.[56]

Kultur kann Generationen verbinden und Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, Bildung und Einkommen ermöglichen. Das Erleben von Kultur und eigener Kreativität ist ein wichtiger Baustein für die Selbstpositionierung und Qualifizierung junger Menschen. Dem Kultursektor kommt mit Blick auf eine jugendgerechte Gestaltung von Gesellschaft damit eine eigenständige Bedeutung zu.

Eine besondere Rolle haben verschiedene Jugendkulturen und -szenen. Denn in und mit jugendkulturellen Zugehörigkeiten können sich Jugendliche ausprobieren, eigene kreative Formen ihres Lebensgefühls erfinden und sich (sichtbar für die Gesellschaft) abgrenzend darstellen. Eine wichtige Möglichkeit für Jugendliche und junge Erwachsene, sich darzustellen und zu entfalten, bieten öffentliche Räume als zentrale Anlaufpunkte in der Freizeit. Junge Menschen können sich hier eigenständig und unabhängig von der Familie bewegen, die Räume für den Kontakt zu Gleichaltrigen sowie als Treff- und Ausgangspunkt für gemeinsame Aktivitäten nutzen und zeigen, zu welchen Szenen und Cliquen sie gehören. Der öffentliche Raum wird so zum Ort der Entfaltung und Selbsterprobung. Das Vorhandensein dieser Entfaltungsräume ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit von ländlichen Regionen und Städten. Allerdings erleben junge Menschen häufig Beschränkungen und Konflikte, die sich aus der Nutzung öffentlicher Räume ergeben.[57]

Neben öffentlichen Räumen spielen auch Kultur- und Freizeitangebote für Jugendliche und junge Erwachsene eine wichtige Rolle bei ihrer Selbstpositionierung. Dabei bestimmen das jeweilige Lebensumfeld, die sozioökonomischen Lebensbedingungen der jungen Menschen, aber auch vorherrschende kulturelle Diskurse und Perspektiven mit darüber, ob Kultur- und Freizeitangebote für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugänglich und annehmbar sind. Die entsprechende Infrastruktur sowie Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote im Rahmen von Jugendarbeit sind deshalb wesentlich für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, weil sie unmittelbar vor Ort in den Lebenswelten junger Menschen wurzeln. Es sind Bereiche der Infrastruktur, in denen Wohlbefinden, Gemeinschaft, (kulturelle) Bildung und Gesundheit gefördert werden und Freizeit selbstbestimmt gestaltet wird.

Die Verfügbarkeit von kulturellen Angeboten ist dabei häufig abhängig von den Bedingungen vor Ort. In ländlichen Regionen, aber auch in armutsgefährdeten Stadtvierteln sind kulturelle Angebote häufig nur eingeschränkt verfügbar. Über die Zugänglichkeit entscheiden neben der Höhe von Eintrittsgeldern ebenso die Öffnungszeiten und räumliche Barrieren. Die Annehmbarkeit kultureller Angebote ist außerdem davon abhängig, inwiefern junge Menschen ihre Perspektiven und Interessen wiederfinden und sich aktiv in die Ausgestaltung der Angebote einbringen können. Gerade in dünn besiedelten Regionen können einrichtungsgebundene und hauptamtlich verantwortete Kultur- und Freizeitangebote nicht immer flächendeckend vorgehalten werden, sondern konzentrieren sich eher auf (klein)städtische Zentren. Die Nutzung von Freizeitangeboten, der Besuch von Freundinnen und Freunden oder das Aufsuchen von Treffpunkten sind oft mit hohem Aufwand und weiten Fahrten verbunden (bei denen die jungen Menschen oft auf ihre Eltern angewiesen sind). Eine besondere Bedeutung kommt in ländlichen Räumen ehrenamtlich verantworteten Kultur- und Freizeitangeboten zu, die häufig als Netzwerke fungieren.

Im städtischen Umfeld besteht zwar in der Regel ein größeres Kultur- und Freizeitangebot, das auch einfacher zu erreichen ist. Aber auch hier können soziale und ökonomische Faktoren den Zugang Jugendlicher und junger Erwachsener zu diesen Angeboten einschränken.

Foto: Simon Godfrey, unsplash.com

Stadt, Land und Wohnen

- Der Staat hat die Aufgabe, sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten Infrastruktur vorzuhalten sowie die Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Neben der demografischen Entwicklung fordern Globalisierung, internationale Migration und soziale Ungleichheit ländliche Regionen und Städte heraus. Um den sozialen Zusammenhalt zu gestalten, müssen Kommunen diesen Entwicklungen gerecht werden und räumlichen Disparitäten und Segregation entgegenwirken.

- Zentrale Faktoren im Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind insbesondere Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kommunikation, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die Gewährleistung von Sicherheit sowie Angebote in Kultur, Sport und Freizeit.

- Jugendgerechte Angebote und Konzepte in diesen Bereichen sichern nicht nur die Zukunft der Regionen, sondern sie erfüllen auch berechtigte Interessen und Bedürfnisse junger Menschen. In die Planung des öffentlichen Raums und die Stadtentwicklung fühlen sich Jugendliche und junge Erwachsene jedoch nur selten eingebunden.[58] Sie wünschen sich insbesondere den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur für Bildung und Freizeit und sind auch bereit, sich dafür bürgerschaftlich bzw. ehrenamtlich zu engagieren. Wichtig ist den jungen Menschen, Möglichkeiten und Räume zum Austausch und Ausprobieren zu erhalten. Sie wünschen sich mehr Mitwirkung und Mitgestaltung für sich und für alle Bürgerinnen und Bürger.[59]

- Junge Menschen sollen deshalb, soweit noch nicht gesetzlich vorgesehen, an Planungs- und Entscheidungsprozessen (zum Beispiel in der Regional- und Stadtentwicklung) beteiligt und ihre Belange – soweit möglich – bei der Weiterentwicklung der Infrastruktur und der vor Ort verankerten Angebote berücksichtigt werden. Bei ihrer Einbeziehung bedarf es flexibler Strategien und Spielräume zum Selbermachen und vor allem jugendgerechter Ansprache und Beteiligungsformate. Projekte von Jugendlichen selbst können in Quartieren, Innenstädten und ländlichen Regionen neue Impulse setzen.

- Mit Blick auf die Verteuerung von Wohnraum im Zuge von steigender Nachfrage in den wachsenden Städten sind wirksame Maßnahmen zu entwickeln, mit denen angespannte Wohnungsmärkte entlastet und die Wohnkosten gesenkt werden können. Für bedürftige Personengruppen, und somit auch für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und Studium, die über ein niedriges Einkommen verfügen, sind spezifische Unterstützungsmöglichkeiten wichtig. Bei der Weiterentwicklung alternativer, beispielsweise generationenübergreifender Wohnformen sollten Jugendliche und junge Erwachsene in der Ausbildung und beim Berufsstart stärker einbezogen werden. Dies fördert nicht nur bezahlbares Wohnen, sondern stärkt auch den Zusammenhalt.

Foto: Jens Schwan, unsplash.com

- Wesentlich ist auch die Stärkung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Verbraucherinnen und Verbraucher, um mit den besonderen Herausforderungen in ländlichen Regionen besser umgehen zu können. Dabei ist für sie der Ausbau von Angeboten der Verbraucherinformation und -beratung, zum Beispiel mehr Aufklärung über rechtliche Rahmenbedingungen von Mobilität (unter anderem Versicherungen bei Carsharing) und innovative Wohnformen auf dem Land besonders wichtig.[60]

- Bund, Länder und Kommunen müssen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit als Teil der sozialen Infrastruktur auch in strukturschwachen Gebieten ausreichend absichern.[61] Dies setzt eine fortwährende Überprüfung der infrastrukturellen Bedarfe voraus und kann gegebenenfalls eine dynamische Anpassung der Rahmenbedingungen erfordern. Auch Angebote der Schulsozialarbeit, der Kultur, des Sports, Maßnahmen der Berufsorientierung und die Jugendmigrationsdienste müssen bedarfsorientiert vorhanden sein.[62]

Kultur und Freizeit

- Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen brauchen gleichwertige und diskriminierungsfreie Räume der kulturellen Teilhabe. Dazu sollten sich Kultureinrichtungen auch für vielfältige Zielgruppen öffnen. Eine Voraussetzung für eine gut funktionierende kulturelle Infrastruktur ist unter anderem die Synergiebildung zwischen den kulturell bildenden Institutionen, etwa durch Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen kulturellen (Bildungs-)Einrichtungen vom Profi- bis zum Amateurbereich. Dabei sollte unabhängig vom Wohnort bei allen, möglichst niedrigschwelligen Angeboten auf Diversität und Akzeptanz geachtet werden. Auch ein ermäßigter oder kostenfreier Zugang zu kulturellen Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, kann einen wichtigen Beitrag für kulturelle Teilhabegerechtigkeit leisten.

- In ländlichen Räumen besteht oftmals die Herausforderung im Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sowie in der Erreichbarkeit von entsprechenden Angeboten. Selbstorganisierte Projekte von jungen Menschen, freiwilliges Engagement sowie integrative, mobile und interkommunale Ansätze spielen dabei eine wichtige Rolle. In die Konzeptentwicklung sollen nicht nur künstlerische und kulturelle Institutionen, sondern vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst einbezogen werden. Die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit kultureller Angebote verlangt flexible Nutzungs- und Mobilitätskonzepte und nicht zuletzt eine Verbesserung des Informationsflusses über die vielfältigen Förderinstrumente für Kultur in ländlichen Räumen.[63]

- Im städtischen Umfeld kommt es eher darauf an, die spezifischen Zugangshürden in den Blick zu nehmen und die kulturelle Bildung zu stärken. Dies kann dazu beitragen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Entscheidungsoptionen zu eröffnen und die Vielfalt der Angebote entsprechend ihren Bedürfnissen und Interessen wahrzunehmen. Hierfür gilt es, die Vernetzung von informellen, non-formalen und formalen Bildungswelten zu unterstützen. Auch hier kommt Jugendlichen und Projekten, die von ihnen selbst initiiert werden, eine besondere Rolle zu.

Ausbau und Verbesserung der Unterstützungsangebote für junge Verbraucherinnen und Verbraucher in ländlichen Räumen | BMJV

Um ländliche Regionen als attraktive Lebensräume zu erhalten, weiterzuentwickeln und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, fördert das BMJV Modellprojekte unter Einbindung ehrenamtlicher Akteure auf dem Land. Es sollen innovative Ansätze der Verbraucherinformation und -beratung, insbesondere in peripheren ländlichen Regionen, entstehen. Ein Ziel ist es, jungen Verbraucherinnen und Verbrauchern bedarfsgerecht Wissen und Kompetenzen zu wirtschaftlich-rechtlichen Verbraucherschutzthemen zu vermitteln und ihnen Orientierung über den Zugang zu geeigneten Angeboten unabhängiger Verbraucherorganisationen zu geben. Die Erkenntnisse aus den Modellprojekten sollen über die Einbeziehung junger Menschen bei der Ausgestaltung der Verbraucherpolitik in ländlichen Räumen einfließen. Überdies sollen mit den Projekten der Aufbau eines Netzwerks zwischen den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteuren gefördert und das Ehrenamt in ländlichen Räumen gestärkt werden.

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) | BMEL

Ziel des BULE ist es, ländliche Räume als attraktive Lebensräume zu erhalten und weiterzuentwickeln und damit gute Bleibe- und Rückkehrperspektiven, auch für junge Menschen, zu bieten. Beispielhafte Ansätze in der ländlichen Entwicklung sollen mithilfe der BULE-Förderung erprobt werden, um Erkenntnisse, insbesondere für die Regelförderung, zu gewinnen. Die Förderaufrufe des Bundesprogramms sind jeweils themenorientiert und einmalig. Sie spiegeln die Bandbreite relevanter Handlungsfelder wider – vom zivilgesellschaftlichen Engagement bis hin zur Daseinsvorsorge und Digitalisierung. Zudem ermöglicht das Programm über das Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ die Erprobung neuer Instrumente der Regionalförderung in Form eines Regionalbudgets. Durch BULE werden daher auch regionale und lokale Projekte gefördert, die die Lebensbedingungen von Jugendlichen verbessern und Jugendbeteiligung stärken (z. B. Jugendmobil für Jugendarbeit vor Ort, mobiler Jugend-Treff, Informationen über Ausbildungs- und Karrierechancen in der Region, Mobilitätslösungen für Auszubildende, Vernetzung von Jugendtheatergruppen, Beteiligungsforum, Dialogplattform für junge Menschen).

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE), Bekanntmachung LandKULTUR – kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Räumen | BMEL

Ziel der Bekanntmachung LandKULTUR ist es, kulturelle Aktivitäten und Teilhabe in ländlichen Regionen zu stärken und dadurch das Lebensumfeld für die Menschen attraktiver zu machen. Gesucht wurden modellhafte Ideen, die neue kulturelle Formate und Angebote zum Inhalt haben. Es werden voraussichtlich bis zu 261 Projekte gefördert. Einige dieser Projekte sind speziell auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Dabei werden verschiedene kulturelle Sparten abgedeckt, von der darstellenden und bildenden Kunst über Musik, Tanz, Literatur und kulturelle Bildung zu Museen, Ausstellungen und kulturellem Erbe. Wichtiger Aspekt ist oftmals, dass die Kinder und Jugendlichen sich auch selbst aktiv in das Vorhaben einbringen, eigene Ideen entwickeln und die Umsetzung selbst gestalten können. So erarbeiten Jugendliche beispielsweise mit Methoden der Theater- und Erzählpädagogik Perspektiven zur Nutzung von Leerständen in ihrem Ort, organisieren ein Jugendkultur-Festival, können ihre Fantasie und Kreativität in Zirkusworkshops ausleben oder werden zu Jugendreporterinnen bzw. -reportern ausgebildet, um mit neuen Medien Wissen über das kulturhistorische Erbe ihrer Region weiterzugeben.

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE), Bekanntmachung Soziale Dorfentwicklung | BMEL

Die Bekanntmachung Soziale Dorfentwicklung unterstützt Dorfgemeinschaften dabei, neue Wege für ein aktives soziales Miteinander zu gestalten. Insgesamt 36 Projekte wurden bzw. werden über diese Bekanntmachung gefördert. Im Zentrum stehen der Erhalt und die Weiterentwicklung von Dörfern als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume, der Erhalt des Charakters der ländlichen Gemeinden sowie die Ansprache und aktive Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen und Generationen. Dahinter steht der Gedanke, dass für eine erfolgreiche soziale Dorfentwicklung das aktive Mitwirken der vor Ort lebenden Menschen unverzichtbar ist. Einige Projekte richten sich speziell an Kinder und Jugendliche. So werden beispielsweise durch ein rollendes Jugendmobil Kinder erreicht, die sonst von Angeboten abgeschnitten sind. Ihnen werden Möglichkeiten der Freizeitgestaltung aufgezeigt und Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags geboten. Ein weiteres Projekt verbindet die universitäre Ausbildung mit spezifischen ländlichen Bildungsprojekten in einer dörflichen Gemeinde und fördert die gemeinsame Umsetzung von Projekten im Dorf durch Studierende und Dorfbewohnerinnen und -bewohner.

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE), Modellvorhaben Land(auf) Schwung | BMEL

Mit dem Modellvorhaben Land(auf)Schwung unterstützt das BMEL 13 ausgewählte Landkreise in strukturschwachen ländlichen Regionen mit einem Regionalbudget. Mit dem Regionalbudget steuern die geförderten Landkreise eigenverantwortlich die Projektförderung vor Ort und setzen zuvor vereinbarte Ziele innerhalb der Schwerpunkte „Daseinsvorsorge“ und „Regionale Wertschöpfung“ um. Einige Regionen fördern hierbei auch Projekte für junge Menschen. So können beispielsweise im Landkreis Sigmaringen junge Menschen Politik und Kultur selbst mitgestalten. Mit dem Projekt „Jugend-Kultur-Engagement“ fördert der Landkreis das Engagement der Jugendlichen. Ein Jahr lang entwickeln sie in sogenannten „14er-Räten“ Ideen, wie sie ihre Gemeinden voranbringen wollen. Im Werra-Meißner-Kreis vermittelt das „medienWERK“, ein Studio für Kommunikation und Film, Medienkompetenz für Jung und Alt. Durch das Angebot von Ausbildungsstellen oder Praktikumsplätzen werden so auch neue berufliche Perspektiven für die Jugendlichen im Werra-Meißner-Kreis geschaffen. Im Landkreis Höxter befasste sich die Studie „H!ERgeblieben“ mit der Frage, warum sich junge Menschen für einen Verbleib in ihrer Region entscheiden.

Planspiel der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) | BMEL

In der ländlichen Entwicklung gibt es keine Patentlösungen. Die betroffenen Akteure mit guten Beispielen zu füttern, hilft also wenig weiter. Aber wie inszeniert man den Einstieg in ein Projekt? Und wie setzt man sich damit aktiv und praxisnah auseinander, damit nicht alles graue Theorie bleibt? Das Ziel des DVS-Planspiels ist es, regionale Entwicklungsprozesse durchzuspielen und so den Umgang mit komplexen Systemen exemplarisch zu üben – ganz ohne Risiko. Im Planspiel steht die Lösung des praktischen Problems im Fokus, nicht das theoretische Wissen. Die Teilnehmenden eines Planspiels müssen Probleme analysieren, Alternativen abwägen, Strategien entwickeln, Entscheidungen treffen und Ziele formulieren. Dabei entwickeln sie Eigeninitiative und nehmen neue Perspektiven ein. Festgefahrene Positionen werden durch Argumentieren gelöst. Da diese Methode sich in besonderem Maße eignet, um auch Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse einzubinden, soll das Planspiel künftig auch für den Einsatz in Schulen aufbereitet werden.

Umsetzung der Beschlüsse des Wohngipfels zur Sicherung der Bezahlbarkeit des Wohnens | BMI

Weitere Umsetzung der Beschlüsse des Wohngipfels zur Sicherung der Bezahlbarkeit des Wohnens vom 21. September 2018 (FF BMI), hier insbesondere: Weiterentwicklung des mietrechtlichen Rahmens (BMJV zuständig), Stärkung des sozialen Wohnungsbaus der Länder durch Bundesfinanzhilfen (je eine Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021), Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau zur Schaffung neuer Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment, Wohngeldreform, Maßnahmen zur Verbesserung der Baulandbereitstellung und im Bauplanungsrecht, verbilligte Abgabe öffentlicher Liegenschaften für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus (BMF zuständig), stärkere Begrenzung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (gemeinsame Zuständigkeit von BMI und BMJV). Neben anderen unterstützungsbedürftigen Gruppen sind auch junge Menschen, die eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren und über ein geringes Einkommen verfügen oder eine Familie haben, besonders auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Zudem unterstützt das BMI mit dem Baukindergeld die Wohneigentumsbildung für Familien mit Kindern.

Urbane Liga – Plattform junger Stadtmacher | BMI

Die Urbane Liga ist ein Bündnis junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen. Sie ist beim BMI angesiedelt. Die jungen Stadtmacher bringen dabei ihre Erfahrungen aus ihren eigenen Projekten mit ein. Als Projektschmiede, Ideenlabor und Netzwerkplattform zielt die Urbane Liga darauf ab, das Wirken junger Erwachsener in Deutschland zu stärken. Sie fördert ihre Mitsprache im öffentlichen Diskurs, entwickelt gemeinsame Stadtvisionen und erweitert ihre Handlungsmöglichkeiten. Die jungen Stadtmacherinnen und Stadtmacher diskutieren mit der zuständigen beamteten Staatssekretärin und weiteren Vertreterinnen und Vertretern des BMI und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) darüber, wie die Ideen junger Stadtmacherinnen bzw. Stadtmacher und eine jugendgerechte Stadtentwicklung vorangebracht werden können.

Verbraucher stärken im Quartier | BMJV

Mit dem Projekt soll die Verbraucherkompetenz der Bewohnerinnen und Bewohner sozial benachteiligter und strukturschwacher Quartiere im Programmgebiet „Soziale Stadt“ mittels wohnortnaher, direkter und aufsuchender Ansprache durch Verbraucherorganisationen gestärkt werden. Die vom Quartiersmanagement bereits geschaffenen Strukturen werden genutzt, um neue Zugangswege für Verbraucherinformation zu schaffen und die Vernetzung der einzelnen Akteure untereinander zu stärken. In den Quartieren werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. In einigen wird besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe junger Verbraucherinnen und Verbraucher gelegt, um ihnen möglichst frühzeitig Verbraucherkompetenzen zu vermitteln und damit auch präventiv wirken zu können. Entsprechend gibt es speziell auf diese Zielgruppe abgestimmte, ihren Interessen angepasste Angebote, Aktionen oder Trainingseinheiten. In allen Quartieren wird mit den Jugendmigrationsdiensten zusammengearbeitet.

„Tod und Neues Leben. Beiträge der katholischen Kirche zur kulturellen Nachhaltigkeit unter jungen Erwachsenen in Landgemeinden und Kleinstädten“ | BKM

In 17 Kirchgemeinden, Klostergemeinschaften oder Caritas-Gemeinschaften werden junge Erwachsene Projekte in Kooperation mit örtlichen kulturellen Einrichtungen realisieren. Dabei entsteht für den Advent 2019 ein kulturelles Programm, das sich mit Identitätsbehauptungen von 18- bis 39-Jährigen in Landgemeinden und Kleinstädten auseinandersetzt. Dies können musikalische, bildkünstlerische, literarische, Theater- und andere Workshops sein, die auf eine öffentliche Aufführung bzw. Veranstaltung hinauslaufen. Angeregt wird, dass die Landgemeinden und Kleinstädte Menschen mit Diversitätserfahrung aus den umliegenden Großstädten einbinden und so den Urbanitätsaspekt stärken.

Utopolis – Soziokultur im Quartier | BMI und BKM

Mit dem ressortübergreifenden Modellprojekt „UTOPOLIS – Soziokultur im Quartier“ werden bundesweit 16 Modellprojekte im BMI-Programmgebiet „Soziale Stadt“ mit bis zu 8,3 Millionen Euro gefördert. Es handelt sich um Kulturprojekte unter dem Dach der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“. Sie zeigen eine große Bandbreite von Strategien und Methoden zur Schaffung nachhaltiger Strukturen im Kulturbereich mit Hauptaugenmerk auf die Einbeziehung von kultur- und medienfernen Gruppen, darunter auch Jugendliche, in exemplarischer Weise auf, sodass alle lokalen Akteure ihr Potenzial zur Mitgestaltung an der Stadt- und Ortsteilentwicklung wirksam entfalten können.
Ein wesentliches Ziel ist es dabei, mit verschiedenen künstlerischen und medialen sowie spartenübergreifenden Angeboten, Aktionen und Aktivitäten die Menschen aus vor allem benachteiligten Stadt- und Ortsteilen zusammenzuführen. Dabei werden partizipativ und bürgernah die Bedarfslagen ermittelt und mit originellen Kulturprojekten auf außergewöhnlichen Wegen strukturelle Veränderungen auf nachhaltige Weise angestoßen.

„Weg und hin: Museen erweitern ihre Wirkungsbereiche“ | BKM

Im Rahmen des Projekts „Weg und hin: Museen erweitern ihre Wirkungsbereiche“ werden unter zwei verschiedenen Themenstellungen mobile Versionen des Think-Tanks entwickelt, die in Zusammenarbeit mit bis zu 70 Schulklassen ländlicher Räume erprobt werden. Das Projekt geht der leitenden Frage nach, wie sich der Wirkungsbereich von Haus Bastian der Stiftung Preußischer Kulturbesitz über die Stadtgrenzen hinaus erweitern lässt. Exemplarisch stehen die Nutzergruppen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren der kulturellen Bildung im Mittelpunkt.

„Kulturelle Freiwilligenprojekte in ländlichen Räumen“ | BKM

Das Projekt „Kulturelle Freiwilligenprojekte in ländlichen Räumen“ richtet sich an junge Menschen, die einen Jugendfreiwilligendienst in einer kulturellen Einrichtung leisten. Über einen Wettbewerb werden kulturelle Projekte von Freiwilligen unterstützt, die einen kooperativen Ansatz verfolgen und den Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungen befördern. Freiwillige können sich in Absprache mit ihrer Einsatzstelle mit ihrem Projekt um finanzielle Unterstützung und besondere Begleitung bewerben. Vorstellbar ist zum Beispiel, dass Freiwillige für die Vorbereitung ihrer kulturellen Projekte für einen längeren Zeitraum in anderen, z. B. städtischen Einrichtungen hospitieren. Freiwilligenprojekte können so für die Einrichtungen an Bedeutung gewinnen und den Rahmen für eine Zusammenarbeit initiieren.

Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ | BMI

Mit dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Mit dem Programm werden nicht nur im Ergebnis die Infrastruktur und das Wohnumfeld für Jugendliche und junge Erwachsene verbessert. Bereits im Rahmen des Beteiligungsprozesses bei der Entwicklung des „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK)“, in dem Ziele und Maßnahmen im Fördergebiet dargestellt sind, können sich junge Menschen aktiv in den städtebaulichen Entwicklungsprozess ihres Quartiers einbringen. Im Zuge der Neuordnung der Städtebauförderung wird das bisherige Programm „Soziale Stadt“ ab 2020 voraussichtlich in das neue Programm „Sozialer Zusammenhalt“ überführt, das Investitionen in die Verbesserung unter anderem kinder- und familiengerechter sowie sonstiger sozialer Infrastrukturen einen besonderen Stellenwert einräumt.

Ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ | BMI

Mit den ressortübergreifenden Programmen zur Integration und Beteiligung junger Menschen, Soziokultur, Verbraucherschutz und Stärkung von Kompetenzen im Bereich Verpflegung und Ernährung von Kindern und Jugendlichen sollen in ressortübergreifender Zusammenarbeit strukturschwache Stadt- und Ortsteile bzw. Stadtteile mit hohen Integrationsanforderungen unterstützt und gestärkt werden. Die baulich-investiven Maßnahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ werden durch Projekte anderer Ressorts ergänzt, die einen Beitrag zur Stabilisierung benachteiligter Stadt- und Ortsteile leisten. Zur Erprobung dieser Strategie in bundesweiten Modellprojekten stellt das BMI jährlich einen Verpflichtungsrahmen in Höhe von zehn Millionen Euro von 2017 bis 2020 bereit. In 2019 werden jeweils vier neue Standorte mit dem Schwerpunkt Verbraucherschutz sowie Soziokultur eingerichtet, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche adressieren. Seit Oktober 2019 fördern das BMI und das BMEL Maßnahmen zur Ernährungsbildung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen.

Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ | BMI

Das Programm wird durch eine bundesunmittelbare Förderung von baulichen Maßnahmen für Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen mit besonderer Bedeutung im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung umgesetzt. Im Bereich Jugend werden verschiedene Begegnungsstätten wie z. B. Jugendclubs gefördert. Die Umsetzung der Maßnahmen inklusive Bürger-/Nutzerbeteiligung liegt in der Verantwortung der Kommunen. Der Bund unterstützt grundsätzlich die Beteiligung, unter anderem durch rechtliche Rahmenbedingungen (BauGB).

Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben zur kulturellen Bildung in ländlichen Räumen | BMBF

Insbesondere Städte und strukturstarke Regionen verfügen über eine größere Dichte an Kulturinstitutionen wie z. B. Theater, Orchester und Museen. Dementsprechend gibt es eine große Anzahl an Angeboten der Kulturvermittlung. In ländlichen, peripheren Regionen hingegen sieht es häufig anders aus. Zwar berücksichtigen Programme wie „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ die besonderen Bedingungen in ländlichen Räumen, doch ist weiterhin ein deutlicher Unterschied zwischen kulturellen Zentren und ländlichen Regionen feststellbar. Dieser Unterschied ist nicht auf die kulturelle Bildung beschränkt; die Ausprägung von regionalen Disparitäten wird im Bericht „Bildung in Deutschland 2018“ (wie schon im Bildungsbericht 2016) als eine zentrale Herausforderung für das deutsche Bildungssystem benannt. Bildungspolitisch stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, welche Rolle kulturelle Bildung in ländlichen Räumen spielt und spielen kann, sowie nach angemessenen Formen ihrer zukünftigen Ausgestaltung und Förderung. Um die für die Klärung dieser Fragen notwendige Forschung zu ermöglichen, fördert das BMBF interdisziplinäre Forschungsvorhaben.

Angebote zur Unterstützung der Mobilität von jungen Menschen zur Aufnahme einer Berufsausbildung | BMAS

Ausbildungssuchende erhalten auf Wunsch von der Bundesagentur für Arbeit Unterstützung bei der regionalen, überregionalen und bundesweiten Ausbildungssuche. Im Rahmen des Vermittlungsbudgets nach § 44 SGB III können zur Aufnahme einer auswärtigen Ausbildung z. B. Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen übernommen oder Umzugskosten erstattet werden. Junge Menschen, die während einer beruflichen Ausbildung außerhalb des Haushalts der Eltern oder eines Elternteils untergebracht und förderungsbedürftig sind, weil die Ausbildungsvergütung und anzurechnendes Einkommen der Eltern oder der Ehegattin bzw. des Ehegatten nicht ausreichen, können zudem Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) erhalten. Die Förderung im Rahmen von BAB umfasst nach § 61 Absatz 3 SGB III auch die Unterbringung der bzw. des Auszubildenden in einem Wohnheim oder Internat und die Kosten für Unterkunft und Verpflegung ohne sozialpädagogische Begleitung. Für Auszubildende unter 18 Jahren werden zusätzlich die Entgelte für die sozialpädagogische Begleitung zugrunde gelegt, soweit diese nicht von Dritten erstattet werden.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

VIELFALT & TEILHABE

Vielfalt leben, Zusammenhalt stärken, Teilhabe sichern

AUSGANGSLAGE

Vielfalt als Regel

Pluralität und vielfältige Lebenswelten kennzeichnen moderne demokratische Gesellschaften. Die Diversität in unserer Gesellschaft spiegelt sich auch in den Lebenslagen der gut 14 Millionen jungen Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren wider. Die Vielfalt jugendlicher Lebenswelten findet sich in städtischen und ländlichen Räumen in unterschiedlichen regionalen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen. So hat etwa über ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland einen Migrationshintergrund, das heißt, sie selbst oder mindestens ein Elternteil ist nach Deutschland zugewandert.[64] Eine durch Migration geprägte Gesellschaft ist also für die meisten jungen Menschen Normalität. Weitere Dimensionen von Vielfalt, die für Jugendliche eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Selbstfindung spielen, sind etwa neben der ethnischen auch die soziale Herkunft, die Zugehörigkeit zu Religion oder Weltanschauungen, Leben mit Behinderungen oder die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. Diese Vielfalt gilt es anzuerkennen und ein diskriminierungsfreies sowie akzeptanzförderndes Umfeld zu stärken.

In der Lebensphase Jugend gehen junge Menschen wichtige Schritte in Richtung Selbstständigkeit. Sie suchen nach einem Platz in der Gesellschaft und sehen sich mit verschiedenen Lern- und Bildungserwartungen konfrontiert. Jugendliche und junge Erwachsene machen in dieser Altersphase wichtige Erfahrungen, erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen Weichen für ihre Zukunft. Dabei sind die individuellen Ausgangslagen und Bedingungen teilweise sehr unterschiedlich.

Gleiche Herausforderungen und ungleiche Chancen

Der weit überwiegende Teil junger Menschen kommt mit den jeweiligen Rahmenbedingungen des Aufwachsens gut zurecht. Die Möglichkeiten und Chancen sind jedoch nicht für alle gleich. Vielmehr führen insbesondere unterschiedliche regionale Strukturen, der ungleiche Zugang zu Ressourcen (wie Bildung oder Freizeitangebote im Sozialraum) sowie institutionelle Ausschließungsprozesse zu struktureller Ungleichheit.[65]

Erleben junge Menschen Benachteiligung oder Diskriminierung, so wird dies oft auf individuelle Risiken zurückgeführt. Nach dieser Sichtweise haben junge Menschen ihr Schicksal selbst in der Hand, obwohl sie mit deutlich unterschiedlichen Teilhabechancen ausgestattet sind.[66] Die jeweiligen Handlungsspielräume und Teilhabemöglichkeiten sind jedoch von vielen Faktoren abhängig: insbesondere vom familiären Hintergrund, vom Sprachvermögen, vom sozioökonomischen Status, von den vorhandenen Lebens- und Lernorten, von der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität, von gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen oder auch von der Verantwortung, die junge Menschen schon in jungen Lebensjahren beispielsweise für pflegebedürftige Angehörige übernehmen.[67] Junge Menschen erleben häufiger Ausgrenzung, wenn mehrere der Faktoren zutreffen und intersektional zusammenwirken. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen weisen junge Menschen, insbesondere junge Erwachsene, eine über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegende Armutsquote auf.[68]

Foto: Oliver Cole, unsplash.com

Der Zugang Jugendlicher und junger Erwachsener zu höherer Bildung und Teilhabe hängt in Deutschland weiterhin oft von der materiellen Lage und der Bildungsorientierung ihrer Familien ab. Die Chancen auf einen guten Schulabschluss und einen Ausbildungsplatz im Wunschberuf sind damit häufig determiniert. Die frühzeitige Erfahrung fehlender Optionen kann das Vertrauen junger Menschen in die eigenen Fähigkeiten und ihre Selbstwirksamkeit einschränken.[69]

Teilhabe bedeutet heute selbstverständlich auch digitale Teilhabe. Digitale Medien bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Vielzahl an Möglichkeiten, soziale Beziehungen zu pflegen, sich zu informieren oder auch herauszufinden und auszuprobieren, wer sie sind und wie sie sich gesellschaftlich einbringen können. Doch auch digitale Teilhabe ist von Unterschieden und sozialen Ungleichheiten geprägt, die sich in Form von fehlenden Zugängen oder mangelndem Wissen und Können im Umgang mit Medien ausdrücken.

Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung

Jugendliche und junge Erwachsene können in verschiedener Hinsicht Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung machen. Nicht wenige haben bereits Ausgrenzungserfahrungen durch Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- oder Transfeindlichkeit oder andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erlebt. Hinzu kommt die Diskriminierung von Jugendlichen aufgrund ihres Alters .[70]
Häufig sind Diskriminierungserfahrungen bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsbürgerschaft. Besonders junge Geflüchtete haben zudem je nach Herkunftsland und Alter unterschiedliche Aufenthaltsbedingungen und Bleibeperspektiven, welche ihre gesellschaftliche Teilhabe einschränken können. Für Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen bestehen im Alltag Barrieren. Sie werden häufig nicht in erster Linie als Jugendliche oder junge Erwachsene gesehen, sondern auf ihre (vermeintlichen) Einschränkungen reduziert.[71]
Junge Menschen, die eine lesbische, schwule oder bisexuelle Orientierung haben oder trans- oder intergeschlechtlich sind, sind je nach Lebensort, familiärem, sozialem, religiösem oder ethnischem Hintergrund unterschiedlich stark von Unsicherheit, Ablehnung und Diskriminierung betroffen.

Die Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen unterscheidet sich bei jungen Menschen im Vergleich mit anderen Altersgruppen. So neigen junge Menschen etwa signifikant seltener zu fremdenfeindlichen, antisemitischen oder sexistischen Einstellungen und stehen kultureller Vielfalt insgesamt offener gegenüber als Ältere.[72] Auf der anderen Seite gibt es auch Anzeichen für vergleichsweise deutliche Anstiege, etwa bei der Abwertung von Homo- und Transsexuellen, sowie eine Zunahme rassistischer und rechtsextremer Ansichten. Hier hat sich das Ausmaß menschenfeindlicher Einstellungen bei den unterschiedlichen Altersgruppen angeglichen.[73] Teilweise sind junge Menschen auch empfänglicher für Radikalisierungstendenzen, da die Lebensphase Jugend unter anderem durch die Suche nach Orientierung, Identität und Anerkennung gekennzeichnet ist.[74]

Grundsätzlich gilt: Je weniger vielfältig die Umgebung ist, desto größer ist der Druck, bestimmten normativen Vorstellungen zu entsprechen. Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung können schwerwiegende Folgen haben, die die Entwicklung junger Menschen beeinflussen. Dies betrifft auch die Ausgrenzung durch Peers. Mobbing unter Gleichaltrigen ist kein Randphänomen. Mobbing kann direkt geschehen, durch Beleidigungen oder auch physische Aggressionen, aber auch indirekt, beispielsweise durch Rufschädigung über soziale Netzwerke.

HANDLUNGSBEDARFE

- Die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung zielt darauf ab, möglichst allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen attraktive Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Die Vision ist eine Gesellschaft auf der Basis gemeinsamer demokratischer Werte, in der Vielfalt respektiert und Ausgrenzung nicht akzeptiert wird. Dabei gilt es, der Diversität von Lebenslagen gerecht zu werden, strukturelle Diskriminierung zu thematisieren, Ängste abzubauen und der Verfestigung unterschiedlicher Benachteiligungen wirksame Strategien entgegenzusetzen. Eine jugendgerechte Politik muss die Möglichkeiten und Zugänge zu sozialer, kultureller, politischer und digitaler Teilhabe offen und gerecht sowie barrierefrei gestalten.

- Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen gute Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben und sich unabhängig von Alter, Geschlecht und Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, sozioökonomischem Hintergrund oder Behinderung frei entwickeln können. Die konkrete Umsetzung von Maßnahmen zum Diskriminierungsschutz entsprechend Artikel 3 des Grundgesetzes bietet hier eine gute Grundlage. Außerdem sollen junge Menschen die jeweils notwendige Förderung bekommen, die sie für ihre Entwicklung zu (möglichst) selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen, und sie sollen Angebote erhalten, im Rahmen derer sie sich an den sie betreffenden Fragen beteiligen können. Möglichkeiten zur Mitbestimmung und damit zusammenhängende positive Selbstwirksamkeitserfahrungen durch demokratische Prozesse bilden ein wichtiges Fundament für die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen.

- Besondere Unterstützung brauchen junge Menschen, die individuell beeinträchtigt sind und/oder unter erschwerten bzw. prekären Bedingungen leben. Eine ressortübergreifende Jugendpolitik soll vorbeugend und ausgleichend wirken, um allen jungen Menschen gerechte Chancen zu ermöglichen, indem sie Angebote der Begleitung und Förderung bereithält. Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Unterstützung, um ihre Rechte wahrzunehmen. Interessenvertretungen und Selbstorganisationen von Gruppen junger Menschen, etwa von Care Leavern, jungen Migrantinnen und Migranten, jungen Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten und sexueller Identität oder jungen Menschen mit Behinderung, sind dafür wichtige Strukturen, die professionell begleitet werden sollten (wie z. B. Kinder- und Jugendbüros, Jugendverbände, Jugendjurys, Jugend- und Innovationsfonds). Auch für junge Menschen mit Fluchthintergrund sind Chancen auf Teilhabe besonders wichtig für eine gelungene Integration. Bildung und Teilhabe soll für alle jungen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Ressourcen möglich sein. Individuelle Hilfen sollten dabei niedrigschwellig gestaltet werden.

Foto: Janine Ponzer, AGJ

- Für eine wirksame, diversitätsbewusste Unterstützung müssen die verschiedenen Angebote aufeinander abgestimmt sein. Die Vielfalt der Förderangebote und Teilhabemöglichkeiten soll die Diversität der Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener widerspiegeln. Dazu gehört auch, Fragen der sozialen Teilhabe bei institutionellen Übergängen – etwa zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheits- oder Berufsförderung – zu beachten und entsprechende Begleitung und Befähigung zu gewährleisten. Menschen mit körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigungen bedürfen oft einer spezifischen Begleitung und Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dabei ist die Beschäftigungsnachhaltigkeit nach Behinderungsart sehr unterschiedlich. Psychisch beeinträchtigte Menschen im Bereich der Wiedereingliederung verlieren zu 72 % in den ersten fünf Jahren ihre Beschäftigung und haben auch noch größere Schwierigkeiten, nach einer Maßnahme der beruflichen Rehabilitation überhaupt in Beschäftigung zu kommen.[75] Auch psychische Erkrankungen im Kontext von Mehrfachbehinderungen erschweren den Rehabilitationsprozess. Oftmals steht die psychische Erkrankung bei der Zuweisung aufgrund weiterer Behinderungen nicht im Vordergrund oder wird erst im Verlauf der Maßnahme erkannt.[76] Es bedarf daher auch bei jugendlichen Rehabilitandinnen und Rehabilitanden einer zielgerichteten Betreuung mit dem Ziel der langfristigen (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

- Dem sollte eine konsequente Inklusion in Schulen vorausgehen, die jeweils die passgenaue Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellt.

- Die Thematisierung von Benachteiligung und Diskriminierung ist gesellschaftlich notwendig, um auf strukturelle Ungleichheiten aufmerksam zu machen und sie zielgerichtet politisch sowie pädagogisch adressieren zu können. Zugleich sind die Verwendung von Kategorien und die Darstellung von gruppenspezifischen Teilhaberisiken kritisch zu reflektieren, wenn sich dadurch Prozesse sozialer Abwertung und gesellschaftlicher Ausgrenzung verstärken. Dies setzt ein umfassendes Diversitätsbewusstsein und eine aktive Antidiskriminierungsarbeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen voraus. Dabei bedeutet diversitätsbewusstes Handeln immer auch Sensibilisierung für und Reflexion von Mechanismen der Privilegierung und Diskriminierung. Hierzu können passgenaue Präventions- und Aufklärungsangebote zu den Themen Diversity sowie interkulturelle und soziale Kompetenz in Schule, Ausbildung und Berufswelt beitragen. Diese Angebote sollten gemeinsam mit den von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffenen jungen Menschen gestaltet werden. Nicht zuletzt sollte sich Vielfalt auch in der entsprechenden Besetzung von Gremien widerspiegeln.
- Setzt sich eine Gesellschaft bewusst und systematisch mit Vielfalt und Teilhabe auseinander, schafft sie einen Ort, an dem die Besonderheiten aller Menschen wertgeschätzt und respektiert werden. Teilhabe und Anstrengungen zur Integration sind dabei wechselseitige Prozesse. So ist beispielsweise das Erlernen der deutschen Sprache ein wichtiger Schlüssel zur Teilhabe. Wenn junge Menschen sich willkommen fühlen, können sie sich positiv entwickeln und aktiv in die Gestaltung einer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft einbringen. Jugend soll unabhängig von Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ermöglicht werden. Partizipationsprozesse sowie Orte des Miteinanders und der Begegnung, wie zum Beispiel interkulturelle und interreligiöse Begegnungsstätten, sind dabei von besonderer Bedeutung.

Dialog mit Migrantenorganisationen: Jugend und Jugendverbände mit Migrationshintergrund | IntB

Die Integrationsbeauftragte führt im Rahmen ihres regelmäßigen Dialogs mit Migranten(dach)organisationen einen Dialog mit deren Jugendvertretungen durch. Es werden die Anliegen, Forderungen und Konzepte junger Menschen mit Einwanderungsgeschichten thematisiert, ebenso die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit.

Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung | BMBF

Mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ fördert das BMBF außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche von drei bis 18 Jahren. Außerschulische kulturelle Bildung trägt in besonderem Maße zur Persönlichkeitsentwicklung bei und stärkt soziale Kompetenzen. Die Maßnahmen werden von Bündnissen für Bildung auf lokaler Ebene durchgeführt. So wird das Programm von zivilgesellschaftlichen Akteuren, gestützt durch ehrenamtliches Engagement, getragen. Das Programm hat ein Fördervolumen von bis zu 480 Millionen Euro in zwei Förderphasen (2013–2017 und aktuell 2018–2022). 29 bundesweit tätige Programmpartnerinnen und Programmpartner fördern die Bündnisse für Bildung im Auftrag des BMBF. Hierzu zählen Kulturverbände wie der Museumsbund oder der Deutsche Bühnenverein, Wohlfahrtsverbände wie das Paritätische Bildungswerk sowie Migrantenverbände und Stiftungen.

KUNSTWELTEN – Vermittlungsprogramm der Akademie der Künste | BKM

Das kulturelle Vermittlungsprogramm KUNSTWELTEN entspricht dem Auftrag der Akademie der Künste, öffentlich zu wirken. Es wendet sich zuallererst an Kinder und Jugendliche und schöpft aus der Vielfalt und dem Zusammenspiel der Werke und Erfahrungen der Mitglieder und Stipendiatinnen bzw. Stipendiaten, der Künstlerarchive und Sammlungen der Akademie. Künstlerinnen und Künstler aller Sektionen der Akademie treffen Kinder und Jugendliche, stellen ihnen ihre Werke vor und arbeiten gemeinsam in Kunstwerkstätten. Sie begegnen ihnen mit Empathie, wecken ihre Neugier und Begeisterung. Die KUNSTWELTEN-Programme finden in der Akademie der Künste statt, ebenso an Schulen und in Kulturhäusern der Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Vorpommern-Greifswald. Hervorzuheben ist die jugendrelevante Neuausrichtung mit Schwerpunktprogrammen in kulturfernen Regionen seit der 19. Legislaturperiode: Die große Nachhaltigkeit dieser langfristig angelegten Projekte von Kunstschaffenden für und mit Schülerinnen und Schülern fördert und stärkt die Demokratie in den oben genannten Landkreisen.

meinTestgelände – Begegnung ermöglichen – Vorurteile abbauen – Gestaltung fördern | BMFSFJ

meinTestgelände – Das Gendermagazin Transfer & Vernetzung bietet Jungen*, Mädchen* und Jugendlichen aller Geschlechter eine Online-Plattform, auf der sie Geschlechterthemen und intersektionelle Perspektiven auf Geschlechterfragen präsentieren sowie in Begegnungen miteinander diskutieren. Fachkräfte werden über Social Media mit den Produkten in Kontakt gebracht und darüber hinaus fachlich zu geschlechtersensibler Pädagogik informiert. Die Sichtweisen von Jugendlichen werden in die Öffentlichkeit transferiert. Insbesondere Jungen* soll so eine Möglichkeit der Expression in einem Lebensbereich geboten werden, in dem sie sich bislang wenig äußern, obwohl es sie ebenso betrifft wie Mädchen* und alle Geschlechter.

Orientierung durch Sport | IntB

Zielgruppe des Projekts „Orientierung durch Sport“ sind junge, vor allem unbegleitete Flüchtlinge. Für diese Zielgruppe sollen zum einen Angebote sportlicher Aktivitäten geschaffen werden, zum anderen stehen die Koordinierung und Qualifizierung von jungen Engagierten in diesem Themenfeld im Mittelpunkt des Projekts.

Willkommen im Fußball | IntB

Das Programm „Willkommen im Fußball“ ermöglicht jungen Geflüchteten bis 27 Jahren durch niedrigschwellige Angebote den Zugang zu Sport und unterstützt so, auch über den organisierten Fußball hinaus, die Teilhabe und das gesellschaftliche Miteinander. Das Programm setzt dabei auf Bündnisse. Dahinter steht die Kooperation eines Clubs der Bundesliga oder zweiten Bundesliga mit lokalen Bildungsträgern, bürgerschaftlichen Initiativen oder kommunalen Akteuren sowie Amateurfußballvereinen. Neben regelmäßigen Trainingsangeboten bieten die lokalen Bündnisse auch Kultur-, Bildungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote an. Aktuelle Schwerpunkte sind:

- Sportangebote für Mädchen und Frauen mit Fluchtgeschichte
- Qualifizierung von Geflüchteten für das Ehrenamt im Sportverein
- Systematische Verknüpfung von Sportangeboten mit Berufsorientierung

www.regenbogenportal.de – Das Wissensnetz zu gleichgeschlechtlicher Lebensweise und geschlechtlicher Vielfalt | BMFSFJ

Am 8. Mai 2019 ist das Online-Informationsportal „Regenbogenportal – das Wissensnetz zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und geschlechtlicher Vielfalt“ online gegangen. Es ist Informationsquelle, Datenbank und Wissensnetzwerk in einem. Das Regenbogenportal liefert Aufklärung und passende Beratung und erleichtert interessierten Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu fachlich fundierten Informationen. Dies ist z. B. für Jugendliche bei einem Coming-out eine wichtige Unterstützung, insbesondere auch in ländlichen Gegenden mit geringer queerer Infrastruktur.
Das Portal informiert zu Themen wie Gesundheit, Familie und Recht, greift aktuelle gesellschaftspolitische Debatten auf und ist mit seiner Übersicht zu bundesweit 275 Anlaufstellen eine praktische Orientierungshilfe. Es bietet ein umfassendes Wissensnetz für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen, queere Menschen und ihre Familien und Angehörige, aber auch für Lehrende und Fachkräfte unterschiedlicher Bereiche. Hier finden alle, die sich privat oder beruflich mit LSBTI* beschäftigen, kompakt aufbereitetes Wissen.

BILDUNG, ARBEIT & FREIRÄUME

Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: für gute Bildung, Arbeit und Entfaltung

AUSGANGSLAGE

Kernherausforderung der Jugendphase: Bildung und Qualifizierung

Bildung und Qualifizierung sind Kernherausforderungen in der Lebensphase Jugend. Bildung dient der Persönlichkeitsentwicklung, dem Erlernen von Fertigkeiten und der Entfaltung von Fähigkeiten, die für selbstständiges Lernen, Handeln und Gestalten notwendig sind. Bildung ist damit sowohl aus individueller als auch gesellschaftlicher Sicht von zentraler Bedeutung.

Formale Bildung erfolgt an Schule sowie weiteren institutionellen Lernorten. Informelles und non-formales Lernen findet unter anderem in der Jugendarbeit, in Kultur- und Sportangeboten statt. Ein breites Spektrum an Lernorten, Themen und Methoden ermöglicht den Lernenden vielseitige Bildungs- und Handlungserfahrungen, die auch unabhängig von Bildungserfolgen, etwa in der Schule, wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung sind.

Die Leistungs- und Qualifikationsanforderungen unserer Gesellschaft prägen maßgeblich den Lebensalltag vor allem von jungen Menschen. Ihr Bildungserfolg ist mitentscheidend für ihre zukünftigen Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen. In der Jugendforschung wird von der „Scholarisierung des Jugendalters“ gesprochen.[77] Gemeint ist damit, dass sich die formale Ausbildung heute intensiviert und verlängert hat. Junge Menschen wenden unabhängig vom konkreten Bildungsniveau zunehmend mehr Zeit für Qualifikationsprozesse in Institutionen auf und gleichzeitig erfahren diese Prozesse subjektiv eine höhere Bedeutung.

Fast die Hälfte der 20- bis 26-Jährigen befindet sich in einer Berufsausbildung.[78] Das Durchschnittsalter von Absolventinnen und Absolventen eines konsekutiven Hochschulstudiums liegt bei 28,4 Jahren.[79] Mit Ausbildung und Studium hat sich die Qualifizierungsphase für junge Menschen bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein ausgedehnt. Diskontinuitäten der individuellen Bildungsbiografien sind hier ebenso von Bedeutung wie Qualifizierungen außerhalb von Ausbildung und Studium, beispielsweise in Form eines Jugendfreiwilligendienstes, eines Bundesfreiwilligendienstes oder Praktikums.

Die pädagogische Institution, die im Bildungsverlauf von allen Kindern und Jugendlichen durchlaufen werden muss, ist die Schule; sie ist damit auch zentraler Ort des Lernens, des alltäglichen Lebens, der Peerzusammenhänge und sozialen Kontakte.[80] In den letzten Jahrzehnten ist ein klarer Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zu erkennen. So erwerben immer mehr junge Menschen im Lauf ihres Lebens einen mittleren Schulabschluss oder die Hochschulzugangsberechtigung, was durch die erhöhte Durchlässigkeit und die vielfältigen Abschlussoptionen in den einzelnen Schularten gefördert wird.[81]

Die Erwartungen an die Bildungsleistung und an die formalen Qualifikationen vieler junger Menschen sind vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Bildungsdebatte und den höheren Anforderungen des Arbeitsmarktes gestiegen. Ein guter Schul- und Ausbildungsabschluss ist notwendig, um die Chancen auf einen guten Arbeitsplatz zu erhöhen und gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen.[82]

Auch gesellschaftliche Entwicklungen wie der demografische Wandel, die Digitalisierung und die Globalisierung beeinflussen und verändern Bildungswege, den Arbeitsmarkt sowie die Lebensplanung und Zukunftsperspektiven junger Menschen.

Mit der Anforderung, in kürzerer Zeit mehr zu lernen und komplexe Herausforderungen bei diesen teilweise unsicheren Rahmenbedingungen zu bewältigen, kommen nicht

Foto: Torben Krauß, Jugendpresse Deutschland

alle jungen Menschen gleichermaßen zurecht. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich der Anteil Jugendlicher mit höchstens einem Hauptschulabschluss zwar deutlich reduziert.[83] Dennoch haben im Jahr 2017 insgesamt 16,2 % der Jugendlichen die Schule mit einem Hauptschulabschluss und sechs % ohne einen formalen Bildungsabschluss verlassen.[84] Damit sind zum Teil geringere Chancen auf einen gelingenden Ausbildungsweg und Berufseinstieg verbunden.

Wissenschaftliche Studien zeigen seit Jahren eine enge Korrelation zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg. Viele Befunde verweisen auf die zentrale Bedeutung institutioneller Bedingungen für Chancen im Bildungssystem. Trotz zahlreicher bildungspolitischer Reformprojekte ist es bisher nur bedingt gelungen, die im deutschen Bildungssystem stark ausgeprägten herkunftsbedingten Bildungsungleichheiten zu verringern.[85]

„Chancengerechtigkeit in der Bildung ist zunehmend auch eine Frage gleichwertiger, wohnortnaher und flächendeckender Zugänge zu attraktiven und vielseitigen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten. Dies schließt selbstverständlich den Abbau von Barrieren und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Die Digitalisierung der Bildung bietet hierbei perspektivisch neue Möglichkeiten, wie z. B. den orts- und zeitunabhängigen Zugang, die bessere Vernetzung des Lernens inner- und außerhalb von Schule und Hochschule oder die individuellere Gestaltung von Lernprozessen angesichts steigender sozialer und kultureller Diversität und Disparität“.[86]

Aufgrund der Globalisierung haben viele Jugendliche und junge Erwachsene die Möglichkeit, internationale Bildungs- und Arbeitsangebote wahrzunehmen. Es ergibt sich dadurch einerseits eine Vielzahl an neuen Optionen. Gleichzeitig steigt für junge Menschen der Druck, flexibler und mobiler sein zu müssen. Dies spiegelt sich beispielsweise in der zunehmenden Bereitschaft junger Menschen wider, im Ausland zu studieren und für Ausbildung und Studium umzuziehen.[87]

Ringen um Freiräume

Viele Entscheidungen, die junge Menschen treffen, wirken sich auf ihr späteres Leben aus. Der Weg in das Erwachsenenleben verläuft aber nicht immer effizient und geradlinig. Zum Erwachsenwerden und Sich-finden gehört es auch dazu, Umwege zu gehen, Sprünge zu wagen und neu anzufangen. Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Freiräume, also freie Zeit und freie Räume, die sie selbst gestalten können und in denen Entscheidungen keine unabsehbaren Folgen in weit entfernter Zukunft haben.[88]

Freiräume sind nicht nur notwendig zur Erholung. Hier vollziehen sich auch wesentliche Prozesse der sozialen Integration, innerhalb derer man Neigungen und Interessen ausbilden und vertiefen kann und in denen gesellschaftliche Teilhabe und Engagement geschehen. Der gekonnte Umgang mit Freizeit ist für Jugendliche eine eigene Entwicklungsaufgabe. Sie agieren in räumlichen Bezügen und bewegen sich zwischen öffentlichen, halböffentlichen und privaten Räumen, die sie sich aneignen und ausgestalten wollen. Dabei geht es um Spiel- und Erprobungsräume, um Rückzugsorte und auch um jugendliche Gegenwelten zur Erwachsenen-Gesellschaft.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene fühlen sich durch die steigenden Qualifikationsanforderungen zunehmend in ihren Freiräumen eingeschränkt. Sie müssen heute effizient mit ihrer Zeit umgehen, wenn sie allen Erwartungen gerecht werden wollen. So sehen sich Jugendliche mit der Herausforderung konfrontiert, zwischen den Anforderungen von Familie und Peergroup, Schule, Ausbildung sowie organisierter Freizeit auch Raum für individuelle Entfaltung zu schaffen.[89] Hinter der jugendpolitischen Forderung nach mehr Freiräumen stehen die Verdichtung und Beschleunigung des Alltagslebens, Selbstoptimierungszwänge und Mithaltedruck.

Selbst Freizeitaktivitäten werden von Jugendlichen zunehmend hinsichtlich ihres Nutzens für das spätere Leben ausgewählt. Dies zeigt sich unter anderem in der Zahl der Zertifikate, die im Rahmen dieser Aktivitäten gesammelt werden können. Auch die große Bedeutung sozialer Medien für die Selbstrepräsentation und soziale Teilhabe Jugendlicher ist zum Teil mit starkem Druck verbunden, ständig verfügbar sein zu müssen.[90]

Die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe leisten einen wesentlichen Beitrag, um jungen Menschen in der Phase der Verselbstständigung Unterstützung zu bieten.

Angebote der Jugendarbeit, Jugendverbände und Vereine schaffen für und mit jungen Menschen Möglichkeiten für eine selbstständige und selbstbestimmte Freizeitgestaltung sowie wichtige Lern-, Erfahrungs- und Experimentierräume, die Engagement fördern und jungen Menschen Selbstwirksamkeit ermöglichen.

Übergang in Qualifizierung für den Arbeitsmarkt

Die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt (schulische bzw. duale Ausbildung und Studium) ist die zweite formale Qualifikationsphase im Lebensverlauf, die von fast allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen begonnen wird.[91] Da der erfolgreiche Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt einen zentralen Aspekt von gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Teilhabe darstellt, ist die Ausgestaltung dieses Übergangs aus jugendpolitischer Perspektive von enormer Bedeutung. Eine gute Ausbildung ist ein wichtiger Schlüssel zur Armutsprävention, das zeigt die Arbeitslosenstatistik deutlich.

Allein das duale System bietet jungen Menschen die Auswahl aus über 300 Berufen der Erstausbildung. Damit können sich Jugendliche nach ihren Neigungen fortentwickeln. Gegenwärtig bietet Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der insgesamt guten Arbeitsmarktlage und der Betriebsnähe des beruflichen Ausbildungssystems, für junge Menschen gute Chancen für den Ausbildungs- und Berufseinstieg. Die Arbeitsmarktaussichten sind ebenfalls sehr gut, zuletzt wurden gut drei Viertel der Absolventen einer dualen Ausbildung nach Abschluss vom Ausbildungsbetrieb übernommen.[92] Gleichzeitig üben Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss zu einem Drittel Berufe aus, für die der Abschluss einer Berufsausbildung typisch ist.[93]

Die Situation für Ausbildungssuchende ist zur Zeit so gut wie lange nicht. Im Ausbildungsjahr 2018/2019 standen jedem Bewerber rein rechnerisch 1,12 Ausbildungsplätze zur Verfügung.[94] Die Angebots-Nachfrage-Relation variiert dabei stark je nach Region und Ausbildungsberuf[95]. Gleichzeitig haben Betriebe zunehmend Probleme, ihre freien Ausbildungsstellen zu besetzen und passende Auszubildende zu finden. So ist die Zahl der unbesetzten Stellen im langjährigen Vergleich noch immer sehr hoch.[96] Zudem beginnen jährlich über 250.000 junge Menschen ihre berufliche Qualifizierung in Maßnahmen des sogenannten „Übergangssystems".[97] Darüber hinaus waren bezogen auf das Jahr 2017 14,5 % der 25- bis 34-Jährigen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung.[98]

Die Mehrheit der Jugendlichen beginnt bis zum Alter von unter 20 Jahren eine Ausbildung, allerdings sind nur rund 30 % zu Beginn jünger als 18 Jahre.[99] Hierfür ursächlich ist auch der Trend zur allgemeinen Hochschulreife. So ist die Zahl der Auszubildenden mit Hochschulreife in den letzten Jahren stark gestiegen und lag 2017 bei einem Drittel.[100]

Armutsrisiken im jungen Erwachsenenalter sind in erster Linie bei (noch) Nichterwerbstätigen, Auszubildenden oder Studierenden zu beobachten.[101] Das Konzept des Armutsrisikos geht dabei immer vom gesamten Haushaltseinkommen aus. Lebensphasenbedingt steigen junge Menschen häufig mittels Praktika oder mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen ins Berufsleben ein. Neben befristeten Arbeitsverträgen sind auch die Einstiegsgehälter mangels Berufserfahrung niedriger. Sofern junge Erwachsene schon in einem eigenen Haushalt leben, verfügen sie aktuell überdurchschnittlich oft über ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringes Einkommen. Eine Bewertung der sozioökonomischen Bedingungen junger Menschen muss daher stets ihre besondere Situation beim Übergang in die ökonomische Selbstständigkeit berücksichtigen. Typische Einflussfaktoren liegen in der unterschiedlichen Wohnsituation (z. B. im eigenen Haushalt, im Elternhaus oder in einer Jugendhilfeeinrichtung), im Erwerbseinkommen, der Ausbildungsvergütung, den verschiedenen Unterstützungsformen durch die Eltern (z. B. für Lebenshaltung, Miete, Urlaub, Mobilität) und nicht zuletzt auch in der öffentlichen oder privaten Unterstützung für Ausbildung oder Studium (z. B. BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe).

In strukturschwachen Landkreisen lag die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen im Jahr 2018 nicht selten bei über 10 %, während die Quote bundesweit durchschnittlich 4,6 % betrug.[102]

Drei Viertel der Absolventen in der dualen Ausbildung werden nach Abschluss direkt vom Ausbildungsbetrieb übernommen.[103] Dennoch ist es in manchen Fällen nicht vermeidbar, dass Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen vor dem Übergang in Arbeit auch Phasen der Arbeitslosigkeit erleben müssen. Hierbei gibt es jedoch je nach Region, Herkunft und erlerntem Beruf große Unterschiede.[104] Bei Armut und niedriger Bildung ist häufig keine ausreichende soziale Teilhabe gegeben. Junge Menschen in prekären Lebenslagen benötigen daher oft Unterstützung auf dem Weg der Qualifizierung, um dauerhafte Auswirkungen dieser Benachteiligungen zu verhindern bzw. einzuschränken.

Kinder aus Zuwanderungsfamilien und selbst zugewanderte junge Menschen haben es insgesamt schwerer, höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen oder einen Ausbildungsplatz zu erhalten.[105] Auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erweisen sich im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund als geringer. Zudem wird es oftmals zu wenig anerkannt und gefördert, wenn junge Menschen aufgrund ihrer Migrationsgeschichte mehrere Sprachen sprechen oder bereits über Bildungsabschlüsse aus ihrem Herkunftsland verfügen.[106] Diese Benachteiligungen können sich bei jungen Geflüchteten mit unsicherem Aufenthaltsstatus zusätzlich verschärfen.

Die Interessen junger Menschen manifestieren sich auch in der Wahl des (Ausbildungs-)Berufs. Häufig beeinflussen dabei gesellschaftlich vorherrschende Geschlechterklischees die Berufs- und Studienwahl und verdecken den Blick auf individuelle Interessen und Potenziale. Aus diesem Grund werden Berufe im Handwerk häufiger von jungen Männern, Berufe in der Pflege häufiger von jungen Frauen gewählt.[107] Die geschlechtsspezifische Segregation des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes betrifft auch junge Menschen. Berufe, die überdurchschnittlich oft von Frauen ergriffen werden, werden überwiegend schlechter entlohnt. Die Unterschiede bei der Entlohnung von Frauen und Männern betrugen zuletzt ohne Berücksichtigung von unter anderem familienbedingten Erwerbsunterbrechungen 6 %.[108]

Die im Juni 2018 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ hat sich unter anderem mit den Erwartungen junger Menschen an den Beruf beschäftigt. Ein Ergebnis der Anhörung war unter anderem, dass junge Menschen eine hohe Weiterbildungsbereitschaft mitbringen, zugleich aber viel Wert auf „weiche Faktoren“ legen, wie zum Beispiel Spaß an der Tätigkeit, eine gute Vereinbarkeit mit dem Privatleben und ein Entsprechen der Tätigkeit mit den eigenen Fähigkeiten. Zugleich wünschen sich junge Menschen zielgruppenspezifische Informationen über berufliche Bildungsmöglichkeiten, unter anderem über digitale Medien wie die Homepages der Unternehmen. Angemerkt wurde in der Anhörung auch, dass intuitive, digitale Fähigkeiten von Jugendlichen in den Schulen noch zu wenig genutzt würden. Gewünscht wird von jungen Menschen auch eine praxisnahe sowie besondere Eignungen und Neigungen berücksichtigende Ausgestaltung der Berufsorientierung, die Durchlässigkeit der Ausbildung und die Berücksichtigung auch leistungsschwächerer Jugendlicher in der dualen Ausbildung. In einer weiteren Anhörung wurde das Problem unklarer Vorstellungen vieler Schulabgängerinnen und Schulabgänger über Berufsbilder hervorgehoben und unter anderem die Forderungen nach einer praxisnäheren Berufsorientierung, einer flächendeckenden und ergebnisoffenen Studien- und Berufsorientierung an allen Schulformen sowie einer Stärkung von Sozialkompetenzen formuliert.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger hat sich zwischen 1995 und 2015 von 262.407 auf 506.580 fast verdoppelt.[109] 2017 nahmen 57 % eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium auf.[110] Dabei setzt sich der Trend eines kontinuierlich hohen Anteils an Studierenden aus hochschulnahem Elternhaus fort: Im Sommersemester 2016 stammte etwas mehr als die Hälfte aller Studierenden (2016: 52 %, 2012: 50 %) aus einem Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ von elf % auf 14 % im Sommersemester 2016 gestiegen.[111]

Die seit dem 1. August 2019 wirksame BAföG-Reform eröffnet mehr jungen Menschen den Zugang zur Förderung nach dem BAföG. Der gewünschte berufliche Weg, ganz gleich, ob über eine schulische Ausbildung oder über ein Studium, soll nicht an finanziellen Hürden scheitern.

Schätzungen zufolge bricht etwa ein Drittel der Studierenden ihr Bachelorstudium ab (an Universitäten häufiger als an Fachhochschulen).[112] Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich: fehlende fachliche Voraussetzungen, mangelnde Motivation aufgrund abweichender Vorstellungen vom Studienfach, die Orientierung hin zu einer praktischen Tätigkeit oder finanzielle Engpässe bzw. Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit.[113]

HANDLUNGSBEDARFE

Eine ressortübergreifende Jugendpolitik muss das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Leistungs- und Qualifikationsanforderungen und der individuellen Entwicklung junger Menschen in den Blick nehmen.

- Dazu gehört ein gesellschaftliches Verständnis dafür, dass angesichts der Ausdehnung der Lebensphase Jugend sowie unterschiedlicher Bildungswege und Entwicklungsschritte junger Menschen jenseits der Volljährigkeitsgrenze zahlreiche Übergänge zu bewältigen sind. Ziel ist es, das Förder-, Begleit- und Unterstützungssystem auszubauen, das auf die individuelle Ausgangssituation und Perspektiven der Jugendlichen eingeht und ihnen Freiräume zur persönlichen und beruflichen Entwicklung zur Verfügung stellt. Optionen auszuprobieren, gehört für Jugendliche und junge Erwachsene ebenso dazu, wie Brüche und Umwege zu durchlaufen.

- Lern- und Bildungsorte sollten auch auf die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen hin ausgestaltet werden. So ist etwa für eine jugendgerechte Weiterentwicklung der Ganztagsangebote eine gute Kooperation zwischen den Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe von zentraler Bedeutung. Ganztagsangebote sollten darüber hinaus beteiligungsorientiert weiterentwickelt werden.[114]

- Eine ganzheitliche Bildung sollte die Entwicklung der Persönlichkeit, der Sozialkompetenzen sowie die Förderung von Fähigkeiten und Talenten der jungen Menschen umfassen.

- Die Gewährleistung und Steigerung von Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit der Bildungsgänge bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe im Bildungssystem – auch im Hinblick auf die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Nur moderne, d. h. auf aktuelle und künftige berufliche Qualifikationserfordernisse zugeschnittene Berufsbilder schaffen hierfür eine solide Basis.

- Unabhängig vom Familieneinkommen brauchen alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu den notwendigen Lernmitteln und zu Angeboten wie Klassenfahrten und Nachhilfe.

- Bildung ist mehr als Schule. Jugendliche müssen Raum und Zeit haben, um ihre Persönlichkeit entwickeln zu können. Dazu gehört zu allererst die Möglichkeit, ihre Freizeit selbstbestimmt und frei von staatlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu gestalten. Hierfür sollen die nötigen Voraussetzungen (räumlich, zeitlich und strukturell) geschaffen werden, um Selbstorganisation und non-formales Lernen zu ermöglichen. Dazu kann die Stärkung der Kooperation von Schule und außerschulischen Trägern beitragen. Das Jugendalter darf nicht allein als formale Qualifizierungszeit betrachtet werden. Angebote außerschulischer Bildung und außerschulischen Engagements bieten alternative Erfahrungsräume, eröffnen Möglichkeiten des selbstbestimmten Lernens und vielfältige Bildungsanregungen.

- Für eine systematische und wirksame Berufsorientierung müssen verschiedene Akteurinnen und Akteure vor Ort (zum Beispiel Agentur für Arbeit und Schule) intensiv zusammenarbeiten. Diese muss an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtet, freiwillig und neutral sein.

- Erfolgreiche Konzepte, wie das der Jugendberufsagenturen, sollten kontinuierlich weiterentwickelt und unterstützt werden.

- Neben der beruflichen Orientierung ist eine frühzeitig ansetzende, sozialpädagogische Begleitung für Jugendliche mit schlechten Startchancen am Übergang von der Schule in die Ausbildung wichtig. Diese Jugendlichen brauchen schon während der Zeit des Schulbesuchs fördernde Angebote, die dazu beitragen, dass Schulabschlüsse erreicht werden können (beispielsweise über Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote).

- Darüber hinaus brauchen Jugendliche, die keinen Schulabschluss erreichen, attraktive Angebote, um ihren Abschluss nachzuholen oder sich auf einen Abschluss vorzubereiten. Generell sollte es Jugendlichen und jungen Erwachsenen möglich sein, frühere Weichenstellungen zu korrigieren.

Foto: Markus Spiske, unsplash.com

- Am Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung sollen die vielfältigen Fördermöglichkeiten besser aufeinander abgestimmt und effektiver umgesetzt werden. Für Berufsausbildungsangebote in der Fläche sollte die Gründung weiterer überbetrieblicher Berufsbildungsstätten geprüft werden. Qualitativ gut ausgestattete Berufsschulen sollten zur Verfügung stehen. Online-basierte Lernangebote bzw. „Blended Learning“ könnten das Angebot erweitern. Ausbildungs- und Lehrpersonal sollte im Bereich Digitalisierung fortgebildet werden.[115]

- Jeder junge Mensch muss die Chance erhalten, einen qualifizierten Berufsabschluss zu erlangen. Dafür braucht es attraktive Ausbildungsbedingungen, ausreichend Ausbildungsplätze sowie sichere Perspektiven für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die berufliche Ausbildung sollte gesellschaftlich aufgewertet und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Klare Informationen zu Perspektiven nach der Ausbildung erleichtern jungen Menschen die Entscheidung für eine berufliche Ausbildung.

- Mit einer bundeseinheitlichen Anwendungspraxis der Ausbildungsduldung (sogenannte 3+2 Regelung) für Ausländerinnen und Ausländer, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen, sollen Betriebe bei der Ausbildung junger Geflüchteter unterstützt werden. Dies soll verhindern, dass junge Geflüchtete während einer schon begonnenen betrieblichen Ausbildung das Land verlassen müssen. Nach bestandener dreijähriger Ausbildung können sie damit noch zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten und dazu eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

- Es sollte frühzeitig auf die spezifischen Potenziale ländlicher Ausbildungs- und Arbeitsmärkte verwiesen werden, die durch klein- und mittelständische Unternehmen – oft sogenannte „Hidden Champions“ – geprägt sind. Auch sollten regionale Ausbildungsmöglichkeiten in Unternehmen vor Ort gezielt beworben werden, gerade auch aus Jugendlichen weniger bekannten Branchen.

- Wichtig sind eine weitere Stärkung flexibler Bildungsübergänge und die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung, zum Beispiel durch die Verbesserung von Zugangs- und Anrechnungsmöglichkeiten. Insbesondere für diejenigen, die berufliche Kompetenzen nicht nachweislich über anerkannte Aus-, Weiter- oder Fortbildungsformen erworben haben (zum Beispiel Zugewanderte, Menschen ohne Berufsabschluss), sollte der Weg in weiterführende Bildungsmaßnahmen bzw. den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zudem können Ausbildungsbausteine und Teilqualifikationen den geeigneten Weg zur Erlangung einer Vollqualifikation sein, wenn ein reguläres Ausbildungsverhältnis nicht aufgenommen werden kann. Hierzu ist eine weitere Standardisierung und verbesserte Qualitätssicherung der vorhandenen Instrumente notwendig.

- Die dualen Ausbildungsmöglichkeiten, der Zugang zu Hochschulbildung und der Arbeitsmarktzugang sollten in strukturschwachen Regionen gezielt verbessert werden, um für Schulabgängerinnen und -abgänger attraktiv zu sein.[116] Verbünden aus Wirtschaft, Sozialpartnern, Bildungsinstitutionen, Agenturen für Arbeit und Jobcentern sowie Land und Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, bedarfsorientiert und abgestimmt die regionale Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation zu verbessern.[117]

- Jugendpolitik braucht eine arbeitsmarktpolitische Dimension mit dem Ziel, prekäre Beschäftigungsverhältnisse für junge Erwachsene zu verhindern (zum Beispiel Befristung, geringe Entlohnung). Vor dem Hintergrund der Fachkräfteengpässe in sozialen Berufen sollte die Aufwertung sozialer (Dienstleistungs-)Berufe weiter vorangetrieben werden. Es bedarf dazu sowohl einer Sensibilisierung für die geschlechtsspezifischen Aspekte des Arbeitsmarktes als auch des effektiven Abbaus diskriminierender Strukturen. Angemessene Entlohnung und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dabei auch aus jugendpolitischer Sicht wichtige Ziele. Um Jugendlichen eine stärkenorientierte Berufswahl zu ermöglichen, soll einschränkenden gesellschaftlich vorherrschenden Geschlechterklischees entgegengewirkt werden.

- Unternehmensgründungen durch junge Menschen können eine wichtige Rolle spielen – sowohl mit Blick auf die Startchancen junger Menschen als auch auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit demografisch herausgeforderter Regionen.

- Die Orientierung und Unterstützung von jungen Menschen bei der Entscheidung für einen Ausbildungsweg spielt für den späteren Ausbildungserfolg eine große Rolle. Die vorhandenen innovativen Ansätze und Modelle der Studien- und Berufsorientierung in Deutschland sollen stärker vernetzt und verbreitet werden. Die Vielfalt der Studien- und Ausbildungsinteressierten (unter anderem im Hinblick auf Bildungshintergrund, formale Studienberechtigung, informell-praktisch erworbenes Wissen, Migrationshintergrund, verfügbares Einkommen etc.) erfordert eine entsprechende Diversität der Finanzierungs- und Förderangebote, insbesondere hinsichtlich ganzheitlicher Ansätze verzahnter beruflicher und akademischer Ausbildungsmöglichkeiten. Empfehlenswert sind zudem eine bessere und umfassendere Information der Studierenden und Auszubildenden über Beratungsmöglichkeiten, eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Beratungseinrichtungen und die Zusammenarbeit der Beratungseinrichtungen mit den Lehrenden.

- Angestrebt werden sollten integrierte Bildungsangebote, sodass Ausbildung/Studium und praktische Anwendung nah beieinander liegen.[118]

Foto: Marcel Gaelle, unsplash.com

26. BAföG-Änderungsgesetz | BMBF

Mit dem 26. BAföG-Änderungsgesetz wird das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ziel eingelöst, die Leistungen nach dem BAföG deutlich zu verbessern, die jungen Menschen, die vor der Entscheidung für eine schulische oder akademische Ausbildung stehen, noch besser zu erreichen und so bis 2021 eine Trendumkehr zu schaffen. Auf diese Weise soll die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu qualifizierter Ausbildung erhöht und zur Ausbildung nachhaltig ermutigt werden. Die Bedarfssätze steigen in zwei Stufen zum Schuljahres- bzw. Wintersemesterbeginn jeweils 2019 und 2020 um zunächst fünf und dann nochmals um 2 %. Der Wohnzuschlag für BAföG-Berechtigte, die außerhalb der elterlichen Wohnung wohnen, wird überproportional angehoben. Die Einkommensfreibeträge werden in drei Stufen angehoben, nämlich 2019 um 7 %, 2020 um 3 % und darüber hinaus auch nochmals zum Schuljahres- bzw. Wintersemesterbeginn 2021 um 6 %. Insgesamt sind für die Leitungsverbesserungen im BAföG zusätzliche Ausgaben von rund 1,3 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode vorgesehen.

Verfahrensregelungen der Bundesagentur für Arbeit für die Umsetzung von § 16h SGB II | BMAS

Mit der Förderung von schwer zu erreichenden jungen Menschen nach § 16h SGB II wurde durch das 9. SGB II Änderungsgesetz zum 1. August 2016 eine neue Norm in das SGB II aufgenommen, um das Leistungsangebot des SGB II an der Schnittstelle zur Jugendhilfe zu ergänzen. Junge Menschen unter 25 Jahren, die von den Regelangeboten nicht (mehr) erreicht werden, können gezielt gefördert werden, um sie (zurück) auf den Weg in Bildungsprozesse, Regelangebote der Arbeitsförderung, Ausbildung oder Arbeit zu holen.
Die Bundesagentur für Arbeit hat zur Verfahrensumsetzung Regelungen zu § 16h SGB II erarbeitet, die den gemeinsamen Einrichtungen Orientierung geben können, ohne in dezentrale Gestaltungsmöglichkeiten einzugreifen.

„Wahre Welle TV“ – ein Onlineformat über Verschwörungstheorien | BMI

Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte 2018 das Online-Angebot „Wahre Welle TV“. Die Website im Stil eines TV-Senders gab vor, investigativ über Verschwörungen aufzuklären. Bei genauerem Hinsehen entlarvte sich das Angebot – was zuvor schon mit einem Trailer auf Verschwörungstheorie-Websites beworben wurde – als satirische Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien.
Sechs Filme, die in der Machart von unterschiedlichen Fernsehformaten gehalten sind, stellen einige Verschwörungstheorien auf www.wahrewelle.tv dar. Unter www.bpb.de/wahrewelle können sich Nutzerinnen und Nutzer genauer über die Hintergründe der Verschwörungstheorien informieren.
Die Idee des Projekts, welches medial eine hohe Aufmerksamkeit erhielt, war es, auf niedrigschwellige Weise ein medienpädagogisches Angebot zu entwickeln, das die Logik von Verschwörungstheorien aufzeigt und die abstrusen Argumentationen aufdeckt.

Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss (Initiative Bildungsketten) inkl. des Berufsorientierungsprogramms (BOP) und Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (VerA) | BMBF, BMAS

Die Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ (Initiative Bildungsketten) unterstützt Jugendliche darin, einen möglichst reibungslosen Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu erfahren. Hierzu werden die unterschiedlichen Förderinstrumente von Bund und Ländern miteinander verzahnt. Wesentliche Elemente sind das stärkenorientierte Instrument „Potenzialanalyse“ und die handlungsorientierten „Werkstatttage“ (Sek. I) des Berufsorientierungsprogramms (BOP) des BMBF sowie die Unterstützung von Jugendlichen, die Schwierigkeiten in ihrer Ausbildung haben, durch ehrenamtliche Senior-Expertinnen und -Experten (VerA: Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen). Das BOP unterbreitet zudem spezifische Angebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund inklusive Neuzugewanderten. Des Weiteren wird die Berufswahl von Jugendlichen ohne Geschlechterklischees gefördert. Hierfür gibt es mit der vom BMBF und BMFSFJ geförderten Initiative Klischeefrei ein Bündnis aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Forschung.
Die aktuellen Vereinbarungen zwischen Bund und dem jeweiligen Land laufen noch bis Ende 2020. Eine Neuauflage der Bund-Länder-Vereinbarungen ab 2021 bis 2026 ist mit allen 16 Ländern geplant.

Allianz für Aus- und Weiterbildung – erste Fortschreibung | BMWi

Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“, ins Leben gerufen 2015, wurde am 26. August 2019 für drei Jahre fortgeschrieben. Die Allianzpartner (BMWi, BMAS, BMBF, IntB, DGB, DIHK, BDA/BDI, BA, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Bundesverband der Freien Berufe, Kultusministerkonferenz, Wirtschaftsministerkonferenz, Arbeits- und Sozialministerkonferenz) verfolgen das Ziel, möglichst alle Menschen zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu bringen. Damit nehmen sie vornehmlich junge Menschen auf dem Weg von der Schule ins Berufsleben in den Blick. Außerdem soll die duale berufliche Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung stärker als Rückgrat der Fachkräftesicherung in Deutschland platziert werden. Viele Maßnahmen der Allianz zielen somit vor allem darauf ab, Jugendliche in Ausbildung oder in eine erste Erwerbsarbeitsstelle zu bringen. Mit der Fortschreibung werden nicht nur bestehende Maßnahmen fortgeführt, sondern diese oftmals zugleich überarbeitet sowie neue Maßnahmen initiiert. Adressiert werden mit vielen Maßnahmen auch Passungs- und Stellenbesetzungsprobleme. Insbesondere regionale Disparitäten zwischen der Zahl angebotener Ausbildungsstellen einerseits und der Zahl ausreichend geeigneter Ausbildungsplatzbewerberinnen bzw. -bewerber andererseits sollen verringert werden.

AusbildungWeltweit | BMBF

Das BMBF hat im Juni 2018 nach einer einjährigen Pilotierung den Start des Förderprogramms AusbildungWeltweit entschieden. Damit wird die Grundlage für ein weltweites Mobilitätsprogramm in der beruflichen Bildung gelegt. Auszubildende erhalten die Chance, internationale Berufskompetenzen zu erwerben. Unternehmen in Deutschland werden darin unterstützt, ihre angehenden Fach- und Führungskräfte und das Bildungspersonal für den globalen Markt fit zu machen. AusbildungWeltweit macht die duale Ausbildung attraktiver für alle. Das Programm ist global ausgerichtet, ausgenommen sind die 34 europäischen Länder, die von Erasmus+ abgedeckt werden. Bislang konnten rund 850 Auszubildende, Ausbilderinnen und Ausbilder zu Lern- und Lehrzwecken in rund 40 Länder entsendet werden.

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz | BMAS

Mit dem Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz) sind zum 1. August 2019 wesentliche Bestandteile des Koalitionsvertrags umgesetzt worden. So ist der Zugang von Ausländerinnen und Ausländern zu Maßnahmen der Ausbildungsförderung einschließlich der Berufsvorbereitung nach dem Dritten und Zweiten Buch Sozialgesetzbuch grundlegend neu geregelt, vereinfacht und ausgeweitet worden. Auch der Zugang zur Sprachförderung des Bundes ist für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie für Geduldete verbessert worden. Damit werden sowohl die Integration von Geflüchteten gefördert, als auch die Fachkräfteeinwanderung und die Mobilität von Unionsbürgerinnen und -bürgern erleichtert. Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz ist außerdem die bisher befristete Sonderregelung zur frühzeitigen Unterstützung der Eingliederung von Asylbewerberinnen und -bewerbern, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, mit bestimmten Leistungen der aktiven Arbeitsförderung entfristet worden.

Berufsorientierung für Flüchtlinge (BOF) | BMBF

Mit dem BMBF-Programm „Berufsorientierung für Flüchtlinge – BOF“ werden junge, nicht mehr schulpflichtige Geflüchtete und Zugewanderte auf ihrem Weg in eine Ausbildung unterstützt. Während der bis zu 26 Wochen langen BOF-Kurse lernen die Teilnehmenden Fachsprache und Fachkenntnisse für den angestrebten Ausbildungsberuf und werden individuell begleitet und unterstützt. BOF-Kurse finden in Lehrwerkstätten und Betrieben statt. Im Jahr 2019 wurde die BOF-Förderrichtlinie über das Handwerk hinaus für alle Berufe ausgeweitet.

BMBF-Programm JOBSTARTER Plus | BMBF

Als Ausbildungsstrukturprogramm zielt Jobstarter Plus auf die Stärkung der dualen Berufsausbildung in Deutschland, trägt zur Qualifizierung von Jugendlichen bei und schafft die Grundlage für ihre bessere Integration in die Gesellschaft. Das Förderprogramm greift berufsbildungspolitische Entwicklungen auf und erprobt praxisnahe Modelle zur Förderung der beruflichen Ausbildung. Die geförderten Projekte entwickeln regionale Kooperationen. Als Kernziele sollen mehr Ausbildungsplätze besonders bei Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen entstehen sowie diese Betriebe auf die Veränderungen in der Berufsbildung durch Digitalisierung vorbereitet oder bestimmte Zielgruppen wie beispielsweise Studienabbrecherinnen und -abbrecher für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung gewonnen werden. Zusätzlich intendiert die Förderung von 20 KAUSA-Servicestellen deutschlandweit die Schaffung einer höheren Ausbildungsbeteiligung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund. In der 19. Legislaturperiode wurden bzw. werden bislang zu diesen vielfältigen Zielsetzungen rund 100 Projekte gestartet.

Bundesweite Schüler- und Jugendwettbewerbe | BMBF

Schüler- und Jugendwettbewerbe sind ein wirksames Instrument der Potenzialförderung und bieten Möglichkeiten, abseits des schulischen Curriculums, Talente frühzeitig zu entdecken und zu entwickeln. Sie tragen zur Persönlichkeitsentwicklung bei und leisten einen Beitrag zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung für ein modernes Bildungswesen. Die Bandbreite der bundesweiten, von Bund und Ländern gemeinsam geförderten Wettbewerbe ist groß. Dazu gehören MINT-Fächer genauso wie die Fremdsprachen, Demokratiebildung und musisch-kulturelle Themen. Seit August 2019 ist Jugend debattiert in die Bundesförderung aufgenommen worden und das Portfolio im Hinblick auf die Stärkung der politischen Bildung und Demokratieerziehung abgerundet worden. In den letzten Jahren sind bewusst jüngere Teilnehmende angesprochen worden. So setzt z. B. bei den bundesweiten Informatikwettbewerben der Informatikbiber in der Grundschule an. Der Jugendwettbewerb Informatik ist seit 2017 das Bindeglied zwischen Informatikbiber und dem Bundeswettbewerb.

Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge bei der Berufsausbildungsbeihilfe und dem Ausbildungsgeld im SGB III | BMAS

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes, das zum 1. August 2019 in Kraft getreten ist, sind Erhöhungen der Bedarfssätze und Freibeträge im BAföG bei der Berufsausbildungsbeihilfe und beim Ausbildungsgeld bei Berufsausbildungen und berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nachvollzogen worden. Damit ist eine gleichmäßige Entwicklung der Ausbildungsförderung für alle Personen in Schule, Studium und beruflicher Ausbildung sichergestellt. Darüber hinaus sind auch Rechtsvereinfachungen durch eine Verringerung der Anzahl der Bedarfssätze und eine Vereinheitlichung des Ausbildungsgeldes für Teilnehmende im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen vorgenommen worden.

Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden | BMFSFJ

Mit dem Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden“ verfolgt das BMFSFJ vorrangig das Ziel, die Attraktivität der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher zu steigern, vorhandenes Personal in seinen Kompetenzen zu stärken und Qualifizierungsperspektiven zu eröffnen, um den Beruf von Erzieherinnen und Erziehern insgesamt in seiner Bedeutung und Wahrnehmung in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Das Bundesprogramm umfasst dabei drei Förderbereiche: 1. Plätze in der vergüteten praxisintegrierten Ausbildung, 2. gute Praxis durch professionelle Begleitung der Fachschülerinnen und Fachschüler und 3. bessere berufliche und finanzielle Perspektiven mit einem Aufstiegsbonus für Profis. Insbesondere die praxisintegrierte vergütete Ausbildung und Praxisanleitung erleichtert jungen Nachwuchskräften den praktischen Berufseinstieg und trägt damit dazu bei, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich überhaupt für diese Tätigkeit entscheiden. Das Programm befördert zudem die Transparenz zum Berufsbild und unterstützt damit den Berufsorientierungsprozess.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

Förderbekanntmachung zur „Virtuellen und Erweiterten Realität (VR/AR) in der beruflichen Bildung“ (VRARBB) | BMBF

Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR) sind innovative Technologien, die eine virtuelle bzw. erweiterte Welt darstellen. Viele Jugendliche nutzen sie längst in ihrer Freizeit. Eine Nutzung in der Ausbildung wird von vielen Jugendlichen als Anzeichen einer modernen, zukunftsfähigen und durchlässigen Ausbildung angesehen, erhöht also die Attraktivität eines solchen Ausbildungsberufs. Durch die geförderten Projekte soll unter reflektierender Mitwirkung der Jugendlichen das Potenzial dieser Technologien für das praxis- und arbeitsplatznahe Lernen in der beruflichen Ausbildung erprobt und entwickelt werden. So können völlig neue Lern- und Unterstützungsmöglichkeiten entstehen. Auszubildende können beim Erwerb von Kompetenzen unterstützt werden, die in einer realen Welt nur sehr eingeschränkt möglich sind. Das reicht von digitalen Anwendungen, die man nur „virtuell ansehen“ kann, bis zu Tätigkeiten mit hohen körperlichen Risiken für die Lernenden, etwa im Bereich der Rettungsdienste, oder mit hohen materiellen Risiken für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, etwa im Bereich der Hochtechnologie.

Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) und Kompetenzzentren | BMBF

Das BMBF investiert in moderne Ausstattung und Gebäude der ÜBS sowie in ihre Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren. In vielen Branchen ergänzen ÜBS den Praxisteil der dualen Ausbildung für gleiche Startbedingungen der Auszubildenden kleiner und mittlerer Betriebe (KMU). Mit den Investitionen in die ÜBS werden eine hochwertige und moderne Ausbildung im dualen System und die Ausbildungsfähigkeit der KMU gesichert, zusätzlich zur Attraktivität der dualen Ausbildung beigetragen und die beruflichen Zukunftschancen der Auszubildenden gestärkt. Auch in der 19. Legislaturperiode wurden zahlreiche Modernisierungsvorhaben aufgenommen.

Forschung zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten | BMBF

Mit der Förderlinie „Forschung zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten“ verfolgt das BMBF drei übergeordnete Ziele:

- Auf- und Ausbau einer thematischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft
- Generierung von Handlungswissen für die Praxis
- über Praxistransfer von Forschungsergebnissen Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt

Auf der Grundlage der aktuellen Förderbekanntmachung werden derzeit 16 Forschungsvorhaben gefördert. Die Förderlinie ist Bestandteil des Rahmenprogramms empirische Bildungsforschung.

Hochschulpakt 2020 | BMBF

Mit dem ***Hochschulpakt 2020*** stellen Bund und Länder sicher, dass auch in Zeiten hoher Studiennachfrage weiterhin alle Studierwilligen ein qualitativ hochwertiges Hochschulstudium aufnehmen können. Mithilfe der von Bund und Ländern bereitgestellten Mittel schaffen die Hochschulen die notwendigen Ausbildungskapazitäten. Über die Gesamtlaufzeit von 2007 bis 2023 wird der Bund insgesamt 20,2 Milliarden Euro und werden die Länder 18,3 Milliarden Euro bereitstellen.
Mit dem 2019 beschlossenen ***Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken*** als Nachfolge des Hochschulpakts verbessern Bund und Länder dauerhaft gemeinsam die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen und erhalten die Studienkapazitäten bedarfsgerecht. Der Bund stellt dafür ab 2021 unbefristet rund zwei Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Länder stellen zusätzlich zur Grundfinanzierung der Hochschulen Mittel in derselben Höhe bereit. Damit soll insbesondere der Ausbau unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse des mit Studium und Lehre befassten Personals an den Hochschulen unterstützt werden.

Weiterentwicklung der Jugendleiterkarte (Juleica) | BMFSFJ

Fast 20 Jahre nach Einführung der Juleica und zehn Jahre nach Einführung des Online-Verfahrens soll durch die Weiterentwicklung der bundesweiten Rahmenbedingungen der Stellenwert der Juleica gesichert und weiter befördert werden. Das Vorhaben erfolgt auf Initiative des Deutschen Bundesjugendrings gemeinsam mit den Ländern. Dabei wird auf aktuelle Entwicklungen und Anforderungen in den Angeboten und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit eingegangen. Neue technische und kommunikative Möglichkeiten sollen genutzt und vor allem die Anforderungen seitens der (jungen) Nutzerinnen bzw. Nutzer und der Verantwortlichen der Träger aufgegriffen werden. Die Weiterentwicklung erfolgt in den drei Säulen: Antragsverfahren, Qualitätskriterien und Kommunikation/Sichtbarkeit der Juleica. Hierbei sollen für die Juleica als Ehrenamtskarte weitere Vergünstigungen erschlossen werden, um den Erwerb dieser Karte attraktiver zu machen. Der Bund setzt mit der Finanzierung des Weiterentwicklungsprojekts Impulse und übernimmt sichtbar Verantwortung.

JUGEND STÄRKEN: Zukunft gestalten | BMFSFJ

Bei den Wirtschaftsjunioren Deutschland e. V. (WJD) organisierte Unternehmerinnen und Unternehmer bzw. Führungskräfte unterstützen junge Menschen mit schlechteren Startchancen (gemäß §13 SGB VIII) ehrenamtlich beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Wirtschaftsjuniorinnen und -junioren bieten Einblicke in ihre Unternehmen und Bewerbungstrainings an. Im Rahmen der Maßnahme wird jährlich auch der bundesweite Aktionstag „Ein Tag Azubi“ als größte Aktion umgesetzt.
An den Aktionen werden jährlich rund 800 junge Menschen teilnehmen. Zur Unterstützung und Begleitung der engagierten Unternehmerinnen und Unternehmer wird in der Geschäftsstelle des Wirtschaftsjunioren Deutschland e. V. ein Projektbüro eingerichtet.

Durch das Projekt werden zwei bundesweite Netzwerke – das Unternehmernetzwerk der Wirtschaftsjunioren Deutschland und das JUGEND STÄRKEN-Netzwerk – zusammengebracht, um lokale Kooperationen zwischen Wirtschaft und Jugendsozialarbeit anzuregen.

Klischeefreie Berufs- und Studienwahl: Initiative Klischeefrei | BMFSFJ, BMBF, (BMAS, BMWi, BMU)

Die Initiative Klischeefrei setzt sich für eine Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees ein. Aktive der Zielgruppen, Frühe Bildung, Schule, Eltern, Hochschulen, Berufsberatung und Wirtschaft, erhalten praxisorientierte Beratung und Unterstützung zur Umsetzung eines stärkenorientierten Ansatzes. Durch Vernetzung und Austausch werden erprobte Beispiele weiterverbreitet und neue Methoden eingesetzt. Die Initiative Klischeefrei wird von den jährlichen Aktionstagen Girls’Day und Boys’Day unterstützt. Die Zielgruppen, Mädchen und Jungen ab Klasse 5, lernen Berufe kennen, die sie bislang aufgrund einengender Geschlechterklischees eher selten im Blick haben. Durch die Förderung individueller Fähigkeiten und Potenzialen werden neue Zukunftsperspektiven eröffnet.

Lebensbegleitende Berufsberatung | BMAS

Mit der Einführung der Lebensbegleitenden Berufsberatung (LBB) vor und im Erwerbsleben erweitert die Bundesagentur für Arbeit ihr Angebot für Menschen mit beruflichem Beratungs- und Orientierungsbedarf. Für junge Menschen ergibt sich daraus ein früherer Beginn der Berufsorientierung in den Schulen. Die LBB vor dem Erwerbsleben beginnt ein Jahr früher in den VorvorEntlassklassen und bindet stärker interaktive Formate mit ein, sodass Schülerinnen und Schüler „unmittelbarer“ in Kontakt mit Berufsbildern kommen. Darüber hinaus wird die Präsenz der Berufsberaterinnen und -berater an den Schulen ausgeweitet, sodass Beratungsgespräche und Sprechzeiten überwiegend vor Ort erfolgen können.

Mehr-Wert!: Neue Werte-Bilder für soziale Berufe | BMFSFJ

In dem Projekt „Mehr-Wert!“ des Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI)/Fraunhofer IAO werden neue Werte- und Zukunftsbilder für Erzieher- und Pflegeberufe mit designbasierten Methoden erarbeitet. Das Projekt will den Fachkräften selbst eine Stimme geben und die Aufwertungsdebatte bereichern. Dabei stehen die Fachkräfte und ihre Professionen, aber auch ihre Bedeutung für eine gute gesellschaftliche Entwicklung im Fokus. Hierzu wurden zunächst qualitative Interviews mit Erzieherinnen und Erziehern sowie Pflegepersonal über ihre Werte, Wertschätzung und Wünsche für die Zukunft geführt. In der zweiten Phase fanden drei eintägige „Werte-Labore“ mit je circa 20 Grundschülerinnen bzw. -schülern, Erzieherinnen bzw. Erziehern und Pflegefachkräften allen Alters statt. In den Fachkräftelaboren erarbeiteten diese gemeinsam ein Wertebild und Zukunftsperspektiven für ihren Beruf und stellten dabei Objekte her, die diesen veranschaulichen. Die Erzieherinnen und Erzieher haben das Produkt des Werte-Labors der Bundesministerin vorgestellt. In der dritten Projektphase hat Fraunhofer CeRRI Diskussionsformate mit gesellschaftspolitisch relevanten Akteuren im Bereich der Erzieher- und der Pflegeberufe moderiert („Visioning Labs“: Stakeholder-Dialoge mit Trägern, Verbänden, Tarifpartnern, Ländervertretern). Mit ihnen wurden die gewonnenen Erkenntnisse reflektiert und Visionen für die Zukunft der Berufe entwickelt. Alle Projektphasen wurden von einem Filmteam begleitet, das einen kurzen Imagefilm herstellen wird.

MINT-Angebote für Jugendliche | BMBF

Am 11. November 2019 hat das BMBF den bundesweiten Cluster-Wettbewerb zum Ausbau der regionalen MINT-Bildungsangebote gestartet. In zwei Wettbewerbsrunden können sich bis zu 40 zu MINT-Clustern zusammengeschlossene MINT-Akteure um eine Förderung von 500.000 Euro bis zu einer Million Euro bewerben. Die finanzielle Unterstützung dient dazu, die MINT-Angebote für Jugendliche zu verstetigen, in der Fläche auszubauen und damit noch mehr Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang zu MINT-Bildung zu ermöglichen. MINT soll selbstverständlich werden, wie ein Hobby wie Musik oder Sport.

MINT-Forschung | BMBF

Das BMBF intensiviert die MINT-Forschung, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, was gute und wirksame MINT-Bildung ausmacht, welche Zielgruppen auf welche Weise adressiert werden müssen, und um aus dem Ausland zu lernen. Die Erkenntnisse sollen in einen von der Fach-Community selbstgesteuerten Qualitätssicherungsprozess einfließen, der ab 2020 angestoßen wird. Die Förderung dient insbesondere dazu, MINT-Angebote für Jugendliche noch passgenauer und wirksamer zu gestalten und damit noch mehr Jugendlichen eine gute MINT-Bildung und damit Teilhabe an der Digitalisierung zu ermöglichen.

MINT-Kommunikationsoffensive mintmagie | BMBF

Um noch mehr Jugendliche für MINT zu begeistern, hat das BMBF eine MINT-Kommunikationsoffensive gestartet. Mit eigenem Instagram-Kanal konzentriert sich diese vor allem auf Social-Media-Kanäle zur Ansprache der Jugendlichen. Weitere interaktive Elemente und die Ausdehnung auf weitere beliebte Kanäle und Kooperationen mit Influencerinnen und Influencer sind geplant. Unter dem Motto „mintmagie“ und mit bunter, jugendlicher Bildsprache wird MINT als etwas Cooles, Alltägliches dargestellt, das auch beruflich spannend sein kann. Die MINT-Kom-

munikationsoffensive wird eng mit den weiteren Fördermaßnahmen des MINT-Aktionsplans verknüpft.

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE)“| | BMBF

Ziel der Förderung ist die strukturelle Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Sie ist eingebettet in das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ und dient der Umsetzung der diesbezüglichen Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans BNE. Die Projekte erarbeiten in drei Förderlinien Konzepte und Materialien zu nachhaltigkeitsrelevanten Aspekten in der Ausbildung in Handel, Spedition/Logistik und im Lebensmittelbereich (letzteres neu ab 2018) sowie zur Gestaltung nachhaltiger betrieblicher und überbetrieblicher Lernorte. Die Verbundvorhaben sind durch die Beteiligung ausbildender Betriebe praxisnah ausgerichtet.
Der Förderschwerpunkt trägt mit seinen drei Förderlinien zur nachhaltigkeitsorientierten beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen bei und nimmt hierbei auch die Kompetenzentwicklung der Ausbilderinnen und Ausbilder in den Blick.

Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) (Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung) | BMBF

Die BBiG-Novelle soll auch die Attraktivität einer dualen Berufsausbildung oder beruflichen Fortbildung für junge Menschen steigern. Hierzu gehören:
- eine Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende von 515 Euro im ersten Ausbildungsjahr (ab 2020), die sich mit Fortschreiten der Ausbildung im zweiten, dritten und gegebenenfalls vierten Jahr der Ausbildung sowie in der „Einphasungszeit“ bis 2023 jährlich erhöhen soll. Ab dem Jahr 2024 soll die Mindestausbildungsvergütung jährlich entsprechend der Entwicklung der Ausbildungsvergütungen insgesamt (tariflich und außertariflich) angepasst werden.

Zur Sicherung der Tarifhoheit der Sozialpartner haben tarifliche Vereinbarungen immer Vorrang vor der gesetzlichen Mindestvergütung.
- eine weitgehende Flexibilisierung der Möglichkeit einer Teilzeitberufsausbildung. Hierzu wird insbesondere der Adressatenkreis einer Teilzeitberufsausbildung auf potenziell alle Auszubildenden erweitert. Neben Auszubildenden mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen dürfte dieses Angebot künftig insbesondere für lernbeeinträchtigte Menschen, Menschen mit Behinderung oder Geflüchtete von Interesse sein.
- eine nachhaltige Verbesserung der Durchlässigkeit innerhalb der dualen beruflichen Ausbildung für Auszubildende, indem die Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit der Ausbildungsdauer bei „gestuften“ Ausbildungen vereinfacht und neue Möglichkeiten für die Berücksichtigung von Prüfungsleistungen bei aufeinander aufbauenden Ausbildungsberufen geschaffen werden.
- eine Gleichstellung erwachsener Auszubildender mit jugendlichen Auszubildenden hinsichtlich der Anrechnung und Freistellung von Berufsschulzeiten und bei Prüfungen,
- weitere Maßnahmen zugunsten Auszubildender sind Klarstellungen und Absicherungen im Ausbildungsverhältnis und Verfahrenserleichterungen bei Auslandsaufenthalten im Rahmen der Ausbildung.
- die Verankerung transparenter beruflicher Fortbildungsstufen zur Stärkung der „höherqualifizierenden“ Berufsbildung im BBiG (Grundlage für die geplanten Fördererweiterungen beim Aufstiegs-BAföG) mit attraktiven, international anschlussfähigen Abschlussbezeichnungen als Signal für Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung.

Qualitätspakt Lehre | BMBF

Mit dem „Qualitätspakt Lehre“ werden derzeit 156 Hochschulen aus allen 16 Ländern dabei unterstützt, die Betreuung der Studierenden und die Qualität der Lehre zu verbessern sowie innovative Studienmodelle und unterstützende Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Lehrqualität umzusetzen. Der Bund stellt dafür zwischen 2011 und 2020 rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung.
Mit der Bund-Länder-Vereinbarung ***Innovation in der Hochschullehre*** soll in Nachfolge des Qualitätspakts Lehre die Erneuerungsfähigkeit der Hochschullehre gefördert werden. Vorgesehen ist die dauerhafte Einrichtung einer rechtlich nicht selbstständigen Organisationseinheit unter dem Dach einer bestehenden Trägerinstitution. Neben der wissenschaftsgeleiteten Förderung von Projekten – insbesondere zur strategisch-strukturellen Stärkung der Hochschulen in Studium und Lehre und zu aktuellen, themenbezogenen Herausforderungen in Studium und Lehre – soll sie auch die Organisation des länderübergreifenden Austausches und der Vernetzung sowie des Wissenstransfers unterstützen.

Sonderprogramm zur Förderung von Digitalisierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) | BMBF

Mit dem Sonderprogramm ÜBS-Digitalisierung beschleunigt das BMBF den Einzug digitaler Technologien und neuer Konzepte in die überbetriebliche Ausbildung und trägt damit unter anderem zu guten Startbedingungen und verbesserten beruflichen Zukunftschancen der Auszubildenden sowie zur Attraktivität der dualen Ausbildung bei. ÜBS ergänzen in vielen Branchen den Praxisteil der dualen Ausbildung für Auszubildende aus kleinen und mittleren Betrieben (KMU).
Gefördert wird insbesondere die digitale Ausstattung für die Ausbildungskurse (z. B. 3D-Drucker, Industrieroboter oder Tablets). In Projekten werden zudem neue Ausbildungskonzepte entwickelt, Modernisierungsprozesse angestoßen und Ausbildungspersonal qualifiziert. Gemäß Vereinbarung im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode wurde das Sonderprogramm im Juni 2019 um vier Jahre, weitere 120 Millionen Euro sowie neue Fördermöglichkeiten ausgeweitet. So werden weiterhin Impulse für eine moderne Ausbildung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesetzt.

Unterstützung des bundesweiten Schülerwettbewerbs „YES! – Young Economic Summit“ | BMBF

Das YES! – Young Economic Summit ist ein bundesweiter Schulwettbewerb in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Umwelt, der von der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft und der Joachim Herz Stiftung organisiert wird. Die ZBW wird als Leibniz-Institut bundesseitig vom BMWi finanziert und betreut. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erarbeiten eigenständig Lösungen für globale ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen, die sie in den Auswahlentscheiden auf regionaler Ebene und Bundesebene präsentieren. Auf dem Weg dahin werden die Teams aller teilnehmenden Schulen kontinuierlich von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Leibniz-Instituten und anderen Forschungseinrichtungen unterstützt und begleitet. Die Preisverleihung findet im BMWi statt.

Verstetigung der Assistierten Ausbildung | BMAS

Die Assistierte Ausbildung wurde in der vergangenen Legislaturperiode als neues Instrument der Ausbildungsförderung eingeführt. Das zunächst befristete Instrument, durch welches mehr benachteiligte junge Menschen zu einem erfolgreichen Abschluss einer betrieblichen Berufsausbildung im dualen System geführt werden sollen, soll – wie auch im Koalitionsvertrag vorgesehen – weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, parallele Strukturen, insbesondere bei der ausbildungsbegleitenden Phase der Assistierten Ausbildung und den ausbildungsbegleitenden Hilfen, zu glätten, aber weiterhin Unterstützung bei Lernschwierigkeiten oder bei Problemen im sozialen Umfeld zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus einem Workshop im November 2018 entwickelt BMAS ein Konzept für eine Weiterentwicklung der Instrumente. Um dafür ausreichend Zeit zu haben, wurde zunächst die derzeit geltende befristete Regelung zur Assistierten Ausbildung um zwei Jahre verlängert; Maßnahmen können nunmehr bis zum 30. September 2020 beginnen. Über die Neuregelungen sollen die parlamentarischen Gremien in 2020 beraten.

Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 zwischen Bund und Ländern | BMBF

Im DigitalPakt Schule hat sich der Bund verpflichtet, fünf Milliarden Euro für Finanzhilfen für Investitionen der Länder und Gemeinden in die digitale Bildungsinfrastruktur bereitzustellen. Die Länder/Gemeinden ergänzen die Bundesmittel um einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 %. Förderfähig sind an allgemeinbildenden, beruflichen und Förderschulen die Vernetzung von Schulgebäuden, die WLAN-Ausstattung, Anzeige-Geräte, wie z. B. elektronische Whiteboards und Beamer, sowie digitale Arbeitsgeräte für den Unterricht. Mobile Endgeräte zum Verbleib in der Schule können in besonderen Fällen bis zu bestimmen Obergrenzen förderfähig sein. Förderfähig sind auch länderübergreifende, landesweite und regionale Entwicklungsprojekte, z. B. für Lehr-/Lernplattformen und für die professionelle Administration und Wartung. Über die Fördergegenstände im Einzelnen, Antragsverfahren und sonstige Umsetzungsaspekte entscheiden die Länder im Rahmen ihrer Förderbekanntmachungen. Die Länder haben sich verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im Bereich digitaler Bildung erwerben können, dass die Lehrpläne angepasst und Lehrkräfte bedarfsgerecht fortgebildet werden

Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen | BMAS

Der Begriff „Jugendberufsagentur“ (JBA) steht als Sammelbegriff für regional unterschiedliche Modelle der Kooperation. In dieser Kooperationsform arbeiten die Sozialleistungsträger aus den Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII sowie teilweise auch die Schulverwaltungen gemeinsam an dem Ziel, junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten und zu unterstützen. Durch die rechtskreisübergreifende, abgestimmte Kooperation, insbesondere von Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Jugendämtern, in Jugendberufsagenturen kann jungen Menschen die Angebotsvielfalt der Berufswelt besser veranschaulicht, ausbildungsfördernde Instrumente zielgerichteter angeboten und Unterstützung im Rahmen der beruflichen und sozialen Teilhabe geleistet werden. Ziel der Bundesregierung ist es, die bisher bereits sehr erfolgreiche Arbeit der JBA am Übergang von der Schule in den Beruf weiter zu unterstützen und auszubauen.

Willkommenslotsen | BMWi

Seit dem Frühjahr 2016 unterstützen sogenannte „Willkommenslotsen“ Unternehmen bei der Besetzung von offenen Ausbildungs- und Arbeitsstellen mit Geflüchteten. Derzeit sind 137 Willkommenslotsen im Einsatz.
Sie unterstützen Unternehmen als zentrale Stelle bei allen Fragen rund um die Integration von Geflüchteten in Ausbildung, Praktikum oder Beschäftigung. Die Willkommenslotsen sind an rund 110 Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Kammern der freien Berufe sowie weiteren Organisationen der Wirtschaft angesiedelt und damit regional gut erreichbar.
Im Jahr 2018 gelang es den Willkommenslotsen, rund 2.850 Ausbildungsplätze zu besetzen. Zudem waren die Willkommenslotsen 2018 beim Zustandekommen von mehr als 3.700 Praktika, 1.390 Einstiegsqualifizierungen und über 1.220 Beschäftigungsplätzen beteiligt.

Die Richtlinie Willkommenslotsen ist neugefasst, verlängert und dahingehend weiterentwickelt, dass „Nachhaltige Integration“ als eine wichtige Zielsetzung des Programms eingeführt ist. Das Programm ist jugendrelevant, insbesondere weil überwiegend junge Geflüchtete für Praktika, Einstiegsqualifizierungen, Ausbildung und Arbeit vermittelt werden.

youpaN – Jugendforum zur Bildung für nachhaltige Entwicklung | BMBF

Das Jugendforum „youpaN“ ist das zentrale Gremium des Jugendbeteiligungsprozesses im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Es besteht aus 25 jungen Menschen aus ganz Deutschland (16–24 Jahre).
Die Mitglieder des Jugendforums haben einen Sitz in der hochrangig besetzten Nationalen Plattform BNE und erarbeiten politische Forderungen. Sie arbeiten in den sechs BNE-Fachforen mit, die die unterschiedlichen Bildungsbereiche abdecken. Weiterhin steht den jungen Menschen ein Budget für die Umsetzung von BNE-Projekten sowie für die Organisation von Veranstaltungen im Rahmen des Aktionsplans zur Verfügung (jährlich stattfindende BNE Jugendkonferenz youcoN mit circa 150 Teilnehmenden). Bei Fortbildungen, Trainings und Seminaren werden die jungen Menschen zu BNE und Themen der Nachhaltigkeit weitergebildet. Als BNE-Multiplikatorinnen bzw. -Multiplikatoren sind die Mitglieder des youpaN gefragte Rednerinnen bzw. Redner auf externen Veranstaltungen zu den Themen BNE, Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung.

Förderung von Zuwendungen für „Digitale Medien in der beruflichen Bildung in den Gesundheitsberufen (DigiMed)“ | BMBF

Mit der Förderung sollen Bildungseinrichtungen gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Anwendenden bedarfsorientierte digitale Lehr- und Lernkonzepte im Gesundheitsbereich entwickeln. Ein solch innovativer Einsatz digitaler Medien macht eine Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe für junge Menschen attraktiver. Das gilt nicht nur kurzfristig für die Phase der Erstausbildung, sondern auch langfristig, weil so eine zeitgemäße Weiterentwicklung von arbeitsprozessintegrierten Lehr- und Lernformen im Gesundheitsbereich sichergestellt wird. Für einen Beruf mit einer hohen Präsenzbelastung ist es wichtig, dass so das Weiterlernen und die individuelle Weiterentwicklung im Beruf sichergestellt werden können.
Gerade angesichts der zukünftig integrierten Ausbildung werden auch Projekte gefördert, die eine Organisationsentwicklung befördern, die die Kooperation und den interdisziplinären Austausch von verschiedenen Gesundheitsbereichen unterstützt. Insgesamt wird dadurch die Attraktivität der Ausbildungsberufe im Gesundheits- und Pflegebereich für junge Menschen deutlich erhöht.

Unterstützung förderungsbedürftiger junger Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf | BMAS

Neben den Angeboten der Berufsberatung und -orientierung werden junge Menschen im Rahmen von ausbildungsvorbereitenden und ausbildungsbegleitenden Maßnahmen entsprechend der individuellen Unterstützungsbedarfe auf eine Ausbildung vorbereitet. Hierzu gehören berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, eine Einstiegsqualifizierung und Phase 1 der Assistierten Ausbildung. Zudem stehen als ausbildungsbegleitende Förderinstrumente ausbildungsbegleitende Hilfen, die Phase 2 der Assistierten Ausbildung, Berufsausbildungsbeihilfen, die außerbetriebliche Berufsausbildung sowie Reha-Leistungen zur Vorbereitung einer Ausbildung zur Verfügung. Im Sinne eines inklusiven Ansatzes ist davon auszugehen, dass es auch Angebote von Jugendberufsagenturen gibt, die sich an junge Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen richten. In Jugendberufsagenturen arbeiten die Institutionen Agenturen für Arbeit, Jobcenter und Träger der Jugendhilfe zusammen, damit Jugendliche individuelle und abgestimmte Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Arbeit erhalten. Die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten sollen dazu beitragen, die gesundheitliche Situation von jungen Menschen zu verbessern und den Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung erfolgreich zu gestalten.

MOBILITÄT & DIGITALES

Sicher und selbstbestimmt unterwegs – auf Straße, Schiene und im Netz

AUSGANGSLAGE

Fragt man junge Menschen, welche Faktoren ihnen wichtig sind, um gern in ihrer Heimat zu leben, werden Mobilität und digitale Anbindung an erster Stelle genannt. Junge Menschen erwarten nicht, überall die gleiche Vielfalt an Angeboten vorzufinden – entscheidend für sie ist die Erreichbarkeit dieser Angebote. Damit Angebote bedarfsgerecht gestaltet und akzeptiert werden, sollten Jugendliche und junge Erwachsene anlassbezogen bei der Planung und Ausgestaltung einbezogen werden.

Mobilität

Jugendliche und junge Erwachsene haben unabhängig von ihrem Wohnort die gleichen Mobilitätsbedürfnisse: Sie möchten eigenständig, möglichst einfach, ohne hohe Kosten und ohne große Umwege zur Schule, zum Ausbildungsplatz oder zur Universität, zu Freizeitaktivitäten oder Freunden gelangen. Das Mobilitätsverhalten hängt vor allem von den verfügbaren und zugänglichen Mobilitätsangeboten vor Ort ab. Jugendliche ohne Führerschein und Auto sind auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das Fahrrad, leicht motorisierte Zweiräder oder die private Mitnahme, zum Beispiel durch die Eltern, angewiesen. Wenn entsprechende Angebote fehlen, sind sie in ihrer (zeitlichen und räumlichen) Unabhängigkeit und Flexibilität eingeschränkt. Das gilt insbesondere in Räumen, in denen die Infrastruktur für öffentliche Mobilität oder sichere Radwege nicht oder nur eingeschränkt vorhanden ist. Insgesamt nutzen Jugendliche und junge Erwachsene häufig einen Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln. Diese Möglichkeiten sind jedoch oft ungleich verteilt, häufig nicht auf den Bedarf von jungen Menschen abgestimmt und teilweise zu teuer. Insbesondere in ländlichen Regionen ohne ein ausreichendes ÖPNV-Angebot können junge Menschen ihre Mobilitätsbedürfnisse meist nur unzureichend befriedigen. Dies gilt gerade für Aktivitäten außerhalb der Hauptverkehrszeiten, zum Beispiel für Freizeitaktivitäten am Abend, nachts oder am Wochenende. Freundinnen und Freunde oder Vereine in benachbarten Orten sind häufig nur umständlich zu erreichen. Unterschiedliche Tarifsysteme in benachbarten Regionen erhöhen die Kosten.

Für Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung ist darüber hinaus eine barrierefreie Umweltgestaltung, die alle Lebensbereiche umfasst, Grundvoraussetzung für ihre selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Barrierefreiheit zum Themenbereich Mobilität und Digitales bedeutet dabei unter anderem die Erreichbarkeit eines Bahnsteiges, gegebenenfalls mit dem Aufzug oder über eine Rampe, der stufenlose Einstieg in Bus und Bahn, kontrastreiche Fahrtzielanzeiger, ein einfaches Tarifsystem, eine übersichtliche Fahrplangestaltung sowie verständliche und wahrnehmbare Informationen entlang der Reisekette. Für den Bereich des straßengebundenen ÖPNV ist daher im Rahmen der Umsetzung der EU-Behindertenrechtskonvention die politische Zielsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit des ÖPNV zum 1. Januar 2022 im Personenbeförderungsgesetz verankert worden.

Mobilität junger Menschen beschränkt sich allerdings nicht nur auf den regionalen Raum. Bei der Betrachtung der Mobilität junger Menschen ist auch die grenzüberschreitende Mobilität wichtig. Viele Jugendliche und junge Erwachsene machen im Rahmen verschiedenster Formate und Kontexte Mobilitätserfahrungen im europäischen und außereuropäischen Raum.[1]

Mobilität im In- und Ausland zu Bildungs- und Ausbildungszwecken oder zum Arbeiten kann insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene häufig Fragen nach der Finanzierbarkeit sowie dem eigenen Zutrauen aufwerfen. Ihre Mobilitätspraktiken und -erfahrungen sind vielfältig und vor allem davon abhängig, über welche Möglichkeiten und Zugänge sie verfügen oder welchen Zwängen sie unterworfen sind. Dabei kann die Mobilität Jugendlicher und junger Erwachsener durch die Chancen der digitalen Welt erweitert werden. So eröffnen digitale Medien unabhängig von raum- und ortsbezogenen Sozialstrukturen Zugänge zu kommunikativer und grenzüberschreitender virtueller Mobilität. Dies kann zur sozialen Teilhabe beitragen und Freiräume eröffnen.

1 Vgl. Handlungsfeld *Europa & die Welt*

Foto: Jana Müller, unsplash.com

Digitales

Jugendliche und junge Erwachsene trennen nicht zwischen analoger und digitaler Welt.[119] Beide Sphären sind für sie bedeutsam und müssen im Diskurs über das Digitale als Einheit betrachtet werden.

Digitalisierung verändert und prägt alle gesellschaftlichen Bereiche und damit die Lebenswelten und -chancen junger Menschen. Jedoch wird häufig fälschlich davon ausgegangen, dass junge Menschen als Digital Natives selbstverständlich über Zugänge zur digitalen Welt verfügen und digital kompetent sind. Dabei existieren hier zwischen jungen Menschen durchaus Ungleichheiten. Grundsätzlich wirft das Aufwachsen in einer digitalisierten Welt vielschichtige Fragen auf, die über die digitale Infrastruktur hinausgehen.

Gleichwohl bleiben für die meisten Jugendlichen regelmäßige Treffen mit Freundinnen und Freunden weiterhin sehr wichtig[120] und die Familie ist nach wie vor ein entscheidender Lebensmittelpunkt. Dabei sind familiäre Strukturen ebenfalls von der Digitalisierung geprägt – insbesondere zum Zweck der Koordination und Kommunikation.

Grundsätzlich bieten die digitalen Medien Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich zu positionieren, zu verselbstständigen und zu qualifizieren. Die Nutzung digitaler Medien im Rahmen von Schule, Ausbildung und Studium ist für die große Mehrheit der Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit. Auch für die Berufswahl werden digitale Medien immer wichtiger. Der digitale Zugang zu beruflichen Informationsmöglichkeiten kann es jungen Menschen erleichtern, eine fundierte Entscheidung für ihre berufliche Zukunft zu treffen.

Der Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort Deutschland steht an der Schwelle eines unter anderem durch die Digitalisierung beschleunigten Strukturwandels. Dadurch wird sich die Art der Arbeit verändern. Dies führt in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu neuen Qualifikationsanforderungen bezogen auf die notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse von Fachkräften.[121] Mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene muss diese Entwicklung bereits in den allgemeinbildenden Schulen ansetzen, sich im Übergangsbereich festigen und in der Ausbildung niederschlagen.

Junge Menschen vernetzen, engagieren und beteiligen sich auf digitalen Wegen häufig auch politisch – in unterschiedlicher Intensität. Informationen über Politik und Gesellschaft beziehen Jugendliche und junge Erwachsene in hohem Maße aus dem Internet. Dabei gestalten sie in Anwendung und Aneignung von digitalen Medien den kulturellen und sozialen Wandel aktiv mit und werden gleichzeitig gezwungen, die damit ebenfalls verbundenen Erwartungshaltungen in ihr Leben zu integrieren.[122] Insofern besteht ein Spannungsverhältnis zwischen digital ermöglichter Autonomie und der Gefahr, dass Teilhabe nur durch digitale Teilhabe möglich ist.

In diesem Kontext müssen auch die Risiken der Digitalisierung in den Blick genommen werden. Ein Großteil der digitalen Angebote wird von multinationalen Unternehmen bereitgestellt, die im Gegenzug Daten über ihre Nutzerinnen und Nutzer sammeln. Wie diese Daten weiterverarbeitet werden, ist häufig nicht transparent. Durch das unkontrollierte Sammeln von Daten, das Tracking aller digitalen Aktivitäten und die Profilbildung können sich ein Kontrollverlust über die eigene digitale Identität, eine Einschränkung der individuellen Handlungsfreiheit sowie Fremdbestimmung und Manipulation ergeben. Mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die seit dem 25. Mai 2018 unmittelbar anwendbar ist, wurde auch der Schutz personenbezogener Daten junger Menschen gestärkt. So werden Minderjährige durch verschiedene Regelungen (zum Beispiel die Altersgrenze für die Einwilligungsfähigkeit und die besondere Berücksichtigung von Kinderbelangen bei der Interessenabwägung und bei der Information) besonders geschützt.

Gleichzeitig werden viele Internetinhalte von Algorithmen beeinflusst, die eine Filterfunktion ausüben können. Die Auswirkungen dieser Filterfunktion sind für die Nutzerinnen und Nutzer dabei nicht immer klar erkennbar bzw. vielen nicht bewusst. Allgemein wohnt auf Algorithmen basierten Entscheidungssystemen die Gefahr inne, intransparent zu sein und Diskriminierungen zu verursachen.

Darüber hinaus erleichtern es anonyme Nutzungsmöglichkeiten digitaler Medien, anderen Personen Schaden zuzufügen, etwa durch Cybermobbing oder Cyberbullying. 13 % aller Schülerinnen und Schüler waren bereits Opfer von Cybermobbing.[123] Hassreden im Netz stellen ein ebenso hohes Risiko dar, von dem auch junge Menschen betroffen sein können. Auf die zunehmende Verbreitung von aggressiven, verletzenden Inhalten hat der Gesetzgeber mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz reagiert, das die sozialen Netzwerke dazu verpflichtet, einen Meldeweg für Beschwerden über rechtswidrige Inhalte einzurichten, die Beschwerden unverzüglich zu prüfen und Inhalte, die gegen bestimmte Straftatbestände verstoßen, zu löschen oder zu sperren. Da sich die Medienwelt im Internetzeitalter verändert, steht auch der gesetzliche Jugendmedienschutz immer wieder vor neuen Herausforderungen. Digitale Medien sind wichtige Informationsquellen sowie soziale Austausch- und Erfahrungsräume, bergen aber auch besondere Risiken. Der aktuelle Rechtsrahmen für den Jugendmedienschutz orientiert sich noch überwiegend an analogen Trägermedien und geht daher an der aktuellen Benutzerrealität vorbei. Notwendig ist ein zukunftsfähiger und kohärenter Rechtsrahmen für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmedienschutzstaatsvertrag sowie im Jugendschutzgesetz.

Foto: Markus Spiske, unsplash.com

Soziale Ungleichheiten bei jungen Menschen spiegeln sich in den Zugängen zu unterschiedlichen digitalen Inhalten sowie im Nutzungsverhalten wider. So nutzen zum Beispiel Jugendliche mit höherer Bildung eher kreativ ausgerichtete Medieninhalte und diese Nutzung ist häufiger aktiv-gestaltend. Ob Jugendliche und junge Erwachsene im Netzalltag auf Barrieren stoßen, hängt stark von der Familie, dem sozialen Status, aber auch der regionalen Herkunft (Stadt-Land-Unterschiede) ab. Einerseits sind Jugendliche und junge Erwachsene gerade in ländlichen Räumen oft wesentlich schlechter an das Internet angebunden als im Rest des Landes.[124] Andererseits nähern sich ehemals deutlich ausgeprägte Unterschiede in den Lebenslagen und Lebensstilen junger Menschen in ländlichen Räumen und (Groß-) Städten, zum Beispiel durch Mobilität, Medien und auch die digitale Kommunikation, zunehmend an.[125]

Die enormen Veränderungen durch die Digitalisierung prägen vor allem auch die zukünftige Erwachsenenwelt junger Menschen. Jugendliche und junge Erwachsene bewerten kritisch, dass Unternehmen die Rechte und Pflichten in der digitalen Welt zunehmend bestimmen und sich die einzelne Nutzerin bzw. der einzelne Nutzer kaum dagegen wehren kann. Es werden staatliche Rahmensetzungen eingefordert (vgl. Agenda der Jugend-Konferenz „WebDays“) sowie die Mitwirkung an derartiger Regulierung erwartet. Das zeigt etwa die Diskussion um die Urheberrechtsreform der Europäischen Union.

Eine differenzierte Betrachtung der Lebensphase Jugend im digitalen Wandel wie auch eine auf die Interessen junger Menschen ausgerichtete Digitalpolitik in allen Ressorts sind notwendig. Diese müssen vom konkreten Nutzungsverhalten und von den Bedarfen junger Menschen ausgehen.

HANDLUNGSBEDARFE

Mobilität

- Jugendgerechte Mobilitätskonzepte brauchen einen sinnvollen Mix aus Schienenverkehr, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie motorisiertem Individualverkehr. Sie müssen außerdem mit innovativen und digitalen Möglichkeiten erweitert und verknüpft werden. Die Kostenstruktur der öffentlichen Angebote sollte so gestaltet sein, dass junge Menschen Schiene und Bus unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten nutzen können. Schienenverkehr und ÖPNV-Verbindungen müssen flächendeckend bedarfsgerecht ausgebaut, bestellt und unabhängig von Schul- und Ferienzeiten verfügbar sein.

- Beim Individualverkehr sollte der Ausbau einer fahrradfreundlichen Infrastruktur Priorität bekommen, soweit dies bei der jeweiligen Entfernung möglich ist. Insbesondere für junge Menschen ist eine gute Radinfrastruktur relevant. Vorhandene Lücken sollten geschlossen und die Radwege möglichst optimal mit dem öffentlichen Verkehr vernetzt werden.[126] Damit würde auch die Förderung ökologisch nachhaltiger Mobilitätskonzepte vorangetrieben werden. Das geht einher mit alternativen Mobilitätsformen, die kostengünstig, flexibel und bedarfsgerecht sind, wie etwa Mitfahrinitiativen, Ride- und Carsharing, Bürgerbusse oder Schnellverbindungen mit (Klein-)Bussen. Bei der Ausgestaltung dieser Konzepte sollten Jugendliche und junge Erwachsene wirksam einbezogen werden. Die Anforderungen an jugendgerechte Mobilitätskonzepte sind insbesondere bei der Entwicklung von Konzepten zur Förderung der Mobilität in ländlichen Räumen zu beachten. Bildungs- und Ausbildungsorte sowie Angebote der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge sollten für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreichbar sein. Besonders zu berücksichtigen sind dabei auch diejenigen Jugendlichen, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen und persönlichen Voraussetzungen (bisher) nicht oder kaum mobil sind.

- Wegen der größeren Distanzen sind in ländlichen Räumen Nahverkehrsverbindungen im Vergleich zum Individualverkehr von besonders großer Bedeutung für die unabhängige Mobilität der Jugendlichen. Die Ausdünnung öffentlicher Verkehrsangebote und der Rückbau der Infrastruktur, wie zum Beispiel Schulschließungen, wirken sich auch auf die Erreichbarkeit der Angebote der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, aus.

- Laut der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sollten insbesondere der Abbau von Erreichbarkeitsdefiziten in der Bundesverkehrswegeplanung, eine verbesserte Schieneninfrastruktur, die Elektrifizierung von Haupt- und Nebenstrecken, eine schrittweise Umsetzung des Deutschlandtaktes und die bundesweite Digitalisierung und Automatisierung der Schienenwege vorangetrieben werden.[127] Von diesen Verbesserungen im Bereich Mobilität würden auch junge Menschen profitieren.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

Digitales

- Jede bzw. jeder Jugendliche und junge Erwachsene hat das Recht auf digitale Teilhabe. Sowohl die Zugangswege zu digitalen Medien als auch die Vermittlung von Medienkompetenz sollten für alle Jugendlichen sichergestellt werden. Hierbei bedarf es der flächendeckenden Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandnetzen sowie der Stärkung von (formalen und non-formalen) Bildungsorten mit Zugang zu Internet, digitalen Technologien und digitalen Kompetenzen. Mit der Förderung des Breitbandausbaus und dem DigitalPakt Schule stellt die Bundesregierung Fördermittel bereit, um allgemeinbildende und berufsbildende Schulen flächendeckend mit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur auszustatten. Dies ist die wesentliche Voraussetzung dafür, die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen digitalen Kompetenzen in den Schulen vermitteln zu können.

- Ziel muss es sein, einen kritischen Umgang mit den neuen Technologien zu lehren. Jugendliche und junge Erwachsene sollten dabei neben den jeweiligen Datenschutzrisiken auch die Risiken mangelnder IT-Sicherheit erkennen, bewerten und reduzieren können.

- Dafür braucht es möglichst niedrigschwellige und kostenfreie Angebote zur Sensibilisierung und Aufklärung von Eltern, Lehrpersonal sowie Pädagoginnen und Pädagogen über den Umgang mit Social Media, Datenschutz, Fake News, Hate Speech und Cybermobbing sowie eine finanzielle und materielle Unterstützung (zum Beispiel durch Leih-Hardware). Darüber hinaus sollten entsprechende Angebote für junge Menschen möglichst durch medienkompetente Gleichaltrige vermittelt werden.

- Für benachteiligte Jugendliche sollen spezifische Angebote bereitgestellt werden, um ihnen Zugang und Nutzung von digitalen Medien zu ermöglichen. Dazu braucht es lebensweltorientierte und im Sozialraum angesiedelte medienpädagogische Konzepte, die Medienkompetenz vermitteln und gleichzeitig Alternativen zu einer riskanten Nutzung neuer Medien entwickeln und aufzeigen. Auch aus gesundheitlichen Aspekten ist die Förderung eines kritischen und verantwortungsvollen Umgangs mit Computerspielen, Internet und Smartphone bei Jugendlichen von Bedeutung.[2]

- Jugendliche und junge Erwachsene als angehende Fachkräfte müssen in die Lage versetzt werden, aktuelle und zukünftige berufliche Situationen erfolgreich zu bewältigen. Hierzu zählen neben IT-Kenntnissen oder technischem Know-how insbesondere auch Soft Skills wie die Problemlösefähigkeit und das Verständnis für IT-Sicherheit. Digital gestützte Prozesse in den Betrieben müssen nachvollzogen, verstanden und bearbeitet werden können. Die Lehrkräfte und Ausbildungspersonen an den Lernorten Schule, Ausbildungsbetrieb und überbetriebliche Ausbildungsstätte nehmen dabei für die Wissens- und Kompetenzvermittlung eine Schlüsselrolle ein, damit Lernen auch unternehmensspezifisch und in realen betrieblichen Arbeits- und Produktionsprozessen möglich wird. Deshalb sollte Medienkompetenz integraler Bestandteil der Ausbildung pädagogischen Personals sein. In einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt nimmt dabei eine breitenwirksame MINT-Bildung zur Entwicklung eines Verständnisses der modernen Technologien eine noch wichtigere Rolle ein.

- Ebenso wichtig wie die Vermittlung digitaler Kompetenzen ist die Durchsetzung von Rechten gegenüber Internetanbietern und -plattformen bei gleichzeitiger Wahrung dezentraler Netzarchitektur und Meinungsfreiheit. Es muss gewährleistet sein, dass Inhalte, die Persönlichkeitsrechte verletzen, von sozialen Netzwerken entfernt werden und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgesetzt wird.

[2] Vgl. Handlungsfeld *Gesundheit*

- Die anstehende Reform des Kinder- und Jugendmedienschutzes soll den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellen, den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickeln. Ziel ist es, einen zukunftsfähigen und kohärenten Rechtsrahmen für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmedienschutzstaatsvertrag und Jugendschutzgesetz zu schaffen, der die kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten der Länder berücksichtigt. Insbesondere sollen Interaktionsrisiken[3] eingedämmt und unter Wahrung der Länderkompetenzen für eine wirkungsvolle Durchsetzung des Kinder- und Jugendmedienschutzes auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Anbietern gesorgt werden. Durch klare und kohärente Regelungen soll Eltern und pädagogischen Fachkräften verlässliche Orientierung geboten werden, damit sie ihrer Verantwortung für ein gutes Aufwachsen mit Medien gerecht werden können.

- Die veränderten Medienumgebungen sind auch für junge Menschen mit Konsequenzen beim Verbraucherschutz (zum Beispiel Tracking, Vertragsfreiheit, Einwilligungsfragen etc.), in der Bildung und im Jugendschutz (zum Beispiel zeitgemäße Strukturen, Schutz vor Interaktionsrisiken) verbunden. Dazu gehört beispielsweise, dass digitale Mobilitätsdienste und -angebote datensparsam ausgestaltet sind und auch genutzt werden können, ohne dass junge Menschen getrackt werden. Auch müssen Tools zur Verfügung stehen, damit Jugendliche die Datenflüsse steuern und begrenzen können. Hierfür sind die Anbieter verpflichtet worden, entsprechende datenschutzkonforme Angebote und Tools zur Verfügung zu stellen. Wenn dennoch Tracking-Tools eingesetzt werden, so sollte darüber klar und verständlich informiert und grundsätzlich die Einwilligung – bei Nichtvollendung des 16. Lebensjahres durch die Eltern – eingeholt werden, bevor die persönlichen Kommunikations- und Internetdaten zu kommerziellen Zwecken verwendet werden dürfen.

- Datenschutzeinwilligungen müssen freiwillig und informiert erteilt werden und auch differenzierte Einwilligungen sollten einfach und sicher ermöglicht werden. Zu klären wäre, wie eine altersgerechte, transparente Aufklärung über Datenverwendung für Jugendliche und junge Erwachsene aussehen könnte. Hier wäre ein innovatives Einwilligungsmanagement, zum Beispiel durch technische Tools, erforderlich, welches einerseits Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten bietet und andererseits praktikabel ist und die Jugendlichen nicht überfordert. Dies würde auch anderen Bevölkerungsgruppen zugutekommen und das Vertrauen in digitale Angebote und Dienstleistungen nachhaltig unterstützen. Die digitale Teilhabe darf nicht unter der Bedingung der Preisgabe persönlicher Daten stattfinden.

- Um junge Menschen wirksam unterstützen zu können, braucht es ein besseres Verständnis der Bedarfe und Methoden bei der Vermittlung notwendiger Digitalkompetenzen,[128] wobei die Vermittlung von Medienkompetenz grundsätzlich als Querschnittsaufgabe betrachtet werden sollte.

- Besondere Aufmerksamkeit ist der Digitalisierung in den „Institutionen des Aufwachsens“[129] zu schenken. Es ist zu definieren, wie die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Institutionen und ihren Schnittstellen durch die Digitalisierung geprägt ist, wo Anpassungen erforderlich sind und wie mit digitalen Technologien umgegangen werden soll (zum Beispiel Handyverbote, Nutzung von Bring Your Own Device – BYOD). Mit Blick auf die Digitalisierung der Strukturen und Arbeitsweisen der Kinder- und Jugendhilfe (zum Beispiel Online-Beratung, Ausstattung von Einrichtungen mit einer digitalen Infrastruktur, Nutzung von digitalen Medien, unter anderem in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Jugendsozialarbeit, aber auch in Kitas) sind die sich daraus ergebenden rechtlichen, pädagogischen, methodischen und fachlichen Anpassungsbedarfe zu identifizieren.

[3] Neben den Phänomenen Cybermobbing und Cybergrooming fallen hierunter auch Hassrede und die Anleitung zu Radikalisierung, die Anbahnung von sexuellem Missbrauch, Digital Challenges und die Anleitung zu Selbstverletzungen sowie Kosten- und Datenfallen.

- Jugendliche sind als Expertinnen und Experten in eigener Sache selbst dabei, den digitalen Wandel mitzugestalten. Die europäischen Institutionen haben dies erkannt und mit dem Konzept der Digitalen Jugendarbeit sowie mit der Entschließung „Schlussfolgerungen des Rates zur smarten Jugendarbeit“[130] Bedarfe beschrieben. Digitale Jugendarbeit bedeutet, digitale Medien und Technologien in der Jugendarbeit proaktiv zu nutzen oder anzusprechen, um junge Menschen zu befähigen und dabei zu unterstützen, sich als selbstbestimmte Persönlichkeiten in einer sich verändernden Gesellschaft zurechtzufinden und verantwortungsvoll ihre eigenen Lebensentwürfe zu verfolgen. Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung sollen in die Lage versetzt werden, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten und adäquat digitale Angebote für junge Menschen durchführen zu können.

- Dies gilt auch für den Bereich der politischen Bildung: Da Jugendliche und junge Erwachsene sich zum Großteil über digitale Medien politisch informieren bzw. politisch aktiv werden, sollten Formate der politischen Bildung an den digitalen Wandel angepasst werden.

- Darüber hinaus sollte die Bildung digitaler Kompetenzen in der Familie verstärkt in den Blick genommen werden. Die Chancen der Digitalisierung für die Lebensqualität und das gesunde Aufwachsen in und von Familien, insbesondere mit Blick auf die Vereinbarkeit von Schule, Freizeit, Engagement und Familie, sollten genutzt werden. Hier kommt der Familienbildung eine erweiterte Aufgabe zu.

- Grundsätzlich gilt es, die Chancen digitaler Technologien für die Selbstbestimmung, Selbstpositionierung und Selbstorganisation Jugendlicher und junger Erwachsener sinnvoll zu nutzen. Bei Beteiligungsformaten sollte allerdings eine Engführung auf onlinebasierte Beteiligungsinstrumente vermieden und möglichst eine Kombination mit einem konkreten begleitenden Präsenzangebot vor Ort genutzt werden. Hierzu können die Erfahrungen aus dem Prozess „Jugendgerechte Kommunen“[4] genutzt werden.

- Die Mitbestimmung Jugendlicher und junger Erwachsener bei der Gestaltung netzpolitischer Fragen, zum Beispiel beim Urheberrecht, ist unerlässlich. Die Chancen von Open Data, Open Government und Open Dialogue sollten zur Einbeziehung junger Menschen in politische und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse genutzt werden, indem die spezifischen Bedarfe Jugendlicher und junger Erwachsener durch die Entwicklung entsprechender Formate für diese Zielgruppe aufgegriffen werden. In der Zukunft sind dabei auch Fragen nach der Plattformökonomie, der Datensicherheit bzw. -hoheit, der Diskriminierungsfreiheit von Algorithmen, den Transparenzvorhaben für auf Algorithmen basierte Entscheidungen sowie den ethischen Aspekten künstlicher Intelligenz verstärkt in den Blick zu nehmen.

- Bei all den Chancen und sich eröffnenden Möglichkeiten, die durch Digitalisierung erreicht werden können, sollte stets eine Sensibilisierung für die Aspekte der IT-Sicherheit erfolgen. Beispielsweise sollte zur Unterstützung genutzte Hardware entsprechende Sicherheitseigenschaften aufweisen, die dem Stand der Technik entsprechen. Die Gefahr, die von unsicheren Geräten und digitalen Diensten ausgeht, muss transparent vermittelt werden. So kann verhindert werden, dass durch Cyberangriffe eventueller Schaden entsteht.

[4] https://archiv.jugendgerecht.de/jugendgerechte-kommunen/referenzkommunen/

Foto: Kevin Mei, unsplash.com

„Land.Digital: Chancen der Digitalisierung für ländliche Räume“ | BMEL

Mit der Bekanntmachung „Land.Digital: Chancen der Digitalisierung für ländliche Räume“ im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) werden innovative Projekte auf örtlicher Ebene gefördert, die die Chancen der intelligenten Nutzung und Vernetzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Lösung von Problemen im ländlichen Raum dauerhaft nutzen wollen. Die Digitalisierung wirkt mittlerweile in nahezu alle Lebensbereiche hinein: von Arbeiten, Einkaufen und Mobilität über Wohnen und gesellschaftliches Miteinander bis hin zu Gesundheit, Bildung, Informationsbeschaffung und Unterhaltung. Nicht zuletzt eröffnet sie gerade für periphere ländliche Räume Chancen, Standortnachteile zu kompensieren, was auch für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich z. B. ehrenamtlich engagieren wollen oder kurz vor dem Berufseinstieg stehen, sehr positive Entwicklungen bringen kann.

„WebDays – Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft“ | BMJV

Das Projekt „WebDays – Jugendliche gestalten die digitale Lebenswelt der Zukunft“ möchte junge Menschen motivieren, sich mit den Themen Digitalisierung, Verbraucherschutz, Medienbildung und Netzpolitik aktiv auseinanderzusetzen, eigene Ideen zu formulieren und in den politischen Diskurs einzuspeisen.
Mit den „WebDays“ soll eine neue Form der Partizipation von jungen Verbraucherinnen und Verbrauchern geschaffen werden. Sie sollen ihnen die Möglichkeit geben, die technologischen Veränderungen in der Gesellschaft zu verstehen, zu begleiten und aktiv mitzugestalten. Das Projekt ist für die Laufzeit von drei Jahren angelegt und umfasst eine jährliche Jugendkonferenz.

„Invent a Chip“ und „Labs for Chips“ – Jugendliche für Elektronik begeistern | BMBF

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stärkt gemeinsam mit dem Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V. (VDE) außerschulische Angebote zur Mikroelektronik. Der 2018 gestartete Wettbewerb „Labs for Chips“ fördert Technikbegeisterung und Freude an der (Mikro-)Elektronik bei Kindern und Jugendlichen. Er richtet sich an Lernorte wie Schülerlabore, Offene Werkstätten, Museen und Vereine. Der Wettbewerb ist Teil des Schülerwettbewerbs „Invent a Chip“, der Jugendlichen der Jahrgangsstufen 8–13 die Grundlagen des Chipdesigns näherbringt.

Algorithmen und Künstliche Intelligenz im Verbraucheralltag – Annas Leben | BMJV

Der Zweck des Projekts besteht darin, insbesondere junge Verbraucherinnen und Verbraucher zwischen 15 und 35 Jahren zu informieren und über Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) aufzuklären. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Angeboten und Situationen ermächtigt und in die Lage versetzt werden, zu erkennen, wo KI-Verfahren eingesetzt werden und was diese Verfahren für sie bedeuten.

Bekanntmachung „LandMobil – unterwegs in ländlichen Räumen“ im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) | BMEL

Über die Förderbekanntmachung LandMobil im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung ist geplant, circa 50 modellhafte Projekte zur Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zu fördern. Einige der ausgewählten Projekte sind gezielt auf junge Menschen ausgerichtet.
In diesen Projekten geht es in erster Linie um die Lösung konkreter Mobilitätsprobleme junger Menschen in ländlichen Räumen, mit denen es möglich wird, Ausbildungsbetriebe sowie Kultur- und Freizeitangebote elternunabhängig zu erreichen. Hierzu werden Ride-Sharing-Netzwerke, Shuttle-Services und On-Demand-Verkehr eingerichtet. Darüber hinaus werden Möglichkeiten für Jugendliche geboten, ihre Ideen zur ländlichen Mobilität auf kreative Weise einzubringen und zu diskutieren.
Beispielhafte Projekte sind: „Azubi-Shuttle“, „Jugendliche Mobilität im ländlichen Raum“, „#FahrMitTangerhütte“, „Ausbildungs- und Fachkräftemobilität“, „Mobile Jugend“, „Kreativ-Wettbewerb Ländliche Mobilität für Kinder und Jugendliche in MV“.

Datenethikkommission der Bundesregierung | BMJV, BMVI

Das Aufwachsen mit digitalen Medien ist mit ethischen Fragen verbunden. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen dabei unter anderem Abwägungen zwischen Autonomie- und Schutzbedürfnissen junger Menschen. Vor dem Hintergrund der mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen hat die Bundesregierung eine Datenethikkommission einberufen. Die Datenethikkommission hat sich mit Fragen zum Umgang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und Daten auseinandergesetzt und innerhalb eines Jahres ethische Leitlinien entwickelt sowie Handlungsempfehlungen und Regulierungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Dabei hat sie sich mit der Frage ethischer Grenzen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz und mit besonders schutzbedürftigen Gruppen wie z. B. Minderjährigen beschäftigt. Die Empfehlungen der Datenethikkommission sind abrufbar unter: www.datenethikkommission.de.

Digitales Deutschland – Monitoring zur Digitalkompetenz der Bevölkerung | BMFSFJ

Trotz der unbestrittenen Bedeutung digitaler Kompetenzen für die Gestaltung des digitalen Wandels fehlen bislang sowohl ein einzelne Zielgruppen und Altersgruppen übergreifendes Konzept digitaler Kompetenzen als auch eine umfassende empirische Datenbasis. Bestehende Studien, zum Beispiel zu Digitalkompetenzen junger Menschen, sind nur begrenzt mit jenen zu älteren Menschen in Beziehung zu setzen. Im Rahmen einer Projektförderung wurden durch das JFF München Studien und Modelle zu Medien- und Digitalkompetenz systematisch zusammengetragen. Die Studien wurden hinsichtlich der verwendeten Begriffe, empirischen Umsetzungen, normativer Annahmen und zentraler Befunde analysiert sowie für das Online-Angebot https://digid.jff.de/ aufbereitet und zugänglich gemacht. In weiteren Modulen soll im Austausch mit Expertinnen und Experten ein Rahmenkonzept für ein übergreifendes Monitoring von Digitalkompetenzen der Gesamtbevölkerung geschaffen werden. Dadurch soll ein besseres Verständnis der bestehenden Digitalkompetenzen von jungen Menschen und anderen Bevölkerungsgruppen geschaffen werden.

Flächendeckender Breitbandausbau | BMVI

Jugendliche und junge Erwachsene sind heute mehr denn je auf eine schnelle und zuverlässige Internetverbindung angewiesen, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Digitale Teilhabe bedeutet soziale Teilhabe, insbesondere für Jugendliche. Junge Menschen steuern ihre Alltagsorganisation und -gestaltung heute zunehmend digital. Schnelles Internet ist Grundvoraussetzung für modernes Arbeiten und Studieren. Es bietet die Möglichkeit, an den Infrastrukturen und Angeboten einer Gesellschaft umfassend partizipieren zu können und dadurch ein gleiches Maß an sowohl beruflichen wie auch privaten Chancen zu erlangen. Daher ist digitalpolitisches Kernziel laut Koalitionsvertrag der flächendeckende Ausbau mit gigabitfähigen Internetverbindungen für alle Haushalte und Unternehmen in Deutschland bis zum 1. Januar 2025. Zur Abdeckung der breit gefächerten Anforderungen der Gigabit-Gesellschaft sind insbesondere Glasfasernetze und eine Perspektive für den zeit- und anwendungsgerechten Ausbau des Mobilfunkstandards 5G entscheidend. Für den/einen zügigen und effizienten flächendeckenden Ausbau brauchen wir steigende Investitionstätigkeiten der Netzbetreiber. Wir setzen weiterhin vorrangig auf den privatwirtschaftlichen Ausbau. Das Breitbandförderprogramm des Bundes setzt dort an, wo der privatwirtschaftliche Netzausbau alleine nicht vorankommt – meist in ländlichen und dünn besiedelten Regionen.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Förderbereich 1, 7.0 Breitbandausbau | BMEL

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) fördert das BMEL gezielt den Breitband- und Mobilfunkausbau in ländlichen Räumen und trägt somit zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land bei. Eine funktionierende und schnelle digitale Anbindung ist auch für die Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Räume und im speziellen Jugendliche und junge Erwachsene eine Grundvoraussetzung, um die immer größer werdende Fülle digitaler Anwendungen des täglichen Lebens nutzen zu können, z. B. in den Bereichen Bildung, Mobilität, Teilhabe und vielen mehr. Gerade mit Blick auf die hohe Bedeutung der digitalen Welt für Jugendliche und junge Erwachsene muss die Versorgung mit schnellem Internet auch für die ländlichen Räume im Speziellen gefördert werden. Dafür wurden 2019 die Zweckbindung der Fördermittel sowie das maximale Fördervolumen pro Projekt aufgehoben, wodurch umfangreichere Projekte gefördert werden können. Zudem wurde die Förderschwelle angehoben. Jetzt kann eine Breitbandversorgung gefördert werden, wenn weniger als 30 MBit/s (zuvor: weniger als 16 MBit/s) verfügbar sind.

Innovationsbüro Digitales Leben | BMFSFJ

Das Innovationsbüro „Digitales Leben“ soll das BMFSFJ und seine Partnerinnen und Partner dabei unterstützen, die Digitalisierung als Fortschrittskraft zu nutzen. Es identifiziert, entwickelt und skaliert innovative Maßnahmen und Formate, um konkreten Mehrwert für die Zielgruppen des BMFSFJ zu generieren, gute Rahmenbedingungen zu gewährleisten und staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen bei der Gestaltung des digitalen Wandels zu unterstützen. Zentrale Aufgaben sind die Unterstützung des BMFSFJ bei Digitalisierungsvorhaben, die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die Stärkung der Innovationskraft in den Zielgruppenstrukturen des BMFSFJ. Das Innovationsbüro soll diesen Prozess oder diese Prozesse anschieben, steuern und koordinieren.
In unterschiedlichen Formaten (wie z. B. dem Chancen-Hackathon im Mai 2019) entwickelt das Innovationsbüro gemeinsam mit Zielgruppen des BMFSFJ, Strukturen der Zivilgesellschaft und der Digitalszene konkrete Projekte und Maßnahmen, die die Chancen der Digitalisierung für Familien, Eltern, Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, unabhängig von Herkunft und Geschlecht, nutzen.

Innovative Mobilitätskonzepte/ Intelligente Verkehrssysteme/ Erprobung alternativer Bedienweisen | BMVI

Der ÖPNV garantiert insbesondere jungen Menschen Mobilität, die meist über kein eigenes Auto oder keinen Führerschein verfügen. Vor allem in ländlichen sowie vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen stößt der traditionelle Linienverkehr im ÖPNV an seine Grenzen. Aber auch in den Städten ist das Angebot zu Tagesrandzeiten begrenzt. Neuartige Konzepte und innovative Mobilitätsformen müssen in den ÖPNV integriert bzw. mit ihm verbunden werden. Insbesondere durch die Möglichkeiten der Digitalisierung ist die Organisation weiterer Formen der Mobilität, wie etwa On-Demand-Mitfahrgelegenheiten, Bike- und Carsharing sowie deren Verknüpfung mit dem ÖPNV einfacher geworden. Dadurch ergeben sich auch im ländlichen Bereich neue Möglichkeiten, gerade auch für Jugendliche attraktive Mobilitätsangebote zu schaffen. Multimodale Mobilitätsplattformen bzw. integrierte digitale Angebote können zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel beitragen. Das BMVI setzt sich für eine Effizienzsteigerung durch Optimierung der Schnittstellen zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln ein. Nicht zuletzt wurde im Koalitionsvertrag angekündigt, das Personenbeförderungsrecht zu modernisieren.

Mindestalter für die Erteilung der Fahrerlaubnisklasse AM (Moped) auf 15 (statt 16) Jahre | BMVI

Durch eine entsprechende Gesetzesänderung (StVG) sollen die Länder die Ermächtigung erhalten, über die Herabsetzung des Mindestalters für ihr Gebiet zu entscheiden. Die Herabsetzung des Mindestalters umfasst dann die Gebiete aller Bundesländer, die von der Ermächtigung Gebrauch gemacht haben.

Mission Verbraucherhelden. Mobiles Rollenspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zu zentralen Verbraucherthemen | BMJV

Es wird ein mobiles Rollenspiel mit Adventure- und Fantasy-Elementen zur Vermittlung von Verbraucherkompetenzen für jugendliche Verbraucherinnen und Verbraucher (Serious Game) entwickelt. Die Spielerinnen und Spieler wählen einen Spielcharakter (Avatar), mit dem sie sich vielfältigen Entscheidungssituationen des Verbraucheralltags in einer virtuellen Umgebung stellen, deren Entwicklung sie durch ihr Handeln maßgeblich mitgestalten. Verschiedene Missionen führen durch sechs Alltagsbereiche, die zentrale Themenfelder der Verbraucherinformation abbilden. Mehrere Level bieten Rätsel sowie Mini-Games zu jugendrelevanten Verbraucherthemen. Dabei sollen sich die Spielenden Bedürfnisse und Haltungen bewusst machen, die ihr persönliches Verbraucherverhalten prägen.
Als Kernzielgruppe werden 14- bis 19-jährige Spielerinnen und Spieler angesprochen. Mit „Mission Verbraucherhelden“ können sie selbstbestimmt Verbraucherwissen sowie Handlungskompetenzen im Sinne eines reflektierten und selbstbestimmten Verbraucherverhaltens erwerben.

Mobilfunkausbau | BMVI

Nach dem Digitalisierungsbericht Video 2018 der Medienanstalten ist das wichtigste Bildschirmgerät der Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Smartphone. Hiermit werden auch zunehmend unterwegs Medien genutzt. Deshalb nimmt eine unterbrechungsfreie Mobilfunkversorgung einen hohen Stellenwert in diesen Altersgruppen ein.
Bis Ende 2019 sind 98 % der Haushalte bundesweit (97 % je Bundesland), Bundesautobahnen und ICE-Trassen vollständig mit mindestens 50 Mbit/s im Antennensektor zu versorgen.
Im Rahmen der Frequenzversteigerung 2019 sind weitergehende Versorgungsauflagen mit dem Schwerpunkt von Verkehrswegen zu erfüllen. So sind – gestaffelt bis 2024 – unter anderem alle Bundesfernstraßen und alle Schienenwege zu versorgen.
Im Rahmen des Mobilfunkgipfels haben sich die Mobilfunknetzbetreiber zu einer Versorgung von 99 % der Haushalte je Bundesland und zu weiteren Maßnahmen verpflichtet. Im Gegenzug akzeptiert der Bund eine Stundung und Ratenzahlung der Zuschlagspreise bei der letzten Frequenzauktion.

Reform des gesetzlichen Kinder- und Jugendmedienschutzes | BMFSFJ

Ziel ist ein zeitgemäßer Jugendmedienschutz, der den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellt, den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleistet und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickelt. Dazu soll unter Berücksichtigung der kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten der Länder ein zukunftsfähiger und kohärenter Rechtsrahmen für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmedienschutzstaatsvertrag und Jugendschutzgesetz geschaffen werden. Insbesondere sollen Interaktionsrisiken eingedämmt und für eine wirkungsvolle Durchsetzung des Kinder- und Jugendmedienschutzes auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Anbietern gesorgt werden. Durch klare und kohärente Regelungen soll Eltern und pädagogischen Fachkräften verlässliche Orientierung geboten werden, damit sie ihrer Verantwortung für ein gutes Aufwachsen mit Medien gerecht werden können.

Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben zur Digitalisierung in der kulturellen Bildung | BMBF

Die Digitalisierung bedingt für die kulturelle Bildung Veränderungen, die in ihren Konsequenzen und Potenzialen bislang weitgehend unerforscht sind. Beispielsweise stellt sich die Frage, inwiefern sich ein wechselseitiges Verhältnis zwischen veränderten ästhetischen Wahrnehmungs-, Produktions- und Konsummodi und Prozessen der kulturellen Bildung beschreiben lässt. Die Bedeutung von im Kontext der Digitalisierung entstandenen künstlerischen Praktiken bedarf ebenso der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wie die diesbezügliche Relevanz informeller Selbstlernprozesse im Internet. Bildungspolitisch stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage nach der Rolle kultureller Bildung in einer durch Digitalisierung geprägten Gesellschaft sowie nach angemessenen Formen ihrer zukünftigen Ausgestaltung und Förderung.
Um die für die Klärung dieser Fragen notwendige Grundlagenforschung zu ermöglichen, fördert das BMBF interdisziplinäre Forschungsvorhaben. Ziel der Forschungsförderung ist die Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu den durch die Digitalisierung bedingten und erforderlich gewordenen Transformationen kultureller Bildung.

Safe Bike – Entwicklung eines Verkehrssicherheitsprogramms für Radfahrende zwischen elf und 14 Jahren mit dem Fokus auf metakognitiven Fähigkeiten | BMVI

Ziel des Projekts ist die Reduktion der Fahrradunfälle in der besonders auffälligen Zielgruppe der 11- bis 14-Jährigen. Um dies zu erreichen, wird ein Verkehrssicherheitsprogramm für die Zielgruppe entwickelt, das auf Beobachtungsverfahren, Selbstreflexion und Eigenverantwortung basiert.
Das Verkehrssicherheitsprogramm wird anschließend in einem Pilotversuch an zwei kooperierenden Schulen durchgeführt und bezüglich seiner Wirkungen evaluiert. Es soll insbesondere das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler für Gefahrenwahrnehmung beim Radfahren schärfen, was zu einem erhöhten Sicherheitsempfinden führt. Mit diesem Verkehrssicherheitsprogramm sollen kurzfristig bewusste Verhaltensänderungen erreicht werden, sodass infolgedessen langfristig die Zahl der mit dem Fahrrad Verunglückten zurückgeht. Das Verkehrssicherheitsprogramm wird so gestaltet, dass es an allen Schulen in Deutschland eingesetzt und unter Leitung einer Lehrkraft selbstständig durchgeführt werden kann.

StatusRad – Fahrrad als Statussymbol für Jugendliche? | BMVI

Im Rahmen des Vorhabens werden Jugendliche der 9./10. Klasse in einer Projektwoche adressiert, um ihnen das Fahrrad als Fortbewegungsalternative zum Auto noch vor dem Erlangen des Führerscheins näherzubringen. Insgesamt nehmen fünf verschiedene Schulen in Deutschland teil, die unterschiedliche Strukturen (unter anderem bezüglich sozialer Aspekte, Stadtstruktur, Anfahrtswege zur Schule) aufweisen und dadurch bundesweit übertragbare Ergebnisse liefern.
Ziel ist es, dass die Jugendlichen durch die Projektwoche an der Schule das Fahrrad vermehrt in ihren Alltag integrieren und es verstärkt als gute, „hippe/coole“ und kostengünstige Mobilitätsform sehen.
Praktisches Ergebnis ist die Toolbox, ein Anleitungshandbuch zur Durchführung von Fahrrad-Projektwochen für die Altersgruppe der 14- bis 16-Jährigen, die gegen Projektende im April 2021 veröffentlicht wird.

StVO-Novelle – Stärkung des Radverkehrs | BMVI

Mit klaren Regelungen stärkt das BMVI den Radverkehr und sorgt dafür, dass das Radfahren zügig spürbar attraktiver und sicherer wird. Das soll unter anderem durch ein generelles Halteverbot auf Schutzstreifen für den Radverkehr, einen Mindestüberholabstand für Kraftfahrzeuge, die Möglichkeit zur Einrichtung von Fahrradzonen und zur Anordnung von Überholverboten von Radfahrenden sowie durch Einführung von Schrittgeschwindigkeit für rechtsabbiegende Kraftfahrzeuge über 3,5 t innerorts erreicht werden. Gerade in den neu eingeführten Fahrradzonen werden sich junge Menschen sicherer im Straßenverkehr fortbewegen können, als dies bislang der Fall gewesen ist.

Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse | BMI

Das BMI ist bestrebt, die Mobilität aller Bevölkerungsgruppen gerade im ländlichen Raum zu verbessern. Jugendliche sind nicht nur im Schülerverkehr, sondern auch für Freizeitaktivitäten auf den ÖPNV angewiesen oder von den Eltern abhängig.
In verschiedenen Modellvorhaben wurden bereits zahlreiche unterschiedliche Unterstützungsprojekte mit alternativen Verkehrsformen pilotiert. Diese Maßnahmen sollen verstetigt und die Übertragbarkeit auf andere Kommunen unterstützt werden, z. B. durch eine Beratungseinrichtung sowie eine Mobilitätsdatenbank.

Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr (Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung – eKFV) | BMVI

Mit der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung ebnet das BMVI den Weg für die Mobilität der Zukunft und sorgt gleichzeitig für größtmögliche Verkehrssicherheit. Das BMVI will neue Wege moderner, umweltfreundlicher und sauberer Mobilität in unseren Städten. Die Mikromobilität hat ein enormes Zukunftspotenzial. Zusammen mit dem ÖPNV ist sie eine echte zusätzliche Alternative zum Auto, ideal etwa für die letzte Meile von der U-, S-Bahn oder Bushaltestelle nach Hause oder zur Arbeit.
Die Nutzung der Elektrokleinstfahrzeuge ist ab 14 Jahren ohne Führerschein oder Mofa-Prüfbescheinigung zulässig und ermöglicht, insbesondere den jungen Fahrerinnen und Fahrern, den Zugang zur Elektromobilität.

www.wissen-hilft-schuetzen.de | UBSKM

Sexuelle Gewalt mittels digitaler Medien stellt eine zunehmende Gefahr für Kinder und Jugendliche dar. Die Anonymität des Netzes macht es Täterinnen und Tätern leicht, mit Minderjährigen in Kontakt zu treten, die die Gefahren oft nicht richtig einschätzen und erkennen können. Um das zu verhindern, brauchen sie Schutz und Unterstützung durch pädagogische Fachkräfte. Das Portal „wissen-hilft-schützen.de“ gibt einen Überblick über die existierenden Präventionsmaterialien zur Medienpädagogik und Gewaltprävention. Es liefert außerdem Informationen zu Fortbildungs- sowie zu Hilfe- und Beratungsangeboten.
Das Portal richtet sich an Betreuerinnen und Betreuer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Lehrkräfte.

Verbesserung der Fahranfängersicherheit | BMVI

Zur weiteren Verbesserung der Fahranfängersicherheit in Deutschland wurden von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) Umsetzungsvorschläge erarbeitet, wie z. B. edukative (nicht verpflichtende, sondern freiwillige) Maßnahmen (Teilnahme am „Begleiteten Fahren“, „Feed-back-Fahrten“, spezielle Fahrsicherheitstrainings), die in ein Optionsmodell einzubinden sind, um geeignete Anreizstrukturen für eine Teilnahme zu schaffen. Je nach der konkreten Lebenssituation der Fahranfängerin bzw. des Fahranfängers könnte diese bzw. dieser dann, so die gegenwärtigen Ansätze, aus einem Maßnahmenbündel die Option wählen, die zur aktuellen Lebenssituation passt. Damit wird unter anderem der Kritik Rechnung getragen, dass nicht allen Fahranfängerinnen und -anfängern eine Begleitperson zur Verfügung steht, um am Begleiteten Fahren teilnehmen zu können. Es wird dem Rechtsetzungsprozess vorbehalten sein, welche Vorstellungen in die Änderung von Gesetz und Verordnung Eingang finden.

Webvideoformate | BMI

Da YouTube für Jugendliche zum präferierten Ort für die Suche nach Information und Unterhaltung geworden ist, veröffentlicht die Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit Webvideoproduzentinnen und -produzenten auf YouTube Videos, die lebensweltlich orientierte Zugänge zu politischen Themen, insbesondere auch zu Themen der digitalen Gesellschaft eröffnen. Hierzu zählen beispielsweise eine Videoreihe mit den Space Frogs zu netzpolitischen Themen oder ein Format mit Mr. Trashpack, das Orientierungswissen zum Umgang mit Informationen und Falschmeldungen im Netz vermittelt.

Foto: istock

LEBENS-
MITTELVER-
SCHWENDUNG
WIR FORDERN DIE BUNDESRE
AUF, AKTIV GEGEN DIE LEBENS
MITTELVERSCHWENDUNG VORZU
DEM BEISPIEL FRANKREICHS FOLG
ERWARTEN WIR, DASS NOCH E
LEBENSMITTEL, DIE NICHT MEHR
VERKAUFT WERDEN DÜRFEN, M
GESETZESINITIATIVEN ZUGANGL
GEMACHT WERDEN MÜSSEN!
· SPENDEN
· WEITERVERARBEITUNG (KOMP
· KONZEPTE WIE GOODTO

UMWELT

Umwelt- und Klimaschutz: Ein bestimmendes Thema für junge Menschen

AUSGANGSLAGE

Eine intakte natürliche Umwelt gehört für eine sehr große Mehrheit junger Menschen zu einem guten Leben dazu. Sie erfahren zugleich aber auch, welche Auswirkungen globale Umweltprobleme auf ihr eigenes Leben haben, und verbinden dies im Kontrast zu den als vielfältig wahrgenommenen individuellen Zukunftschancen mit einer großen Sorge im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen.[131]

Im September 2015 wurde von den Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Sie formuliert angesichts eindeutig überschrittener ökologischer Belastbarkeitsgrenzen das politische Bekenntnis der Weltgemeinschaft zu einem tiefgreifenden Wandel in Richtung einer generationenübergreifenden Gerechtigkeit im Sinne des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann. Die UN-Kinderrechtskonvention definiert korrespondierend – aus den Artikeln zu Gesundheit, Lebensbedingungen und Bildung abgeleitete – Rechte von Kindern und Jugendlichen auf eine gesunde Umwelt.

Fragen der Umwelt- und Lebensqualität berühren über alle Generationen hinweg stets auch Themen der sozialen Gerechtigkeit und fairen Verteilung: Unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit (***environmental justice***) werden Fragen der ungleichen sozialen und räumlichen Verteilung von Umweltbelastungen auf der einen sowie lebensqualitätssteigernden Umweltnutzungen auf der anderen Seite beschrieben, von denen insbesondere auch Jugendliche betroffen sind. So sind junge Menschen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen trotz ihres zumeist geringeren ökologischen Fußabdrucks aufgrund ihres Wohnortes oft stärker von Umweltverschmutzung betroffen als andere Bevölkerungsgruppen und haben weniger Zugang etwa zu Grünflächen. Die vermehrte Belastung durch Lärm und Luftschadstoffe hat einen negativen Effekt auf den Gesundheitszustand der jungen Menschen. Auf globaler Ebene zeigt sich dieser Zusammenhang darin, dass Länder des globalen Südens, die nicht zu den Hauptverursachern des Klimawandels gehören, stärker von dessen Folgen betroffen sind. Internationale Klimagerechtigkeit ist deshalb für die junge Generation ein wichtiges Thema, mit dem sie sich auseinandersetzt.[132]

Hohes Umweltbewusstsein junger Menschen

Das Bewusstsein, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen zu müssen, ist bei jungen Menschen ausgesprochen ausgeprägt. Sie wissen, dass politische Entscheidungen der Gegenwart die Zukunft ihrer Generation maßgeblich beeinflussen[133] und schreiben dem Umwelt- und Klimaschutz bei der persönlichen Relevanz gesellschaftlicher Probleme im Sommer 2019 den höchsten Stellenwert zu.[134] Diese Priorisierung bestätigt eine Entwicklung in den Umwelt- und Nachhaltigkeitseinstellungen junger Menschen, die sich seit 2015 in zentralen deutschsprachigen Jugendstudien abbildet. Bereits das Greenpeace-Nachhaltigkeitsbarometer 2015 stellte heraus, dass die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel für Jugendliche eine zentrale Rolle spielt und nachhaltige Entwicklung eine große Zustimmung erfährt. Die Sinus-Jugendstudie 2016 bestätigte das Thema Umweltschutz als „außerordentlich wichtig" bei jungen Menschen.[135]

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz haben für junge Menschen dabei eine Scharnierfunktion – sie verbinden und konfrontieren immer wieder gesellschaftliche Zukunftsfragen mit der aktuellen Lebenswelt und individuellen Wünschen, Zielen und Interessen der Jugendlichen. Diese Verbindungen sind vielfältig und unterliegen einer fortwährenden Veränderung.

Junge Menschen blicken zwar mehrheitlich optimistisch auf ihre persönliche Zukunft. Zugleich fürchten sich 55 % vor den Folgen des Klimawandels. Mit 71 % ist die Angst vor Umweltverschmutzung heute sogar die größte Angst der jungen Generation. Die Ängste junger Menschen beziehen sich zunehmend auf globale Zusammenhänge, während Jugendliche im privaten Bereich zuversichtlicher sind.[136]

Foto: Annkathrin Weis, Jugendpresse Deutschland

Möglichkeiten und Grenzen des individuellen Handelns

Parallel zeigen sich bei vielen jungen Menschen Skepsis und Unsicherheit in Bezug auf die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Die Größe und Komplexität von Umweltfragen, ihre globalen Zusammenhänge und die zum Teil in der Zukunft liegenden Auswirkungen führen dazu, dass die oder der Einzelne kaum sieht, was sie bzw. er selbst beitragen kann.[137] Gleichzeitig wird dem Individuum aber eine Schlüsselrolle beim Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz zugeschrieben.[138]

Konfrontiert mit den zunehmend sichtbar werdenden Auswirkungen des Klimawandels verändert sich gegenwärtig diese Skepsis gegenüber der Bedeutung und Wirksamkeit des eigenen Umwelthandelns in einer ungeahnten Dynamik. Viele Jugendliche und junge Erwachsene sind sich aktuell der Dringlichkeit des Umwelt- und Klimaschutzes bewusster denn je und artikulieren offensiv ihre Forderungen vor allem für eine klimagerechte Politik. Mit den klimatischen Veränderungen und ihren spürbaren Folgen sind für junge Menschen zudem auch Fragen der Generationengerechtigkeit verbunden: So fühlen sich 67 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 24 Jahren beim Thema Klimaschutz von der älteren Generation im Stich gelassen. Aus ihrer Sicht hat diese es versäumt, die Bedrohung des Klimawandels rechtzeitig ernst zu nehmen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen.[139]

Wie auch in anderen Handlungsfeldern gibt es dabei im Hinblick auf Umweltfragen nicht „die" junge Generation. Unterschiedliche soziale und familiäre Hintergründe, Wertvorstellungen, das Geschlecht sowie Persönlichkeitsmerkmale sorgen dafür, dass junge Menschen sehr divers auf Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeitsaspekte schauen.[140]

Junge Menschen sind vielfältig interessiert und aktiv. Dies zeigt sich auch im Umweltengagement mit seiner großen Bandbreite von den kontinuierlich nachgefragten Jugendfreiwilligendiensten bis hin zu Formen mit niedrigen Einstiegshürden wie Online-Aktionen, die von jungen Menschen vergleichsweise oft wahrgenommen werden.[141] Zudem entwickeln sich parallel zu den etablierten Aktivitäten der Jugendumweltverbände seit 2018 verstärkt neue Engagement- sowie Streik- und Protestformen. Sie sind aktionsorientierter und kurzfristiger geworden und passen zum Alltag junger Menschen.[142] Die Kritik an politischen Entscheidungen und die Forderung nach Lösungen im Klimaschutz stehen dabei im Mittelpunkt, die Protestierenden nehmen Entscheidungsträgerinnen und -träger in die Pflicht und fordern ihr Recht auf eine zukunftssichere Umwelt ein. Die Jugend-Umwelt-Bewegung ***Fridays for Future*** ist mittlerweile bei fast allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekannt, knapp ein Viertel von ihnen hat bereits an einer Veranstaltung teilgenommen.[143]

Zahlreiche junge Menschen teilen die Einsicht, dass ein grundlegender Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig ist. Immerhin drei Viertel der 14- bis 22-Jährigen sind der Ansicht, dass für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen grundsätzliche Einschränkungen unseres bisherigen Lebensstandards unvermeidlich sind.[144] Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen findet Umwelt- und Klimaschutz heute wichtiger als Wirtschaftswachstum und ist der Meinung, dass technische Entwicklungen allein nicht zur Lösung des Problems beitragen werden. Ein einfaches „Weiter so" ist also für die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht vorstellbar.[145]

Foto: Markus Spiske, unsplash.com

Mit Blick auf den eigenen Konsum handeln junge Menschen zunehmend umweltbewusst. Ein Großteil der Jugendlichen ist jedoch – weitgehend spiegelbildlich zur Gesamtgesellschaft – in noch zu geringem Maße für niedrigschwellige Klimaschutzmaßnahmen sensibilisiert bzw. handelt danach: Etwa jede bzw. jeder Fünfte gibt an, beim Kauf von Lebensmitteln auf Regionalität und Saisonalität zu achten, 19 % verzichten nach eigenen Angaben kategorisch auf Fast Food, Lieferessen und Coffee to go, 14 % auf Fleischkonsum und 16 % auf Billigkleidung.[146] Der Wunsch, Schönes und Neues zu besitzen und zu erleben, Bequemlichkeit, aber auch finanzielle Restriktionen halten junge Menschen dabei oftmals davon ab, nachhaltiger zu konsumieren. Über die Widersprüche und Grenzen des eigenen Handelns sind sie sich jedoch durchaus bewusst.[147]

Etwa ein Drittel der jungen Menschen gibt an, aus Klimaschutzgründen auf ein eigenes Auto oder auf Fernreisen zu verzichten, knapp die Hälfte auf das neueste Smartphone. Mehr als die Hälfte erklärt, dass sie immer oder fast immer bei kurzen Strecken den ÖPNV, das Rad nutzen oder zu Fuß gehen.[148] Klimaschutz beginnt für junge Menschen häufig im Bereich der Mobilität. Es überrascht daher wenig, dass Jugendliche Car- und auch Bikesharing im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich positiv bewerten und vermehrt nutzen.[149]

Umweltfreundliches Verhalten wird für fast vier Fünftel (79 %) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch das Verhalten der anderen beeinflusst. Würde nachhaltiges Handeln zu einer gesellschaftlich akzeptierten und breit praktizierten Norm, so sähen sie darin eher einen Anlass, auch sich selbst stärker um ein solches Verhalten zu bemühen. Insbesondere junge Menschen aus Elternhäusern mit überdurchschnittlichem Lebensstandard erachten dies als einen wichtigen Aspekt.[150]

Forderungen an die Umweltpolitik

Die Zweifel daran, dass individuelles Verhalten allein tatsächlich zur Lösung der Umweltproblematik beitragen kann, ziehen die Forderung nach allgemein geltenden Rahmenbedingungen nach sich. Bei ihrem umweltpolitischen Engagement, etwa in der Bewegung ***Fridays for Future***, setzen sich junge Menschen differenziert und fundiert mit der Thematik auseinander und zeigen eine klare Erwartungshaltung gegenüber staatlichen Akteuren, ihr Mandat für die Umsetzung effektiver Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen wahrzunehmen.

Von politischen wie auch wirtschaftlichen Akteuren fordern junge Menschen umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln in allen Bereichen, insbesondere aber in den Bereichen Energie, Mobilität, Bildung, Konsum, Ernährung, Landwirtschaft und Artenschutz. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17, alle gesellschaftlichen Entwicklungsbereiche umfassenden Zielen (Sustainable Development Goals) wie auch die bei der Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 2015 in Paris festgelegten Klimaschutzziele sind dabei wegweisend.

Wichtig ist vielen jungen Menschen auch, dass in ihren Bildungsinstitutionen wie Schulen, Ausbildungsstätten oder Hochschulen mit gutem Beispiel vorangegangen wird und jugendgerechte Bildungsangebote mit partizipativen Elementen zu Nachhaltigkeitsthemen vermittelt werden.[151] So erwarten junge Menschen von einem idealen Bildungssetting eine deutlich stärkere Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Bezüge zur Nachhaltigkeit sollten sich aus Sicht junger Menschen in Bezug auf die Gesamtunterrichtszeit mehr als verdreifachen. Aktuell liegt der Anteil der gesamten Unterrichts- und Seminarzeit, in denen Nachhaltigkeitsbezüge hergestellt werden, bei gerade einmal neun %.[152]

Grundsätzlich möchten Jugendliche und junge Erwachsene an wichtigen klima- und umweltpolitischen Entscheidungen beteiligt werden. Ihr politisches Engagement zeugt dabei von einem großen Grundvertrauen in das demokratische System, das sie als hohes Gut ansehen. Dennoch herrscht bei jungen Menschen Skepsis, ob die Akteure in Politik und staatlichen Institutionen die notwendigen Veränderungen tatsächlich herbeiführen werden.

HANDLUNGSBEDARFE

Die Bundesregierung erkennt die Dringlichkeit der mit dem Klimawandel und Umweltschutz verbundenen Herausforderungen, insbesondere für die jüngere Generation, an und sieht folgende Handlungsbedarfe,

... um die Anstrengungen für eine zukunftssichere und generationengerechte Umwelt- und Klimaschutzpolitik zu intensivieren und zu verstetigen:

- Die Bundesregierung hat die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung im Koalitionsvertrag zum Maßstab des Regierungshandelns erklärt. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird regelmäßig aktualisiert und erhält dadurch ihre Eigenschaft als Wegweiser nicht nur für die Bundesregierung, sondern für alle Akteure der Gesellschaft. Auf dem hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der UNO setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit den Jugenddelegierten für nachhaltige Entwicklung, NGO- und Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern für eine Stärkung des Multilateralismus im Sinne der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung ein.

- Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sollte im politischen wie gesellschaftlichen Handeln noch deutlich stärker verankert werden.

- Es sollten in möglichst allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens Rahmenbedingungen geschaffen werden, die umweltfreundliches bzw. umweltschädliches Verhalten transparent machen und Anreize für nachhaltiges Verhalten schaffen. Die Preise von Waren und Dienstleistungen sollten externe Effekte (Auswirkungen auf Klima und Umwelt) berücksichtigen (z. B. durch eine CO_2-Bepreisung, die Subventionierung umweltfreundlicher statt umweltschädlicher Produkte und Dienstleistungen).

- Der Schutz des Klimas ist eine große, globale Herausforderung. Deshalb haben sich auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris 197 Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei °C und möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen sowie spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland hat sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern auf ein Verfahren geeinigt, in Europa den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 40 % gegenüber 1990 zu verringern. Dazu wurden verbindliche europäische Ziele sowie daraus abgeleitete nationale Ziele vereinbart, die bis 2030 erreicht werden müssen. Deutschland setzt sich zudem mit den meisten Mitgliedstaaten für das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 in Europa ein.

- Die Bundesregierung schafft über ein Klimaschutzgesetz und darin festgelegte Minderungsziele für die einzelnen Emissionssektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Energie und Industrie einen verlässlichen, verbindlichen und kontinuierlich überprüfbaren Rahmen, in dem Deutschland seine Klimaziele erreicht. Die Bundesregierung initiiert, fördert und begleitet über passgenaue Maßnahmen die notwendigen Transformationsprozesse in den einzelnen Sektoren.

- Digitalisierung sollte systematisch in den Dienst einer nachhaltigen Transformation gestellt werden, indem beispielsweise mit IT-Ansätzen die Transparenz im Bereich der Produktion von Geräten sowie auch des Konsums von Energie und der Lieferketten gesteigert wird oder durch Ökodesign die Energie- und Ressourceneffizienz technischer Geräte erhöht werden.

- Der sich aus der sozialen und räumlichen Ungleichverteilung von Umweltbelastungen ergebenden Benachteiligung, gerade auch für Jugendliche und junge Erwachsene, wird gezielt entgegengewirkt. Benachteiligte junge Menschen erfahren Unterstützung, um Zugänge zu umweltpolitischem Handeln und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu erhalten.

... um Beteiligung auszubauen und Experimentierräume zu ermöglichen:

- Jugendliche und junge Erwachsene definieren Umweltengagement neu und nutzen gezielt auch alternative Möglichkeiten des Ausdrucks und Protests. Zugleich liegen in der Langfristigkeit von Umwelt- und Klimaschutzthemen für die Beteiligung der jungen Zielgruppe große Herausforderungen. Die Themen des Umwelt- und Klimaschutzes müssen auch an der Lebenswelt junger Menschen ausgerichtet und diese an Problemlösungen und der Entwicklung sozialer Innovationen beteiligt werden.

- Junge Menschen suchen nach kreativen Lösungen, sozialen Innovationen und Diskussionen – all dies funk-

tioniert nur mit einer offenen und breiten Beteiligung. Echte Beteiligung heißt dabei: Klarheit der Zielsetzung von Beteiligungsverfahren, Offenheit im Prozess, Strukturen und Themen von der Zielgruppe mitgestalten und sie vor allem selbst entscheiden lassen. Denn lebensweltliche Fragen und die Gestaltung der eigenen Lebenswelt beinhalten automatisch Fragen nach einer intakten Umwelt.

- Wirksamer Klimaschutz bedarf der Mitwirkung jeder und jedes Einzelnen. Aus diesem Grund sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), wie im Nationalen Aktionsplan BNE (2017) dargelegt, sowohl im formalen Bildungssektor als auch im Bereich des non-formalen und informellen Lernens gestärkt werden. Dies ermöglicht es Jugendlichen nicht nur, globale Wirkungszusammenhänge besser zu verstehen, sondern befähigt sie darüber hinaus, eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft mitzugestalten. Dabei ist es wichtig, auch sozial benachteiligte junge Menschen zu erreichen.

- Politische Akteure sollten den Dialog mit und die Beteiligung von jungen Menschen und ihren Interessenvertretungen bei der Ausgestaltung umweltpolitischer Maßnahmen auf allen politischen Ebenen stärken. Dabei sollte die Jugend im Rahmen von Beteiligungsmaßnahmen stets in ihrer Heterogenität angemessen konsultiert werden. Umweltbildungs- und Beteiligungsangebote sollten möglichst niedrigschwellig und barrierefrei ausgestaltet sein und an die unterschiedlichen Lebensrealitäten junger Menschen anknüpfen.

... um individuelles umweltgerechtes Verhalten in einem politisch gestalteten Rahmen zu ermöglichen:

- Freiwilliges umweltgerechtes Handeln und gesetzliche Vorgaben stehen in keinem Gegensatz zueinander, sie bedingen sich komplementär. Im Sinne der Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung (Juni 2019) sollten innovative Praxisbeispiele gestärkt und gezielt mit Rahmenbedingungen verknüpft werden, die Zielkorridore verbindlich gestalten und staatlich verantworten.

- Umweltverträgliches Handeln muss für Jugendliche und junge Erwachsene aller sozialen Milieus attraktiv und umsetzbar sein. Klimaschutzmaßnahmen sind so auszugestalten, dass armutsgefährdete bzw. von Armut betroffene Jugendliche und junge Erwachsene nicht benachteiligt werden. Wichtig ist, dass jede und jeder Jugendliche sich klima- und umweltfreundliches Verhalten auch leisten kann.

- Junge Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen transparente Informationen hinsichtlich der Umwelteffekte von Konsumgütern.

Foto: Callum Shaw, unsplash.com

Beteiligung am Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 | BMU

Das Bundesumweltministerium verstetigt seit mehreren Jahren systematisch den Ansatz, junge Menschen konsequent an den Programmen und Initiativen des Hauses zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund werden im Aktionsbündnis Klimaschutz, dem zentralen Dialogforum zur kontinuierlichen Diskussion klimaschutzpolitischer Positionen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und der Bundesregierung, auch Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden beteiligt. Ziel ist es, einen breiten fachlichen und generationsübergreifenden Dialog zu initiieren und die Perspektive junger Menschen im Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 zu berücksichtigen.

Innovationsfonds Klimaschutz als Jugendpolitik | BMU

Ziel der Maßnahme ist, eine niedrigschwellige, unkomplizierte finanzielle Förderung bereitzustellen, mit der eine wirksame Beteiligung von jungen Menschen am Klimaschutz unterstützt wird.
Der Innovationsfonds „Klimaschutz als Jugendpolitik“ soll Mikrofinanzierungen für Projekte und Initiativen der außerschulischen Klimaschutzbildung und des Klimaschutzengagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereitstellen. Die Maßnahme richtet sich an Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, junge Erwachsene, Auszubildende und Studierende sowie zivilgesellschaftliche Akteure der außerschulischen Klimaschutzbildung, der Jugendpolitik und des Jugendengagements. Neben der Mikroprojektförderung sollen Klimaschutzstipendien vergeben werden, die außerordentliches Engagement junger Menschen für den Klimaschutz auszeichnen. Ein besonderes Augenmerk wird bei beiden Komponenten auf Vernetzung und zusätzliches Empowerment gelegt. Der Innovationsfonds verfolgt den Anspruch, junge Menschen aus Stadt und Land sowie aus allen sozioökonomischen Schichten gleichermaßen zu erreichen. Jugendliche und junge Erwachsene werden aktiv in die Konzeption und Umsetzung der Maßnahme eingebunden.

Jugenddelegierte im internationalen Klimaschutz | BMU

Bestehende Beteiligungsformate für und zwischen den Weltklimakonferenzen (COP) werden fortgeführt: Für die COP 25 beteiligt das BMU die Jugendlichen durch die Planung des deutschen Pavillons. Die Jugendlichen werden zusammen mit weiteren nichtstaatlichen Akteuren die Hälfte des Veranstaltungsprogramms durchführen.
Für die COP 26 ist die Durchführung einer Veranstaltungsreihe „Europäische Dialoge für eine gemeinsame Zukunft“ geplant. Pro Veranstaltung sollen 25 bis 40 junge Delegierte (im Alter zwischen 16 und 35 Jahren) verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen sektorspezifische Probleme mit Klimaschutzbezug erörtern und Lösungen entwickeln. Im Verlauf der COP 26 werden die Ergebnisse dann Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Bundesministerien und der deutschen COP-Delegation übergeben.

Jugendseite zu Umweltwissen und Umweltengagement im Internetauftritt des BMU | BMU

Das Empowerment junger Menschen im Sinne einer substanziellen Befähigung zur wirksamen Teilhabe ist essenziell für eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft. Das gegenwärtige, herausragende Engagement junger Menschen für den Klimaschutz soll mit einer neuen Jugendseite im Internetauftritt des BMU eine zusätzliche Unterstützung erfahren.
In der ersten Jahreshälfte 2020 erfolgen Konzeption und Aufbau einer eigenständigen Website des BMU für Jugendliche und junge Erwachsene. Um diese Zielgruppe wirksam ansprechen zu können, wird eine differenziert und gezielt auf sie abgestimmte, innovative und responsiv entwickelte Konzeption der Seite erfolgen. Neben Hinweisen auf BMU-Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen werden vorhandene Inhalte aus dem Lehrkräfteportal „Umwelt im Unterricht“ so aufbereitet, dass Jugendliche diese beispielsweise für Präsentationen und Projekte im Schulkontext einsetzen können.

ESF-Programm zum Klimaschutz in der beruflichen Orientierung und Praxis | BMU

Das geplante BMU-Programm zum Klimaschutz in der beruflichen Orientierung und Praxis ist ein Beitrag zur kommenden Förderperiode 2021–2027 des Europäischen Sozialfonds. Es ist Nachfolgeprogramm von „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung befördern". Beiden Programmen gemeinsam ist der Schwerpunkt auf Projekte zur außerschulischen Berufsorientierung. Das geplante Programm nimmt zusätzlich auch die schon berufstätigen bzw. sich in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in den Blick.
Umgesetzt wird dies durch Angebote, in denen Jugendliche Berufe durch praktisches Ausprobieren kennenlernen, ihre Talente entdecken können und während dieser Angebote erfahren, wie nachhaltiges Handeln im beruflichen Alltag dieser Berufe möglich ist. Erfahrungsbezogenes und erforschendes Lernen, erlebnispädagogische Ansätze und der auf Selbstwirksamkeit und Stärkung des Selbst abzielende Methodenkanon der Jugendarbeit sind zentrale Elemente.
Das geplante Programm setzt einen kommunikativen Schwerpunkt auf Klimaschutz, hat aber weiterhin Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Inhalte, Methoden und Haltung als Grundlage.

Natur-Freiwilligendienst „naturweit" im Freiwilligendienst „kulturweit" | AA

Mit „naturweit" können sich junge Menschen im Alter von 18 bis 26 Jahren für sechs Monate in UNESCO-Biosphärenreservaten, -Geoparks und -Weltnaturerbestätten für nachhaltige Mensch-Umwelt-Beziehungen engagieren. Die Freiwilligen sammeln Erfahrungen in den Bereichen Umweltbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Öffentlichkeitsarbeit, vernetzen sich international und stärken ihre interkulturellen Kompetenzen. Die Aufgabenbereiche sind sehr unterschiedlich und reichen von Tätigkeiten in den Büros der Einsatzstellen bis hin zu handwerklichen Arbeiten in den Reservaten oder Parks. Die „naturweit"-Einsatzstellen befinden sich bei Partnern der Deutschen UNESCO-Kommission in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (ab 2020 auch in Ländern Südosteuropas).
„naturweit" ist eine neue, voll integrierte Programmkomponente des Freiwilligendienstes „kulturweit", der vom Auswärtigen Amt gefördert und von der Deutschen UNESCO-Kommission durchgeführt wird. 2019 wurden erstmals circa 40 „naturweit"-Freiwillige entsandt.

Foto: Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

GESUNDHEIT

Kompetenzen stärken, Risiken minimieren: Weichen stellen für ein gesundes Leben

AUSGANGSLAGE

Die Förderung der Gesundheit junger Menschen ist eine vielfältige Aufgabe von weitreichender Bedeutung. Viele Gesundheitsstörungen in jungen Lebensjahren können zu Risikofaktoren für schwerwiegende Erkrankungen in späteren Lebensphasen werden. Bei der Beschreibung der gesundheitlichen Lage und des Wohlbefindens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland sind gesundheitsrelevante Aspekte zu Bewegung, Ernährung, Migration, sozialer Lage, Unfällen, Suchtverhalten, Gesundheitsverhalten und psychischen Belastungen zu berücksichtigen.

Positiv festzuhalten ist, dass der Großteil der jungen Menschen in Deutschland gesund aufwächst: 87 % der Mädchen und 91 % der Jungen im Alter von 11 bis 17 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand selbst als sehr gut oder gut ein. Dies zeigen Daten der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) sowie repräsentative Daten zur Gesundheit der Heranwachsenden aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. So hat sich der subjektive allgemeine Gesundheitszustand weitestgehend unabhängig von der sozialen Lage in den vergangenen Jahren in allen Statusgruppen verbessert. Jugendliche, die in sozial schlechter gestellten Familien aufwachsen, sind jedoch deutlich häufiger von Übergewicht, Entwicklungsverzögerungen oder psychischen Auffälligkeiten betroffen. Geringe Unterschiede bestehen hingegen bei akuten oder chronischen Erkrankungen. Zugleich zeigen die vorliegenden Daten, dass in einer benachteiligten Lebenslage ein positives Familienklima und familiäre Unterstützung die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten der Heranwachsenden begünstigen.

Im Zeitverlauf zeigt sich in den Daten des KiGGS ein erfreulich geringer Anteil von Kindern und Jugendlichen im Alter von drei bis 17 Jahren, deren allgemeiner Gesundheitszustand von den Eltern als mittelmäßig bis sehr schlecht eingeschätzt wird. Dieser hat sich von 7,7 % auf zuletzt 4,3 % weiter verringert.[153] Dauerhafte gesundheitliche Einschränkungen treten bei jungen Menschen zwischen drei und 17 Jahren mit rund 4 % relativ selten auf. Der Anteil betroffener junger Menschen in der niedrigen Statusgruppe liegt hier doppelt so hoch wie in der hohen Statusgruppe.[154]

Einschränkungen der gesundheitlichen Lage resultieren vor allem aus psychischen Belastungen, Auffälligkeiten und Störungen sowie allergischen Erkrankungen. Auch wenn es den Jugendlichen überwiegend gut geht, entwickeln sie in dieser Lebensphase gesundheitsriskante Verhaltensweisen und Risikofaktoren, wie z. B. einen regelmäßigen Nikotin- oder Alkoholkonsum und eine psychische Verletzbarkeit, die die Gesundheit und das Wohlbefinden im späteren Lebensverlauf erheblich beeinflussen können.[155]

Das junge Erwachsenenalter wird, ähnlich wie das Jugendalter, in der Regel in guter Gesundheit verbracht. 80 % der 18- bis 29-jährigen Frauen und fast 90 % der gleichaltrigen Männer schätzen ihre Gesundheit als sehr gut oder gut ein.[156] Diese Lebensphase ist von wachsender Autonomie, vielfältigen neuen Entwicklungsaufgaben und der Übernahme neuer Rollen geprägt. Dazu gehören der Schulabschluss, Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung, Berufseinstieg, Auszug aus dem Elternhaus, die Partnerwahl oder Familiengründung.[157] Junge Frauen und Männer der unteren Bildungsgruppe schätzen ihren Gesundheitszustand schlechter ein als Gleichaltrige aus höheren Bildungsgruppen. Über mäßige oder starke gesundheitliche Einschränkungen berichten zwölf % der Frauen und neun % der Männer. Frauen der unteren Bildungsgruppe sind zu höheren Anteilen von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen als Frauen höherer Bildungsgruppen. Bei Männern zeigt sich ein vergleichbares Bild, die Unterschiede sind aber geringer.[158] Chronische Erkrankungen sind im jungen Erwachsenenalter vergleichsweise selten, stärker verbreitet sind psychosomatische Beschwerden und psychische Belastungen.[159]

Foto: Emma Simpson, unsplash.com

Gesundheitskompetenz

Gesundheitskompetenz („Health Literacy“) wird verstanden als die Fähigkeit, Gesundheitsinformationen zur Erhaltung der Gesundheit und Bewältigung von Krankheit finden, verstehen, bewerten und in der Praxis umsetzen zu können.[160] Diese Kompetenz wird in einem lebenslangen Lernprozess erworben, der in Kindheit und Jugend beginnt. Neben individuellen Handlungskompetenzen wird Gesundheitskompetenz stark von den sozioökonomischen und kulturellen Determinanten beeinflusst.[161] Deshalb ist die Stärkung von Gesundheitskompetenz auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Beitrag zur Förderung von gesundheitlicher Chancengleichheit.

Zur Messung von Gesundheitskompetenz wurden in der KiGGS Welle 2 bei den 14- bis 17-Jährigen Fragen aus dem Instrument des Europäischen Health Literacy Surveys eingesetzt. Demnach fällt es 20 % der Jugendlichen ziemlich schwer, die Angaben, wie zum Beispiel zu Themen der Krankenversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung, ausreichend zu verstehen. vier % der Befragten finden das sehr schwer. Insgesamt berichtete fast jede dritte junge Person im Alter zwischen 14 und 17 Jahren von Schwierigkeiten, Informationen zu verstehen, wie sie psychisch gesund bleiben können.[162]

Bei den 18- bis 29-Jährigen ergaben sich für 15 % eine „niedrige“ Gesundheitskompetenz, für 43 % eine „eher niedrige“, für 37 % eine „eher hohe“ und für sechs % eine „hohe“ Gesundheitskompetenz.[163] Es zeigten sich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Hinsichtlich des sozioökonomischen Status zeigte sich, dass in dieser Altersgruppe Personen mit einem höheren sozioökonomischen Status eine bessere Befähigung zur Beschaffung und zum Verständnis von Gesundheitsinformationen haben. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein erheblicher Anteil junger Erwachsener Schwierigkeiten beim Umgang mit Gesundheitsinformationen wahrnimmt. Dabei können gut verständliche Gesundheitsinformationen zugleich auch einen entscheidenden Beitrag für mehr Lebensqualität bieten.[164]

Gesundheitskompetenz sollte in der Gesundheitsförderung und Prävention eine zentrale Rolle spielen. Sie fördert, fundierte Entscheidungen zur Gesundheit zu treffen und einen gesundheitsförderlichen Lebensstil zu entwickeln. Gesundheitskompetenz kann mit zielgruppengerechten Informationen und dauerhaften Maßnahmen zur Gesundheitsbildung in den Lebenswelten gefördert werden. Darüber hinaus ist wichtig, eine Vielzahl von Hilfsangeboten zur Stärkung der Gesundheitskompetenz anzubieten.

Übergewicht und Adipositas

Übergewicht und Adipositas (als besonders stark ausgeprägte Form von Übergewicht) können sich bereits im Jugendalter nachteilig auf die Gesundheit auswirken. Wenn sich ein Übergewicht bereits im Kindes- oder Jugendalter entwickelt hat, erhöht sich das gesundheitliche Risiko bis ins Erwachsenenalter und hat häufig einen schwereren Krankheitsverlauf zur Folge.[165] Die Häufigkeit von Übergewicht und Adipositas beträgt bei 11- bis 17-jährigen Mädchen 18 %, bei gleichaltrigen Jungen 20 %. Junge Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger von Übergewicht und Adipositas betroffen. Insgesamt ist in den Zeiträumen 2003–2006 und 2014–2017 kein Anstieg der Übergewichts- und Adipositasprävalenzen bei Heranwachsenden zu beobachten.[166]

Unter den jungen Erwachsenen sind 30 % der Frauen und 35 % der Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren übergewichtig oder adipös, fast zehn % der Frauen und neun % der Männer sind adipös.[167] Zwischen den Untersuchungszeiträumen 1990–1992 und 2008–2011 ist der Anteil der adipösen Frauen und Männer im Alter zwischen 25 und 34 Jahren signifikant gestiegen.[168] Übergewicht und Adipositas treten bei 18- bis 29-jährigen Frauen und Männern in der oberen Bildungsgruppe seltener auf als in den unteren Bildungsgruppen.[169]

Ernährungs- und Bewegungsverhalten

Neben genetischen, psychischen und soziokulturellen Ursachen sind ein ungesundes Ernährungsverhalten, sitzende Tätigkeiten sowie körperlich-sportliche Inaktivität wesentliche Gründe für die Entwicklung einer Adipositas und in ihrer Folge von vielen nicht übertragbaren Erkrankungen wie Diabetes Typ 2.[170] 90 % der Mädchen und 82 % der Jungen erreichen nicht die WHO-Empfehlung von 60 Minuten körperlicher Aktivität am Tag.[171] Im Alter von 18 bis 29 Jahren erfüllen nur 45 % der Frauen und 57 % der Männer die Empfehlung der WHO für Erwachsene (mindestens 150 Minuten mäßige bzw. 75 Minuten intensive körperliche Aktivität in der Woche). Frauen und Männer aus oberen Bildungsgruppen erreichen diese Empfehlung zu höheren Anteilen als Personen aus unteren Bildungsgruppen.[172]

Für Jugendliche und junge Erwachsene ist zudem eine altersgemäße Nährstoff- und Energieversorgung von Bedeutung, um den erhöhten Bedarf zu decken. Dennoch essen 86 % der Mädchen und 91 % der Jungen nicht die empfohlenen fünf Portionen Gemüse und Obst am Tag.[173] Ein Viertel der Heranwachsenden konsumiert mindestens einmal täglich zuckerhaltige Erfrischungsgetränke, Jungen etwas häufiger als Mädchen (29 vs. 21 %). Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus trinken dreimal häufiger zuckerhaltige Getränke als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus (34 vs. 11 %).[174] Das Setting Schule bietet sich an, ausgewogene Ernährungsweisen zu vermitteln und ausgewogenes Essen anzubieten, da Jugendliche einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule verbringen. In den letzten zehn Jahren haben sich die Möglichkeiten, in der Schule ein warmes Mittagessen zu erhalten, sowie die Nutzung des Angebotes verdoppelt.[175] Damit hilfebedürftige Schülerinnen und Schüler aus Familien im unteren Einkommensbereich nicht von der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden, werden seit dem 1. August 2019 über das Bildungspaket die gesamten Aufwendungen des Kindes für das gemeinschaftliche Mittagessen in der Schule, Kita und Kindertagespflege übernommen. Der bisher aus anderen Einnahmen (z. B. dem Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) zu leistende Eigenanteil von einem Euro pro Essen entfällt durch Regelungen im Starke-Familien-Gesetz.

Im Alter von 18 bis 29 Jahren verzehren beispielsweise 38 % der Frauen und 26 % der Männer mindestens jeden Tag Obst. Im Vergleich zu älteren Bevölkerungsgruppen sind dies die niedrigsten Werte. Bei Frauen liegt der Obstverzehr in den oberen Bildungsgruppen signifikant höher als in den niedrigen Bildungsgruppen.[176] Mindestens täglich Gemüse nehmen nur 32 % der Frauen und 20 % der Männer im Alter zwischen 18 und 29 Jahren zu sich; der Gemüsekonsum von Frauen in oberen Bildungsgruppen ist höher als in unteren Bildungsgruppen;[177] bei Männern zeigt sich kein entsprechender Konsumunterschied nach Bildung.

Körperselbstbild

Das Körperselbstbild beschreibt die Einstellung und Zufriedenheit mit dem eigenen Körper aus dem Zusammenspiel von persönlicher Entwicklung, Umgebungsfaktoren und gesellschaftlichen Normen. Ein positives Körperselbstbild spielt eine wesentliche Rolle für die psychische und physische Gesundheit.[178] Bestehende Schönheitsideale, kulturelle Sozialisation, Reaktionen der Umwelt auf Körper und Gewicht haben großen Einfluss auf das Körperselbstbild einer Person.[179] Ergebnisse aus KiGGS Welle 2 zeigen, dass nur knapp die Hälfte der Mädchen und Jungen zwischen elf und 17 Jahren ihr Körpergewicht als genau richtig empfindet; als zu dick empfinden sich 45 % der Mädchen und 32 % der Jungen. Kinder und Jugendliche, die sich selbst als zu dick oder zu dünn fühlen, haben ein bis zu fünffach erhöhtes Risiko für Symptome von Essstörungen.[180] Unter den 18- bis 29-jährigen Frauen empfindet sich knapp ein Drittel als „genau richtig", dagegen 62 % als „zu dick". Auch unter den normalgewichtigen Frauen ist die Hälfte der Ansicht, sie seien zu dick. 22 % der Männer im gleichen Alter empfinden sich dagegen „zu dünn", ein Drittel „genau richtig" und 44 % „zu dick". Es zeigen sich zwischen den Geschlechtern deutliche Unterschiede: Frauen schätzen sich eher als zu dick, ein nicht unerheblicher Teil der Männer als „zu dünn" ein.[181]

1,4 % der Frauen und 0,5 % der Männer sind von Essstörungen betroffen.[182] Am häufigsten kommen Essstörungen in der Altersgruppe der 13- bis 18-Jährigen vor (Mädchen 2,4 %, Jungen 0,9 %). Bei etwa einem Fünftel aller 11- bis 17-Jährigen in Deutschland liegt ein Verdacht auf eine Essstörung vor. Hier sind Mädchen doppelt so häufig betroffen wie Jungen.[183]

Foto: Jana Müller, unsplash.com

Psychische Gesundheit

Die deutliche Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist psychisch gesund. Psychische Störungen treten nur bei einem geringen Prozentsatz auf. Häufiger sind psychische Auffälligkeiten, die die psychosoziale Entwicklung beeinflussen und ein Risiko für das spätere Auftreten einer psychischen Störung sein können. So zeigen nach Elternangaben 14 % der Mädchen und 19 % der Jungen in der Altersgruppe von zwölf bis 14 Jahren psychische Auffälligkeiten, d. h. Abweichungen von der Norm. Bei den 15- bis 17-Jährigen sind es 15 % der Mädchen und zwölf % der Jungen. Diese psychischen Auffälligkeiten im Kindes- und Jugendalter sind häufig nur eine vorübergehende Erscheinung. Junge Menschen sind signifikant häufiger betroffen, wenn sie in Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status aufwachsen. Im Vergleich zur KiGGS Basiserhebung ist in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen der Anteil psychisch auffälliger Jungen zurückgegangen.[184]

Zu den häufigsten psychischen Störungen im Jugendalter gehört die Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS), die mit vielen Beeinträchtigungen der psychosozialen und kognitiven Funktionsfähigkeit einhergeht. sechs % der Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren erhielten jemals die ärztliche oder psychologische Diagnose einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung. ADHS wird deutlich häufiger bei Jungen diagnostiziert als bei Mädchen. Kinder und Jugendliche, die in sozial benachteiligten Familien aufwachsen, sind signifikant häufiger von ADHS betroffen als Gleichaltrige aus sozial besser gestellten Familien. Als Gründe für die niedrigere Prävalenz von ADHS bei Kindern z. B. mit beidseitigem Migrationshintergrund werden eine geringere Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung und eine anders ausgeprägte Symptomtoleranz vermutet.[185]

Von affektiven oder Angststörungen im jungen Erwachsenenalter war innerhalb der letzten zwölf Monate etwa ein Drittel im Alter zwischen 18 und 34 Jahren betroffen. Allerdings sind hier sehr unterschiedliche Schweregrade umfasst. Bei einem größeren Teil der Betroffenen ist die gesundheitsbezogene Lebensqualität nur zum Teil beeinträchtigt.[186] Aktuelle Auswertungen zeigen, dass eine depressive Symptomatik bei 11,5 % der 15- bis 29-Jährigen in Deutschland vorliegt. 15 % der Frauen gegenüber acht % der Männer weisen in diesem Alter signifikant häufiger Depressionssymptome auf.[187] Frauen aus der niedrigen sozialen Statusgruppe sind mit 15 % teilweise deutlich häufiger betroffen als Frauen aus der mittleren (zwölf %) oder hohen

(sechs %) Statusgruppe. Bei Männern zeigt sich ein ähnliches Bild mit 14 % in der niedrigen, sechs % in der mittleren und sieben % in der hohen Statusgruppe.[188]

Chronischer Stress hat Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit und stellt einen Risikofaktor für psychische Störungen wie Depression oder Burnout sowie Einschränkungen in der kognitiven Leistungsfähigkeit dar. 43 % der Schülerinnen und Schüler erleben subjektiven Stress, teilweise mit gesundheitlichen Folgen wie Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Schlafproblemen und Panikattacken, der mit Alter und Schuljahren zunimmt.[189] 16 % der Frauen und zehn % der Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren sind von chronischem Stress stark belastet. Frauen zeigen altersunabhängig höhere Werte des Stresserlebens, die mit einem erhöhten Maße an Sorge einhergehen. Personen aus der niedrigen sozialen Statusgruppe erfahren eine höhere chronische Stressbelastung als Personen der mittleren oder hohen Statusgruppe.[190]

Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen sind wichtige Faktoren beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist wesentliche Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und eine gute Integration in die Gesellschaft. So benötigen Jugendliche mit gesundheitlichen Schwierigkeiten, wie z. B. Adipositas, Suchtverhalten oder psychischen Auffälligkeiten häufiger Unterstützung bei der Aufnahme einer Ausbildung bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss als junge Menschen mit guter gesundheitlicher Verfassung.

Kinder psychisch kranker Eltern haben ein erhöhtes Risiko, selbst psychische oder verhaltensbezogene Probleme zu entwickeln. Die Probleme von Kindern psychisch kranker Eltern sind häufig verbunden mit einem geringen Selbstwirksamkeitsgefühl, schlechtem Familienklima und geringer Sozialkompetenz.[191] Auch junge Menschen, die sich um chronisch kranke oder pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind aufgrund der starken Belastung gefährdet. Besonders plötzliche Pflegebedürftigkeit eines nahen Angehörigen kann bei ihnen Angst und Stress auslösen. Aus Angst vor Stigmatisierung oder dem Auseinanderbrechen der Familie sprechen sie oftmals nicht über ihre familiären Sorgen. Nach einer Studie im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums kümmern sich rund 479.000 Kinder und Jugendliche bundesweit um chronisch kranke oder pflegebedürftige Angehörige.[192]

Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt

Mit der sexuellen Entwicklung beginnen in der Regel auch die ersten sexuellen Aktivitäten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Alter von 17 Jahren hat mehr als die Hälfte der Jugendlichen Geschlechtsverkehr-Erfahrung.[193] Junge Menschen sollen aufgeklärt und frei von sexualisierter Gewalt ihre eigenen sexuellen Lebenserfahrungen machen können. Die Ergebnisse aktueller Studien bestätigen ein hohes Ausmaß der Verbreitung von Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt an bzw. unter Kindern und Jugendlichen. So waren 35 % der befragten Mädchen und 10 % der befragten Jungen in den Klassenstufen neun und zehn von allgemeinbildenden Schulen mindestens einmal im Leben mit körperlicher sexueller Gewalt konfrontiert,[194] wobei die Hälfte der Fälle in der Schule stattfindet, gefolgt vom Internet. Mehrheitlich handelte es sich um gleichaltrige Täterinnen oder Täter. Dies erfordert eine zwingende Auseinandersetzung mit den Themen Sexualaufklärung, Gewaltprävention, übergriffigem und grenzüberschreitendem Verhalten oder sexuellem Druck. Dies gilt für die Jugendlichen selbst, ihre Eltern und die Einrichtungen, in denen sie leben, lernen oder ihre Freizeit verbringen.

Nikotin-, Alkohol- und Cannabiskonsum

Für das Gesundheitsverhalten ist die Vermeidung des Rauchens und des Alkoholkonsums bei Jugendlichen besonders relevant, da der heranwachsende Organismus besonders anfällig für Schädigungen durch Tabakrauch und Alkohol ist. Der Konsumeinstieg erfolgt in der Regel vor dem 18. Lebensjahr in der Jugendphase. 7,4 % der elf- bis 17-jährigen Mädchen und sieben % der gleichaltrigen Jungen rauchen zumindest gelegentlich.[195] In der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen ist das Rauchen wesentlich weiter verbreitet als unter den 11- bis 13-Jährigen. Jugendliche mit niedrigem und mittlerem Sozialstatus rauchen häufiger als Gleichaltrige aus der hohen Statusgruppe. Seit Beginn der 2000er-Jahre ist der Anteil der Jugendlichen, die rauchen, jedoch in allen Statusgruppen deutlich zurückgegangen.

Etwa die Hälfte der Jugendlichen gibt an, schon einmal Alkohol getrunken zu haben. Ein riskanter Alkoholkonsum ist bei 12,1 % der Jugendlichen festzustellen und regelmäßiges Rauschtrinken (mindestens einmal im Monat Konsum von sechs oder mehr Getränken zu einer Gelegenheit) wird von sieben % der Heranwachsenden praktiziert. Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich beim Risikokonsum von Alkohol mit signifikant höherer Prävalenz bei Mädchen, beim Rauschtrinken mit signifikant höherer Prävalenz bei Jungen. Rauschtrinken kommt dabei bei Jungen aus Familien mit hohem und mittlerem Sozialstatus häufiger vor als bei Jungen aus Familien mit niedrigem Sozialstatus.[196] Rauschtrinken, also der Konsum von sechs oder mehr alkoholischen Getränken bei einer Gelegenheit, ist ein gesundheitlich riskantes Trinkmuster, welches akute Schäden wie Alkoholvergiftungen und Verletzungen sowie Gewalt verursachen kann. Langfristig können vielfältige organische Schäden die Folge des Rauschtrinkens und einer Alkoholabhängigkeit sein. 36 % der Frauen und 54 % der Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren praktizieren mindestens einmal im Monat Rauschtrinken. Gesundheitlich riskante Trinkmengen alkoholischer Getränke konsumieren mindestens wöchentlich 13 % der jungen Frauen und 17 % der jungen Männer.[197]

Im Alter zwischen 18 und 29 Jahren verhalten sich junge Erwachsene beim Tabak- und Alkoholkonsum riskanter als andere Altersgruppen. 28 % der Frauen und 35 % der Männer rauchen täglich oder gelegentlich. Das Rauchen ist in den niedrigen Bildungsgruppen deutlich stärker verbreitet als in den höheren Bildungsgruppen.[198] Nach Daten des RKI ist seit 2003 die Prävalenz des Rauchens bei jungen Erwachsenen jedoch deutlich gesunken.[199]

Neben dem Konsum legaler Substanzen wie Tabak und Alkohol spielt auch der Konsum illegaler Substanzen eine Rolle. Cannabis ist die am weitesten verbreitete illegale Droge in Deutschland und kann vor allem bei häufigem und regelmäßigem Konsum in der Jugendphase zu psychischen und physischen Folgeerkrankungen führen. Nach Daten von 2018 geben etwa zehn % der 12- bis 17-jährigen Jungen und knapp sechs % der gleichaltrigen Mädchen an, in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert zu haben. Die 12-Monats-Prävalenz des Cannabiskonsums hat sich seit 2011 erhöht.[200] Unter jungen Erwachsenen ist der Konsum von Cannabis stark verbreitet: Fast 50 % der Männer und 35 % der Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren haben schon einmal Cannabis konsumiert; regelmäßig konsumieren es zehn % der Männer und 3,5 % der Frauen.[201]

Studierende werden als Hauptzielgruppe für sogenannte Neuro-Enhancer beschrieben. Dies sind verschreibungspflichtige Medikamente zur Verbesserung kognitiver und sozialer Fähigkeiten sowie zur Reduktion von Angst und Nervosität. Studien deuten darauf hin, dass etwa jede bzw. jeder zwanzigste Studierende seit Studienbeginn mindestens einmalig entsprechende Substanzen eingenommen hat.[202]

Problematisches Internet- und Computerspielnutzungsverhalten

Eine problematische Internetnutzung liegt dann vor, wenn eine Person nicht mehr dazu in der Lage ist, diese zu kontrollieren und dies zu negativen Konsequenzen im alltäglichen Leben führt.[203] Es handelt sich hierbei um eine stoffungebundene Verhaltenssucht, die unter anderem als „problematische Computerspielnutzung“ (engl. „Gaming Disorder“) im Jahre 2019 in die neue International Classification of Diseases (ICD-11) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Eingang gefunden hat. Eine problematische Internetnutzung bezieht sich dabei auf eine Vielzahl von Anwendungen und Handlungsfeldern in der digitalen Welt, unter anderem auf Online-Spiele, soziale Netzwerke, Messenger-Dienste, Blogging, Videoplattformen sowie auf ihre Verknüpfung mit unterschiedlichen Endgeräten, wie z. B. Spielekonsolen, Computer, Smartphone etc. 12- bis 19-Jährige nutzen das Internet durchschnittlich 25 Stunden pro Woche (ca. 214 Minuten pro Tag).[204]

Untersuchungen stufen zusammenfassend etwa vier bis sechs % der Jugendlichen in Deutschland als von einer problematischen Internetnutzung betroffen ein.[205] Für die Jugendlichen selbst ist die exzessive Nutzung der digitalen Medien ein wichtiges Thema. So stufen 27 % der 14- bis 24-Jährigen Internetsucht als ein Risiko der Internetnutzung ein. 30 % der Befragten haben den Eindruck, jemals, aktuell oder eventuell von Aspekten der Internetsucht selbst betroffen zu sein.[206]

Foto: Kelly Sikkema, unsplash.com

Für einen Großteil der jungen Menschen (35 % der 12- bis 19-Jährigen) steht bei der Nutzung digitaler Medien die Kommunikation im Mittelpunkt.[207] Danach folgen Unterhaltungsangebote (31 %), das digitale Spiel (25 %) und zuletzt das Suchen von Informationen im Internet (zehn %). Für Mädchen spielt die digitale Kommunikation eine größere Rolle als für Jungen (41 % Mädchen, 30 % Jungen). Jungen geben digitale Spiele als Lieblingsbeschäftigung an (33 % Jungen, zehn % Mädchen),[208] dementsprechend neigen Jungen eher zu problematischem Online-Spielverhalten, während Mädchen sich in Abhängigkeiten zu sozialen Medien befinden.[209]

18- bis 25-Jährige nutzen das Internet durchschnittlich rund 21 Stunden pro Woche. In der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen ist bei 2,8 % von einer computerspiel- oder internetbezogenen Störung auszugehen, unabhängig vom Geschlecht.[210]

Pathologisches Glücksspielverhalten

Hochgerechnet auf die Bevölkerung zeigen etwas mehr als 500.000 Personen in Deutschland ein problematisches oder pathologisches Spielverhalten. In den letzten zwölf Monaten vor der Befragung haben 15,3 % der 16- bis 17-jährigen Jugendlichen mindestens ein Glücksspiel gespielt. Der Anteil der 16- bis 17-Jährigen mit problematischem Glücksspielverhalten ist gegenüber 2015 von 0,37 auf 0,63 % im Jahr 2017 angestiegen. Dies ist auf einen Anstieg bei den Jungen auf 1,21 % zurückzuführen. Ein signifikant erhöhtes Risiko für problematisches und pathologisches Glücksspielverhalten besteht bei jungen männlichen Erwachsenen bis 25 Jahren mit niedrigem Bildungsstatus oder Migrationshintergrund.[211]

Unfälle

Rund 1,7 Millionen Kinder erleiden jedes Jahr einen Unfall. Etwa zwei Drittel aller Unfälle passieren im Haushalt und in der Freizeit.[212] Das Unfallgeschehen verlagert sich in dieser Altersgruppe mit zunehmender Mobilität aus dem familiären in den öffentlichen Bereich. Im langfristigen Trend verlieren trotz steigendem Verkehrsaufkommen immer weniger Personen ihr Leben im Straßenverkehr. Dennoch sind Unfälle im Straßenverkehr weiterhin die häufigste Todesursache unter jungen Menschen bis 17 Jahre. Insgesamt starben 281 Kinder und Jugendliche durch die Folgen von Unfällen im Jahr 2015.[213]

Im jungen Erwachsenenalter treten Unfälle und daraus resultierende Verletzungen häufiger auf als in anderen Altersgruppen und stellen ebenfalls die häufigste Todesursache dar. Die Mehrheit der Unfälle ab 18 Jahren einschließlich des Verkehrsunfallgeschehens ereignet sich in der Freizeit (40,2 %). Fast jeder dritte Unfall geschieht zu Hause (30,2 %), ein fast gleicher Prozentteil geschieht in der Arbeits- oder Bildungsstätte bzw. als Wegeunfall (29,6 %).[214] Der Anteil junger Männer, die innerhalb der letzten zwölf Monate ärztlich zu versorgende Unfälle hatten, ist mit 17,5 % deutlich höher als der von Frauen mit 9,5 %.[215]

HANDLUNGSBEDARFE

Die Gesundheit Jugendlicher und junger Erwachsener wird von vielen Faktoren beeinflusst, die weit über den Einflussbereich des Gesundheitssystems hinausreichen. Die Förderung gesunder Lebensumstände, Kompetenzen und gesunder Lebensstile trägt wesentlich dazu bei, dass junge Menschen im Alter von zwölf bis 27 Jahren bestmögliche Bedingungen, Unterstützung und Beteiligungsangebote für die Herausforderungen in der modernen Gesellschaft finden. Dazu sind folgende Handlungsbedarfe zu nennen:

- Mit der Förderung der Gesundheit früh beginnen und niemanden zurücklassen

In jungen Jahren werden die Weichen für die Gesundheit im späteren Leben gestellt. Jeder junge Mensch soll möglichst gute Chancen haben, gesund aufzuwachsen. Frühe gesundheitsbezogene Einstellungen und Verhaltensmuster haben häufig bis ins Erwachsenenalter hinein Bestand. Neben schon früh erworbenen Risikofaktoren für die körperliche, psychische und soziale Gesundheit erweisen sich dabei auch Schutzfaktoren für die Gesundheit als überaus stabil. Die jeweiligen Lebensbedingungen der Familie und das soziale Umfeld sind in dieser Lebensphase von zentraler Bedeutung.

- Gesundheit nachhaltig fördern

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung, die von der UN-Generalversammlung im September 2015 verabschiedet wurde, werden neben 16 weiteren Themenfeldern in Ziel 3 die „Gute Gesundheit und das Wohlergehen“ in allen Altersgruppen formuliert. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zum Maßstab des eigenen Handelns erklärt und sich zur Umsetzung der Ziele verpflichtet. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein zentraler Beitrag die Stärkung der Gesundheitskompetenz. Zur Verringerung der vorzeitigen Sterblichkeit (3.1.a,b) werden zwei Präventionsziele benannt. Dies sind die „Reduzierung der Raucherquote bei Jugendlichen und Erwachsenen“ (3.1.c,d) sowie „Keinen weiteren Anstieg von Übergewicht und Adipositas bei Jugendlichen in Deutschland“ (3.1.e,f). Zur Umsetzung dieser Ziele ist eine Fortführung der Kampagnen und Maßnahmen sowohl in der Verhaltensprävention, beispielsweise der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), als auch in der Verhältnisprävention erforderlich.

- Stärkung der Gesundheitskompetenz junger Menschen

Die Förderung der Gesundheitskompetenz ist eine gesamtgesellschaftliche und politische Querschnittsaufgabe. Dazu sind Aktivitäten in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft erforderlich, die in einem dynamischen Prozess gemeinsamer und weiterer Verbesserungen bedürfen.
Mit der Förderung des eigenen gesundheitsorientierten Handelns sollen die Menschen besser in die Lage versetzt werden, ihre gesundheitlichen Anliegen wahrzunehmen und zu vertreten. Dies trägt auch zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit bei. Die Entwicklung neuer Projekte zur Stärkung der Gesundheitskompetenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollte sich an ihren Lebenswelten orientieren und das individuelle Verhalten ebenso in den Blick nehmen wie die jeweiligen Rahmenbedingungen und Lebenslagen. Die Vermittlung von Gesundheitsinformationen muss wissenschaftlich basiert, zielgruppengerecht und gut verständlich aufbereitet transportiert werden.

- Umsetzung des Präventionsgesetzes

Von wesentlicher Bedeutung ist die Schaffung gesundheitsförderlicher Lebens-, Lern- und Arbeitsverhältnisse. Dabei kommt den Ländern und Kommunen eine Schlüsselfunktion zu. Ihnen obliegt die Verantwortung für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Rahmenbedingungen in den nicht-betrieblichen Lebenswelten wie Kita, Schule und Kommune. Die Krankenkassen haben den gesetzlichen Auftrag, die für die jeweiligen Lebenswelten Verantwortung Tragenden beim Aufbau und der Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen zu unterstützen (§ 20a SGB V). Gemeinsam mit den Partnern, insbesondere in Schulen und in Kommunen, sind vermehrt Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der mit Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen erreichten jungen Menschen zu erhöhen. Dabei ist auch ein Fokus auf junge Menschen und ihre Familien mit besonderen gesundheitlichen Belastungen und Risiken zu legen, wie etwa auf Jugendliche aus sucht- und psychisch belasteten Familien.

Übergewicht und Adipositas eindämmen

Aufgrund der hohen Prävalenz von Übergewicht und Adipositas bei Jugendlichen sowie den seit Jahren ansteigenden Zahlen von betroffenen Erwachsenen sind Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zur Förderung eines gesunden Lebensstils erforderlich. Da Übergewicht multifaktoriell bedingt ist, sollte ein ganzheitlicher Ansatz mit dem besonderen Fokus auf Bewegungsförderung und ausgewogene Ernährung gewählt werden. Damit Jugendliche und junge Erwachsene bewusstere Entscheidungen zugunsten ihrer Gesundheit treffen können, ist die Verbesserung ihrer Ernährungs- und Gesundheitskompetenzen von essenzieller Bedeutung. Da Essgewohnheiten in der Kindheit geprägt werden, sollte die Förderung der Ernährungskompetenz mit einem ausgewogenen und schmackhaften Essensangebot in Kitas und Schulen einhergehen. Die Weiterentwicklung der Nährwertkennzeichnung soll die Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Auswahl ihrer Lebensmittel unterstützen. Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll über reduzierte Zucker-, Fett- und Salzgehalte in Fertigprodukten ermöglicht werden, eine gesündere Ernährungsalternative zu wählen. Gleichzeitig soll mithilfe von Maßnahmen zur Ernährungsaufklärung die Ernährungskompetenz gestärkt werden. Für die Förderung der Bewegungskompetenz ist es erforderlich, dass junge Menschen den Nutzen regelmäßiger körperlicher Aktivität für ihre Gesundheit erkennen und befähigt werden, sich im Alltag und in der Freizeit körperlich mehr zu betätigen. Heranwachsende sollen dort, wo sie lernen und leben, d. h., in der Schule, im Betrieb oder in der Kommune die Möglichkeit haben, sich ausreichend zu bewegen. Hierzu ist es wichtig, die Akteure in den Lebenswelten einzubinden und zu befähigen, die Bewegungsempfehlungen umzusetzen.

Zufriedenheit mit dem eigenen Körper stärken und Essstörungen reduzieren

Essstörungen im Jugendalter sind sehr ernstzunehmende Erkrankungen mit oftmals schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen. Im Vordergrund stehen eine Aufklärung über Essstörungen, Möglichkeiten der Diagnostik und Hilfsangebote, damit eine Therapie möglichst im Frühstadium eingeleitet werden kann. Ziel ist eine qualitätsgesicherte integrierte Versorgung bei Essstörungen, die Maßnahmen der Prävention, Beratung, Behandlung und Nachsorge umfasst und sinnvoll vernetzt.

Unterstützung bei psychischen Belastungen

Insbesondere Kinder und Jugendliche aus Familien mit psychisch kranken oder suchtkranken Eltern haben einen besonderen Unterstützungsbedarf. Bedarfsgerechte Hilfen müssen sich dem oft schwankenden Krankheitsverlauf der Eltern anpassen und unterschiedliche Beeinträchtigungen berücksichtigen. Dies schließt Übergänge zwischen niederschwelligen und intensiveren Hilfen für die betroffenen Elternteile und ihre Kinder ein. Es sind daher breitgefächerte und individuell abgestimmte Angebote notwendig, die systematisch geplant sind und auch kurzfristig in Anspruch genommen werden können. Dazu zählen insbesondere: spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche, dies umfasst auch Maßnahmen der Prävention, sozialpädagogische Hilfen für betroffene Familien, wie professionelle und ehrenamtliche Begleitungen der Familie, sowie psychiatrische und psychotherapeutische Hilfen für erkrankte Eltern und gegebenenfalls Angehörige und Kinder. Bestehende Risikofaktoren der psychischen Gesundheit von jungen Menschen, wie chronischer Stress, und deren gesundheitliche Folgen sind in der Schule, im Studium und beruflichen Bildung zu berücksichtigen sowie mit geeigneten interdisziplinären Hilfsangeboten zu begegnen. Um auch Kindern und Jugendlichen mit Pflegeverantwortung gleichwertige Chancen und Lebensverhältnisse zu ermöglichen, bedarf es besonderer Unterstützung und Unterstützungsangebote für diese Zielgruppe. Aber auch Lehrkräfte, ambulante Pflegedienste, Sozialdienste an Schulen und Kliniken sowie Jugendorganisationen und die Öffentlichkeit müssen auf das Thema aufmerksam gemacht und für Fragen in diesem Zusammenhang sensibilisiert werden.

Prävention sexualisierter Gewalt

Während sexueller Missbrauch von Kindern überwiegend im nahen sozialen Umfeld stattfindet, erleben Jugendliche sexuelle Gewalt im Kreis von Freundinnen und Freunden, Bekannten, Mitschülerinnen und Mitschülern oder (Ex-)Partnerinnen und (Ex-)Partnern. Sie vertrauen sich nicht Erwachsenen, sondern eher Gleichaltrigen an. Insofern üben Jugendliche als „Peers“ sexuelle Gewalt aus, sind selbst betroffen oder beobachten Vorfälle und werden ins Vertrauen gezogen. Es fehlt derzeit an Präventionsangeboten, die Jugendliche in ihrer Hilfesuche ermutigen, unterstützendes Verhalten gegen sexuelle Gewalt in der Peergroup fördern (sogenannte Bystander-Programme) sowie die Adressaten der Hilfesuche zur Unterstützung befähigen. Es gibt fundierte Hinweise, dass der Ansatz, unterstützendes Verhalten gegen sexuelle Gewalt in der

Peergroup zu fördern, grundsätzlich wirksam sein kann.[216] Notwendig sind neben der Stärkung der Peers und der Qualifikation pädagogischer Fachkräfte auch die Stärkung der Eltern in ihrer Rolle als Vertrauens- und Aufsichtspersonen. Der Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen wird Vorschläge für Verbesserungen zu deren Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung erarbeiten.

- Unterstützung am Übergang Schule und Beruf

Viele junge Menschen haben aus unterschiedlichsten Gründen Unterstützungsbedarfe, um nach der Schule eine Berufsausbildung aufnehmen oder erfolgreich abschließen zu können. Auch die gesundheitliche Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wirkt sich auf den Übergang in die Berufsausbildung mitentscheidend aus. Um dem Handlungsbedarf am Übergang Schule und Beruf zu begegnen, steht seitens der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter ein umfangreiches Maßnahmenangebot zur Verfügung, mit dem förderungsbedürftige junge Menschen von der Aufnahme bis zum Abschluss einer Ausbildung unterstützt werden können. Diese Angebote sind fortzusetzen.

- Reduzierung des Rauchens und riskanten Alkoholkonsums

Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist in den letzten Jahren ein anhaltender Rückgang der Raucherprävalenzen zu verzeichnen. Die Weiterverfolgung des Präventionsansatzes zur Verhinderung des Raucheinstiegs und der Reduzierung des Rauchens sowie des riskanten Alkoholkonsums unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem Mix aus verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen ist erforderlich, um den positiven Trend fortsetzen zu können. Auch ein Monitoring neuer Rauchprodukte wie E-Zigaretten ist hinsichtlich der bestehenden Gesundheitsgefahren erforderlich.

- Cannabiskonsum verringern

Der regelmäßige Cannabiskonsum in der frühen Jugend ist besonders risikobehaftet. Cannabisspezifische Präventionsmaßnahmen für diese Zielgruppe sollten daher ausgebaut werden. Dabei sollten die Aufklärung über gesundheitliche und psychosoziale Risiken von Cannabiskonsum, die Förderung einer konsumkritischen Haltung, die Vermeidung konsumbedingter Schäden durch möglichst lange Abstinenz und der Rückgang des Konsums im Jugendalter die leitenden Ziele sein.

- Den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien fördern

Die Förderung eines kritischen und verantwortungsvollen Umgangs mit digitalen Medien, insbesondere mit Computerspielen, bei Jugendlichen ist auch unter gesundheitlichen Aspekten von wesentlicher Bedeutung. Im Sinne eines guten Aufwachsens mit Medien trägt die Förderung von Medienkompetenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Vermeidung von internetbezogenen Störungen wesentlich bei. Ebenso sind eine Anpassung und Erweiterung der bestehenden Präventionsangebote notwendig. Des Weiteren sollten der Auf- und Ausbau von Beratungsangeboten für betroffene Menschen und ihre Angehörigen fortgeführt werden.

- Verringern des problematischen Glücksspiels

Die Zuständigkeit für das Glücksspiel liegt im Wesentlichen bei den Bundesländern, die mit dem Glücksspielstaatsvertrag Regelungen zu öffentlichen Glücksspielen getroffen haben. Zu den Zielen des Glücksspielstaatsvertrags gehört insbesondere, das Entstehen von Glücksspiel- und Wettsucht zu verhindern und durch ein begrenztes Glücksspielangebot unter Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes Voraussetzungen für eine wirksame Suchtprävention zu schaffen. Die Glücksspielsuchtprävention sollte ausgebaut und aktualisiert werden, um finanziellen Verlusten, Abhängigkeiten, psychischen und emotionalen Belastungen, Konflikten in der Familie oder am Arbeitsplatz vorzubeugen.

- Unfallgeschehen reduzieren

Trotz der langfristigen Rückgänge im Unfallgeschehen junger Menschen zählen Unfälle im Haushalt, in der Freizeit und im Straßenverkehr weiterhin zu den größten gesundheitlichen Gefahren in dieser Lebensphase. Mit dem Verkehrssicherheitsprogramm des BMVI erfolgen vielfältige Maßnahmen auf wissenschaftlicher Basis, die als Orientierungsrahmen für programmatische Ansätze der Bundesländer sowie privater Institutionen bis zum Jahre 2020 fortzusetzen sind, um die Verkehrssicherheitsarbeit bei allen Akteuren, unter anderem für Jugendliche und junge Erwachsene, als gesellschaftliche Daueraufgabe zu verankern und eine weitere Reduzierung des Unfallgeschehens zu erreichen.

Foto: Heather Ford, unsplash.com

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Mit der Förderung der Gesundheit früh beginnen und niemanden zurücklassen

Forschungsverbünde zur Kinder- und Jugendgesundheit – Förderinitiative „Gesund – ein Leben lang“ | BMBF

Ziel dieser Fördermaßnahme ist es, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche gesund bleiben oder schneller genesen. Dabei stehen kindgerechte Präventions- und Therapieansätze für chronische Erkrankungen und psychische Störungen, Konzepte der Gesunderhaltung und Prävention für Risikogruppen sowie biologische und molekulare Mechanismen prägender Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit im Vordergrund. Die Themen der Forschungsverbünde decken ein weites Spektrum ab. Sie untersuchen bessere Diagnose- sowie Präventions- und Behandlungsmethoden für psychische Probleme sowie körperliche Erkrankungen. Auch wird die frühe Prägung der körperlichen und psychischen Gesundheit durch frühkindliche Lebensereignisse untersucht.

Seltene Erkrankungen: Nationale Forschungsverbünde | BMBF

Mit dieser Fördermaßnahme werden Forschungsverbünde gefördert, die durch eine problemlösungsorientierte und interdisziplinäre Zusammenarbeit neue Erkenntnisse zu seltenen Erkrankungen erarbeiten. Es handelt sich dabei um Erkrankungen, die höchstens einen von 2.000 Menschen betreffen. Die Verbünde befassen sich mit Krankheitsgruppen, die lebensbedrohlich sind oder zu einer chronischen Invalidität bzw. zu gravierenden Beeinträchtigungen der Lebensqualität führen und/oder hohe Kosten verursachen. Derzeit werden multidisziplinäre Forschungsverbünde zu seltenen Erkrankungen gefördert, die sich überwiegend mit Erkrankungen im Kindesalter befassen, so z. B. mit Immunschwäche-/Autoimmunerkrankungen, Entwicklungsstörungen, Nierenerkrankungen, Erkrankungen des Nervensystems und Stoffwechselerkrankungen. Die Zielsetzung der Vorhaben ist vornehmlich auf Translation ausgerichtet, kann aber auf verschiedene Stufen des umfassenden Translationsprozesses aufsetzen.

Stärkung der ersten 1.000 Tage im Rahmen des Nationalen Aktionsplans IN FORM | BMEL

Die positiven Auswirkungen eines gesundheitsförderlichen Lebensstils in der frühkindlichen Phase sind bekannt und belegt. Daher hat sich die Bundesregierung im aktuellen Koalitionsvertrag verpflichtet, die Phase der Schwangerschaft bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres die sogenannten „ersten 1.000 Tage“ stärker in den Fokus zu rücken. Diese Lebensphasen stellen die zentralen Weichen für ein weiteres gesundes Leben. Gerade in dieser Zeit gibt es ein besonders hohes Bereitschaftspotenzial der jungen Eltern für eine gesundheitsförderliche Änderung des Lebensstils. Mit der Gründung des Netzwerks „Gesund ins Leben“ wurde ein entscheidender Schritt getan, um junge Familien in diesen entscheidenden Lebensphasen zu unterstützen. Im Rahmen des Netzwerks haben sich Frauen-, Kinder-, Jugendärztinnen und -ärzte sowie Hebammen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse auf gemeinsame, einheitliche (regelmäßig aktualisierte) Ernährungsempfehlungen von der Schwangerschaft bis ins Kleinkindalter verständigt. Über Schulungen, Elterninformationen, intensive Öffentlichkeitsarbeit und eine App werden diese Empfehlungen von über 600 Partnerorganisationen des Netzwerks in die Breite getragen.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Gesundheit nachhaltig fördern

Fachdialog zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung bei Heranwachsenden | BMG

Der Dialog dient der alters-, zielgruppen- und themenübergreifenden Zusammenarbeit von Akteuren aus Wissenschaft, Praxis und Politik, die sich gemeinsam für die Gesundheit Heranwachsender einsetzen. Ein wichtiger Meilenstein der Vernetzung ist der „Wegeweiser zum gemeinsamen Verständnis von Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland", der von den beteiligten Organisationen und Vertretenden der beteiligten Gremien gemeinsam verabschiedet wurde. Der Wegeweiser formuliert die inhaltlichen Eckpunkte und benennt Aufgaben des Fachdialogs im Rahmen des Prozesses. Durch die mit dem Prozess erreichte Vernetzung der Akteure und Verständigung auf ein gemeinsames Verständnis von Gesundheitsförderung und Prävention bei Heranwachsenden ist eine gute Grundlage für eine qualitätsgesicherte und nachhaltige Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland geschaffen worden.

Forschungsverbünde zur Primärprävention und Gesundheitsförderung | BMBF

Wesentliches Ziel dieser Fördermaßnahme ist es, Forschungskapazitäten der Präventionsforschung in Deutschland strukturell und nachhaltig zu stärken. Darüber hinaus soll durch eine gezielte und frühzeitige interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Praxisvertreterinnen und -vertretern der Transfer von evidenzbasierter Prävention und Gesundheitsförderung in den Alltag verbessert werden. Ferner sollen durch diese Maßnahme der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert sowie die internationale Sichtbarkeit der Präventionsforschung gestärkt werden.

In den einzelnen Verbünden richten sich mehrere Projekte an Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Settings. So werden beispielsweise evidenzbasierte Präventionsprogramme für Auszubildende im betrieblichen Kontext ebenso konzipiert und evaluiert wie Interventionen zur Steigerung von „Health Literacy" bei Jugendlichen in Schulen.

Langzeituntersuchungen in der Gesundheitsforschung | BMBF

Mithilfe dieser Fördermaßnahme werden prospektive Kohortenstudien mit wissenschaftlichen Fragestellungen aus der analytischen Epidemiologie und der klinischen patientenorientierten Forschung unterstützt. Die Forschungsergebnisse sollen dazu beitragen, die Ätiologie und Pathogenese von Erkrankungen und deren Prognosen besser zu verstehen und die Erfolgswahrscheinlichkeiten von Therapien besser abschätzen zu können. Im Bereich Kinder und Jugendliche werden drei Vorhaben über zwölf Jahre finanziert. Die Projekte adressieren die Themenfelder „körperlich-sportliche Aktivität bei Kindern und Jugendlichen", „Juvenile Idiopathische Arthritis" und „gesundheitliche Entwicklung von Frühgeborenen". Die Vorhaben berücksichtigen verschiedene Risikofaktoren, beispielsweise die Bedeutung der sozialen Herkunft für Krankheitsentwicklung und -verlauf oder für das Gesundheitsverhalten.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Stärkung der Gesundheitskompetenz junger Menschen

„Allianz für Gesundheitskompetenz“ | BMG

Seit 2017 hat die Bundesregierung die Stärkung der Gesundheitskompetenz verstärkt in den Fokus gerückt: Zusammen mit den Spitzen der Selbstverwaltung des deutschen Gesundheitswesens hat sie unter Federführung des BMG die Allianz für Gesundheitskompetenz ins Leben gerufen. Alle Partner haben sich dazu verpflichtet, die allgemeine Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch Gesundheitsbildung zu stärken. Sie soll bereits in jungen Jahren vermittelt werden und beispielsweise Bestandteil von Bildungs- und Lehrplänen von Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen sowie in Weiter- und Fortbildungseinrichtungen sein. Zu den Zielen der Allianz zählen zudem, wissenschaftlich abgesicherte Informationsangebote – insbesondere im Internet – zu bündeln, allgemein verständlich aufzubereiten sowie die Kommunikationskompetenz in der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Ärztinnen und Ärzte bzw. der Gesundheitsberufe zu fördern.

Bundesweite Aufklärungsmaßnahmen der BZgA | BMG

Qualitätsgesicherte, interessensneutrale und bevölkerungsweite Aufklärungsmaßnahmen der BZgA sind eine Kernaufgabe der Prävention und Gesundheitsförderung. Gesundheitliche Herausforderungen werden ziel- und altersgruppenspezifisch sowie niederschwellig behandelt. Dabei spricht die BZgA sowohl Fachkräfte als auch Endverbraucherinnen und -verbraucher an, um die Bevölkerung mit Basisinformationen und -kompetenzen zum gesunden Aufwachsen und gesundheitsförderlichen Lebensstil zu versorgen. Dafür erstellt die BZgA unter anderem Kampagnen, mehrsprachige „Kurzformate“ (Print/Film/Online) sowie themenspezifische Interventionen für verschiedene Settings wie Schule, Kita oder Internetportale, um zielgruppenspezifische Themen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufzugreifen. Ergänzend zum Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Instituts werden Surveys durchgeführt, um positive Veränderungen im Gesundheitsverhalten der Bevölkerung als Ergebnis einer gestärkten Gesundheitskompetenz zu messen und zu beschreiben. Themen sind z. B. Übergewicht, Bewegung, Essstörungen, Sucht und Drogenkonsum, pathologisches Glücksspielverhalten, kompetentes Medienverhalten, sexuell übertragbare Krankheiten, Organspenden oder psychische Gesundheit.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Umsetzung des Präventionsgesetzes

Ressortforschung: Gesundheitskompetente Schule: Organisationsentwicklung für die Stärkung der Gesundheitskompetenz im Setting Schule | BMG

Ziel des Projekts ist die Organisationsentwicklung von schulischen Bildungseinrichtungen zu gesundheitskompetenten Organisationen, unter anderem durch bessere Schulstrukturen und -netzwerke. Im gesundheitskompetenten Lebensraum Schule soll die personelle Gesundheitskompetenz von Mädchen und Jungen mittel- und langfristig gestärkt werden. Zugleich soll die Stärkung der Gesundheitskompetenz in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen adressiert werden.

Richtlinie zur Förderung von Diskursprojekten zu ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen in den modernen Lebenswissenschaften | BMBF

Die Fortschritte in den modernen Lebenswissenschaften eröffnen neue vielversprechende Wege in der Prävention, Diagnostik und Therapie von Krankheiten. Diese können gewichtige ethische, rechtliche und soziale Fragen aufwerfen. In einer offenen und zunehmend wissensbasierten Gesellschaft soll die kritische Diskussion dieser Fragen von einer gut informierten Öffentlichkeit im partizipativen Dialog mitgestaltet und mitgetragen werden. Ziel dieser Bekanntmachung ist eine gezielte Unterstützung des gesellschaftlichen Diskurses für aktuelle Themen der modernen Lebenswissenschaften. Insbesondere die junge Generation (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende) soll an diesem gestalterischen Prozess beteiligt werden.

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz) § 20 Abs. 1 (SGB V) / GKV Bündnis | BMG

Die Krankenkassen sind nach dem Präventionsgesetz dazu verpflichtet, den Aufbau und die Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen in Lebenswelten wie in Kindertageseinrichtungen, anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen mit Leistungen zur Prävention und Gesundheitsförderung zu unterstützen.
Die Umsetzung bedarf der Zusammenarbeit auf der Ebene des Bundes und der Länder auf der Grundlage von Bundesrahmenempfehlungen und Landesrahmenvereinbarungen sowie der Bereitschaft der für die jeweilige Lebenswelt Verantwortlichen, die Unterstützung der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen.
Der für die Leistungserbringung der Krankenkassen maßgebliche „Leitfaden Prävention“ benennt Kinder und Jugendliche, insbesondere vulnerable Personen, als Zielgruppe in der Kommune mit besonderem Unterstützungsbedarf. Durch das sogenannte „GKV-Bündnis für Gesundheit“ wird mit Unterstützung der BZgA ein umfangreiches kommunales Förderprogramm zur soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung unterstützt.

Entwicklung und Bereitstellung von Ernährungsinformation und Ernährungsbildungsmaterialien durch das Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) | BMEL

Mit der Gründung des Bundeszentrums für Ernährung (BZfE) im Februar 2017 hat das BMEL eine Neuorganisation der Ernährungsinformation und Ernährungskommunikation vorgenommen. Das BZfE berät wissenschaftlich fundiert, neutral und zielgruppenspezifisch in allen Lebensphasen von Schwangerschaft, Kleinkindalter, Kitas, Schulen, Berufstätige bis hin zum Seniorenalter. So liefert das BZfE beispielsweise zuverlässige Informationen zu einer sicheren und nachhaltigen Lebensmittelauswahl, unterstützt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit fundierten Informationen, unterstützt dabei, die Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, und entwickelt Bildungsbausteine für den Einsatz in Kitas und Schulen. Die Bildungsmaterialien greifen häufig die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen auf und sind pädagogisch geprüft. Je nach Thema und Zielgruppe nutzt das BZfE Printmedien, Online-Medien oder Apps.

Förderschwerpunkt Kinderübergewicht mit dem Fokus auf Bewegungsförderung | BMG

Im Koalitionsvertrag ist die Entwicklung der Nationalen Strategie zur Reduzierung von Übergewicht, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, vereinbart. Übergeordnetes Ziel ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung des Themas und die Stärkung der Lebens- und Gesundheitskompetenz von Bürgerinnen und Bürgern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Lebenswelten. Hierzu werden bisherige Aktivitäten gebündelt und qualitätsgesichert weiterentwickelt. Beim BMG werden Haushaltsmittel zur Prävention und Aufklärung von Adipositas bereitgestellt. Im Vordergrund steht der Wissenschafts-Praxis-Dialog. Durch die aktuellen Schwerpunktthemen „Partizipation der Familien“ soll die Passgenauigkeit der Maßnahmen verbessert werden. Um Bewegung als zentralen Einflussfaktor auf das Übergewicht deutlicher ins Bewusstsein der Akteure und Menschen zu rücken, startete 2019 der Förderschwerpunkt „Bewegungsförderung“. Ziel ist es, das Potenzial von Bewegung in der gesamten Bevölkerung bekannt zu machen und Grundlagen zu schaffen, Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren. Zehn Vorhaben wurden zur Förderung ausgewählt, bei der die praxisnahe Implementierungsforschung der Bewegungsförderung im Mittelpunkt steht.

Gründung des Instituts für Kinderernährung am Max Rubner-Institut | BMEL

Im Februar 2019 wurde das Institut für Kinderernährung am Max Rubner-Institut in Karlsruhe eröffnet. Das neu gegründete Institut soll das Zusammenwirken verschiedener Einflüsse auf die frühe Prägung von Krankheitsrisiken einschließlich der Entstehung von Übergewicht und ernährungsmitbedingten Krankheiten sowie des Ernährungsverhaltens von Kindern von der Geburt an bis zum 18. Lebensjahr untersuchen. Am Institut für Kinderernährung soll ein lebensphasenspezifischer Ansatz zur Entwicklung von altersabhängigen präventiven Konzepten verfolgt werden. Hierzu müssen bereits vorhandene und in Zukunft erarbeitete wissenschaftliche Erkenntnisse systematisch zusammengeführt und bewertet werden.
Relevante Einflussgrößen auf die Interaktionen zwischen Eltern und Kind sowie das Ernährungs- und Essverhalten von Schulkindern und Jugendlichen stehen im Fokus. Dazu gehören auch die Entwicklung von Konzepten zur Vermittlung von Themen mit Ernährungsbezug durch soziale Medien und eine Evaluierung der Umsetzung von Richtlinien zur Kinderernährung (DGE) in Kitas und Schulen.

Kompetenzcluster Ernährungsforschung | BMBF

Gefördert werden themenzentrierte Cluster, in denen Kompetenzen von (außer-)universitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gebündelt werden. Ziel ist es, die Kenntnisse über das Zusammenspiel von Mensch und Ernährung zu vertiefen und alltagstaugliche Strategien für eine gesündere Ernährung sowie gesundheitsförderliche Lebensmittel zu entwickeln. In drei der vier geförderten Cluster gibt es Teilprojekte und Kohortenstudien, die sich dabei insbesondere auf Kinder und Jugendliche beziehen und Strategien und Empfehlungen zur Verbesserung des Ernährungsverhaltens entwickeln. Im „enable"-Cluster werden zum Beispiel Essbedürfnisse, -wünsche und -motive von Jugendlichen und jungen Erwachsenen untersucht und ein Spiel zur Unterstützung einer gesunden Ernährung entwickelt, das auch in Schulen eingesetzt werden soll. Auch das „NutriCARD"-Cluster entwickelt Konzepte, um Ernährung und Gesundheit besser in den Schulunterricht der Mittel- und Oberstufe zu integrieren. In dem „DietBB"-Cluster wird unter anderem der Einfluss von Ernährungsfaktoren auf die kognitive Entwicklung bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer eigenen Kohortenstudie untersucht.

Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten | BMEL

Die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten ist ein Element im Rahmen eines ganzheitlichen ernährungspolitischen Ansatzes des BMEL. Übergeordnetes Ziel ist die Förderung einer gesunden Lebensweise sowie die Senkung des Anteils der Übergewichtigen und Adipösen in der Bevölkerung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, und der Häufigkeit von ernährungsbedingten Krankheiten. Der Strategie liegt eine Grundsatzvereinbarung zwischen dem BMEL und verschiedenen Verbänden des Lebensmittelhandels, der Lebensmittelwirtschaft und des Lebensmittelhandwerks zugrunde.

Die Lebensmittelwirtschaft verpflichtet sich auf freiwilliger Basis, in einem mehrjährigen Prozess die Gehalte an Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten zu reduzieren. Die Umsetzung der Strategie erfolgt in einem dialogorientierten Prozess zwischen dem BMEL und den Wirtschaftsverbänden. Sie wird durch ein wissenschaftsbasiertes Produktmonitoring und ein Begleitgremium aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der Bundesländer sowie von Verbänden und Institutionen aus den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Lebensmittelwirtschaft, Verbraucherschutz und Wissenschaft flankiert.

Nationaler Aktionsplan IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht

Im Rahmen des Aktionsplans setzen sich das BMEL und das BMG für die Verbesserung des Bewegungs- und Ernährungsverhaltens ein.
Ernährung: Maßnahmen zur Intensivierung der Ernährungsbildung und Stärkung der Ernährungskompetenzen in allen Altersklassen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Konkrete Beispiele sind: Entwicklung des DGE-Qualitätsstandards für Schulverpflegung, Einrichtung von Schulvernetzungsstellen mit den Ländern zur Unterstützung von Schulträgern und Schulen bei der Umsetzung eines ausgewogenen Verpflegungsangebotes, Entwicklung von Ernährungsbildungsmaterialen, um Lehrkräfte bei der Ernährungsbildung zu unterstützen, und die Förderung von Modellprojekten in Schulen.
Bewegung: Bürgerinnen und Bürger werden für Bewegungsförderung sensibilisiert. Für Jugendliche ist die Lebenswelt Schule auch für die Bewegungsförderung von Bedeutung. Bewegung wird durch das Schulfach Sport formal abgedeckt, braucht aber ergänzend Angebote in der Pause und im Unterricht. Die „Nationalen Empfehlungen für Bewegung und Bewegungsförderung" geben allen Akteuren einen Orientierungsrahmen und zeigen Möglichkeiten, wie Menschen in verschiedenen Settings zu mehr Bewegung animiert werden können.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Zufriedenheit mit dem eigenen Körper stärken und Essstörungen reduzieren

Weiterentwicklung der Nährwertkennzeichnung | BMEL

Die übermäßige Zufuhr von Zucker, Fetten, gesättigten Fettsäuren und zu viel Salz sind ein Risikofaktor für die Entstehung von Übergewicht und ernährungsmitbedingten Krankheiten wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.
Aus Sicht des BMEL sind mehrere Bausteine zur Förderung einer gesunden Ernährungsweise notwendig, einer davon ist ein vereinfachtes, erweitertes Nährwertkennzeichnungs-System. Um einen gesunden Ernährungsstil zu fördern, will das BMEL eine zusätzliche Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackung einführen, die eindeutig ist, sich am praktischen Leben der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert und auf vielen Lebensmitteln Anwendung findet. In der Kommunikation hierzu sind auch zielgruppenspezifische Maßnahmen, z. B. für Kinder und Jugendliche, erforderlich. Der Nutri-Score als System der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln soll mit einer fünfstufigen Farb- und Buchstabenskala zur Information der Nährwertqualität eines Produktes eingeführt werden.

Information über Essstörungen sowie Möglichkeiten der Beratung und Behandlung | BMG

Das BMG unterstützt im Bereich von Essstörungen einen integrierten Ansatz bei der Prävention, Beratung, Therapie und Nachsorge mit verschiedenen Maßnahmen. Zu einer besseren Vernetzung der einzelnen Akteure trägt das Fachgremium Essstörungen bei, das jährlich im BMG tagt und dem die maßgeblichen Fachgesellschaften, Verbände, Expertinnen und Experten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, bestehende Aktivitäten besser zu vernetzen und bekannter zu machen sowie Betroffene und deren Angehörige zu informieren. Im Rahmen des Fachgremiums wurden „Empfehlungen zur integrierten Versorgung bei Essstörungen in Deutschland“ erarbeitet. Zudem wurden Flyer mit Informationen über Essstörungen für verschiedene Zielgruppen erstellt. Unterstützend zu den Aktivitäten des BMG bietet auch die BZgA zum Thema Essstörungen ein umfangreiches Medienangebot an. Die Aktivitäten erfolgen in Ergänzung und enger Abstimmung mit dem Fachgremium, um die Aktualität und Qualität der Angebote sicherzustellen.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Unterstützung bei psychischen Belastungen

Arbeitsgruppe „Kinder psychisch kranker Eltern“ | BMFSFJ

Vor dem Hintergrund der erhöhten Gefährdung von Kindern psychisch kranker Eltern, selbst psychisch zu erkranken, sind sie eine besonders vulnerable Gruppe mit spezifischen Unterstützungs- und Leistungsbedarfen. Mehrere Sozialgesetzbücher sehen zwar vielfältige Leistungen für Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte vor. Diese nehmen jedoch in der Regel die Familie als soziale Einheit nicht ausreichend in den Blick und sind nicht in bedarfsgerechter Weise aufeinander abgestimmt. Daher hat das BMFSFJ gemeinsam mit dem BMG und dem BMAS sowie der Drogenbeauftragten der Bundesregierung zur Situation von Kindern psychisch kranker Eltern eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe einberufen, die Vorschläge zur Verbesserung der Situation betroffener junger Menschen und ihrer Familien erarbeitet. Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sowie rechtliche Rahmenbedingungen sollen geklärt und gegebenenfalls bestehender gesetzlicher Handlungsbedarf identifiziert werden, um ihre Situation zu verbessern.

Deutsches Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit
Deutsches Zentrum für Psychische Gesundheit | BMBF

Mit der Gründung von zwei neuen deutschen Zentren der Gesundheitsforschung in den Bereichen der Kinder- und Jugendgesundheit und der psychischen Gesundheit wird der im Koalitionsvertrag beschlossene Ausbau dieser Forschungsbereiche umgesetzt.
Das vorhandene medizinische Wissen im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit bezieht sich bislang noch zu oft auf den erwachsenen Menschen und kann nicht einfach auf Kinder und Jugendliche übertragen werden. Therapien müssen besonders auf Heranwachsende ausgerichtet werden, indem ihre körperlichen und psychischen Voraussetzungen und ihre Entwicklung besser beachtet werden.

Um zu wirksameren Ergebnissen zu gelangen, wird das Deutsche Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit deutschlandweit die besten Expertinnen und Experten unterschiedlichster Fachrichtungen zusammenführen. Eine Aufgabe des Zentrums wird es auch sein, Konzepte zu entwickeln, die junge Menschen stärker für eine gesunde Lebensweise motivieren und die ihr Lebensumfeld entsprechend gestalten. Die zukünftigen Partner der neuen Zentren werden in einem wettbewerblichen, wissenschaftsgeleiteten Verfahren bestimmt.

Forschungsnetz psychische Erkrankungen | BMBF

Das Forschungsnetz psychische Erkrankungen bündelt nationale Kompetenzen in der anwendungsorientierten Grundlagenforschung, der klinischen Forschung und der Versorgungsforschung zu psychischen Erkrankungen im Kindes- und Erwachsenenalter. Hierzu werden Forschungsverbünde zu spezifischen Störungsbildern gefördert. Mit Blick auf psychische Störungen in der Kindheit werden neue Erkenntnisse zu den therapeutischen, psychophysiologischen, neuronalen und epigenetischen Wirkmechanismen generiert und anschließend in die Versorgung übertragen. Darüber hinaus soll die Behandlung von Kindern mit Angststörungen, Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) oder Autismus-Spektrum-Störungen optimiert werden.

Forschungsverbünde zu Verhaltensstörungen im Zusammenhang mit Gewalt, Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch in Kindheit und Jugend | BMBF

Frühe Traumata und aversive Erfahrungen in Kindheit und Jugend können die Gesundheit eines Menschen langfristig beeinträchtigen. Die Erfahrung von sexuellem Missbrauch, Vernachlässigung oder Gewalt im Kindes- und Jugendalter haben besonders schwerwiegende Auswirkungen. Mit der Maßnahme wird das Ziel verfolgt, die Erforschung dieses Themengebietes voranzutreiben, um die Entwicklung neuer evidenzbasierter Konzepte zur Erkennung, Behandlung und Prävention zu ermöglichen und den Transfer der Ergebnisse in die Praxis zu stärken.

Forschungsverbünde zur psychischen Gesundheit geflüchteter Menschen | BMBF

Die Zahl der geflüchteten Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, ist hoch. Viele der Betroffenen waren aufgrund von Bürgerkrieg, Terror und Flucht extremen psychischen Belastungen ausgesetzt und weisen daher ein erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen auf. Entsprechend hoch ist der Bedarf an Präventionsmaßnahmen und einer frühen kultursensitiven Diagnostik und Behandlung. Die Forschungsverbünde zur psychischen Gesundheit geflüchteter Menschen bündeln Kompetenzen in der kultur- und zielgruppenspezifischen klinischen Forschung und Versorgungsforschung im Bereich psychischer Erkrankungen. Sie bieten damit die besten Voraussetzungen dafür, Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen zu erarbeiten. In mehreren der beteiligten Verbünde werden dabei Kinder, junge Familien, Jugendliche oder junge Erwachsene adressiert.

Pausentaste – Wer anderen hilft, braucht manchmal selber Hilfe. | BMFSFJ

Das Projekt „Pausentaste – Wer anderen hilft, braucht manchmal selber Hilfe." will junge Pflegende bundesweit durch ein niedrigschwelliges Beratungsangebot unterstützen. Die „Pausentaste" soll ihnen helfen, Pausen einzulegen, zu reflektieren und Hilfsangebote wahrzunehmen oder über die eigene Situation zu sprechen – auch anonym. Das Angebot umfasst die Website www.pausentaste.de, eine telefonische Beratung und eine E-Mail-Beratung. Eine Chat-Beratung wird das Angebot künftig erweitern. Über www.pausentaste.de sollen in erster Linie betroffene Kinder und Jugendliche erreicht werden. Aber auch Lehrerinnen und Lehrer, ambulante Pflegedienste, Sozialdienste an Schulen und Kliniken sowie Jugendorganisationen und die Öffentlichkeit sollen auf das Thema aufmerksam gemacht werden.
Flankierend zum Projekt Pausentaste hat das BMFSFJ im Juli 2017 ein Netzwerk, dem mittlerweile 70 Initiativen angehören, zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Pflegeverantwortung ins Leben gerufen. Das Netzwerk trifft sich einmal im Jahr zu einem fachlichen Austausch. Zur Unterstützung des unterjährigen Austausches im Netzwerk wurde ein Newsletter geplant, der zukünftig zweimal jährlich erscheinen soll. Die erste Ausgabe des Newsletters wurde am 24. September 2019 an das Netzwerk Pausentaste versendet.

Maßnahmen zu den Handlungsbedarfen: Reduzierung des Rauchens und riskanten Alkoholkonsums; Cannabiskonsum verringern; Verantwortungsvollen Umgang mit Medien fördern

Ausbau der Frühintervention und des Monitorings bei Substanzkonsum (unter anderem Alkohol, Cannabis) sowie internetbezogenen Störungen | BMG

Jugendliche mit einem riskanten oder problematischen Substanzkonsum fallen unter anderem im öffentlichen Raum oder nach einer Alkoholintoxikation im Krankenhaus auf. Zur Cannabisprävention im Jugendalter sollen die Maßnahmen der BZgA mit zielgruppenspezifischen Internetangeboten, Kampagnen und didaktischen Unterrichtsmaterialien ausgebaut werden.
Zur Prävention des Rauschtrinkens werden gesundheitsbezogene Frühinterventionsmaßnahmen angeboten. Neben der Informationsvermittlung soll erreicht werden, dass Jugendliche sich mit ihrem Konsumverhalten kritisch auseinandersetzen und weniger riskant konsumieren. Idealerweise findet diese Maßnahme in Kooperation mit den Eltern statt.
Das Internet bietet viele Chancen und birgt Risiken. Bestehende Online-Beratungsangebote für junge Menschen sind weiterzuführen, Eltern über internetbezogene Störungen zu sensibilisieren. Existierende Maßnahmen sind mit bundeseinheitlichen Qualitätsstandards auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu prüfen, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Maßnahmen zum Handlungsbedarf: Unfallgeschehen reduzieren

Halbzeitbilanz des Verkehrssicherheitsprogramms und Aktionsbündnis „BAG Kindersicherheit“ | BMG

Im November 2011 veröffentlichte das BMVI das Verkehrssicherheitsprogramm, welches die Leitlinie für die Verkehrssicherheitspolitik des Bundes bis zum Jahr 2020 vorgibt. Dieses Programm enthält 56 Maßnahmen und wurde auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse erstellt. Es versteht sich als Orientierungsrahmen für programmatische Ansätze der Bundesländer sowie privater Institutionen und lädt alle Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit ein, sich an dieser wichtigen gesellschaftlichen Daueraufgabe engagiert zu beteiligen. Ansätze dieser Leitlinie beziehen sich auch auf Jugendliche und junge Fahranfängerinnen und -anfänger.
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V. (BAG) wurde auf Initiative des BMG als Aktionsbündnis gegründet und ist der einzige bundesweite Verein, der sich der Prävention von Kinderunfällen zu Hause und in der Freizeit widmet. Sie wird von der BZgA bis 2020 gefördert, setzt sich als Dachverband für die Verhütung von Kinderunfällen ein und rückt das Thema „Kinderunfälle“ ins öffentliche Bewusstsein.

EUROPA & DIE WELT

Über Grenzen hinweg: Austausch erfahren, Begegnung ermöglichen, Zusammenleben mitgestalten

AUSGANGSLAGE

Europa und die Welt sind ein selbstverständlicher Teil des Alltags vieler junger Menschen in Deutschland: Viele von ihnen reisen regelmäßig ins Ausland, begegnen dort und zu Hause Gleichaltrigen aus anderen Ländern, folgen in Mode, Musik, Film etc. internationalen Trends, kaufen Produkte aus der gesamten Welt und lernen, kommunizieren, arbeiten und handeln in internationalen Zusammenhängen. Umgekehrt kommen Jugendliche und junge Erwachsene aus anderen Ländern nach Deutschland – sei es für eine Reise, einen Bildungsaufenthalt oder auch, um längere Zeit hier zu leben. Durch die rasante Entwicklung der digitalen Kommunikationsinstrumente in den letzten Jahren gehört es zudem zum Alltag vieler junger Menschen, sich auf virtuellem Wege regelmäßig mit Bekannten aus aller Welt auszutauschen.

Für viele Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland ist es selbstverständlich, mit Gleichaltrigen unterschiedlicher nationaler Herkunft aufzuwachsen. Begegnung mit anderen Kulturen und interkulturelles Lernen können viele junge Menschen auch in ihrem direkten Lebenskontext erfahren. Sie müssen nicht ins Ausland reisen, um sich z. B. ihrer eigenen Gesellschaft und deren Wertesystem bewusst zu werden. Dabei ist festzustellen, dass junge Menschen aus benachteiligten Milieus grenzüberschreitende Möglichkeiten häufig noch nicht für sich nutzen. Interkulturelle Kompetenz, Kenntnisse über andere Länder, Kulturen und Sprachen oder Erfahrungen im Umgang mit kultureller Vielfalt werden für junge Menschen immer wichtiger, um in der internationalisierten Lebenswelt zu bestehen. Gleichzeitig können internationale Begegnungen angesichts zunehmender populistischer und nationalistischer Tendenzen dazu beitragen, Brücken zu bauen sowie Verständigung und Toleranz zu fördern.

Europa und die Welt erleben junge Menschen vielfach als erweiterten physischen und virtuellen Lebensraum. Persönlichkeitsentwicklung bedeutet für viele in Deutschland lebende junge Menschen daher heute immer auch, als Europäerin und Europäer bzw. als Weltbürgerin und Weltbürger aufzuwachsen – auch wenn sich dies nicht immer als ein bewusster Prozess vollzieht. Es beeinflusst die Lebenspraxis, die Werteorientierung und die Zukunftsvorstellungen junger Menschen[217] und hat beispielsweise Auswirkungen auf ihre Identität und ihr Verständnis von Bürgerschaft.[218] So gelten junge Menschen eher als weltoffen und tolerant.

Zusammenleben in Europa

Die Europäische Union wirkt an vielen Stellen direkt und indirekt auf das tägliche Leben junger Menschen ein. Die junge Generation ist damit aufgewachsen, ohne Passkontrollen oder Geldwechsel in viele Länder Europas zu reisen, um Freundschaften zu pflegen, zu studieren oder zu arbeiten. Zudem profitieren sie unter anderem von den umfassenden EU-weiten Regelungen zum Verbraucher- und Konsumentenschutz (z. B. Fahrgastrechte, Abschaffung der Roaminggebühren) oder einer EU-Grundrechtecharta, die zum Beispiel auch Kinderrechte mit umfasst.

Grundsätzlich hat die EU bei jungen Menschen in Deutschland ein weitgehend positives Image: So beurteilt jede bzw. jeder zweite Jugendliche die EU positiv oder sehr positiv[219] und eine große Mehrheit ist davon überzeugt, dass das, was die europäischen Bürgerinnen und Bürger zusammenbringt, wichtiger ist als das, was sie trennt.[220] Gleichzeitig gibt aber mehr als ein Drittel der 15- bis 24-Jährigen an, zuerst Zweifel zu haben, wenn sie an die EU denken, 32 % fühlen Vertrauen und für 25 % verbindet sich mit der EU Hoffnung.[221] Dabei korreliert die Haltung junger Menschen zu Europa oftmals mit ihrem Bildungsniveau: Junge Menschen mit geringeren Bildungschancen stehen Europa eher unentschlossen gegenüber. Mit der Zunahme des Bildungsniveaus nimmt auch das positive Bild von der EU zu.[222]

Europäische Bildungsarbeit und das Wecken eines europäischen Bewusstseins im Alltag können dazu beitragen, das Thema Europa stärker in der Lebenswelt junger Menschen zu verankern. Dabei ist es wichtig, dass Europa selbst, europäische Werte, Solidarität und Politik für junge Menschen praktisch erlebbar werden. Dies kann einerseits durch Aufenthalte im europäischen Ausland geschehen. Aber auch im direkten Lebensumfeld junger Menschen können an Orten

Foto: Franck V., unsplash.com

sowie bei Themen und Interessen, die jungen Menschen wichtig sind, europäische Bezüge aufgezeigt und Zusammenhänge dargestellt werden. Wichtige Themen im Vorfeld der Europawahlen 2019 waren aus Sicht junger Menschen in Deutschland Klimawandel und Umweltschutz, die Förderung von Menschenrechten und Demokratie, die soziale Sicherung der EU-Bürgerinnen und Bürger sowie der Schutz persönlicher Daten.[223] Dagegen sehen junge Menschen aus Ländern mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als wichtiges politisches Thema der EU.[224]

Junge Menschen haben konkrete Erwartungen an die EU und wünschen sich, in die Gestaltung von Politik im europäischen Kontext stärker einbezogen zu werden. Zwei Drittel der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland äußern die Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nur teilweise oder gar nicht zählt.[225] Dieses Bild spiegelte sich in der Vergangenheit auch in der geringen Beteiligung an den Europawahlen oder der Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters wider. Erfreulicherweise war bei den Europawahlen 2019 eine deutlich höhere Beteiligung junger Menschen zu verzeichnen.

Seit einigen Jahren werden junge Menschen und ihre Anliegen stärker in die europäische Politik eingebunden. Über Anhörungen, Umfragen oder Veranstaltungen sowie längerfristig angelegte Dialogprozesse bezieht die Europäische Union die Interessen und Meinungen junger Menschen in ihre Arbeit mit ein. Dabei spielt die EU-Jugendstrategie mit ihren drei aktuellen Schwerpunktthemen ***Begegnung, Beteiligung und Befähigung*** eine wichtige Rolle. Sie dient seit 2010 als Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten und soll Impulse geben, um Politik für junge Menschen in den einzelnen Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. Aufschluss darüber, welche Erwartungen junge Menschen an eine europäische Jugendpolitik und an ein Europa der Zukunft haben, geben unter anderem die elf europäischen Jugendziele (Youth Goals), welche 2017/2018 im Rahmen des EU-weiten Strukturierten Dialogs mit der Jugend entwickelt wurden.[5] Sie sollen in die Umsetzung der EU-Jugendstrategie im Zeitraum 2019 bis 2027 einfließen.

Ein besonderes Beteiligungsmodell für junge Menschen in einem weiteren europäischen Kontext bietet der Europarat, der mit seinem Ko-Management-System seit den 1970er-Jahren mit gutem Beispiel vorangeht: Im Jugendbereich treffen Vertreterinnen und Vertreter junger Menschen sowie der Mitgliedstaaten gleichberechtigt Entscheidungen über Arbeitsprogramme, Projekte, Maßnahmen und die Verwendung der Budgets.

Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung

Durch das Überschreiten nationalstaatlicher Grenzen eröffnen sich jungen Menschen neue Erfahrungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Auslandsaufenthalte bieten Zugänge zu vielfältigen Perspektiven und machen Verschiedenheiten ebenso erlebbar wie Gemeinsamkeiten. Damit können sie jungen Menschen das Rüstzeug geben, sich neuen Herausforderungen zu stellen und Chancen besser wahrzunehmen.[226] Die Möglichkeiten für junge Menschen, neben individuellen Reisen grenzüberschreitende Begegnungs- und Lernerfahrungen zu machen und diese Angebote mitzugestalten, sind vielfältig: Schule, Studium, berufliche Bildung sowie die verschiedenen Angebote und Formen im Bereich der europäischen und internationalen Jugendarbeit und Jugendbildung sowie der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eröffnen sich angesichts der internationalen Vergleichbarkeit und Vernetzung von Bildungssystemen große Chancen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an junge Menschen, möglichst schon in der Schule oder Studienzeit grenzüberschreitend mobil zu sein oder andere Kulturen und Arbeitsformen kennenzulernen. Unabhängig von diesen Erwartungen wächst bei ihnen im Zuge von Globalisierung und offenen Grenzen in Europa das Interesse an Auslandserfahrungen. Forschungsergebnisse zeigen, dass mehr als die Hälfte der jungen Menschen in Deutschland bereits an Auslandsaufenthalten jenseits von Urlaubsreisen teilgenommen haben, davon wiederum die Hälfte an pädagogisch begleiteten Formaten des internationalen Jugend- und Schüleraustausches. Knapp zwei Drittel der jungen Menschen in Deutschland gelten als grundsätzlich an internationalem Austausch interessiert.[227]

[5] Die europäischen Jugendziele thematisieren unter anderem die Verbindung zwischen der EU und der jungen Generation, Nachhaltigkeit, psychische Gesundheit, Bildung und Beteiligung. Weitere Informationen unter https://ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/youthgoals_de [18.10.2019].

Die tatsächliche Teilnahme an Mobilitätsangeboten im Ausland ist teilweise stark an die finanziellen sowie soziokulturellen Hintergründe der jungen Menschen und ihrer Familien geknüpft. So benötigen junge Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf (wie beispielsweise Jugendliche mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen, junge Eltern oder junge Menschen, die die Schule abgebrochen haben) in der Regel eine intensive Vorbereitung und individuelle Begleitung, um Mobilitätsangebote wahrnehmen zu können. Häufig fehlt außerdem das Wissen um die vielen internationalen Formate, die oft finanziell unterstützt werden und für die man keinerlei Vorbildung braucht. Folglich bleibt manchen jungen Menschen der Zugang zu internationaler Lernerfahrung nach wie vor weitgehend versperrt.

Grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen und internationaler Austausch haben nicht nur Bedeutung für Einzelne, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes, denn sie können gegenseitiges Verständnis und Toleranz, Solidarität und gesellschaftliches Engagement fördern. Für die Solidarität und Kooperation junger Menschen über Kontinente hinweg stehen dabei die europäischen und internationalen Freiwilligendienste (z. B. Internationaler Jugendfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr/Freiwilliges Ökologisches Jahr im Ausland, weltwärts, kulturweit, Europäisches Solidaritätskorps) sowie die vielfältigen weltweiten Partnerschaften von Jugendorganisationen.

Im Zuge weltweiter Migrations- und Fluchtbewegungen stieg in den letzten Jahren die Zahl der nach Deutschland kommenden Menschen – darunter zahlreiche Jugendliche und junge Erwachsene – auf der Suche nach Sicherheit und Lebensperspektiven. Eine Vielzahl junger Menschen in Deutschland engagiert sich für eine offene Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten und setzt sich für ihre gesellschaftliche Integration ein. Viele junge Menschen in Deutschland interessieren sich für drängende globale Themen wie Klimaschutz, Menschenrechte, Demokratieentwicklung, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung oder Friedenssicherung. So zeigen viele von ihnen ein besonderes Interesse an der Arbeit der Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen sowie an der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Junge Menschen in Deutschland setzen sich dabei vorsichtig und abwägend mit der Lage der Welt und den Rückwirkungen auf ihr Land auseinander. Für Deutschland wünschen sie sich in der internationalen Politik eine wichtige vermittelnde Rolle.[228]

Junge Menschen spielen deshalb auch eine wichtige Rolle für ein friedvolles und sicheres Zusammenleben. Sie aktiv und systematisch in Fragen von Frieden und Sicherheit einzubinden, ist deshalb eine Notwendigkeit. Ein besonderes Augenmerk ist auf eine gleichberechtigte Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen bei Krisenprävention und Friedensprozessen zu richten. Mit dem Ziel, die Anliegen junger Menschen stärker in die Arbeit der Vereinten Nationen einzubeziehen, wurde 2013 das Amt einer bzw. eines Beauftragten für Jugend eingeführt. Seit 2018 verfolgen die Vereinten Nationen die „Jugendstrategie 2030“ mit dem Ziel, globale, nationale und regionale Maßnahmen zu stärken, um den Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden, ihre Rechte zu verwirklichen und ihre Fähigkeiten als Mitgestalterinnen und Mitgestalter des Wandels zu nutzen. Auf multilateraler Ebene erfolgt eine aktive Einbindung junger Menschen derzeit unter anderem durch Jugenddelegierten-Programme im Rahmen der Vereinten Nationen oder die regelmäßig stattfindenden G7- bzw. G20-Jugendgipfel, bei denen die jugendlichen Delegierten aus ihrer Perspektive Lösungsansätze für globale Herausforderungen erarbeiten.

Es ist die junge Generation, die im Europa und der Welt von heute und von morgen leben wird. Deshalb müssen junge Menschen bereits heute im europäischen und internationalen Kontext aktiv in die Politikgestaltung einbezogen werden.

HANDLUNGSBEDARFE

- Die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung sollte auch den europäischen und internationalen Kontext einbeziehen: Dies bedeutet auf der einen Seite, auf europäischer und internationaler Ebene – soweit möglich – Impulse im Sinne junger Menschen zu setzen und Mitverantwortung für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa und weltweit zu übernehmen. Andererseits sollten europäische und internationale Entwicklungen und Erfahrungen mit Jugendbezug aufgegriffen und an passender Stelle bei politischen, wissenschaftlichen und fachpraktischen Debatten in Deutschland berücksichtigt werden. Für den europäischen Kontext könnte hierzu in geeigneten Arbeitsbereichen insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 und der Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats von November 2020 bis Mai 2021 genutzt werden.

- Alle jungen Menschen müssen Europa und seine Vielfalt aktiv erleben können. Sie brauchen Möglichkeiten, sich mit europäischen Entwicklungen kritisch auseinanderzusetzen, sich mit Engagement für Europa, die europäische Solidarität und das europäische Zusammenwachsen einzusetzen sowie Europa aktiv mitzugestalten. Angebote wie europäische Begegnungen und andere Erfahrungen sollen weiter unterstützt werden. Die Vorteile der europäischen Integration müssen für alle jungen Menschen auch vor Ort stärker erlebbar werden. Es gilt, die europabezogene Bildungsarbeit zu unterstützen und über die Ebenen und Bereiche hinweg zu vernetzen.

- Der Erwerb interkultureller Kompetenzen ist eine wichtige Voraussetzung, um in der europäisierten und globalisierten Lebenswelt zurechtzukommen. Grenzüberschreitende Mobilität sollte von einer Chance für wenige zu einem Angebot für alle jungen Menschen werden. Mobilität im Sinne der internationalen Jugendarbeit (nach § 11 KJHG), europäische und internationale Begegnungen, pädagogisch begleitete Jugendreisen, Freiwilligendienste, Schüleraustausch oder längere Auslandsaufenthalte sowie die damit verbundenen grenzüberschreitenden Lernerfahrungen bedürfen einer stärkeren Anerkennung und Würdigung, sowohl in der formalen als auch non-formalen Bildung. Dabei sollten junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf besondere Aufmerksamkeit erfahren. Strukturen für Information und Beratung zu internationalen Angeboten sollten gestärkt sowie Begleitstrukturen intensiviert werden. Darüber hinaus sind Mobilitätshindernisse abzubauen und insofern die Empfehlungen des Rates der Europäischen Union vom 28. Juni 2011[229] konsequent umzusetzen.

- Auch im internationalen Kontext gilt es, selbstbestimmte und selbstorganisierte Freiräume für junge Menschen zu ermöglichen. Diese Freiräume müssen so gestaltet sein, dass sie möglichst allen jungen Menschen offenstehen.

- Grenzüberschreitende Lernerfahrungen und das voneinander Lernen unterstützen Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe dabei, die eigene Arbeit weiterzuentwickeln, zu reflektieren und Jugendliche dazu zu motivieren, selbst grenzüberschreitend mobil zu sein. Es gilt daher, den Fachkräfteaustausch bzw. die Mobilität der Fachkräfte zu fördern und eine Anerkennungskultur für mobile Fachkräfte zu entwickeln.

- Die internationale Jugendarbeit kann im besonderen Maße von der Digitalisierung profitieren. Dabei ist es wichtig, neue Konzepte zu erproben und weiterzuentwickeln (z. B. digitale Werkzeuge zur internationalen Kooperation, Kommunikation sowie zum Projekt- und Qualitätsmanagement). Gleichzeitig sollten vorhandene Verfahren und Methoden dahingehend beleuchtet werden, ob sie durch neue digitale Möglichkeiten verbessert, vereinfacht und gegebenenfalls auch ersetzt werden können.

- Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention gilt es, die Anliegen und Themen junger Menschen im europäischen und internationalen Kontext ernst zu nehmen und in die Politikgestaltung einzubeziehen. Insbesondere sollten bestehende Maßnahmen zur Mitwirkung junger Menschen und ihrer Vertretungen an der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gestärkt (z. B. Zusammenarbeit bestehender nationaler und grenzüberschreitender Jugendstrukturen, Jugenddelegierten-Programme, multilaterale Jugendgipfel, Jugendbeiräte) und neue Wege und Formate erprobt werden. Im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 gilt es darauf zu achten, die europäischen Jugendziele (Youth Goals) zu berücksichtigen. Der Europarat und dessen Ko-Management-System im Jugendbereich können dabei als erfolgreiches Beteiligungsmodell für junge Menschen und Vorbild gesehen werden.

- Ergänzend zu den bestehenden multilateralen Strukturen sind nach wie vor auch bilaterale Beziehungen von besonderer Bedeutung, da sie eine vertiefte Zusammenarbeit ermöglichen.

- Die transnationale Zusammenarbeit in Bezug auf Themen, die jungen Menschen wichtig sind, sollte fortgeführt und – wo es erforderlich ist – verbessert werden. Unter anderem sollte die Bundesregierung weiterhin jugendrelevante Themen auf die Agenda der Vereinten Nationen setzen und die Meinungen und Anliegen junger Menschen in die Diskussionen einbringen. Als Ergänzung hierzu braucht es pädagogische Angebote der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens, die an formalen und non-formalen Bildungsorten etabliert werden und für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugänglich sind.

- Der Beitrag und das Potenzial junger Menschen für Versöhnung, Gerechtigkeit und Wohlstand benötigen weiterhin Wertschätzung, Anerkennung und Unterstützung. Im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt sich Deutschland zudem für mehr politische Teilhabe, insbesondere von Mädchen und jungen Frauen in Krisenprävention und Friedensprozessen sowie verbesserten Schutz vor sexueller Gewalt ein.

Foto: Ben White, unsplash.com

Eine Welt aus den Fugen – Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen im In- und Ausland als vorpolitisches Instrument der Krisenprävention und Krisenbewältigung | AA

Mit dem Ziel, durch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Verstehens- und Verständigungsprozesse zwischen Schülerinnen bzw. Schülern und Jugendlichen in Gang zu setzen, werden Maßnahmen der außerschulischen Begegnung zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen im In- und Ausland gefördert, sofern sie in eine der drei folgenden Kategorien fallen:

(1) Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen
(2) Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen im In- und Ausland, mit denen das deutsche Modell der dualen beruflichen Bildung erlebbar gemacht wird
(3) Maßnahmen bereits existierender Jugendbegegnungsprogramme, die internationale Begegnungen an historischen Gedenkorten im In- und Ausland ermöglichen

Errichtung des Deutsch-Griechischen Jugendwerks | BMFSFJ

Das Deutsch-Griechische Jugendwerk ist eine regierungsunabhängige internationale Organisation mit zwei gleichberechtigten paritätisch besetzten Büros mit Beschäftigten beider Länder in Deutschland und Griechenland. Die Finanzierung erfolgt paritätisch durch beide Staaten. Als deutscher Sitz ist Leipzig festgelegt. Eine Eröffnung der Büros ist für Mitte 2020 und eine Aufnahme der Förderung für 2021 geplant. Aufgaben des Deutsch-Griechischen Jugendwerks sind die Förderung und finanzielle Unterstützung von außerschulischem Jugendaustausch, schulischem Austausch, Austausch von Freiwilligen, beruflichem Austausch, Praktika, Austausch von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sowie Gedenkstättenfahrten.

Förderschwerpunkt „Jugend gestaltet Zukunft“ | BMFSFJ

Das Koordinierungsbüro für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch Tandem arbeitet seit einigen Jahren mit Schwerpunktthemen, die gesondert gefördert werden, um inhaltliche Impulse im Jugend- und Fachkräfteaustausch zu setzen. Unter dem Motto „Jugend gestaltet Zukunft“ mit den Säulen Beteiligung – Demokratie – Diversität legt Tandem für die Jahre 2020–2022 ein neues Sonderförderprogramm auf. Aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes werden deutsch-tschechische Jugendbegegnungen und Fachkräftemaßnahmen gefördert, die unter diesen Themenkreis fallen. Mögliche Themen können sein: Demokratiebildung, diversitätsbewusste Bildung, Jugendbeteiligung, Inklusion und Integration, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rechtsextremismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Auseinandersetzung mit populistischen Bewegungen.

Jugend erinnert | AA (BMFSFJ)

Mit dem Programm „Jugend erinnert“ soll außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus unterstützt und ausgebaut werden. Dies beinhaltet die Förderung von 500 außerschulischen Gedenkstättenfahrten für über 10.000 Jugendliche in den Jahren 2019 und 2020, den Förderwettbewerb „Erinnern für die Gegenwart“ an deutschen Auslandsschulen zur Aufarbeitung der Schulvergangenheit während schwieriger Epochen verknüpft mit gegenwartsrelevanten Fragen sowie das deutsch-polnische Schüleraustauschprojekt „menschen gedenken – jugend macht zukunft“, in dem Einzelschicksale von Opfern deutscher Kriegsverbrechen in Polen und von Opfern der Shoa in Deutschland aufgearbeitet werden. Darüber hinaus werden bi- und trilaterale Jugendbegegnungen und Projekte von Jugendlichen aus Deutschland, Israel und Europa in Gedenkstätten gefördert.

Jugendaustausch Lokal (Arbeitstitel) | BMFSFJ

Mit dem Schwerpunktthema 2020 des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sollen bisher austauschfernere Jugendliche durch die Beteiligung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihre verstärkte Einbindung in den internationalen Jugendaustausch angesprochen werden. Lokale Netzwerke zwischen Vertretungen der kommunalen Selbstverwaltung, der außerschulischen Jugendbildung, von Schulen und aus der Wirtschaft sollen aufgebaut werden. Regionale „weiße Flecken", insbesondere in ländlichen Regionen in beiden Ländern, sollen ermittelt und der Nutzen internationaler Jugendarbeit, die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und der Partizipation von jungen Menschen für Bildung bewusst gemacht werden.

Jugendkampagne für den internationalen Jugendaustausch | BMFSFJ

Um eine jugendgerechte Kommunikation im Bereich der Information und Beratung zum Thema „Internationaler Jugendaustausch" zu gewährleisten, ist es von zentraler Bedeutung, auf der einen Seite bestehende Strukturen und Netzwerke der Information und Beratung (wie Eurodesk) zu stärken und auf der anderen Seite neue Ansätze und Strategien zu erproben und für die bestehenden Angebote nutzbar zu machen. IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. entwickelt aktuell eine bundesweite Jugendkampagne, die über neue Kommunikationsformen die spezifischen jugendkulturellen Informationskanäle, Ästhetiken und Ansprache-formate nutzt und auf diesem Weg gezielt jene Zielgruppen erreichen soll, die bisher keine internationalen Erfahrungen gemacht haben. Gleichzeitig sorgen regionale Jugendevents und Aktivitäten vor Ort mit erlebnisorientiertem Charakter für eine physische Präsenz der Kampagne und verankern die Kommunikation in der Lebenswelt der Zielgruppe. Modellhaft werden dazu neue Formate auch mit regionalen Trägern erprobt und auf ihre Übertragbarkeit auf andere Regionen geprüft. 2020 sollen diese und weitere Aktionsformate die Kampagne unterstützen.

Multilaterales Kooperationsprojekt „Generation Europe" | BMFSFJ

Um beispielhaft neue Formen der Jugendbeteiligung zu erproben bzw. bestehende weiterzuentwickeln, fördert das BMFSFJ auf Initiative des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) das multilaterale Kooperationsprojekt „Generation Europe". 30 Jugendeinrichtungen aus 14 europäischen Ländern wirken daran mit. Jugendliche aus jeweils drei Ländern arbeiten dabei über einen Zeitraum von drei Jahren kontinuierlich zusammen, um sich politisch einzumischen. Die jugendlichen Teilnehmenden stammen aus allen Zielgruppen, unabhängig von Herkunft, Einkommen der Eltern und ihrem bisherigen Erfolg in Schule oder Ausbildung. Sie benennen Probleme vor Ort, treffen sich zu internationalen Begegnungen und unterstützen einander bei lokalen Projekten, um diese Probleme anzugehen. Sie vernetzen sich digital und diskutieren auch die europäische Relevanz ganz konkreter Herausforderungen. Dabei suchen sie auf allen Ebenen auch den Dialog mit der Politik.

Offensive zur Fachkräftequalifizierung in der internationalen Jugendarbeit | BMFSFJ

Um jedem jungen Menschen den Zugang zu internationalen Erfahrungen zu ermöglichen, müssen internationales Wissen und internationale Kompetenz immanenter Bestandteil einer modernen Jugendarbeit sein. Transportieren und umsetzen sollen es die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Um die notwendigen Veränderungen bei den Trägern der Jugendarbeit zu ermöglichen, müssen die Fachkräfte entsprechende Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote erhalten.
Qualitative Untersuchungen in Europa und in Deutschland eröffnen aktuell neue Erkenntnisse darüber, wie bedeutsam z. B. eigene Mobilitätserfahrungen für Fachkräfte sind. Wenn sie selbst die Möglichkeit haben, Mobilitätserfahrungen zu machen, werden sie den Wert dieser Erfahrungen schätzen lernen und dann mit Begeisterung an junge Menschen weitergeben. Unter anderem soll ein „Runder Tisch Fachkräftequalifizierung" mit den zentralen Akteuren der internationalen Jugendarbeit sowie Qualifizierungseinrichtungen politische bzw. pädagogische Rahmensetzungen austauschen und gemeinsame Strategien sowie notwendige Qualifizierungs- und Unterstützungsbedarfe entwickeln.

Peer-Education-Programm und weitere Bildungsmaßnahmen des Netzwerks teamGLOBAL | BMI

teamGLOBAL ist ein bundesweites, partizipatives und offenes Netzwerk von jungen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Alter von 16 bis 27 Jahren, das Bildungsangebote für junge Menschen rund um das Thema Globalisierung anbietet. teamGLOBAL hat sich die bildungspolitische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Globalisierung zum Ziel gesetzt. 2019 steht innerhalb eines breiten Portfolios von relevanten Themen rund um Leben und Mitbestimmung in einer globalisierten Gesellschaft das Thema Digitalisierung im Mittelpunkt. Die Idee von teamGLOBAL ist es, Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Deutschland über Themen und Herausforderungen der Globalisierung zu informieren, zu sensibilisieren und zum Handeln anzuregen. Kernaktivität des Netzwerks zur Erfüllung dieser Aufgabe sind Peer-to-Peer-Workshops (Einsätze) an Schulen, Jugendeinrichtungen und Veranstaltungen. Mindestens 80 Einsätze sollen bis Ende 2019 durchgeführt werden. Methoden, Inhalte und Teamende werden auf den Einsatz abgestimmt und angepasst.

Peer-Education-Programm und weitere Bildungsmaßnahmen des Netzwerks Young European Professionals (YEPs) | BMI

Das YEP-Netzwerk versteht sich als Zusammenschluss junger Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die anderen jungen Menschen Europa, die EU und ihre Politik näherbringen wollen. Die Altersspanne der Netzwerkmitglieder reicht von 16 bis 24 Jahren. Die gegenwärtig rund 50 aktiven Mitglieder des Netzwerks fungieren als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für europapolitische Themen und Fragestellungen, die für die Lebenswelt junger Menschen von Bedeutung sind. Das YEP-Netzwerk lebt von dem aktiven Engagement seiner Mitglieder. Bei regelmäßig stattfindenden Ausbildungsworkshops erweitern sie ihre Kenntnisse, reflektieren aktuelle Entwicklungen und pflegen den Austausch im Netzwerk. Die YEPs bieten Workshops an Schulen und anderen Einrichtungen zu einem breiten Themenspektrum an.

Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019–2027 | BMFSFJ

Die neue EU-Jugendstrategie 2019–2027 wurde am 26. November 2018 im EU-Jugendministerrat angenommen. Ihre Umsetzung erfolgt in Deutschland seit dem 1. Januar 2019 als integraler Bestandteil der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung. Dies bedeutet, europäische Themen und Entwicklungen fließen in die Diskussionen zur gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung und darüber hinausgehende (jugend-)politische Diskurse ein. Umgekehrt werden Ergebnisse und Erfahrungen aus Deutschland in die jugendpolitischen Diskussionen auf EU-Ebene eingebracht. Junge Menschen werden an der Umsetzung unter anderem über den EU-Jugenddialog beteiligt. Ergänzend besteht eine vertikale Umsetzung der EU-Jugendstrategie, die gemeinsam mit den Bundesländern und der Zivilgesellschaft erfolgt und nicht in die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung integriert ist.

Programm „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ (ÖPR) | AA

Das ÖPR-Programm soll zur Stabilisierung der Region beitragen. Es werden vor allem Projekte von Organisationen der deutschen Zivilgesellschaft und den deutschen Mittlerorganisationen gefördert, die in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland Pluralismus stärken, Werte der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung vermitteln, Dialog und Verständigung fördern und jungen Menschen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive geben. Die Maßnahmen sollen nachhaltig und auf die Schaffung bzw. Vertiefung von dauerhaften zivilgesellschaftlichen Strukturen der Zusammenarbeit gerichtet sein. Der Anteil der Jugendprojekte hat sich seit 2015 verdoppelt (2019: knapp 30 % aller Projekte). Neben der Schulung interkultureller Kompetenzen stehen inhaltlich Erinnerungs- und Gedenkprojekte im Vordergrund sowie die berufliche Perspektive in Fach- und Kompetenzschulungen sowie Demokratieschulungen in Debattencamps, Jugendparlamenten und politischen Bildungsprojekten.

Foto: Andrew Butler, unsplash.com

Schaffung einer deutsch-französischen digitalen Plattform für junge Menschen | BKM

Der Aachener Vertrag zur deutsch-französischen Zusammenarbeit und Integration (Nachfolgevertrag des Élysée-Vertrags; unterzeichnet am 22. Januar 2019; Gesetzesbeschluss des BT vom 26. September 2019) sieht die Einrichtung einer digitalen Plattform vor, „die sich insbesondere an junge Menschen richten“ soll (Artikel 9). Die BKM sieht Deutsche Welle und France Médias Monde in einer wesentlichen Rolle; zudem ist die Einbindung weiterer Partner (z. B. Arte) geplant. Die Umsetzung soll schrittweise erfolgen – zunächst in DEU, FRA, Endausbaustufe alle europäischen Sprachen. Ziel ist es, europaweit relevante Themen, die junge Menschen betreffen und bewegen, bei den Nutzerinnen und Nutzern ins Gespräch zu bringen – unabhängig davon, ob sie der EU wohlwollend, gleichgültig oder skeptisch gegenüberstehen. Um auch diejenigen jungen Menschen zu erreichen, die nicht von sich aus Informationen über Europa suchen oder kaum Interesse an der Arbeit politischer Institutionen haben, soll das Angebot in Form, Inhalt und Stil auf ein breites, junges Publikum ausgerichtet sein. Das Angebot soll junge Europäerinnen und Europäer unter anderem auf den relevanten Online-Plattformen erreichen, die sie nutzen.

Förderschwerpunkt „Vielstimmige Erinnerung – gemeinsames Erbe – europäische Zukunft: Kultur und Geschichte der Deutschen und ihrer Nachbarn im östlichen Europa“ | BKM

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) fördert auf der Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) Projekte zur Erforschung und Vermittlung von Kultur und Geschichte der Regionen des östlichen Europas, in denen Deutsche gelebt haben bzw. heute noch leben. 2019 wurde erstmals ein Förderschwerpunkt zum oben genannten Rahmenthema ausgeschrieben mit dem Ziel, insbesondere jüngere Interessierte anzusprechen. Das Modul „Kulturelle Vermittlung“ für grenzüberschreitende Begegnungsformate für Jugendliche und junge Erwachsene in den Bereichen Theater, Literatur und Musik soll dabei einen allgemeinen Interessentenkreis ansprechen. Speziell an den akademischen Nachwuchs wendet sich das Modul „Wissenschaft“, in dem „Summer Schools“ (oder vergleichbare Formate) beantragt werden konnten, die sich mit unterschiedlichen Perspektiven des gemeinsamen kulturellen Erbes im östlichen Europa und seiner Zukunft befassen. Kooperationen mit Partnern im östlichen Europa im Sinne des Shared Heritage sind erwünscht. Der Förderschwerunkt wurde 2020 erneut ausgeschrieben.

Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT für alle“ unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten | BMZ

Der Schulwettbewerb hat zum Ziel, den Lernbereich Globale Entwicklung im Unterricht aller Jahrgangsstufen und Schulformen zu unterstützen und Kinder und Jugendliche für die Eine Welt zu sensibilisieren und zu aktivieren. Der Wettbewerb wird im Auftrag der Engagement Global gGmbH umgesetzt. Er ist ein wesentliches und besonders sichtbares Instrument der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland.
Der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik regt Lehrende und Lernende dazu an, sich mit essenziellen Themen globaler Herausforderungen auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung mit Schlüsselfragen nachhaltiger Entwicklung befähigt Kinder und Jugendliche zum Handeln im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und fördert ihre Kompetenzen, insbesondere Eigenverantwortung, Selbstwirksamkeit und die Fähigkeit zu einer demokratischen Debatten- und Streitkultur.
Schulen bietet der Wettbewerb einen Anreiz, Bildung für nachhaltige Entwicklung (im Sinne des Bildungsunterziels 4.7. der Agenda 2030 und des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung) als Querschnittsthema in die Schulprofile aufzunehmen und als festen Bestandteil in die Unterrichtsgestaltung über Fächergrenzen hinweg einzubinden. Der Schulwettbewerb befördert damit die Verbreitung des gemeinsam mit der KMK erarbeiteten Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung.

Song Contest: „Dein Song für Eine Welt!“ | BMZ

Der Song Contest „Dein Song für EINE WELT!“ ist Begleitmaßnahme zum Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik. Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 25 Jahren in Deutschland und Ländern des Globalen Südens sind hierbei aufgerufen, sich musikalisch mit Themen globaler Entwicklung auseinanderzusetzen. Durch seinen musikalischen Zugang und die verstärkte Nutzung sozialer Medien spricht der Song Contest diese junge Zielgruppe direkt an und unterstützt ihr Empowerment. Der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik mit seiner Begleitmaßnahme Song Contest hat sich als herausgehobenes, besonders öffentlichkeitswirksames Instrument mit hoher Medienreichweite erwiesen. Auch der Song Contest wird im BMZ-Auftrag der Engagement Global gGmbH umgesetzt.

Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ENSA | BMZ

Das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm ENSA berät, fördert und begleitet internationale Schulpartnerschaften zwischen weiterführenden Schulen aus Deutschland und Schulen aus Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Südosteuropas. Ausgerichtet am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung, leistet das Programm einen Beitrag zur Vermittlung von Wissen und Herausbildung von Kompetenzen, die es insbesondere Schülerinnen und Schülern ermöglichen, sich in einer globalisierten Welt zu orientieren und gestaltend mitzuwirken.

Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland

ENDNOTEN

Teil A

1 Die Jugendstrategie der Bundesregierung richtet sich an die Altersgruppe der 12- bis 27-Jährigen. Die einzelnen Quellen zugrunde liegenden Daten können in ihren Altersgrenzen leicht variieren. Ursächlich dafür sind unterschiedliche Forschungsinteressen, wissenschaftliche Definitionen sowie eine heterogene rechtliche Kodifizierung des Jugendalters.

2 DESTATIS 2017a.

3 Shell 2019: 42.

4 15. Kinder- und Jugendbericht: 75.

5 Bertelsmann Stiftung 2019.

6 Institut für Demoskopie Allensbach 2019: 14.

7 Shell 2019: 56.

8 Ebd.: 240.

9 Ebd.: 167.

10 15. Kinder- und Jugendbericht: 27.

11 Shell 2019: 65.

12 Ebd.: 67.

13 Institut für Demoskopie Allensbach 2019: 8.

14 Shell 2019: 321.

15 Zum Beispiel Shell 2019: 50.

16 Ebd.: 93.

17 Bertelsmann Stiftung 2019.

18 Bundeswahlleiter 2018.

19 Zick, A. et al. 2019: 185.

20 Shell 2019: 80.

21 Zick, A. et al. 2019: 88.; Bertelsmann Stiftung 2018: 24ff.; Shell 2015: 188.

Teil B

22 CDU/CSU/SPD 2018: 23.

23 Interministerielle Arbeitsgruppe Jugend: IMA-Sitzung vom 28.10.2018.

24 Trägerkooperation aus Deutscher Bundesjugendring, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit.

Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder:

25 DESTATIS 2015.
26 DESTATIS 2017a.
27 Der Bundeswahlleiter 2018: 31.
28 BMFSFJ 2017b: 8.
29 15. Kinder- und Jugendbericht: 85.
30 Shell 2019: 89.
31 Shell 2015: 88 ff., SINUS-Jugendstudie 2016: 43.
32 Shell 2019: 14.
33 Rauschenbach 2017: 6.
34 Bock 2017: 40.
35 Tully 2016: 1 ff.
36 Ebd.: 4, 38 ff.
37 Rohrer 2017.

Beteiligung, Engagement & Demokratie:

38 Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 68 f.
39 15. Kinder- und Jugendbericht: 244, Steinwede et al. 2016: 27.
40 Gille 2018: 17 ff., 15. Kinder- und Jugendbericht: 104.
41 Vogel et al. 2014: 98, Shell 2019: 19.
42 Steinwede et al. 2016: 27, Shell 2015: 238 ff.
43 15. Kinder- und Jugendbericht: 235.
44 Gille 2018: 16 ff.
45 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 6 „Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft“: 122.
46 Ebd.: 126.

Stadt & Land, Wohnen & Kultur:

47 BMFSFJ 2017b: 4.
48 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2019.
49 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 6 „Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft“: 119.
50 BMEL 2016: 10.
51 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Schlussfolgerungen der Vorsitzenden: 13.
52 BMEL 2016: 22.
53 Pohlan 2018.
54 15. Kinder- und Jugendbericht: 181.
55 Ebd.
56 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 6 „Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft“: 119.
57 BMU 2018: 13.
58 BMU 2018: 37.
59 Urbane Liga 2018: 4.
60 Werkstatt MitWirkung 2018.
61 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 6 „Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft“: 121.
62 Ebd.: 130.
63 BMEL 2016: 32.

Vielfalt & Teilhabe:

64 DESTATIS 2019a: 61 f.
65 15. Kinder- und Jugendbericht: 192.
66 Ebd.: 94.
67 Ebd.: 94, Deutsches Jugendinstitut e.V. 2015a: 6.
68 Göbel et. al. 2015: 579.
69 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 146.
70 Shell 2015: 234.
71 15. Kinder- und Jugendbericht: 441.
72 Zick et al. 2019: 88, Bertelsmann Stiftung 2018: 38 f., Shell 2015: 188.
73 Zick et al. 2019: 88.
74 Deutsches Jugendinstitut e.V. 2015b.
75 BMAS 2018: 84.
76 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2018: 19 ff.

Bildung & Arbeit & Freiräume:

77 15. Kinder- und Jugendbericht: 49.
78 Ebd.: 149.
79 Ebd.: 173.
80 Ebd.: 154.
81 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 14; Datenreport 2018: 103.
82 Datenreport 2018: 103.
83 Berufsbildungsbericht 2019: 15.
84 KMK 2019: 4.
85 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 14.
86 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“: 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 5 „Soziale Daseinsvorsorge und Arbeit“: 105.
87 Woisch et al. 2015: 29.
88 15. Kinder- und Jugendbericht: 470.
89 Ebd.: 470.
90 Ebd.: 277.
91 Ebd.: 166.
92 Berufsbildungsbericht 2019: 12.
93 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 11.
94 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019), Stichtag: 30.09.2019.
95 Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019: 20 f.
96 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019), Stichtag: 30.09.2019.
97 15. Kinder- und Jugendbericht: 432.
98 Berufsbildungsbericht 2019: 44.

99 15. Kinder- und Jugendbericht: 170.
100 Berufsbildungsbericht 2019: 26.
101 15. Kinder- und Jugendbericht: 152.
102 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019).
103 Berufsbildungsbericht 2019: 12.
104 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 146.
105 Datenreport 2018: 103ff.
106 15. Kinder- und Jugendbericht: 194.
107 Berufsbildungsbericht 2019: 15, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019: 237 ff.
108 DESTATIS 2017b.
109 DESTATIS 2019b.
110 DESTATIS 2018a.
111 Middendorff et al. 2017: 7.
112 Heublein et al. 2017: XV.
113 Ebd.: 20 ff.
114 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Schlussfolgerungen der Vorsitzenden: 24.
115 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“: 2019: Abschlussbericht der Facharbeitsgruppe 5 „Soziale Daseinsvorsorge und Arbeit“: 112.
116 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Schlussfolgerungen der Vorsitzenden: 24.
117 Ebd.: 18.
118 Sinngemäß auch in Ebd.: 18.

Mobilität und Digitales:

119 15. Kinder- und Jugendbericht: 276.
120 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2018: 11.
121 Berufsbildungsbericht 2019: 29.
122 15. Kinder- und Jugendbericht: 273.
123 Bündnis gegen Cybermobbing e. V. 2017: 81.
124 BMFSFJ 2017c: 53.
125 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Facharbeitsgruppe 6 „Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft“: 119.
126 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Facharbeitsgruppe 4 „Technische Infrastruktur“: 91.
127 Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2019: Facharbeitsgruppe 3 „Raumordnung und Statistik“: 62.
128 JFF – Institut für Medienpädagogik 2019.
129 15. Kinder- und Jugendbericht: 470 f.
130 2017/C 418/02.

Umwelt:

131 BMU 2018: 25.
132 Koos et al. 2019: 4.
133 BMU 2018: 13.
134 BMU 2019: 1.
135 Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 2016: 17.
136 Shell 2019: 55 f.
137 BMU 2018: 20.
138 BMU 2019: 5.
139 Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH 2019.
140 BMU 2018: 58.
141 Ebd.: 47.
142 Ebd.: 7.
143 BMU 2019.
144 BMU 2018: 25.
145 Ebd.: 25.
146 Sinus 2019.
147 BMU 2018: 13.
148 Sinus 2019.
149 Gossen et al. 2015: 14.
150 BMU 2018: 44.
151 Ebd.: 7.
152 Grund et al. 2019: 4.

Gesundheit:

153 Poethko-Müller et al. 2018.
154 Santos-Hövener et al. 2019, Kuntz et al. 2018.
155 Jordan et al. 2019.
156 Lampert et al. 2018.
157 Robert Koch-Institut 2017.
158 Lippe et al. 2017.
159 Robert Koch-Institut 2017.
160 Sørensen et al. 2012.
161 Bröder et al. 2017: 361, Bitzer et al. 2018.
162 Kludas et al. 2018.
163 Horch et al. 2019.
164 Allianz für Gesundheitskompetenz 2017.
165 Schienkiewitz et al. 2018, Krug et al. 2018.
166 Schienkiewitz et al. 2018.
167 Mensink et al. 2013.
168 Ebd.
169 Schienkiewitz et al. 2017.
170 Krug et al. 2018.
171 Ebd.
172 Finger et al. 2017.
173 Jordan et al. 2019.
174 Ebd.
175 Heide et al. 2019.

176 Mensink et al. 2017a.
177 Mensink et al. 2017b.
178 Griger et al. 2015.
179 Gesundheitsförderung Schweiz 2016.
180 Cohrdes et al. 2019, Lehmann et al. 2019.
181 Griger et al. 2015.
182 Jacobi et al. 2014.
183 Hölling/Schlack 2007.
184 Klipker et al. 2018, Santos-Hövener et al. 2019.
185 Göbel et al. 2018, Santos-Hövener et al. 2019.
186 Jacobi et al. 2014, Busch et al. 2013.
187 Hapke et al. 2019.
188 Robert Koch-Institut 2017.
189 DAK Präventionsradar 2017.
190 Hapke et al. 2013, Robert Koch-Institut 2019.
191 Plass-Christl et al. 2018.
192 Metzing et al. 2018.
193 BZgA-Studie Jugendsexualität 2015.
194 Maschke/Stecher 2018.
195 Jordan et al. 2019.
196 Ebd.
197 Lange et al. 2017a, Lange et al. 2017b.
198 Zeiher et al. 2017.
199 Zeiher et al. 2018.
200 Orth/Merkel 2019.
201 Ebd.
202 Jordan et al. 2019.
203 Spada 2014.
204 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2018.
205 Kammerl et al. 2019.
206 Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet 2018.
207 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2018.
208 Ebd.
209 Bischof et al. 2013.
210 Orth 2017.
211 Banz et al. 2017.
212 Bartig et al. 2018.
213 Bartig et al. 2018, Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V. 2018.
214 Robert Koch-Institut 2013.
215 DESTATIS 2018b.
216 Hofherr/Kindler 2018.

Europa:

217 Stellungnahme der Bundesregierung zum 15. Kinder- und Jugendbericht: 21.
218 Europäische Kommission 2018: 121.
219 Shell 2019: 72 f.
220 Europäisches Parlament 2019b: Q2.
221 Ebd.: Q1.
222 Shell 2019: 73.
223 Europäisches Parlament 2019a: QA8T.
224 TUI Stiftung 2019: 19.
225 Europäisches Parlament 2019a: QD72.1.
226 Stellungnahme der Bundesregierung zum 15. Kinder- und Jugendbericht: 22.
227 Becker et al. 2019: 198.
228 Shell 2015: 216.
229 2011/C 199/01.

LITERATURVERZEICHNIS:

Allianz für Gesundheitskompetenz (2017): Gemeinsame Erklärung. Bundesministerium für Gesundheit, Berlin.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung, Bielefeld. [online] https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2018/pdf-bildungsbericht-2018/bildungsbericht-2018.pdf [18.10.2019].

Banz, Markus et al. (2017): Glücksspielverhalten und Glücksspielsucht in Deutschland. Ergebnisse des Surveys 2017 und Trends. BZgA-Forschungsbericht. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln.

Bartig, Susanne et al. (2018): Unfallverletzungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland - Factsheet aus KiGGS Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring Jg. 3, Nr. 3, Robert Koch-Institut, Berlin.

Becker, Helle et al. (Hrsg.) (2019): Die Zugangsstudie zum internationalen Jugendaustausch. Zugänge und Barrieren, Frankfurt am Main.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2018): Zusammenleben in kultureller Vielfalt. Vorstellungen und Präferenzen in Deutschland, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Nehmt sie ernst! Junge Menschen wollen gehört und beteiligt werden. [online] https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/nehmt-sie-ernst-junge-menschen-wollen-gehoert-und-beteiligt-werden/ [11.10.2019].

Bischof, Gallus et al. (2013): Prävalenz der Internetabhängigkeit. Diagnostik und Risikoprofile (PINTA-DIARI). [online] https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/krankheitsvermeidung-und-bekaempfung/drogen-und-sucht/epidemiologie-des-suchtmittelkonsums/praevalenz-der-internetabhaengigkeit-pinta.html [16.10.2019].

Bitzer, Eva Maria et al. (2018): Gesundheitskompetenz – Health Literacy. In: Gesundheitswesen 80(08/09): 754–766.

Bock, Karin (2017): Bilder der Jugend. In: Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2017): DJI Impulse 1/17 Projekt: Erwachsen werden. Vor welchen Herausforderungen junge Menschen stehen und wie Gesellschaft und Politik sie unterstützen können, München, 40-42. [online] https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull115_d/DJI_17_01_Web.pdf [20.11.2019]

Bode, Heidrun/Heßling, Angelika (2015): Jugendsexualität 2015. Die Perspektive der 14- bis 25-Jährigen. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativen Wiederholungsbefragung. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln.

Bröder, Janine et al. (2017): Health literacy in childhood and youth: a systematic review of definitions and models. In: BMC Public Health 17(1):361.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2019): Unterschiede zwischen Stadt und Land vergrößern sich. [online] https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Home/Topthemen/wachsend_schrumpfend.html [18.03.2019].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2018): Aufbau und Analyse des LTA-Rehaprozessdatenpanels: eine Prozessdatenbasis zur Untersuchung beruflicher Rehabilitation in Trägerschaft der Bundesagentur für Arbeit – Modul 1 des Projekts „Evaluation von Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben", Nürnberg.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2019a): Berufsbildungsbericht 2019, Bonn. [online] https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Berufsbildungsbericht_2019.pdf [19.11.2019].

Bundesministerium für Berufsbildung (Hrsg.) (2019b): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn. [online] https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2019.pdf [17.10.2019].

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (Hrsg.) (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016, Berlin. [online] https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.pdf?__blob=publicationFile [20.11.2019].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017a): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – Drucksache 18/11050, Berlin. [online] https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf [16.10.2019].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017b): Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin, 8. [online] https://www.bmfsfj.de/blob/115296/531fd633e294378bee2e9a973d40fddo/20160314-jugend-gestaltet-zukunft-handlungsempfehlungen-data.pdf [17.10.2019].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017c): Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2019): Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse": Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Berlin. [online] https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [17.10.2019].

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2017): Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog anlässlich der 23. Weltklimakonferenz in Bonn, Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2018): Zukunft? Jugend fragen! Nachhaltigkeit, Politik, Engagement – eine Studie zu Einstellungen und Alltag junger Menschen, Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (Hrsg.) (2019): Ausgewählte Ergebnisse der BMU-Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen!", Berlin. [online] https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/ergebnisse_bmu_jugendstudie_neu_bf.pdf [17.10.2019].

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2018): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. [online] https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/dr2018_ganzes_Buch_online.pdf [18.10.2019].

Bündnis gegen Cybermobbing e. V. (Hrsg.) (2017): Cyberlife II. Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr. Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern. Zweite empirische Bestandsaufnahme bei Eltern, Lehrkräften und Schülern/innen in Deutschland (Folgestudie von 2013), Karlsruhe.

Busch, Markus et al. (2013): Prävalenz von depressiver Symptomatik und diagnostizierter Depression bei Erwachsenen in Deutschland. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 56(5-6):733–739.

Calmbach, Marc et. al. (2016): SINUS-Jugendstudie. Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Springer Verlag: Berlin.

CDU/CSU/SPD (Hrsg.) (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode, 23. [online] https://www.bundestag.de/resource/blob/543200/9f9f21a92a618c77aa330f00ed21e308/kw49_koalition_koalitionsvertrag-data.pdf [11.10.2019].

CHE Centrum für Hochschulentwicklung (2019): Stellungnahme des CHE. [online] http://www.che.de/downloads/CHE_Stellungnahme_Bundestag_BAfoeG_Mai_2019.pdf [18.10.2019]

Cohrdes, Caroline et al. (2019): Essstörungssymptome bei Kindern und Jugendlichen aus der KiGGS Studie Welle 2: Häufigkeiten, Risikofaktoren und Trends nach 10 Jahren. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz (Manuscript submitted for publication).

DAK Präventionsradar (2017): Fast jeder zweite Schüler leidet unter Stress. Deutsches Ärzteblatt [online] https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/77981/Fast-jeder-zweite-Schueler-leidet-unter-Stress [16.09.2019].

Der Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (Hrsg.) (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, Wiesbaden, 31. [online] https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/e0d2b01f-32ff-40f0-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf [17.10.2019].

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) (2018): DIVSI U25-Studie. Euphorie war gestern. Hamburg.

Deutsches Jugendinstitut e. V.(Hrsg.) (2015a): Coming out – und dann…?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen, München.

Deutsches Jugendinstitut e. V. (Hrsg.) (2015b): Jung und radikal. Politische Gewalt im Jugendalter, München.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V. (Hrsg.) (2018): Selbstdarstellung, [online] https://www.kindersicherheit.de/ueber-die-bag.html [16.09.2019].

Europäische Kommission (2011): Amtsblatt der Europäische Union. Empfehlung des Rates vom 28. Juni 2011. Jugend in Bewegung — die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern. 2011/C 199/01, [online] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:32011H0707(01) [17.10.2019]

Europäische Kommission (2017): Amtsblatt der Europäischen Union. Informationen der Organe, Einrichtungen und sonstiges Stellen der Europäischen Union. Schlussfolgerungen des Rates zur smarten Jugendarbeit. 2017/C 418/02, [online] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017XG1207(01)&from=DE [17.10.2019].

Europäische Kommission (2018): Situation of young people in the European Union, Commission Staff Working Document SWD (2018) 169 (EU-Jugendbericht), Brüssel.

Europäisches Parlament (2019a): Eurobarometer 911 „Näher an den Bürgern, näher vor der Wahl“ (Excel Data), Brüssel.

Europäisches Parlament (2019b): Flash Eurobarometer 4021 „Emotions and Political Engagement Towards the EU” (Excel Data), Brüssel.

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB) (Hrsg.) (2018): Agenda Jugendgerechter Daten-und Verbraucherschutz in der digitalen Welt. [online] https://webdays.net/wordpress/wp-content/uploads/2019/07/Webdays2018_Agenda.pdf [17.10.2019].

Finger, Jonas et al. (2017): Gesundheitsfördernde körperliche Aktivität in der Freizeit bei Erwachsenen in Deutschland. In: Journal of Health Monitoring 2(2):37-44. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2650 [20.11.2019].

Gesundheitsförderung Schweiz (Hrsg.) (2016): Themenblatt. Positives Körperbild. Grundbegriffe, Einflussfaktoren und Auswirkungen. [online] https://gesundheitsfoerderung.ch/assets/public/documents/de/5-grundlagen/publikationen/ernaehrung-bewegung/Themenblatt_Positives_Koerperbild.pdf [02.09.2019].

Gille, Martina (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis In: Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2018): DJI Impulse 1/18 Demokratie lernen. Wie sich politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung wandeln muss, München, 16-19. [online] https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull119_d/DJI_Impulse119_PolitischeBildung.pdf [19.11.2019].

Göbel, Kristin et al. (2018): ADHS bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring 3(3):46-53.
[online] https://edoc.rki.de/handle/176904/5768 [24.09.2018].

Göbel, Jan et al. (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, in: DIW Wochenbericht, Jg. 82, Nr. 25, Berlin, 571–586.

Gossen, Maike et al. (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014 Vertiefungsstudie: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten junger Menschen. UBA-Texte 77/2015, Dessau-Roßlau.

Griger, Christina et al. (2015): Subjektives Gewichtsempfinden bei normalgewichtigen Erwachsenen – Ergebnisse aus der bundesweiten Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Psychotherapie Psychosomatik Medizinische Psychologie 65(12):459–466.

Grund, Julius et al. (2019): Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehr-Lernsettings – Quantitative Studie des nationalen Monitorings – Befragung junger Menschen. Executive Summary. Wissenschaftliche Beratung Weltaktionsprogramm BNE, FU Berlin.

Hapke, Ulfert et al. (2013): Chronischer Stress bei Erwachsenen in Deutschland. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 56(5-6):749–754.

Hapke, Ulfert et al. (2019): Depressive Symptomatik im europäischen Vergleich – Ergebnisse des European Health Interview Survey (EHIS) 2. In: Journal of Health Monitoring 4(4) (Manuscript submitted for publication).

Heide, Karoline et al. (2019): Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung an Schulen – Ergebnisse der bundesweiten Ernährungsstudie EsKiMo II. Ernährungs Umschau 66(6):92–99.

Heublein, Ulrich et. al. (2017): Motive und Ursachen des Studien-abbruchs an baden-württembergischen Hochschulen und beruflicher Verbleib der Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher. DZHW Projektbericht 6|2017, Hannover. [online] https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Studium_und_Lehre/Studie_Motive_und_Ursachen_des_Studienabbruchs_an_baden-w%C3%BCrttembergischen_Hochschulen_Langversion.pdf [18.10.2019].

Hofherr, Stefan/Kindler, Heinz (2018): Sexuelle Übergriffe in Schulen aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern. Zusammenhänge zum Erleben von Schule und der Bereitschaft zur Hilfesuche. In: Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 64, S. 95–110.

Hölling, Heike/Schlack, Robert (2007): Essstörungen im Kindes- und Jugendalter: Erste Ergebnisse aus dem Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS). [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/427 [17.09.2019].

Horch, Kerstin et al. (2019): Kommunikation und Information im Gesundheitswesen aus Sicht der Bevölkerung. Patientensicherheit und informierte Entscheidung (KomPaS). Sachbericht. Robert Koch-Insitut, Berlin. [online] https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/praevention/details.html?bmg%5Bpubid%5D=3327 [02.09.2019].

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Hrsg.) (2018): Evaluation von Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (LTA)“. [online] https://www.iab.de/138/section.aspx/Projektdetails/k1401103 [22.10.2019].

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2013): Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. [online] https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Engagement_Motive_Bericht.pdf [18.10.2019].

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2019): McDonalds Ausbildungsstudie: Kinder der Einheit, same same but still different!. [online] https://karriere.mcdonalds.de/docroot/jobboerse-mcd-career-blossom/assets/documents/McD_Ausbildungsstudie_2019.pdf [10.12.2019].

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) (Hrsg.) (2016): Jugend im Wandel – eine umwelt- und stadtpolitische Agenda der Zukunft, Berlin.

Jacobi, Frank et al. (2014a): Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung. Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland und ihr Zusatzmodul Psychische Gesundheit (DEGS1-MH). Der Nervenarzt, 85, 77–87.

Jacobi, Frank et al. (2014b): Twelve-month prevalence, comorbidity and correlates of mental disorders in Germany: the Mental Health Module of the German Health Interview and Examination Survey for Adults (DEGS1-MH). International Journal of Methods in Psychiatric Research 23(3):304–319.

JFF - Institut für Medienpädagogik (Hrsg.) (2019): Digitales Deutschland - Studien zur Digitalkompetenz der Bevölkerung, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. [online] https://digid.jff.de/projekt/ [17.10.2019].

Jordan, Susanne et al. (2019): Expertise des Robert Koch-Instituts für den ersten Präventionsbericht der Nationalen Präventionskonferenz (Expertise PräBE). Sachbericht. Robert Koch-Institut, Berlin.

Kammerl, Rudolf et al. (2019): Exzessive und problematische Internetnutzung im familialen Kontext, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis 03/2019, 90–94.

Klipker, Kathrin et al. (2018): Psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring, 3, 37–53.

Kludas, Lineke et al. (2018): Steigerung von elterlichem Gesundheitswissen durch schriftliches Informationsmaterial unter Berücksichtigung des familiären sozioökonomischen Status. Springer-Verlag GmbH, Deutschland.

Koordinierungsstelle Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft (2018): Referenzkommunen. [online] https://archiv.jugendgerecht.de/jugendgerechte-kommunen/referenzkommunen/ [18.10.2019].

Koos, Sebastian et al. (2019): Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future"-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht. Konstanz: Universität Konstanz.

Kracke, Nancy et. al. (2018): Beteiligung an Hochschulbildung, Chancen(un)gleichheit in Deutschland. DZHW Brief 3|2018, Hannover. [online] https://www.dzhw.eu/pdf/pub_brief/dzhw_brief_03_2018.pdf [18.10.2019].

Krug, Susanne et al. (2018): Sport- und Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. Journal of Health Monitoring 3(2):3-22. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/5687 [29.06.2018].

Kultusministerkonferenz (KMK) (Hrsg.) (2019): Bildungsdaten kompakt: Die wichtigsten statistischen Daten zum Bildungswesen in Deutschland. [online] https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/KMK_Statistik_Folder_2019_de_RZ_web.pdf [17.10.2019].

Kuntz, Benjamin et al. (2018): Soziale Unterschiede im Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2. Journal of Health Monitoring 3(3):19-36. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/5766 [24.09.2018].

Lampert, Thomas et al. (2018): Subjektive Gesundheit bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 3(2):64-71. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/5689 [29.06.2018].

Lange, Cornelia et al. (2017a): Alkoholkonsum bei Erwachsenen in Deutschland: Rauschtrinken. Journal of Health Monitoring 2(2):74-81. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2654 [16.06.2017].

Lange, Cornelia et. al (2017b): Alkoholkonsum bei Erwachsenen in Deutschland: Riskante Trinkmengen. Journal of Health Monitoring 2(2):66-73. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2646 [16.06.2017].

Lehmann, Franziska et al. (2019): Diäterfahrungen zur Gewichtsreduzierung von Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse aus EsKiMo II. Adipositas 13:44-49.

Lippe, Elena von der et al. (2017): Gesundheitsbedingte Einschränkungen bei alltäglichen Aktivitäten in Deutschland. Journal of Health Monitoring 2(3):89-96. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2789 [13.09.2017].

Maschke, Sabine/Stecher, Ludwig (2018): Sexuelle Gewalt: Erfahrungen Jugendlicher heute. Weinheim und Basel: Beltz.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg.) (2018): JIM-Studie 2018. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger, Stuttgart, [online] https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2018/ [16.10.2019].

Mensink, Gert et al. (2013): Übergewicht und Adipositas in Deutschland: Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/1481 [09.12.2019].

Mensink, Gert et al. (2017a):Obstkonsum bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 2(2):45-51. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2652 [16.06.2017].

Mensink, Gert et al. (2017b): Gemüsekonsum bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 2(2):52-58. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2649 [16.06.2017].

Metzing, Sabine et al. (2018): Abschlussbericht zum Projekt „Die Situation von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige", Universität Witten/Herdecke. Witten.

Middendorff, Elke et. al. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. Zusammenfassung zur 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.) (2019): Kinder psychisch kranker Eltern [online] https://www.fruehehilfen.de/grundlagen-und-fachthemen/kinder-psychisch-kranker-eltern/ [02.10.2019]

OECD (Hrsg.) (2015): Bildung auf einen Blick 2015. OECD-Indikatoren, Paris. [online] https://www.bmbf.de/files/OECD_Education_at_a_Glance_2015.pdf [18.10.2019]

Orth, Boris (2017): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2015. Teilband Computerspiele und Internet. BZgA-Forschungsbericht. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Orth, Boris/Merkel, Christina (2019): Der Cannabiskonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Ergebnisse des Alkoholsurveys 2018 und Trends. BZgA-Forschungsbericht. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Plass-Christl, Angela et al. (2018): Trajectories of mental health problems in children of parents with mental health problems: results of the BELLA study. European Child & Adolescent Psychiatry 27:867–876.

Poethko-Müller, Christina et al. (2018): Die allgemeine Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2 und Trends. Journal of Health Monitoring 3(1):8-15. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/3030 [15.03.2018].

Pohlan, Jörg (2018): Wachsende Städte im schrumpfenden Deutschland. [online] http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216866/wachsende-staedte-im-schrumpfenden-deutschland [18.03.2019].

Rauschenbach, Thomas (2017): Jugend – eine vernachlässigte Altersphase. In: Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2017): DJI Impulse 1/17 Projekt: Erwachsen werden. Vor welchen Herausforderungen junge Menschen stehen und wie Gesellschaft und Politik sie unterstützen können, München, 4-7. [online] https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull115_d/DJI_17_01_Web.pdf [09.12.2019]

Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2013): Das Unfallgeschehen bei Erwachsenen in Deutschland - Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. [online] http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/unfallbericht_geda.pdf?__blob=publicationFile [07.10.2019].

Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2017): Gesundheitliche Ungleichheit in verschiedenen Lebensphasen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI, Berlin.

Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2019:) Erkennen – Bewerten – Handeln: Bericht zur psychischen Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland. (submitted for publication). RKI, Berlin.

Rohrer, Matthias (2017): Junge Konsumwelten. Wie konventionell sind junge Verbraucherinnen und Verbraucher? Institut für Jugendkulturforschung – die Schnittstelle zu jungen Zielgruppen, Hamburg. [online] https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Verbraucherportal/Zukunftswerkstatt_Vortrag_Rohrer.html [17.10.2019]

Santos-Hövener, Claudia et al. (2019): Zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Ergebnisse aus KiGGS Welle 2. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Ausgabe 10/2019.

Schienkiewitz, Anja et al. (2017): Übergewicht und Adipositas bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 2(2):21-28. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2655 [16.06.2017].

Schienkiewitz, Anja et al. (2018): Entwicklung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern – Ergebnisse der KiGGS-Kohorte. Journal of Health Monitoring 3(1):76-81. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/3040 [15.03.2018].

Shell (Hrsg.) (2015): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. 17. Shell Jugendstudie, Frankfurt a. M.

Shell (Hrsg.) (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie, Frankfurt a. M.

Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH (Hrsg.) (2019): Sinus-Studie zu Fridays for Future und Klimaschutz. Pressemitteilung, Berlin.

Sørensen, Kristine et al. (2012): Health literacy and public health: a systematic review and integration of definitions and models. BMC Public Health 12:80.

Spada, Marcantonio M. (2014): An overview of problematic Internet use. Addiction Behaviors 39, 3–6.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019): Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Oktober 2019. [online] https://www.arbeitsagentur.de/datei/arbeitsmarktbericht-10-2019_ba900025.pdf [10.12.19].

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden. [online] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Publikationen/Downloads-Vorausberechnung/bevoelkerung-deutschland-2060-presse-5124204159004.pdf?__blob=publicationFile [09.12.2019]

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2017a): Bevölkerungsentwicklung bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015, Wiesbaden. [online] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Publikationen/Downloads-Vorausberechnung/bevoelkerung-bundeslaender-2060-aktualisiert-5124207179004.pdf?__blob=publicationFile [17.10.2019]

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2017b): Pressemitteilung Nr. 094 vom 14. März 2017. Drei Viertel des Gender Pay Gap lassen sich mit Strukturunterschieden erklären. [online] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2017/03/PD17_094_621.html [19.11.2019].

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2018a): Bildung und Kultur, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, 1980-2017, Fachserie 11, Reihe 4.3.1, Tab. 11.1. [online] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/kennzahlen-nichtmonetaer-2110431177004.pdf?__blob=publicationFile [20.11.2019].

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2018b): Verkehrsunfälle. Kinderunfälle im Straßenverkehr 2018. [online] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Verkehrsunfaelle/Publikationen/Downloads-Verkehrsunfaelle/unfaelle-kinder-5462405187004.pdf?__blob=publicationFile [09.12.2019].

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2019a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018.

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2019b): Bildung und Kultur, Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2018/2019, Fachserie 11, Reihe 4.1. [online] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-vorb-2110410198004.pdf?__blob=publicationFile [20.11.2019]

Steinwede, Jacob et al. (2016): Jung-politisch-aktiv?! Fragestellung, Methodik und Basisbefunde der empirischen Studie. In: Gaiser, Wolfgang et al. (Hrsg.) (2016): Jung-politisch-aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn, 15-31.

TUI-Stiftung (Hrsg.) (2019): Junge Europa 2019. So denken junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover.

Tully, Claus (2016): Jugend - Konsum - Digitalisierung, Über das Aufwachsen in digitalen Konsumwelten, Wiesbaden.

Urbane Liga (Hrsg.) (2018): Denklabor #2. Dokumentation. [online] https://urbane-liga.de/wpfiles/wp-content/uploads/2019/08/Dokumentation_Denklabor_2_stadtstattstrand.pdf [11.10.2019]

Vogel, Claudia et al. (2014): Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität. In: Simonson, Julia et al. (Hrsg.) (2014): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey, Berlin, 85-148.

Werkstatt MitWirkung (2018): Nachgehakt #Junge Themen in die Ministerien, [online] https://mitwirkung.dbjr.de/nachgehakt/ [11.10.2019].

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) (Hrsg.) (2018): Befristete Beschäftigung nach Altersgruppen 1991–2016. [online] https://www.boeckler.de/53500.htm# [18.10.2019].

Woisch, Andreas/Willige, Janka (2015): Internationale Mobilität im Studium 2015. Ergebnisse der fünften Befragung deutscher Studierender zur studienbezogenen Auslandsmobilität, Hannover. [online] https://www.daad.de/medien/der-daad/analysen-studien/daad_dzhw_internationale_mobilit%C3%A4t_im_studium_2015.pdf [17.10.2019].

Zeiher, Johannes et al. (2017): Rauchen bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 2(2):59-65. [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/2653 [09.12.2019].

Zeiher, Johannes et al. (2018): Zeitliche Trends beim Rauchverhalten Erwachsener in Deutschland. Ergebnisse sieben bundesweiter Gesundheitssurveys 1991–2015 [online] https://edoc.rki.de/handle/176904/6281 [09.12.2019].

Zick, Andreas et al. (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. In: Schröter, Franziska (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Dietz Verlag, Bonn, 53–116.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:

AA – Auswärtiges Amt

BA – Bundesagentur für Arbeit

BAföG – Bundesausbildungsförderungsgesetz

BBiG – Berufsbildungsgesetz

BKM – Beauftragte für Kultur und Medien

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

BMF – Bundesministerium der Finanzen

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BMG – Bundesministerium für Gesundheit

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

BMJV – Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMVg – Bundesministerium der Verteidigung

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BNE – Bildung für nachhaltige Entwicklung

BZgA – Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

IMA – Interministerielle Arbeitsgruppe

IntB – Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

KiGGS – Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

KJB – Kinder- und Jugendbericht

MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik

RKI – Robert Koch-Institut

SDGs – Sustainable Development Goals

UBSKM – Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Zertifikat seit 2003
audit berufundfamilie

Bezugsstelle:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 5BR439
Stand: Dezember 2019, 2. Auflage
Gestaltung: www.zweiband.de
Bildnachweis: Titel © Sascha Kemper, Jugendpresse Deutschland
Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter http://www.d115.de.

Engagement Familie Ältere Menschen Gleichstellung Kinder und Jugend